



Debattenbeiträge zu
Politik, Wirtschaft,
Gesellschaft & Kultur

ISRAEL
ein
Blick von
innen
heraus 2


ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG

ISBN 978-3-00-061272-5

ISRAEL ein Blick von innen heraus 2

Debattenbeiträge zu
Politik, Wirtschaft,
Gesellschaft & Kultur

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

ISRAEL OFFICE

קרן רוזה לוקסמבורג

مؤسسة روزا لوكسمبورغ

Inhalt

Zur Einführung 5

I Brennpunkte

THEMENSCHWERPUNKT 9
Liebt euren Nächsten: Geflüchtete in Israel

Fremdenhass als Mittel der Politik:
Die Abschiebepläne der israelischen Regierung 11
Reut Michaeli

Geflüchtete willkommen! Chronik der zivilgesellschaftlichen Proteste gegen Abschiebungen 17
Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung

THEMENSCHWERPUNKT 27
Das Recht zu bleiben: Beduinen im Negev/Naqab

Konfrontation im Negev: Die israelische
Landpolitik gegen die Beduinen 29
Ahmad Amara, Oren Yiftachel

Umm al-Hiran: Die Geschichte eines
Beduinendorfs in Israel 33
Michal Rotem

Khan al-Ahmar: Die Geschichte eines
Beduinendorfs in der Westbank 37
Sicha Mekomit

II Besatzung

Der Konflikt nützt den Regierenden 45
Tsafrir Cohen

Fakten über den Gazastreifen 49
Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Stadtplanung und Stadtentwicklung
in Ost-Jerusalem 59
Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Israelische Siedler*innen in Ost-Jerusalem:
Ideologie, Archäologie und Immobilien 65
Nir Hasson

Ein »gekaperter Markt«: Das Pariser Protokoll
und die palästinensische Wirtschaft 73
Eness Elias

III Demokratie

Wann und wie zerfielen Israels
demokratische Räume? 83
Hagai El-Ad

Das umstrittene Nationalstaatsgesetz 91
Tsafrir Cohen

IV Gesellschaft

Die mysteriöse russische Seele 97
Assia Istoshina

Weißer und »andere« jüdische Menschen 103
Efrat Yerday

Israel und die andauernde Nakba:
Interview mit Rawan Bisharat 111
Hana Amoury

Sallah, hier ist Eretz Israel! 117
Tali Konas

Eine dreifache Funktion:
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel 120

Unsere Partner vor Ort: Eine Auswahl 121

Glossar 124

Impressum 128

Zur Einführung

Mit der zweiten Veröffentlichung dieser Art möchte das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung einer interessierten deutschsprachigen Öffentlichkeit die Gelegenheit geben, Innenansichten der Verhältnisse und Diskussionen in Israel zu erhalten und lokale Akteure kennenzulernen.

In dieser Publikation finden Sie eine Auswahl von Texten von unserer Webseite. Darin kommen vor allem die Stimmen von in Israel lebenden Menschen zu Wort. Sie ermöglichen den deutschsprachigen Leser*innen sozusagen von innen heraus einen Einblick in die Verfasstheit der israelischen Gesellschaft und die dort geführten Diskurse und Auseinandersetzungen: in ungerechte Verhältnisse und in erfolgreiche und weniger erfolgreiche Kämpfe um eine bessere Welt. Natürlich sind wir als Rosa-Luxemburg-Stiftung bewusst parteiisch, doch es ist uns ein Anliegen, unterschiedliche Perspektiven aufzuzeigen. Folglich finden sich hier linksliberale und linksradikale, zionistische, postzionistische und nicht zionistische Standpunkte sowie gewerkschaftsnahe und akademische Stimmen nebeneinander. Die zur Sprache kommenden Positionen entsprechen deshalb nicht unbedingt denen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dafür können Sie auf diesen Seiten eine Reihe israelischer Autor*innen kennenlernen, die die Pluralität des progressiven Israels widerspiegeln. Es sind zentrale und etablierte Figuren der israelischen Linken, junge Publizist*innen, angesehene Intellektuelle und Aktivist*innen. In unserem Bemühen um ein möglichst umfassendes Bild bitten wir unsere Autor*innen und Partner*innen, über eine möglichst breite Palette von Themen zu reflektieren. Sie schreiben über Israels gesellschaftliche Verfasstheit, über Wirtschaftsfragen und Gewerkschaftsarbeit, über die ganz großen politischen Fragen und über die lokalen Kämpfe, über Alltagskultur und reflektierende Kunst, über Geschichte und die Art, wie diese diskutiert wird. Sie berichten über diese Themen kompetent und umfassend, ohne auf einen eigenen Standpunkt zu verzichten.

Während die Webseite des Israel-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Fülle von Hintergrundartikeln zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anbietet, haben wir uns hier bewusst für eine Auswahl von hochaktuellen Themen entschieden, die das progressive Israel besonders beschäftigen. Wir beginnen mit den Kämpfen von zwei marginalisierten Bevölkerungsgruppen, die gerade immer stärker ins Bewusstsein der israelischen Gesellschaft rücken. Zum einen geht es um die Situation von vorwiegend aus Eritrea und dem Sudan nach Israel Geflüchteten, und um eine Kampagne, die sich gegen die Pläne der Regierung stellt, diese des Landes zu verweisen; zum anderen um 35 Beduinen-Gemeinschaften im Negev (arabisch: Naqab) im

Süden Israels, deren Zehntausende Angehörige – ähnlich wie einige Beduinen-Gemeinden in der besetzten Westbank – aus ihren zum Abriss freigegebenen Dörfern vertrieben werden sollen. Es sind Auseinandersetzungen, die noch nicht entschieden sind und wir werden über diese bezügliche Entwicklungen weiterhin auf unserer Webseite berichten.

Die Besetzung der Palästinensergebiete durch Israel ist hingegen ein Thema, womit sich die israelische Linke schon seit über 50 Jahren beschäftigt. Auch heute hat sie maßgeblichen Einfluss auf das Leben aller Palästinenser*innen und Israelis. Wer die israelische Politik und Gesellschaft verstehen will, kann einer Auseinandersetzung mit der Besetzung nicht aus dem Weg gehen. Aus diesem Grund haben wir auf unserer Webseite ein Dossier mit einer wachsenden Anzahl von Artikeln, Grafiken, Bildern und Landkarten zusammengestellt, das sich der Besetzung aus unterschiedlichen Perspektiven nähert. Für diese Publikation haben wir einen faktenreichen Beitrag über die nach wie vor entscheidende Kontrolle des israelischen Staats über den Gazastreifen und dessen Einfluss auf alle Lebensbereiche der Bewohner*innen Gazas ausgewählt – ein Thema, das das israelische Friedenslager aufgrund der gewalttätigen und angespannten Situation im und um den Gazastreifen gegenwärtig besonders umtreibt. Weiter finden Sie zwei Beiträge zu Ost-Jerusalem, einem zentralen Streitpunkt im israelisch-palästinensischen Konflikt, der durch die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem mitnichten einfacher geworden ist. Der erste Text beleuchtet die Diskrepanz zwischen dem israelischen Regierungsanspruch, Jerusalem zur «auf ewig vereinten» Hauptstadt zu machen, und einer Politik vor Ort, die, anstatt gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen, darauf abzielt, die Dominanz der jüdischen Bevölkerung Jerusalems gegenüber der palästinensischen aufrechtzuerhalten beziehungsweise auszuweiten. Der zweite Beitrag geht der Frage nach, wie die israelischen Siedlungen in Ost-Jerusalem beschaffen sind, mit welchen Methoden die palästinensische Bevölkerung verdrängt wird und welche Rolle eine ideologisch aufgeladene Archäologie in diesem Zusammenhang spielt. Schließlich bieten wir eine Analyse des enorm bedeutenden, aber bislang kaum bekannten Pariser Protokolls, durch das die palästinensische Wirtschaft in eine institutionalisierte und permanente Abhängigkeit von israelischen Interessen geraten ist.

Die Besetzung der Palästinensergebiete wirkt sich auch auf Israels innere Verfasstheit aus. Im dritten Kapitel veröffentlichten wir deshalb zwei Beiträge aus dem Schwerpunkt «Israelische Demokratie 2018» des Israel-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der eine zeichnet nach, wie mit der Unterdrückung der Palästinenser*innen ein Demokratieabbau in Israel einhergeht, während der andere sich mit dem neuen Nationalstaatsgesetz befasst, das die Benachteiligung von Nichtjuden kodifiziert, aber auf großen Widerstand in Israel gestoßen ist.

Während Israel in den internationalen Medien vor allem im Zusammenhang mit der Besetzung der Palästinensergebiete und dem israelisch-palästinensischen Konflikt auftaucht, befasst sich das letzte Kapitel dieses Readers mit innergesellschaftlichen Bruchstellen: mit der Frage, wie die

Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion die politische Landkarte Israels nachhaltig verändert und welchen Anteil die israelische Linke daran hat; mit den fortwährenden Folgen des Krieges von 1948 für die palästinensischen Binnenvertriebenen in Israel; mit den Kämpfen der äthiopischen Einwanderer*innen um Anerkennung als gleichberechtigte Bürger*innen sowie mit den nach wie vor virulenten Auseinandersetzungen um die Benachteiligung von aus muslimisch geprägten Gesellschaften nach Israel eingewanderten Jüdinnen und Juden, die jahrzehntelang von den aus Europa stammenden Eliten des Lands als Bürger*innen zweiter Klasse behandelt wurden. Diese Geschichten, Erfahrungen und Kämpfe um Gleichberechtigung und Anerkennung von vormaligen und zum Teil weiterhin Marginalisierten sind ein Schlüssel zum Verständnis des Landes und seiner öffentlichen Diskurse.

Wer auf den Geschmack gekommen ist, ist herzlich eingeladen, unsere Webseite www.rosalux.org.il zu besuchen. Dort behandeln wir viele Themen, die hier zu kurz kommen, seien es feministische Kämpfe oder Israels Platz im und als Teil des Nahen Ostens. Dazu bieten wir weitere Formate wie Gesellschaftsreportagen oder feuilletonistische Beiträge. Die Webseite wird fortwährend aktualisiert und ist speziell für Leser*innen konzipiert, die keine Israel-Expert*innen sind. Dort finden Sie ebenfalls ein ausführliches Glossar, Quellenangaben (auf die in diesem Reader der Lesbarkeit halber größtenteils verzichtet wurde) und weiterführende Lektüreempfehlungen, die diese Publikation ergänzen. Wir freuen uns übrigens auf Ihr Feedback, etwa über Facebook oder per E-Mail.

Schließlich möchten wir uns bei folgenden Personen bedanken: Bei Ursula Wokoeck Wollin, die nicht nur aus dem Hebräischen übersetzte, sondern die Texte mit Anmerkungen und Erklärungen für die deutschsprachigen Leser*innen ergänzt hat; bei Daniel Ziethen, der eine visuelle Sprache für unsere Webseite entwickelt hat, unsere Arbeit stets engagiert begleitet und zusammen mit Max Sauerbier für die sehr besondere Gestaltung dieser Veröffentlichungsreihe verantwortlich zeichnet; bei unserem Berliner Berater Yossi Bartal; beim großartigen Fotografenkollektiv Activestills und für ihre tatkräftige Unterstützung bei unseren Kolleg*innen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Tamar Almog, Ines Burmeister und Yifat Mehl sowie bei Francesca Barp und Stephan Wolf-Schönburg.

Mit solidarischem Gruß,

Tsafrir Cohen, Tali Konas und Einat Podjarny vom
Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dezember 2018, Tel Aviv

I Brennpunkte



Demonstration außerhalb
des Internierungslagers Cholut
im Negev, Februar 2015.
Foto: Activestills

Liebt eure Nächsten: Geflüchtete in Israel

Zehntausende Menschen, die meisten davon aus Eritrea und dem Sudan, sind in den vergangenen Jahren auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung nach Israel gekommen. Der Staat bezeichnet sie offiziell als «Eindringlinge» und drängt im Rahmen seiner offiziellen Politik, nichtjüdische Einwanderung zu verhindern, auf ihre Abschiebung. Während ein 245 Kilometer langer Zaun zu Ägypten einen weiteren Zuzug praktisch verhindert, hat eine Politik der willkürlichen Internierung und Schikane, zusammen mit einem lancierten, aber auch alltäglichem Rassismus, bereits mehr als 20.000 Asylsuchende, die vor dem Bau des Zauns ins Land gelangt waren, dazu gebracht, Israel zu verlassen. Im November 2017 erklärte die Regierung, dass alle im Land verbliebenen afrikanischen Geflüchteten, etwa 38.000 insgesamt, bis März 2018 in Drittstaaten (Ruanda und Uganda) abgeschoben werden sollen, wenn nötig, mit polizeilicher Gewalt. Damit würden die seit Jahren bestehenden afrikanischen Communities im Land zerstört und deren Mitglieder bewusst in lebensbedrohliche Situationen gebracht. Unser erster Beitrag untersucht, wie die israelische Regierung Fremdenhass als Mittel der Politik nutzt – auf Kosten der Geflüchteten.

In Israel aber auch weltweit regte sich Protest gegen diese Abschiebepläne, den wir in einem zweiten Beitrag beschreiben. Dieser Widerstand führte dazu, dass die Regierungen Ruandas und Ugandas

die zuerst geheimgehaltenen Abkommen mit Israel aufkündigten und Israels Oberster Gerichtshof die drohenden Abschiebungen mit einer einstweiligen Verfügung untersagte. Ein riesiger Erfolg des zivilgesellschaftlichen Protests! Progressive Stimmen und Aktivist*innen begrüßten diese Entwicklungen, zeigten sich aber skeptisch hinsichtlich anderer Aspekte der Regierungspolitik. Bereits verfügte Ausweisungen sind nun zwar bis auf Weiteres hinfällig und die Geflüchteten können einstweilen im Land bleiben, doch Asylsuchende müssen weiterhin ihre Visa alle zwei Monate erneuern und bekommen keine regulären Arbeitsgenehmigungen, obwohl sie keinerlei Unterstützung vom Staat erhalten. Damit befinden sie sich weiterhin in einer Art Schwebezustand. Zudem haben Premierminister Benjamin Netanjahu und Innenminister Arie Deri angekündigt, den Betrieb des Lagers Cholut, in dem «Eindringlinge» unter freiem Himmel in der Wüste interniert werden, verlängern zu wollen. Die letzten Monate waren zwar von einer gewissen Unentschlossenheit bei der Umsetzung von repressiven Maßnahmen geprägt, zeigen insgesamt aber eine ablehnende Haltung der Regierung gegenüber Geflüchteten. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung ihren zermürenden Zickzackkurs fortsetzen wird. Auf unserer Webseite werden wir zeitnah über etwaige Entwicklungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik berichten.



Geflüchtete warten vor dem Innenministerium in Bnei Brak für eine Verlängerung ihrer temporären Aufenthaltsgenehmigung, Israel, 2018. Foto: Activestills

Fremdenhass als Mittel der Politik: Die Abschiebepläne der israelischen Regierung

Reut Michaeli

Migrationsexpertin Reut Michaeli berichtet über eine Politik der willkürlichen Internierung und des Schikanierens, gepaart mit kampagnenartigem und alltäglichem Rassismus sowie von den Plänen der israelischen Regierung, Zehntausende afrikanische Flüchtlinge abzuschicken.

Heute leben zirka 38.000 afrikanische Asylsuchende in Israel. Die meisten von ihnen sind Eritreer*innen, die vor einem diktatorischen Regime, ihrer Einberufung zum Militärdienst sowie Zwangsarbeit und Sklaverei – darunter die sexuelle Versklavung von Frauen – geflohen sind. Die anderen sind Überlebende des Völkermordes und des Krieges im Sudan. Sie halten sich seit ungefähr zehn Jahren in Israel auf. Da der Staat ihnen den Zugang zu einem regulären Asylverfahren verwehrt hat, haben sie keinerlei Rechte. Sie sind lediglich geduldet und vor der Abschiebung geschützt. Sie verfügen über keine Arbeitserlaubnis. Sie müssen sich, wenn sie arbeiten wollen, darauf verlassen, dass der Staat ein Auge zudrückt und darauf verzichtet, die gesetzlichen Vorschriften gegenüber ihren Arbeitgeber*innen durchzusetzen. In Ermangelung eines rechtlichen Status in Israel haben sie keinen Anspruch auf medizinische Versorgung und auf Sozialleistungen. Die Vergabe der Aufenthaltsgenehmigung ist an die Bedingung gebunden, dass sie sich

bereiterklären, mit den Behörden zu kooperieren, sollte es zu ihrer Abschiebung kommen. Ihre Aufenthaltsgenehmigung muss alle zwei Monate von der Behörde für Bevölkerung, Einwanderung und Grenzübergänge des Innenministeriums verlängert werden. Diese unterhält nur ein einziges Büro für alle Asylsuchenden in Israel (mit Ausnahme derer, die in Eilat leben). In dem Büro sind lange Warteschlangen an der Tagesordnung, es gibt keinen Warteraum, die Fragen, die die Menschen bei der Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung über sich ergehen lassen müssen, sind beleidigend und Ausdruck einer verächtlichen Einstellung ihnen gegenüber. Sie werden in die Position von Bittsteller*innen gezwungen. Menschen ohne eine offizielle Aufenthaltsgenehmigung drohen Bestrafung und Inhaftierung.

Dass in Israel überhaupt Asylverfahren durchgeführt werden, ist relativ neu. Erst vor knapp zehn Jahren hat der Staat beschlossen, Asylanträge zu bearbeiten und zu

prüfen. In den ersten Jahren war es aus dem Sudan und Eritrea Geflüchteten nicht gestattet, Asylanträge zu stellen. Der sogenannte Kollektivschutz vor Abschiebung war nach Ansicht der Regierung ausreichend. Erst seit Anfang 2013 können Menschen aus diesen Ländern in Israel Asylanträge stellen. Das Asylverfahren dauert lange und die zuständigen Behörden sind überlastet. In weniger als einem Prozent der Fälle wird dem Asylbegehren stattgegeben. Die allermeisten Anträge von Asylsuchenden aus Eritrea werden auf Grundlage eines Rechtsgutachtens der Behörde für Bevölkerung, Einwanderung und Grenzübergänge abgelehnt. Demnach haben Menschen, die in Eritrea aus der Armee desertiert sind, kein Anrecht auf einen Flüchtlingsstatus. Gegen das Gutachten wurde geklagt, das diesbezügliche Urteil steht aber noch aus. Selbst die israelische Regierung weiß, dass sie die Asylbegehren von Menschen, die ganz offensichtlich vor einem Völkermord geflüchtet sind, schlecht ablehnen kann. Um es dennoch zu vermeiden, diesen Menschen einen Flüchtlingsstatus zu verleihen, der es ihnen ermöglichen würde, sich in Israel niederzulassen, wird über ihre Asylanträge einfach nicht entschieden. Ihnen wird weder stattgegeben noch werden sie abgelehnt. Und dies seit etwas mehr als vier Jahren. Viele Flüchtlinge stellen überhaupt keinen Antrag mehr, weil sie kein Vertrauen in das System haben und keinen Vorteil darin sehen, sich an Instanzen zu wenden, die sie von Anfang an als ihnen gegenüber feindlich gesinnt wahrnehmen.

Der Kampf gegen «illegale Infiltration»

Seit 2011 versucht die israelische Regierung, eine Lösung dafür zu finden, was sie als «das Problem der illegalen Infiltration» bezeichnet. Bevor ich mich mit der entsprechenden Regierungspolitik befasse, soll erläutert werden, was hinter dem Begriff der Begriff Infiltration steckt. Das Gesetz zur Verhinderung von Infiltration wurde in den frühen 1950er Jahren verabschiedet. Es dient dazu, gegen Palästinenser*innen vorzugehen, die nach ihrer Flucht oder Vertreibung aus Israel versuchten, wieder ins Land zu gelangen, um sich ihr dort zurückgelassenes Eigentum wieder anzueignen oder um in ihre verlassenen Häuser zurückzukehren. Und es diente dazu, gegen das Phänomen der Fedajin («der sich Opfern») vorzugehen, die nach Israel kamen, um Terrorakte durchzuführen. Es ist nicht klar, ob irgendjemand unter den politischen Entscheidungsträger*innen in Israel dies bewusst bezweckt hat, doch die Verwendung des Begriffs Infiltranten für Asylsuchende brandmarkt sie als gewalttätig und gefährlich, sodass sie nicht mehr als Menschen gesehen werden, die Hilfe und Schutz brauchen. Alles, was als Bedrohung der Sicherheit und der demografischen Zusammensetzung des Landes gilt, löst in der jüdisch-israelischen Öffentlichkeit tiefe Ängste aus. Die Asylsuchenden, die über die ägyptische Grenze nach Israel gekommen sind, werden nicht mehr als Geflüchtete betrachtet, sondern als gefährliche Eindringlinge, die die Sicherheit des Landes bedrohen und seinen jüdischen Charakter verändern wollen.

Mit dem Regierungsbeschluss von 2011, der darauf abzielte, «die illegale Infiltration zu bekämpfen», begann eine

Politik des Einsperrens und der polizeilichen Überwachung von Asylsuchenden aus Eritrea und aus dem Sudan. Mit diesem Vorgehen sollten diese sowohl gesellschaftlich als auch räumlich marginalisiert werden. Ihr Aufenthalt in Israel sollte so kurz wie möglich ausfallen. Man begründete dieses Vorgehen öffentlich hauptsächlich mit der schwierigen Situation der Bevölkerung im Süden von Tel Aviv und anderen sozial benachteiligten Gebieten, in denen die meisten der Asylsuchenden aus Eritrea und dem Sudan wohnen. Allerdings diente diese Politik und die Dämonisierung der Asylsuchenden und Migrant*innen hauptsächlich anderen Interessen der Regierung. Damit lenkte sie unter anderem die öffentliche Debatte von Themen ab, die der rechten Regierung in Israel unangenehm sind.

Sowohl die ärmeren Stadtviertel im Süden von Tel Aviv als auch andere Gebiete in Israel wurden über Jahrzehnte hinweg vonseiten der israelischen Regierungen vernachlässigt. Sie litten unter unzureichenden öffentlichen Geldern und Diensten und wurden von Entscheidungsträger*innen meist nur vor Wahlen beachtet, wobei sie der dortigen Bevölkerung im besten Fall Versprechen machten, die später nicht eingehalten wurden. Der Zuzug von Zehntausenden von Asylsuchenden in diese Viertel ohne den Aufbau einer angemessenen Infrastruktur und entsprechender Dienste beeinträchtigt das Leben aller Bewohner*innen, der Alteingesessenen ebenso wie der Neuankömmlinge. Die Regierung hat nichts gegen den Zuzug der Asylsuchenden in diese Gebiete unternommen. Ganz im Gegenteil: Sie lenkte diese genau in diese Gebieten, indem sie entsprechende Bustickets ausgab. Sie half den Geflüchteten nicht bei ihrer Ankunft und tat nichts, um sie auf andere Gebiete zu verteilen. Und dies, obwohl verschiedene Maßnahmen zur Förderung einer besseren geografischen Verteilung denkbar gewesen wären, wie zum Beispiel Subventionen für Arbeitgeber*innen, Steueranreize und die Gewährung von Arbeitsvisen. Die Regierung weigerte sich sogar, über entsprechende Vorschläge zu diskutieren. Stattdessen griffen Minister*innen und Entscheidungsträger*innen die Asylsuchenden an und versuchten, sie für alle Missstände verantwortlich zu machen, die als Folge der Vernachlässigung benachteiligter gesellschaftlicher Schichten in Israel entstanden sind. Die Knesset-Abgeordnete Miri Regev, die heute Ministerin für Kultur und Sport ist, bezeichnete während einer Demonstration im Jahr 2012 Sudanese*innen in Israel als «ein Krebsgeschwür in unserem [Volks-]Körper». Der damalige Innenminister Eli Jischai drohte, er werde «ihnen das Leben vergällen». Asylsuchende wurden von Premierminister Benjamin Netanjahu beschuldigt, eine Gefahr für die Sicherheit des Landes und eine demografische Gefahr zu sein. All dies wird ihnen vorgeworfen, statt in Zusammenarbeit mit den Bewohner*innen von entsprechenden Stadtteilen und Gebieten eine Lösung für die wirklichen Schwierigkeiten zu finden, mit denen sie konfrontiert sind.

Für eine Weile schien der Plan der Regierung aufzugehen. Die zahlreichen Inhaftierungen vertieften die prekäre Situation der Geflüchteten. Sie wurden aus ihrem eben mühsam etablierten, wenn auch prekären Alltag gerissen und mussten sich im abgelegenen Internierungslager Cholut («Sand bzw. Sanddünen») im Negev einfinden, das

speziell für diesen Zweck erbaut und Ende 2013 eröffnet worden ist. Der Bau der Anlage kostete mehr als 300 Millionen Schekel (ca. 72,6 Millionen Euro), und der Unterhalt schlägt jährlich mit weiteren 200 Millionen Schekel (ca. 48,4 Millionen Euro) zu Buche. In Spitzenzeiten lebten etwa 3.600 Geflüchtete gleichzeitig im Lager. Die Bedingungen waren die eines «offenen Gefängnisses» mit einem nächtlichen Ein- und Ausgangsverbot. Nach Ablauf ihrer temporären Aufenthaltsgenehmigung erhielten die Asylsuchenden die Aufforderung, sich nach Cholot zu begeben. Anfangs galt die Internierung in Cholot auf unbestimmte Zeit (während die unbegrenzte Inhaftierung von Asylsuchenden in dem «geschlossenen» Gefängnis Saharonim, das sich nahe Cholot und somit mitten in der Wüste nahe der ägyptischen Grenze befindet, die zur Abschreckung dient und Menschen davon abhalten soll, überhaupt nach Israel zu kommen, von einem Gericht für rechtswidrig erklärt worden ist). Später haben Richter*innen auch die maximale Inhaftierungsdauer in Cholot begrenzt, zunächst auf 20 Monate und später auf 12. Die Angst vor der Internierung, zusammen mit einer Politik der Schikane, der Entrechtung und des Rassismus, brachte mehr als 20.000 Asylsuchende dazu, Israel von sich aus zu verlassen. Zum Teil kehrten die Geflüchteten in ihre Heimatländer zurück, darunter viele Sudanes*innen, die nach Darfur zurückgingen. Nach Zeugenaussagen, die von Menschenrechtsorganisationen gesammelt wurden, mussten aber viele von ihnen erneut aus dem Sudan flüchten. Andere wurden von den Behörden dort verhaftet, verfolgt und gefoltert, einige andere kamen ums Leben. Andere Geflüchtete reisten in Staaten aus, die die israelische Regierung als sichere Drittländer bezeichnet.

Aufgrund von Abkommen zwischen Israel und Ruanda sowie Uganda wurden Menschen, die in Israel Asyl suchten, unter Druck gesetzt, in diese Länder auszureisen. Die israelischen Behörden spornten sie zudem dazu an, indem sie jedem Ausreisewilligen 3.500 US-Dollar anboten. Diese Abkommen wurden anfangs geheim gehalten. Zunächst hieß es, die Kooperation basiere auf Freiwilligkeit. Allerdings ist fraglich, inwieweit bei Personen, die ihrer Freiheit beraubt oder von Inhaftierung bedroht sind, überhaupt von einem «freien Willen» ausgegangen werden kann. Aber das störte weder die Entscheidungsträger*innen in Israel noch in Ruanda oder Uganda. Im Laufe der Zeit mehrten sich Berichte über die schlechte Situation derer, die ausgereist waren. Asylsuchende, die nach Ruanda gingen, konnten nicht dort bleiben. Man nahm ihnen ihre Reisedokumente ab, häufig durften sie die ihnen zur Verfügung gestellte Unterkunft nicht verlassen. Später, so hieß es, wurden viele von organisierten Menschenhändler*innen an die Grenze zu Uganda verschleppt. Auch Asylsuchende, die nach Uganda ausreisten, konnten dort nicht bleiben. Sie durften dort kein Asyl beantragen und erhielten auch keine Arbeitserlaubnis. Weil sie aus Israel kamen, wurde angenommen, dass sie Geld haben. Deshalb wurden etliche überfallen und ausgeraubt. Viele waren gezwungen, Ruanda und Uganda zu verlassen und sich erneut auf eine qualvolle Reise zu begeben. Einige von ihnen erreichten Libyen und wurden dort zu Opfern von Folter, Menschenhandel und Sklaverei. Andere überquerten das Mittelmeer

in Booten und sahen ihre Freunde vor ihren Augen ertrinken. Die, die die Reise überlebten, befinden sich heute in verschiedenen Ländern in Europa, einschließlich Deutschland, Schweden und den Niederlanden, wo sie meist als Flüchtlinge anerkannt wurden und entsprechende Rechte genießen.

2017 hat die israelische Regierung ihren Angriff auf Asylsuchende verschärft, um zu demonstrieren, dass sie weiterhin etwas «für die Bewohner benachteiligter Stadtviertel tut». Sie versucht, so viele Asylsuchende wie irgendwie möglich loszuwerden. Um sie zur «freiwilligen» Ausreise aus Israel zu «ermutigen», wurden mehrere drakonische Maßnahmen ergriffen. Zunächst wurde beschlossen, dass alle in Cholot (dem Lager im Negev) Internierte ohne ein laufendes Asylverfahren (das heißt, diejenigen, deren Antrag bereits abgelehnt wurde, und diejenigen, die gar keinen gestellt haben), zustimmen müssen, nach Ruanda oder Uganda auszureisen. Falls sie sich nicht damit einverstanden erklären, werden sie auf unbegrenzte Zeit ins Saharonim-Gefängnis gebracht. Außerdem wurde beschlossen, arbeitende Asylsuchende dazu zu verpflichten, ein Fünftel ihres Gehalts auf ein staatlich verwaltetes Konto einzuzahlen. Das angesammelte Geld soll ihnen erst bei ihrer Ausreise aus Israel am Flughafen ausgezahlt werden. Menschenrechtsorganisationen haben gegen diese Maßnahmen Klage erhoben. Sie weisen sie darauf hin, dass dieses Vorgehen einen Versuch der Regierung darstellt, das internationale Verbot zu umgehen, wonach Asylsuchende nicht aus dem eigenen Hoheitsgebiet ausgewiesen werden können, indem diese Ausreise trotz des real ausgeübten, existenziellen Drucks als «freiwillige Ausreise» dargestellt wird.

Im September 2017 entschied das Oberste Gericht, dass der israelische Staat Eritreer*innen und Sudanes*innen in ein Drittland abschieben darf, wenn dieses Land bereit ist, sie aufzunehmen. Asylsuchende dürfen jedoch nicht gezwungen werden, ihrer Abschiebung zuzustimmen. Das bedeutet: Falls diese Länder bereit sind, Menschen aufzunehmen, die zwangsweise abgeschoben werden, ist die Abschiebung zulässig. Das Gericht hat auch die geheimen Abkommen ex parte geprüft und entschieden, dass diese nicht grundsätzlich zu beanstanden seien. Sollten Probleme bei ihrer Umsetzung entstehen, könne eine weitere gerichtliche Prüfung erfolgen.

Nach Verkündung dieses Gerichtsurteils machte sich Premierminister Netanjahu auf den Weg und kam mit den Staatsoberhäuptern verschiedener afrikanischer Länder zusammen. Ruanda war das erste. Im November 2017 gaben Innenminister Arje Deri (Schas) und der Minister für Innere Sicherheit, Gilad Erdan (Likud), dann bekannt, dass sie beabsichtigten, das Internierungslager Cholot zu schließen. Dieses habe seinen Zweck, die Internierten zur Ausreise zu bewegen, nicht erfüllt. Stattdessen sei geplant, Asylsuchende nach Ruanda abzuschicken. In der Pressemitteilung, die von einem großen Medienteam begleitet wurde, erklärten die Minister, dass Asylsuchende, die sich weigern, in ein Drittland auszureisen, auf unbegrenzte Zeit inhaftiert würden. Nach Angaben der Medien verkündete Innenminister Deri: «Wer nicht freiwillig ausreisen will, bleibt so lange in Haft, bis er sagt: Ich will.» Diese Aussage steht

allerdings nicht im Einklang mit dem Gesetzentwurf, den die Regierung kurz davor der Knesset vorgelegt hatte. Der Betrieb von Cholut hätte nach drei Jahren, genauer am 16. Dezember 2017 enden sollen, aber die Regierung hatte in der Knesset beantragt, das Lager um weitere drei Monate nutzen zu können – allem Anschein nach, weil das Abkommen mit Ruanda noch nicht unter Dach und Fach war. Bei diesem Vorgehen handelte es sich vor allem um den Versuch, Stimmen zu kaufen und die schwierige soziale Lage großer Bevölkerungsteile sowie die diesbezügliche Hilflosigkeit und Untätigkeit der Regierung zu kaschieren. Des Weiteren sollte von den aktuellen polizeilichen Ermittlungen und schweren Anschuldigungen gegen den Premierminister und ihm nahestehende Personen abgelenkt werden, die die gegenwärtige Regierung zu Fall bringen könnten. Eine Auswirkung der Pressemittlung war die weitere Einschüchterung von Asylsuchenden aus Eritrea und dem Sudan. Für sie ist die Regierungspolitik immer schwieriger einzuschätzen. Sie müssen befürchten, jederzeit in andere Länder abgeschoben zu werden – trotz der vielen Horrorgeschichten von Asylsuchenden, die Israel verlassen haben und erneut flüchten mussten.

Deal mit Ruanda und Uganda: Israel will 40.000 afrikanische Flüchtlinge in Drittländer abschieben

Einige Zeit danach deckten israelische Medien auf, dass Ruanda im Rahmen des geplanten Abkommens von Israel 5.000 US-Dollar für jeden Asylsuchenden erhalten sollte, der dorthin abgeschoben wird. Das ist erschütternd. Mit Menschenleben, Moral und Verantwortung hokert man nicht. Inmitten der größten Flüchtlingskrise seit dem Holocaust bezahlt Israel ein armes Land wie Ruanda dafür, dass es die wenigen Geflüchteten, denen es gelungen ist, nach Israel zu gelangen, aufnimmt. Andere schickt es nach Europa, das sich eh schon um sehr viele notleidende Migrant*innen und Asylsuchende kümmern muss. Es stellt sich also heraus, dass die israelische Regierung eine Politik des Teilen und Herrschens betreibt, angeblich um den «jüdischen Charakter» des Staates zu schützen und um die Ansiedlung von fremden Bevölkerungsgruppen zu verhindern. Hierfür ist sie bereit, die eigene Bevölkerung gegen eine kleine und schwache Gruppe von Menschen aufzuwiegen, nur weil diese nicht jüdisch sind und – wie einige meinen – weil ihre Hautfarbe nicht weiß ist. Statt ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung nachzukommen, Flüchtlingen Asyl zu gewähren, statt als ein von Geflüchteten gegründeter Staat die eigene rechtliche und moralische Verantwortung gegenüber Hilfesuchenden anzuerkennen, zieht es die israelische Regierung vor, auf zynische Art und Weise die Notlage sowohl der Bewohner*innen der südlichen Stadtteile von Tel Aviv als auch der Geflüchteten schamlos auszunutzen und damit rassistische und fremdenfeindliche Tendenzen in der israelischen Gesellschaft zu festigen.

Rechtsanwältin **Reut Michaeli** war 2010 – 2017 Geschäftsführerin der Hotline for Refugees and Migrants, einer Organisation, die die Rechte von Migrant*innen und Asylsuchenden in Israel verteidigt und den Menschenhandel bekämpft. Nach ihrem Jurastudium am College of Management – Academic Studies in Rischon LeZion und an der Hebräischen Universität in Jerusalem arbeitete sie unter anderem für das Israel Religious Action Center, das mit Öffentlichkeitsarbeit und juristischem Beistand die Anliegen des progressiven und Reformjudentums in Israel unterstützt. Sie ist Expertin für Menschenrechte und Migrationsfragen.

Übersetzt von **Ursula Wokoeck Wollin**



Protest gegen ein Gesetz, nach dem ein Fünftel des Gehalts von Geflüchteten vom Staat einbehalten und erst bei der Ausreise ausgezahlt werden soll. Tel Aviv, Juni 2017. Foto: Activestills

Cholot Internierungslagers im Negev, 2015. Foto: Activestills

Demonstration außerhalb des Internierungslagers Cholot im Negev, Februar 2018. Foto: Activestills



Protest von Geflüchteten
vor der Knesset, 2014.
Foto: Activestills

Geflüchtete willkommen! Chronik der zivilgesellschaftlichen Proteste gegen Abschiebungen

**Israel-Büro
der Rosa-
Luxemburg-Stiftung**

Gegen die Abschiebepläne der Regierung regte sich 2018 bemerkenswerter Widerstand von Aktivist*innen, Menschenrechtsorganisationen, einfachen Bürger*innen und nicht zuletzt den Geflüchteten selbst – ein Widerstand, der schließlich zur Aussetzung der angekündigten Abschiebungen führte. Wir haben die Entwicklungen aus nächster Nähe verfolgt und diese außergewöhnliche und bewegende zivilgesellschaftliche Leistung in einer Chronik festgehalten.

DEMONSTRATIONEN

Tausende Geflüchtete protestieren vor der ruandischen Botschaft in Israel gegen den Plan, sie nach Ruanda und Uganda abzuschicken (22. Januar 2018)

Thomas Johannes, 29 Jahre alt, aus Eritrea, ist seit sechs Jahren in Israel und lebt jetzt in Cholut. «Ich habe vor zwei Jahren einen Asylantrag gestellt und ich habe immer noch keine Antwort erhalten,» sagt er. «Ich werde nicht nach Ruanda gehen. Es ist schwer, ins Gefängnis zu gehen, es gibt dort nichts zu tun, aber es ist lebensbedrohlich in Ruanda [...] Ich habe von Leuten gehört, die freiwillig – angeblich freiwillig – gegangen sind, was dort passiert. Menschen verschwinden dort, Menschen versuchen nach Europa zu kommen und werden unterwegs ermordet. Niemand von meinen Freunden hat vor, nach Ruanda zu gehen, sie gehen lieber ins Gefängnis in Israel. Ich rufe die ruandische Regierung auf, keinen Menschen aufzunehmen. Und der israelischen Regierung sage ich, man soll im 21. Jahrhundert nicht Menschen verkaufen.»



Geflüchtete demonstrieren vor der Botschaft Ruandas in Israel. 22. Januar 2018. Foto: Activestills

Demonstration in Jerusalem (10. Februar 2018)

Tausende Student*innen, Aktivist*innen, Holocaust-Überlebende und Hunderte von Geflüchteten marschierten durch das Stadtzentrum Jerusalems, um gegen die geplante Massenabschiebung afrikanischer Asylsuchender und die Vernachlässigung Süd-Tel Avivs, wo viele der Geflüchteten leben, zu protestieren. Mitinitiatorin Hamutal Blanc von der Organisation Standing Together erklärte: «Die Regierung will uns weismachen, dass die Geflüchteten am desolaten Zustand des Südens von Tel Aviv und der Misere der alteingesessenen jüdischen Einwohner*innen dort schuld sind und dass wir deshalb vor der Wahl stehen: Sie oder wir. Sie wollen uns gegeneinander aufhetzen, weil sie wissen, dass sie keine Chance gegen uns hätten, wenn wir miteinander solidarisch wären.»



Tausende demonstrieren in Jerusalem, 10. Februar 2018. Foto: Activestills

20.000 Demonstrant*innen in Süd-Tel Aviv (24. Februar 2018) sagen NEIN zur Massenabschiebung von Geflüchteten und JA zu Investitionen in Süd-Tel Aviv.

Geflüchtete und Israelis forderten gemeinsam die Rücknahme der angekündigten Abschiebungen und Inhaftierung von afrikanischen Geflüchteten und setzten sich für mehr Investitionen in die Infrastruktur des seit Langem vernachlässigten südlichen Teils der Stadt ein. Damit wandten sie sich gegen den Versuch der Behörden, die alteingesessenen Einwohner*innen gegen die Geflüchteten auszuspielen und sie zu instrumentalisieren, indem sie behaupten, die Misere Süd-Tel Avivs sei auf die Präsenz der Geflüchteten zurückzuführen.



20.000 Demonstrant*innen im Süden Tel Avivs. 24. Februar 2018. Foto: Activestills

Shula Keshet, Mitorganisatorin der Demonstration, langjährige Aktivistin in ihrem Viertel im Süden von Tel Aviv und Gründerin der feministischen Organisation Achoti (hebräisch: Meine Schwester), die Frauen unterschiedlicher ethnischer und nationaler Herkunft zusammenbringt, ertete tosenden Applaus, als sie sagte: «Uns wird gesagt, dass Abschiebungen zu einer Revitalisierung unserer Stadt beitragen werden. Ich jedoch sage, Abschiebungen fügen der Verletzung eine Beleidigung und eine weitere Phase der Zerstörung hinzu. Sie wollen uns weismachen, die Armen deiner Stadt gehen vor. Und ich sage: Tatsächlich passiert Folgendes: Die Reichen deiner Stadt gehen vor – vor den Armen deiner Stadt und vor denjenigen, die hier Schutz suchen.»



Demonstrantin mit Plakat mit der Aufschrift: «Meine Großeltern flüchteten vor einem Pogrom in der Ukraine nach Rumänien – nur deshalb existiere ich überhaupt.»
Foto: Privat

25.000 demonstrieren gegen geplante Abschiebungen in Tel Aviv (24. März 2018)

Erneut demonstrierten Tausende Menschen gegen die Pläne der Regierung, alle Geflüchteten in Israel in Drittstaaten abzuschicken. Eritreische und sudanesisch Geflüchtete haben zusammen mit Bewohner*innen aus dem Süden Tel Avivs diese Demonstration organisiert, um ein Zeichen der Solidarität und des gemeinsamen Widerstands zu setzen. Es fanden sich schätzungsweise 25.000 Menschen an dem historisch bedeutsamen Versammlungsort der Stadt, dem Rabin-Platz im Zentrum Tel Avivs, ein.



KAMPAGNEN

Süd-Tel Aviv gegen Abschiebungen

Diese Initiative ging von Aktivist*innen im Viertel Newe Scha'an an von Tel Aviv aus, wo viele der Geflüchteten leben. Unter anderem wurden Hunderte von Plakaten mit der Aufschrift «Süd-Tel Aviv gegen Vertreibung» verteilt, die die Einwohner*innen an ihren Balkonen aufhängten, und öffentliche Veranstaltungen bei Achoti (hebräisch: Meine Schwester) durchgeführt, einer feministischen Mizרחi-Organisation im Süden Tel Avivs und zentralen Anlaufstelle der Proteste.



Veranstaltung bei Achoti



Auf dem Plakat steht: «Süd-Tel Aviv gegen Abschiebungen».

Refugees for Sale – internationale Kampagne

Am 22. Januar begann eine Gruppe von Aktivist*innen eine internationale Kampagne in den sozialen Netzwerken mit dem Hashtag #Refugees4Sale mit dem Ziel, die Regierenden in Israel, Ruanda und Uganda, die Europäische Union, die Afrikanische Union und den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen in Genf unter Druck zu setzen. Ihr Motto: «Wenn Waffenverkäufe und Fremdenhass sich treffen: Israel verkauft afrikanische Sklaven für 5.000 US-Dollar pro Kopf, und afrikanische Länder kaufen.» Auch in Berlin fanden Protestaktionen dort lebender israelischer Anti-Rassismus-Aktivist*innen statt, zum Beispiel eine Mahnwache vor der Botschaft Ruandas am 22. Januar 2018.



Protestaktion vor der Knesset. Jerusalem 2018.
Foto: Activestills

Mit dem «Theater der Unterdrückten» gegen Abschiebungen

Die Theatergruppe Cholot, ein Projekt von Geflüchteten aus dem Internierungslager Cholot und alteingesessenen Israelis, experimentiert mit Techniken des «Theaters der Unterdrückten», um die ausweglose Situation von vielen in Israel gestrandeten Asylsuchenden zum Thema zu machen. Um gegen die drohende Massenabschiebung zu protestieren, trat die Gruppe am zentralen Rothschild-Boulevard in Tel Aviv auf. Sie fordert die israelische Gesellschaft dazu auf, sich auf der Grundlage von Zeugenaussagen und persönlichen Geschichten «erneut mit der Flüchtlingskonvention und der Haltung des israelischen Establishments zu beschäftigen, mit dem Ziel, deren ethische und juristische Grundhaltungen infrage zu stellen».



Veranstaltung gegen Abschiebungen in Tel Aviv, Performance der Cholot-Theatergruppe. 21. Januar 2018. Foto: Privat

PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN

Nicht in unserem Namen – Parlamentarier*innen gegen Abschiebungen

Die linken Oppositionspolitiker*innen und Knesset-Mitglieder Michal Rozin (Meretz) und Dov Khenin (Gemeinsame Liste/Chadasch) sowie Eyal Ben Reuven von der größten Oppositionspartei Zionisches Lager beriefen eine Dringlichkeitssitzung der Knesset ein. 300 Vertreter*innen von Ministerien und Flüchtlingsorganisationen, Aktivist*innen sowie Geflüchtete folgten der Einladung. Der für die Veranstaltung vorgesehene Saal war viel zu klein, sodass man in den größten Knesset-Raum umziehen musste.



(v.l.n.r.) Knesset-Abgeordnete Mossi Raz und Michal Rozin von der oppositionellen Meretz und Menschenrechtsanwalt Asaf Weitzen auf einer Pressekonferenz in Kampala, Uganda. Februar 2018. Foto: Activestills

Erkundungsmission in Ruanda und Uganda

Im Zusammenhang mit den Plänen der israelischen Regierung, Flüchtlinge aus Eritrea und Sudan nach Ruanda und Uganda zu deportieren, ist eine israelische Delegation, der auch Knesset-Mitglieder angehörten, mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach Ruanda und Uganda gereist. Es ging darum, die Situation, der Flüchtlinge in beiden Ländern ausgesetzt sind, vor Ort kennenzulernen und zudem lokale Akteure zu treffen, die eine genauere Einschätzung dazu geben können, was Deportierte in den jeweiligen Ländern erwartet.



Najana Kombi, ein Wohngebiet für Geflüchtete in Kampala, Uganda, in dem viele aus Israel ausgewiesene eritreische Asylsuchende leben. Foto: Activestills

BRANDBRIEFE

Schuldirektoren gegen Ungewissheit und Angst bei Kindern von Geflüchteten

Alle Schuldirektor*innen in Tel Aviv haben eine Petition gegen die geplanten Massenabschiebungen afrikanischer Geflüchteter unterschrieben. In einer besonderen Lage befindet sich die Bialik-Rogozin-Schule, die im südlichen Teil von Tel Aviv liegt. Ihre Schüler*innen, sind bis auf wenige Ausnahmen alles Kinder von Geflüchteten oder nicht-jüdischen Migrant*innen. Etwa 700 von ihnen leben ohne gültige Papiere, darunter fast alle Kinder im Grundschulalter. Deshalb greift der Direktor, Eli Nachama, zu ungewöhnlichen Maßnahmen: Er hat alle Eltern zu einer Sondersitzung eingeladen und ihnen zu verstehen gegeben, dass ihre Kinder in der Schule lernen, um ihre Abschiebung zu verhindern. «Unser Ziel ist es, Kindern und Eltern Werkzeuge an die Hand zu geben, damit sie damit umgehen können, was sie derzeit auf der Straße erleben oder in der Zeitung lesen», sagte Nachama. Die Situation sei furchtbar, und den Kindern fiel es schwer, mit ihrer Situation zurechtzukommen. Es seien Gefühle der Angst und Ungewissheit, die die gesamte Arbeit dieser Musterschule zunichtezumachen drohten.



Die Bialik-Rogozin-Schule im Süd Tel Avivs: Foto: Privat

Liebt Euren Nächsten – Schüler*innen gegen Abschiebungen

Eine Gruppe mit dem Namen «Liebt Euren Nächsten – Schüler*innen gegen Abschiebungen» initiierte eine Petition an Schulen, die mehr als 2.700 Unterstützer*innen fand. «Unter den Geflüchteten sind viele Kinder, die fast ihr ganzes Leben hier verbracht haben, und Israel ist alles, was sie kennen. In den Ländern, in die sie vertrieben werden sollen, droht ihnen Schreckliches, zum Beispiel die Inhaftierung und der Verlust von allem, was sie haben», schrieben die Gymnasiast*innen. «Wir Schüler*innen in Israel wollen nicht schweigen, wenn Geflüchtete abgeschoben werden.»



Auf dem Schild steht: «Geflüchtete vertreiben keine Geflüchtete.»

Ärzte gegen Abschiebungen – Dem Eid des Hippokrates folgen

1.000 Ärztinnen und Ärzte haben eine Petition unterschrieben, in der sie eine ethisch vertretbare und menschliche Lösung fordern, die es Geflüchteten ermöglicht, ihr Recht auf Gesundheit zu verwirklichen und in Würde zu leben: «Wir treffen einige dieser Menschen im Zuge unserer Arbeit in Krankenhäusern. Wir sind uns der systemischen Einschränkungen – wie fehlende Krankenversicherung und harte Lebensbedingungen – bewusst, die eine umfassende Behandlung behindern. Wir versuchen, diesen Menschen angesichts ihrer schwierigen Lebensgeschichten mit besonderer Hingabe und Aufmerksamkeit zu begegnen. Wir können nicht tatenlos zusehen, wenn das Leben, die Integrität der Körper und die Seelen unserer Patient*innen aufs



Plakat der Ärzte für Menschenrechte – Israel mit der Aufschrift: Ärzte und Gesundheitspersonal sagen NEIN zur Abschiebung von Geflüchteten.

Spiel gesetzt werden und damit auch alle unsere Bemühungen um ihre Genesung. Unser Schweigen wäre gleichbedeutend mit einem massiven Angriff auf die Menschlichkeit, ja die Menschheit.» Initiiert wurde die Petition von der Organisation Ärzte für Menschenrechte – Israel, die Trägerin des alternativen Nobelpreises ist.

Aufruf an Pilot*innen

Innerhalb einer Woche haben 7.000 Menschen einen Aufruf von «Sasim – eine aktive Gemeinschaft» unterzeichnet, im dem israelische Pilot*innen dazu aufgefordert werden, sich nicht an der Abschiebung von Geflüchteten zu beteiligen. Die Kampagne ist von europäischen Vorbildern inspiriert: In einigen europäischen Ländern haben sich Pilot*innen wiederholt geweigert, Flugzeuge zu fliegen, in denen Menschen sitzen, die gegen ihren Willen abgeschoben werden. Deutsche Pilot*innen haben damit schätzungsweise 200 Abschiebungen verhindert. «Auf der ganzen Welt kämpfen Bürger*innen gegen grausame Ausweisungsverfügungen und stehen solidarisch zu Geflüchteten und Asylbewerber*innen», sagt Raluca Ganea von Sasim, «dies ist eine Zeit der Prüfung für die israelische Öffentlichkeit. Das Schicksal von Zehntausenden von Menschen hängt von uns ab. Wir fordern die israelischen Pilot*innen auf, es ihren Kollegen in Europa gleichzutun und auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen.»

DURCH DIE JÜDISCHE GESCHICHTE ZUR HUMANITÄT VERPFLICHTET

Holocaust-Überlebende gegen Abschiebungen: «Wir werden Flüchtlinge in unserem Haus verstecken, so wie sie uns versteckten.»

Holocaust-Überlebende sprechen sich aktiv gegen die Ausweisung von afrikanischen Geflüchteten aus und erklären sich bereit, Flüchtlinge in ihren Häusern aufzunehmen und sie so vor dem Zugriff der Behörden zu schützen. Einer von ihnen, der 85-jähriger Holocaust-Überlebende Chaim Roth, sagt empört: «Haben wir nichts aus der Schoah gelernt? Ich habe doch nur dank Menschen, die mir Schutz gegeben haben, überleben können, und hier und jetzt sind wir nicht dazu bereit, anderen zu helfen?»



Foto: Ohad Tzvigienberg

Einige Holocaust-Überlebende trafen sich mit Geflüchteten. Eine bewegende Erfahrung, auch für die Geflüchteten. Munim Harun, 28 Jahre alt, aus Darfur im Sudan, sagt: «Ich habe gefühlt, dass ich jemanden gefunden habe, der meinen Schmerz wirklich versteht, der wirklich weiß, was es bedeutet, schutzsuchend an die Tür zu klopfen und mit Ablehnung konfrontiert zu werden. Die Holocaust-Überlebenden verstehen, was es heißt, Flüchtling zu sein.

Rabbiner*innen lassen sich von der Geschichte Anne Franks inspirieren

Inspiziert von Anne Frank haben sich Rabbiner*innen in Israel bereit erklärt, afrikanische Geflüchtete vor den Behörden zu verstecken, um ihre Abschiebung zu verhindern. Die Organisation Rabbiner für Menschenrechte sagt dazu: «Diese Politik stellt eine lebensbedrohliche Bedrohung für die Asylsuchenden dar und widerspricht sowohl der jüdischen Tradition als auch der Tradition des Staates Israel, der zu den Nationen gehörte, die in den 1950er Jahren die Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen auf den Weg brachten. Mit großer Sorge beobachten wir die Aktionen der israelischen Regierung und fordern dazu auf, zu handeln, bevor es zu spät ist.»



Mitglieder der Rabbiner für Menschenrechte, darunter Rabbinerin Susan Silverman. Foto: Privat

Haus der Ghattokämpfer gegen Abschiebungen

Auch das Haus der Ghattokämpfer – eine 1949 von Mitgliedern des Kibbuz Lochamej haGeta'ot gegründete Gemeinschaft von Überlebenden des Holocaust, darunter ehemalige Untergrundkämpfer*innen aus Partisaneneinheiten und Teilnehmer*innen am Aufstand im Warschauer Ghetto – meldete sich zu Wort. «Wir, die Verwaltungsratsmitglieder und Mitarbeiter*innen des Museums Haus der Ghattokämpfer, wenden uns hiermit an die Entscheidungsträger im Staat Israel und rufen dazu auf, den Beschluss, Asylsuchende in Länder abzuschicken, in denen sie eindeutig einer unmittelbaren Lebensgefahr ausgesetzt sind, zu revidieren [...] Wir können nicht ruhig zusehen, wenn Geflüchtete, die ihre Heimat verloren haben, abgeschoben werden sollen, während ihnen grundlegende Menschenrechte verweigert werden, wie sie von [internationalen] Konventionen, die der Staat Israel unterzeichnet hat, garantiert sind.»

Brandbrief israelischer Schriftsteller*innen zu Abschiebungen

35 israelische Schriftsteller*innen, darunter Amos Oz, David Grossman, Zeruya Shalev, Orly Castel-Bloom und Etgar Keret, forderten Israels Volksvertretung dazu auf, «die Abschiebung der aus Eritrea und dem Sudan stammenden Asylsuchenden zu stoppen, Männer und Frauen, deren Körper und Seelen die entsetzlichen Narben ihrer Flucht und der Folterlager im Sinai tragen, sowie ihrer Kinder, die in Israel geboren wurden und die uns nur um eines bitten:



Aufschrift: «Geflüchtete willkommen!» «Auch ihr sollt die Fremden lieben, denn ihr seid Fremde in Ägypten gewesen» (5. Buch Mose, 10,19)

ihr Leben.» Weiter schreiben sie: «Juden dürfen Flüchtlinge nicht verfolgen und abschieben; der israelische Staat muss sich gegen diese humanitäre Katastrophe entscheiden, und es liegt an Ihnen und uns, diese zu verhindern.»

Der jüdischen Geschichte verpflichtet – Studierende und Akademiker*innen gegen Abschiebungen

470 israelische Akademiker*innen unterzeichneten einen Brief, in dem ein Ende der Ausweisung von Asylsuchenden aus Eritrea und Sudan verlangt wird. Dort heißt es: «Wir fordern Sie auf, den Beschluss der Regierung, Asylsuchende in Israel festzunehmen und gewaltsam zu vertreiben, zurückzunehmen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass auch wir verfolgt wurden, dass auch wir Flüchtlinge waren, und wir müssen die Geflüchteten, die aus ihrer Heimat geflohen sind, herzlich willkommen heißen, um ihre Seelen und das Leben ihrer Verwandten zu retten.»



Protestaktion gegen Abschiebung
in Süd-Tel Aviv, 2018.
Foto: Activestills



Schäfer aus Khan al-Ahmar
in der Peripherie von Jerusalem,
West Bank, 2018.
Foto: Activestills

Beduinen im Negev/Naqab: Das Recht zu bleiben

Für viele Beduininnen und Beduinen in Israel ebenso wie in den besetzten Palästinensergebieten in der Westbank waren die letzten Jahre und Jahrzehnte vom Kampf gegen den geplanten Abriss ihrer Dörfer und die Auflösung ihrer Gemeinden geprägt. Im Folgenden dokumentieren wir Ausschnitte einer Analyse der historischen, rechtlichen und politischen Dimensionen dieses Konflikts, deren Autoren zu dem Schluss kommen, dass die aktuelle Situation durch den Versuch der israelischen Regierung hervorgerufen wurde, eine Lösung zu erzwingen, mit der die meisten Beduinen das Recht auf ihr Land verlieren und gegen ihren Willen umgesiedelt würden.

Gegenwärtig liegt die mediale Aufmerksamkeit im In- und Ausland auf einem Dorf in der Westbank: Khan el-Ahmar, das akut von Abriss und Räumung bedroht ist.

Aber auch auf israelischem Staatsgebiet, im Negev (arabisch: Naqab), gibt es Dutzende beduinisch-arabischer Dörfer mit Zehntausenden Einwohner*innen (allesamt israelische Staatsbürger*innen), die von der israelischen Behörden für illegal erklärt wurden und folglich abgerissen und geräumt werden sollen. Und dies obwohl sie nachweislich seit vielen Jahrzehnten, teilweise seit Jahrhunderten existieren. An der Stelle von einigen dieser Dörfer ist die Errichtung von jüdischen Ortschaften geplant, andere befinden sich auf Routen geplanter Straßen oder in Gebieten, die man als militärische Übungsplätze nutzen will. Den Kampf um den Erhalt eines dieser Dörfer, Umm al-Hiran, haben wir auf unserer Webseite fortlaufend dokumentiert. Im Folgenden liefern wir eine Zusammenfassung der Ereignisse.



Israelische Polizeikräfte bewachen die Abrissarbeiten des Beduinendorfes Al Aqib im Negev, Israel, 2014.
Foto: Activestills

Konfrontation im Negev: Die israelische Landpolitik gegen die Beduinen

**Ahmad Amara,
Oren Yiftachel**

Im Folgenden dokumentieren wir Ausschnitte einer umfangreicheren Analyse der historischen, rechtlichen und politischen Hintergründe des Beduinen-Konflikts sowie des Widerstands der Gemeinschaften, die für das Recht auf ihr Land und gegen eine Zwangsumsiedlung kämpfen.

Historische Hintergründe

Seit vielen Jahrhunderten bewohnen Beduinen die Wüsten des Nahen und Mittleren Ostens, seit dem siebten Jahrhundert auch den Negev. Schätzungen gehen davon aus, dass 1880 etwa 32.000 und 1914 um die 55.000 Beduinen im Negev lebten. 1948 lag ihre Zahl bereits zwischen 75.000 und 90.000, organisiert in 95 Stämmen. Der Stamm war die traditionelle Struktur der kommunalen Gemeinschaften. Eine Gruppe mehrerer Stämme bildete die größere kommunale Einheit, die Stammeskonföderation (arabisch: qabila).

Landnutzung, Beweidung, Bewässerung und Zeltlager waren auf das jeweilige Territorium einer Konföderation beschränkt. Über die Jahrhunderte expandierten Konföderationen oder verloren Territorium durch Konflikte mit anderen Stämmen beziehungsweise infolge klimatischer Einbrüche wie Dürre- oder Regenperioden. Die entsprechenden

Regionen des heutigen südlichen Jordanien, des israelischen Negev, des ägyptischen Sinai und des nördlichen Saudi-Arabien bildeten als halbwegs abgeschlossene territoriale Einheiten den Lebensraum der Beduinen, bevor die modernen Staatsgrenzen die politischen Gegebenheiten grundlegend veränderten.

Vom 19. Jahrhundert an gingen die Negev-Stämme mehr und mehr zum Ackerbau über, wodurch sich ihre Abhängigkeit von der (nomadischen) Tierhaltung verminderte. Die Veränderung der Produktionsweise erhöhte die Bedeutung des Bodens und dessen Kultivierung; sie führte zu einem sesshafteren Lebensstil, der weiterhin jedoch saisonbedingte Umzüge innerhalb des Stammesgebiets oder eines Teils davon vorsah. Der wirtschaftliche Wandel führte somit zur Errichtung dauerhafter Beduinenlager und sogar zum Bau von Steinhäusern. In einer britischen Volkszählung aus dem Jahre 1931 gaben 89,3 Prozent der Negev-Beduinen an, dass Landwirtschaft ihre hauptsächliche

Unterhaltsquelle sei; 76 Prozent wurden als «Besitzer von Grund und Boden» eingestuft.

Nach dem Krieg von 1948 und der Gründung des Staates Israel wurde die Mehrheit der Negev-Beduinen vertrieben oder floh und fand Zuflucht im Gazastreifen, in Jordanien und im Sinai. Die verbliebenen Beduinen wurden zu israelischen Staatsbürger*innen.

Die israelische Politik gegenüber den Beduinen

Das israelische Vorgehen im Negev ist dabei im weiteren Kontext einer Politik zu sehen, die auf die Verstaatlichung von möglichst viel Grund und Boden zwecks «Judaisierung» [Begriffsklärung siehe Glossar] setzt, das heißt, angestrebt ist die Anhebung des jüdischen Bevölkerungsanteils in Teilen des Landes, in denen mehrheitlich oder relativ viele nichtjüdische Menschen leben. Ermöglicht wurde dies im Negev durch Massenvertreibungen der indigenen Bevölkerung, die Inbesitznahme des Bodens zwischen 1947 und 1949 und das danach konstruierte spezifische Rechtssystem. Umfasste das Landeigentum jüdischer Einzelpersonen oder Organisationen bei der Staatsgründung 1948 noch etwa 1.500 Quadratkilometer, etwa acht Prozent des späteren Staatsterritoriums von Israel, so hatte der Staatsapparat bis 2013 durch ein intensives Landenteignungs-, Nationalisierungs- und Umwidmungsverfahren schon die Kontrolle über 93,5 Prozent des Landes innerhalb der Grünen Linie [Begriffsklärung siehe Glossar] erlangt.

In den ersten Jahren nach der Staatsgründung siedelte die israelische Armee viele Beduinen in ein geschlossenes Gebiet im Norden des Negev um, später bestand die zentrale Strategie der israelischen Regierung in der Umsiedlung und Konzentration der beduinischen Bevölkerung in drei Städten im Negev sowie in sieben speziell für sie gebauten Kleinstädten, wo gegenwärtig etwa die Hälfte der 250.000 Negev-Beduinen lebt. Diese Städte sind überbevölkert und verarmt, die Menschen dort leiden unter hoher Arbeitslosigkeit und steigender Kriminalität.

Die andere Hälfte der Beduinen-Bevölkerung lebt in elf ländlichen Ortschaften, die im Laufe der Jahre vom Staat anerkannt wurden, aber nach wie vor an ihrer Entwicklung gehindert werden, etwa durch die Verweigerung von Baugenehmigungen, sowie in 35 Ortschaften, die als «nicht anerkannt» gelten und damit in den Augen des Staates illegal sind, obwohl ihre Bewohner*innen nach der Staatsgründung zum Teil durch die israelischen Behörden dorthin umgesiedelt wurden. Bei der weiteren Planung der Bebauung und Besiedlung des Negev wurden diese Beduindörfer von der israelischen Verwaltung allerdings weitgehend ignoriert, mit der Begründung, die Territorien seien als militärische, industrielle oder ökologische Standorte und nicht als Wohngebiete vorgesehen. Diese Argumentation ermöglicht es der israelischen Regierung, die betreffenden Ortschaften heute als «illegal» zu klassifizieren, da ihre Planung nicht genehmigt war. In diesen Ortschaften mangelt es folglich an grundlegender technischer und sozialer Infrastruktur, seien es Strom, fließendes Wasser, befestigte Straßen, öffentliche Transportmittel oder Schulen. Zudem versuchen die Behörden die Bewohner*innen

dieser Gemeinden mittels verschiedener Schikanen – der Zerstörung der Ernten, der kompletten Verweigerung von Baugenehmigungen und gleichzeitigem Abriss von Häusern und Infrastruktur, Zwangsräumungen und der Aberkennung von Grundeigentumsansprüchen – dazu zu bringen, in die für sie vorgesehenen Kleinstädte zu ziehen.

Widerstand der beduinischen Bevölkerung

Den Beduinen und Beduinen ist durchaus bewusst, dass ihre historische Präsenz in diesem Gebiet einen Trumpf in ihrem aktuellen Kampf um ihre Bodenrechte darstellt. Ihre Proteste gegen die staatlichen Pläne zur Entwicklung des Negev, die vor allem die Ansiedlung von mehr jüdischer Bevölkerung und den Aufbau von auf sie zugeschnittene Infrastruktur vorsehen, haben im Laufe der Zeit verschiedene Formen angenommen: von der Auflehnung gegen die Umsiedlungen in den frühen 1950er Jahren über den Widerstand gegen die Militärregierung, der sie bis 1966 unterstanden [Begriffserklärung siehe Glossar], bis hin zu den in den frühen 1970er Jahren begonnenen Landkämpfen. Seit den 1990er Jahren haben junge Aktivist*innen und Professionals schrittweise die traditionelle Führung der beduinischen Bevölkerung ersetzt. Sie organisierten sich neu, mobilisierten die Bevölkerung und stützten sich stark auf das Recht und eine fachkundige juristische Verteidigung. Zahlreiche israelische Bürgerrechtsorganisationen wie beispielsweise das Zentrum für die juristische Verteidigung der Rechte der arabischen Minderheit in Israel Adalah, die Vereinigung für Bürgerrechte in Israel (ACRI), das Negev-Koexistenz-Forum oder Bimkom – Planer*innen für Menschenrechte engagieren sich inzwischen im Negev. Auch unter den Beduinen entstanden Basisinitiativen, unter anderem der Regionalrat der nicht anerkannten Dörfer (RCUV), in dem die beduinischen Dörfer vertreten sind und der das Ziel verfolgt, die Angelegenheiten und Interessen der beduinischen Bevölkerung insbesondere hinsichtlich Grundeigentum und Wohnraum zu vertreten. Der RCUV initiierte gemeinsam mit anderen Organisationen zahlreiche Aktivitäten, um den Widerstand gegen die staatliche Politik zu stärken, darunter Protestaktionen, Informationskampagnen, Lageberichte, lokale Seminare und Empowerment-Projekte. Er bietet auch Unterstützung bei Rechtsstreitigkeiten an, insbesondere für Bewohner*innen nicht anerkannter Ortschaften. Eine zentrale Forderung ist, dass der Abriss von Häusern eingestellt wird und die beduinischen Dörfer einen legalen Status und damit die Bewohner*innen auch Zugang zu öffentlicher Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen – insbesondere im Bereich Bildung und Gesundheitsversorgung – erhalten.

Das wichtigste Projekt des RCUV ist die Erarbeitung eines Masterplans für die nicht anerkannten Dörfer. Hierfür schloss sich der Regionalrat mit zwei professionellen Organisationen zusammen, mit Bimkom und Sidrah (Juristischer Beistand für beduinische Frauen). Gemeinsam nutzte man verschiedene Partizipationsverfahren, um die Interessen und Forderungen der betroffenen beduinischen Bevölkerung in den Planungsprozess einzubeziehen, und führte verschiedene Untersuchungen durch, ergänzt durch öffentliche Diskussionen zu alternativen

Entwicklungsszenarien. Nach dreijähriger intensiver Arbeit veröffentlichte der RCUV im Sommer 2012 einen Bericht, der nachweist, dass alle 35 beduinischen Ortschaften nach dem in Israel gültigen Planungsrecht beziehungsweise den vorliegenden Bebauungsplänen für ländliche jüdische Ortschaften anerkannt und legalisiert werden könnten. Der Bericht schlägt vor, 30 der «historischen Dörfer», wo die Beduinen auf dem Land ihrer Vorfahren leben, auf jeden Fall an ihrem jetzigen Standort zu bewahren und auszubauen. Für die restlichen fünf Dörfer sieht der Bericht vor, die umwelttechnischen und sozialen Hindernisse zu prüfen, die einer Weiterexistenz im Wege stehen könnten, und danach zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Der Plan wurde an alle entscheidenden Stellen weitergeleitet und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und stellt eine klare Alternative zu den Plänen der israelischen Regierung dar.

Die Staatsmacht antwortet darauf mit dem forcierten Abriss von Häusern – über 1.000 pro Jahr. Außerdem nutzt sie verstärkt das Instrument von Gegenklagen, was den Konflikt zwischen der israelischen Regierung und der beduinischen Bevölkerung noch weiter verschärft hat.

Die Umsiedlungspläne der Regierung stießen von Anfang an auf heftigen öffentlichen Widerstand. In allen Teilen Israels kam es zu größeren Protesten und sogar zu Streiks, selbst im Ausland wurde gegen die Pläne demonstriert. Viele Nichtregierungsorganisationen haben sich in schriftlichen Stellungnahmen eindeutig dagegen ausgesprochen, Vertreter*innen der indigenen Bewohner*innen des Negev haben sich gezielt an die internationale Gemeinschaft gewandt und um Unterstützung bei ihrem Existenzkampf gebeten. Sie appellierten an die Organe der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, hielten weltweit Vorträge an Universitäten und vor anderen Gremien. Die EU verlangte daraufhin von der israelischen Regierung die Rücknahme der Umsiedlungspläne, dieser Forderung schloss sich im Juli 2013 Navi Pillay, Hohe Kommissarin der UNO für Menschenrechte, an. Sie legte der israelischen Regierung nahe, die Pläne rückgängig zu machen, da «mit der Zerstörung von bis zu 35 beduinischen Dörfern im Negev sowie der Enteignung, Vertreibung und Zwangsumsiedlung von 30.000 bis 40.000 arabischen Beduinen aus dem Land ihrer Vorfahren und ihrer Heimat zu rechnen sei». In einer Presseerklärung hieß es darüber hinaus, die Hohe Kommissarin bedauere sehr, dass die israelische Regierung «weiterhin aktiv eine diskriminierende Politik von Zwangsumsiedlungen gegenüber ihren arabischen Bürger*innen verfolgt».

Aussicht

Mit den nach wie vor bestehenden Umsiedlungsplänen der Regierung und den entsprechenden Reaktionen darauf ist der Negev-Konflikt mitnichten beendet. Solange der Staat seine politischen Entscheidungen ohne jede ernsthafte Konsultation mit der lokalen Bevölkerung trifft und nicht versucht, diese in politische Prozesse einzubinden, und solange seine Politik auf eine Diskriminierung der indigenen Minderheiten hinausläuft, wird die beduinische Bevölkerung sich den offiziellen Entwicklungsplänen für den

Negev widersetzen und dagegen mobil machen. Die derzeitige Regierungspolitik lässt die arabisch-jüdische Versöhnung und jede echte Koexistenz im Negev wie eine ferne Fata Morgana in der Wüste erscheinen.

Ahmad Amara ist Menschenrechtsanwalt und Absolvent des gemeinsamen Ph.D.-Programms der Fachbereiche Geschichte sowie Hebräisch und Judaistik-Studien der New York University. Er forscht vor allem zu den Änderungen in den Eigentumsverhältnissen in stammesmäßig strukturierten Kommunen infolge der osmanischen Landreform, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten.

Oren Yiftachel lebt seit Anfang der 1990er Jahre im Negev und bemüht sich seitdem, kritische Forschung und engagierte Lehre mit Engagement für soziale und politische Gerechtigkeit zu verbinden. Er ist einer der führenden kritischen Geografen und Sozialwissenschaftler in Israel/Palästina. Er lehrt Geografie, Stadt- und Regionalplanung sowie Public Policy an der Ben-Gurion-Universität im Negev. Yiftachel ist Mitglied der israelischen Planungsvereinigung und bei Habitat International aktiv. Er war Leiter von B'Tselem, einer NGO, die seit 1989 Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Palästinensergebieten dokumentiert, und engagiert sich im «Regionalrat für nicht anerkannte Dörfer», der sich für die Rechte der arabisch-beduinischen Staatsbürger*innen Israels im Negev einsetzt. Yiftachel ist einer der Gründer der Bewegung «Zwei Staaten, eine Heimat», die ein konföderatives Modell als neue Perspektive für Frieden und die israelisch-palästinensische Aussöhnung vertritt.

Der vollständige Text ist auf der Webseite des Israel-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in voller Länge nachzulesen.



Frauen von Umm Al-Hiran stehen an den Ruinen ihrer abgerissenen Häuser. Negev, Israel, Januar 2017.
Foto: Activestills

Umm al-Hiran: Die Geschichte eines Beduinendorfs in Israel

Michal Rotem

Umm al-Hiran, eines der 35 Beduinendörfer im Negev, deren Existenz der Staat nicht anerkennt, soll geräumt und abgerissen werden, um Platz für eine jüdische Neuansiedlung zu machen. Bei einer Abrissaktion der Behörden ereignete sich eine Tragödie: Ein Zivilist und ein Polizist kamen ums Leben.

Am Mittwoch, den 18. Januar 2017, fand in den frühen Morgenstunden ein Polizeieinsatz in Umm al-Hiran statt: Hunderte von Polizist*innen waren angerückt, um den behördlich angeordneten Abriss zahlreicher Wohnhäuser und anderer Gebäude sicherzustellen. Der Abriss war Teil des Vorhabens, das gesamte Dorf zu räumen und dem Erdboden gleichzumachen. Auch die Dorfbewohner*innen waren an diesem Mittwochmorgen zugegen ebenso wie einige Aktivist*innen, die aus Solidarität gekommen waren. Noch vor Sonnenaufgang entwickelte sich die Abrissaktion zu einer Tragödie: Zwei Männer – ein Zivilist und ein Polizist – kamen ums Leben.

Umm al-Hiran ist eines der 35 Beduinendörfer, deren Existenz der Staat Israel nicht anerkennt. Vor der Gründung des Staates Israel lebten die Bewohner*innen von Umm al-Hiran in der Umgebung von Wadi Zubale im westlichen Negev. Nach der Staatsgründung wurden die Menschen, die nun israelische Staatsbürger*innen geworden waren, gezwungen, ihre angestammten Ländereien zu verlassen. Im Rahmen der Regierungspolitik, die Beduinen

im östlichen Negev zu konzentrieren, und auf Anordnung der Militärregierung (der alle Beduinen im Negev sowie auch alle anderen arabischen Staatsbürger*innen Israels bis 1966 unterstellt waren – siehe auch Begriffserklärung im Glossar) wurden die Bewohner*innen von Umm al-Hiran zwei Mal umgesiedelt. Mitte der 1950er Jahre erhielten sie die Anordnung, sich dort niederzulassen, wo sich heute das Dorf Umm al-Hiran befindet.

Seitdem leben die Dorfbewohner*innen dort, ohne jede Form der öffentlichen Daseinsvorsorge. Weil das Dorf weder an das Wasser- noch an das Stromnetz angeschlossen ist, müssen die Dorfbewohner*innen das Wasser selbst in Tanks herbeischaffen und Strom mit Generatoren und Solaranlagen erzeugen. Auch die lange Zufahrtsstraße zum Dorf müssen sie selbst instand halten. Um medizinisch versorgt zu werden und die Schule besuchen zu können, müssen die Dorfbewohner*innen in die circa acht Kilometer entfernte Ortschaft Hura fahren.

Seit Anfang der 2000er Jahre, nachdem die Menschen also fast ein halbes Jahrhundert in Umm al-Hiran gelebt

haben, werden ihnen nun Räumungs- und Abrissanordnungen für ihre Häuser zugestellt. Erst im Nachhinein stellte sich der Grund für diese Maßnahme heraus: Auf Teilen des Geländes, auf dem sich zurzeit das Dorf befindet, soll eine neue jüdische Ortschaft mit dem Namen Hiran entstehen. Die Dorfbewohner*innen leiteten umgehend rechtliche Schritte ein, um ihr Dorf zu retten. Doch der Planungsprozess für die jüdische Ortschaft Hiran wurde unbeirrt fortgesetzt und zum Abschluss gebracht. Im Mai 2015 wies das Oberste Gericht den Einspruch, den die Dorfbewohner*innen mithilfe der Organisation Adalah eingelegt hatten, ab und entschied, dass der Staat das Dorf Umm al-Hiran räumen und die Dorfbewohner*innen in die Beduinenortschaft Hura umsiedeln darf. Nachdem auch ein Antrag auf einer anderen gerichtlichen Ebene abgelehnt worden war, waren sämtliche rechtlichen Mittel ausgeschöpft. Das Oberste Gericht entschied darüber hinaus, dass dem Staat die Möglichkeit offensteht, die Bewohner*innen von Umm al-Hiran zu vertreiben, obwohl diese das Land ursprünglich in Befolgung einer Militärregierung besiedelt hatten und nicht illegal besetzt, wie die Behörden fälschlich behaupten.

Versuche der Kompromissfindung

Im Prinzip spräche nichts dagegen, den Beschluss zur Errichtung des jüdischen Ortes Hiran zu revidieren oder dessen Lage so zu verändern, dass das Beduinenort Umm al-Hiran dort bleiben kann. Die Dorfbewohner*innen haben den Behörden verschiedene Lösungsvorschläge vorgelegt, die es ihnen als Gemeinde ermöglichen würden, weiterhin so zu leben und Landwirtschaft zu betreiben wie bisher. Unter anderem haben sie vorgeschlagen, die jüdische Ortschaft Hiran neben ihrem Dorf zu errichten oder das Dorf zu einem Viertel der neuen Ortschaft zu machen oder ihr Beduinenort an einem anderen, nahe gelegenen Platz neu zu errichten. Auch wäre es für die Behörden kein wirkliches Problem, die Häuser der Dorfbewohner*innen in den Plan der neuen Ortschaft zu integrieren. Trotz all dieser Vorschläge bestehen die staatlichen Behörden darauf, die Dorfbewohner*innen in die nahe gelegene Beduinenortschaft Hura umzusiedeln, in der es nicht genügend Grundstücke für sie gibt, sodass sie ihre bisherige Lebensweise, die auch Tierzucht und saisonale Landwirtschaft einschließt, aufgeben müssten. Die erzwungene Urbanisierung wird somit auch den Verlust eines wesentlichen Teils ihrer Lebensgrundlage zur Folge haben, ohne dass genügend alternative Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Im August 2015 begannen die Arbeiten zur Errichtung des jüdischen Ortes Hiran. Das Gelände wird seitdem vorbereitet und die Infrastrukturarbeiten sind in vollem Gange.

Im Laufe der Jahre übten die Behörden großen Druck auf die Bewohner*innen von Umm al-Hiran aus, sodass einige von ihnen in die Umsiedlung nach Hura einwilligten. Als die Behörden im November 2016 den Abriss der Häuser androhten, gaben weitere Familien im Dorf dem Druck nach und erklärten sich bereit, nach Hura überzusiedeln. Sie waren gezwungen, ihre Tiere zu verkaufen, und mussten ihre Häuser selbst abreißen. Mitte Januar 2017 ordneten die Behörden den Abriss weiterer Wohnhäuser

und anderer Gebäude im Dorf an. Nachdem in der Nacht zum 18. Januar ein erneuter Versuch der Vertreter des Dorfes gescheitert war, mit den Behörden eine Übereinkunft zu erzielen, um den Abriss zu verhindern, kam es am frühen Morgen des 18. Januar zu besagtem Polizeieinsatz. Die angeforderten Polizeikräfte – Angehörige von Kampfeinheiten – sicherten die Häuser, um die Abrissanordnung durchzusetzen.

Die Ereignisse vom 18. Januar 2017 und ihre Folgen

Kurz vor sechs Uhr morgens ging der Dorfbewohner Yacoub Abu al-Qiyan zu seinem Haus, das an diesen Tag abgerissen werden sollte. Er nahm persönliche Dinge, Dokumente und Wertsachen an sich und legte sie in sein neues Auto, das er einige Monate zuvor gekauft hatte. Abu al-Qiyan stieg in den Wagen und entfernte sich im Schrittempo von seinem Haus. Innerhalb weniger Sekunden begannen die Polizeikräfte daraufhin, mit scharfer Munition in Richtung Auto zu schießen. Gemäß Videoaufnahmen und Zeugenaussagen von Dorfbewohner*innen und Aktivist*innen, die gekommen waren, um die Dorfbewohner*innen zu unterstützen, verlor Abu al-Qiyan aufgrund der Schüsse die Kontrolle über das Auto, bevor dieses den Polizisten Erez Levi überfuhr, der daraufhin sofort starb.

Aus dem Obduktionsbericht geht hervor, dass von den Dutzenden Kugeln, die auf Abu al-Qiyan abgefeuert wurden, nur zwei getroffen haben. Eine Kugel drang durch das Auto und zerschmetterte das Knie des Beins, das das Gaspedal bediente; und die zweite drang in seinen Oberkörper ein. Aus dem Obduktionsbericht geht ferner hervor, dass Abu al-Qiyan erst 20 bis 30 Minuten nach den Schüssen an seinen Verletzungen starb. Die zahlreichen Polizeikräfte vor Ort kümmerten sich nicht um ihn und riefen keine ärztliche Hilfe, die sein Leben hätte retten können.

Abu al-Qiyan war 47 Jahre alt, als er ums Leben kam. Er war ein anerkannter und geschätzter Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften an der al-Salam Schule in Hura. In seiner Freizeit züchtete er Schafe. Seine Mutter und sein Bruder erzählten, dass er sie am späten Abend vor seinem Tod besucht habe. Als sie ihn fragten, was er machen würde, falls es zum Abriss komme, versprach er, dass er alles zurücklassen und sofort zum Haus der Mutter in Hura kommen würde.

Wenige Minuten nach den Schüssen veröffentlichten die wichtigsten israelischen Medien die Bekanntmachungen der Polizei, wonach in Umm al-Hiran ein «Anschlag mit einem Fahrzeug» verübt worden sei – Abu al-Qiyan's Bild wurde veröffentlicht und mit «der Terrorist» untertitelt. Die Polizei hatte zu diesem Zeitpunkt keinerlei Grundlage für ihre Behauptungen, und niemand von den Medienleuten hatte sich mit den Dorfbewohner*innen in Verbindung gesetzt, um die Geschichte zu überprüfen. Erst im Laufe des Nachmittags, als die Polizei von sich aus ein Video veröffentlichte, das das Geschehen aus der Luft zeigt, begannen führende Journalist*innen, die Version der Polizei infrage zu stellen. Diese Zweifel verstärkten sich angesichts der Obduktionsergebnisse und Augenzeugenberichte und wurden nach und nach zur Gewissheit. Doch die

Falschmeldungen waren in der Welt, und die Hetze gegen die Bewohner*innen von Umm al-Hiran und die beduinische Bevölkerung in Israel durch führende Minister*innen, den Polizeichef und andere beeinflussen die Diskussion um Umm al-Hiran und die Beduinen insgesamt weiter.

Die Ereignisse in Umm al-Hiran sind ein eklatantes und tragisches Beispiel für die Situation von 35 Beduinendörfern im Negev, die aus vielen verschiedenen Gründen in Gefahr sind, zwangsweise geräumt zu werden. Auf dem Boden von einigen dieser Dörfer ist die Errichtung von jüdischen Ortschaften geplant; andere befinden sich auf den geplanten Routen der Autobahn 6, die ganz Israel von Norden nach Süden durchquert, oder anderer Schnellstraßen. Dann gibt es Dörfer, die verschwinden sollen, weil sie in militärisch genutzten Gebieten liegen, bei anderen verlangt der Staat, dass sie geräumt werden, obwohl es keinerlei Pläne für eine anderweitige Nutzung gibt.

Übersetzt von **Ursula Wokoek Wollin**

Michal Rotem ist die Koordinatorin der Abteilung Forschung und Advocacy im Negev-Koexistenz-Forum für gesellschaftliche Gleichberechtigung. Sie hat einen M.A. in Politikwissenschaft und studiert zurzeit Jura.

Was nach dem Räumungsversuch Umm al-Hirans geschah

Nach den tödlichen Vorfällen bei der gewaltsamen Räumung am 18. Januar 2017 haben die israelischen Behörden im März 2018 bekanntgegeben, dass sie im April das gesamte Beduinen-Dorf Umm al-Hiran abreißen lassen wollen. Im Laufe des April haben einige Bewohner*innen von Umm al-Hiran eine Vereinbarung mit den israelischen Behörden bezüglich einer späteren Umsiedlung in das unweit gelegene Beduinen-Dorf Hura unterzeichnet, wo sie Grundstücke zum Hausbau erhalten sollen, sowie finanzielle Entschädigungen für die Grundstücke, die sie verlassen müssen.

Während Vertreter*innen staatlicher Stellen sich damit brüsteten, ein Übereinkommen mit den Bewohner*innen erreicht zu haben, und die Vertragsvereinbarungen als großzügiges Entgegenkommen vonseiten des Staates bezeichneten, sieht die Wahrheit wohl etwas anders aus. Offenbar reichen die vertraglich festgelegten Mittel und Entschädigungen nicht aus, um die tatsächlichen Kosten der Umsiedlung abzudecken. Bewohner*innen von Umm al-Hiran berichteten, dass sie vom Staat genötigt wurden, das Angebot anzunehmen, ein Angebot, das sie in der Vergangenheit konsequent abgelehnt hatten. «Wir haben diese Vereinbarung mit Tränen in den Augen unterschrieben,» erklärt einer der Bewohner und dass der Druck, der vom Staat ausgeübt wurde, enorm gewesen und bei einigen Besuchen durch die Präsenz von Polizeikräften noch verstärkt worden sei. «Wir wurden dazu gezwungen, zu unterschreiben. Sie haben uns gesagt: Wenn Ihr nicht unterschreibt, kommen wir und reißen die Häuser ab.» Der vertraglich zugesicherte Neubau der Häuser in Hura verzögerte sich jedoch. Der behördlich angesetzte Umsiedlungstermin (Ende September 2018) konnte von daher nicht eingehalten werden.

Da die Evakuierten ihre angestammten Wohnstätten in Umm al-Hiran bis Ende August 2018 zu räumen hatten, verpflichtete sich der Staat in einer schriftlichen Vereinbarung, keine Abrissverfügungen für die jetzt notwendig gewordenen provisorischen Behausungen zu erlassen, die in dem neuen Wohngebiet errichtet werden mussten. Im Vertrauen auf die schriftliche Vereinbarung begannen die Bewohner*innen von Umm al-Hiran Ende Juli mit der provisorischen Bebauung des ihnen zugewiesenen neuen Geländes in Hura. Doch am Morgen des 29. Juli 2018 erschienen daraufhin Inspektoren des Ausschusses für Regionalplanung und Bauwesen Ost-Negev und verfügten einen Arbeitsstopp. Zudem drohten sie an, die von anderer staatlicher Stelle vertraglich erlaubten provisorischen Bauten im kommenden Jahr abreißen zu lassen. Die Gängelung der Bewohner*innen von Umm al-Hiran nimmt kein Ende.



Polizeieinsatz in Khan al-Ahmar,
Westbank, Oktober 2018.
Foto: Activestills

Khan al-Ahmar: Die Geschichte eines Beduinendorfs in der Westbank

**Zusammenfassung
einer Artikelreihe
des Webmagazins
Sicha Mekomit**

Die Bewohner*innen von Khan al-Ahmar wurden nach der Staatsgründung Israels aus ihrem angestammten Gebiet im Negev in die damals jordanische Westbank vertrieben. Jetzt droht ihnen die zweite Vertreibung: Ihr Dorf soll zugunsten israelischer Siedler*innen geräumt werden. Die politischen Folgen für die gesamte Region könnten gravierend sein.

Unmittelbar außerhalb der palästinensischen Kleinstadt El-Azariya in der Westbank, neben der Schnellstraße, befinden sich einige zugemüllte Grundstücke. Krumme Überreste von Metallrohren schauen aus Bergen von verbogenem Blech und Glasscherben hervor. Zerrissene Nylontüten fliegen durch die Luft, wenn Autos an ihnen vorbeifahren. Keine 500 Meter weiter, entladen Müllautos ihren giftigen Inhalt auf der Abfalldéponie von Abu-Dis. Die Luft füllt sich mit dem beißenden Gestank des brennenden Mülls. Genau hierhin beabsichtigen die israelischen Militärbehörden Menschen zwangsumzusiedeln, nämlich die 181 beduinisch-palästinensischen Bewohner*innen Khan al-Ahmars, das sich östlich von Jerusalem in der Nähe israelischer Siedlungen befindet.

Nach langen Gerichtsverfahren genehmigte Israels Oberster Gerichtshof 2018 die Zerstörung Khan al-Ahmars und die Zwangsumsiedlung seiner Bewohner*innen, doch die Einwohner*innen des Dorfes geben sich nicht geschlagen: «Würdest du mit deiner Familien in so eine Gegend ziehen, neben einer Müllhalde?», fragt Eid Abu Khamis,

der Sprecher der Gemeinde. Die Bewohner*innen Khan al-Ahmars kämpfen beinahe seit einem Jahrzehnt gegen den Plan der israelischen Regierung, das Dorf zu zerstören und seine Bewohner*innen umzusiedeln. Das Schicksal dieses Dorfes ist mittlerweile in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit gerückt und steht für eine Politik der israelischen Regierung, die darauf aus ist, Palästinenser*innen in der Westbank in immer dichter bevölkerte Enklaven zu verdrängen. Das geschieht etwa durch die Verhinderung von Bautätigkeiten und den Abriss vorhandener Infrastruktur zugunsten der sich dort völkerrechtswidrig¹ ausbreitenden jüdischen Siedlungen und entsprechender Infrastruktur, die nur von den neuen Siedler*innen genutzt werden darf.

In der Vergangenheit war der Druck US-amerikanischer und europäischer Diplomaten maßgeblich, wenn es darum ging, geplante Zerstörungen und Vertreibungen aufzuhalten. Seit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes ist Khan al-Ahmar wieder ins Zentrum unterschiedlichster Protestaktionen, Demonstrationen

und Pressekonferenzen gerückt. Auf der Schotterpiste zum Dorf sind ständig israelische sowie internationale Aktivist*innen und Journalist*innen zu finden, die gerade an- oder abreisen.

70 Jahre Schikane

Der Kampf von Khan al-Ahmar ist das jüngste Kapitel in einer 70-jährigen Leidensgeschichte des Beduinenstammes der Jahalin. Auf der anderen Straßenseite jener vermüllten Grundstücke, die für die Umsiedelnden von Khan al-Ahmar bereitstehen, befindet sich die Kleinstadt Arab Al-Jahalin: eine Ansammlung von nur zum Teil verputzten Gebäuden aus nacktem Beton, die 1.500 Menschen als Zuhause dienen; allesamt Mitglieder des Beduinenstammes der Jahalin, die in den letzten zwei Jahrzehnten aus ihren Dörfern nach und nach dorthin zwangsumgesiedelt wurden.

Vor 1948 lebte der Stamm der Jahalin in der Gegend von Tel Arad im Negev. Nach der Gründung Israels wurde der Negev zum Teil des israelischen Staatsgebiets, und die Stammesmitglieder wurden vom israelischen Militär in die Westbank, die unter jordanischer Herrschaft stand, exiliert. Dort ließen sie sich auf den steinigten Hügeln östlich von Jerusalem auf dem Weg ins Jordantal und zum Toten Meer nieder. Doch im Krieg von 1967 eroberte Israel die Westbank und die Jahalin fanden sich erneut unter israelischer Herrschaft. In ihrer Nähe wurden im Laufe der Jahre einige israelische Siedlungen gebaut, darunter die große Siedlung Ma'ale Adumim. In den 1990er Jahren begann die israelische Regierung in den Jahalin, die hauptsächlich in sehr ärmlichen Dörfern ohne fließend Wasser und Strom lebten, ein Hindernis für den geplanten Siedlungsausbau zu sehen. Anfang 1997 zerstörte Israel drei ihrer Dörfer. Deren Bewohner*innen wurden an den Ort gebracht, der zu Arab Al-Jahalin wurde, wo bis dahin nur 12 Familien des Stammes der Jahalin lebten. Nach ihrer Zwangsumsiedlung bekam dort jede Familie einen Stahlcontainer zur Verfügung gestellt, der eigentlich Transport- und Lagerungszwecken dient, in dem sie aber länger als drei Jahre lebten. Ein Bericht der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1998 verurteilte «die Art und Weise, in der die israelische Regierung diese Familien in Containern, welche für Lastwagen vorgesehen sind, auf der Müllhalde von Abu-Dis unter unmenschlichen Bedingungen unterbrachte». 1998 wurden dann weitere 35 Familien des Stammes zwangsumgesiedelt. Ein kurzer Dokumentarfilm aus den 1990er Jahren zeigt die Vertreibung von Mitgliedern des Jahalin-Stammes und die Zerstörung ihrer Häuser: Polizeibeamte schleifen Menschen aus ihren Häusern, stoßen und schlagen sie, Bulldozer des Militärs verwandeln die Hütten des Dorfes in einen Berg aus Schutt.

Mit der Vertreibung der Jahalin aus ihren Häusern durch die israelischen Behörden werden nicht nur ihre Wohnorte zerstört, sondern darüber hinaus ihre gesamte traditionelle Lebensweise. Menschen, die es gewohnt waren, Landwirtschaft zu betreiben und ihre freilaufenden Ziegen und Schafe in den Hügeln der Judäischen Wüste zu hüten, mussten ihre Tiere plötzlich auf wenigen Quadratmetern halten. Durch den Verlust der Bewegungsfreiheit der

Hirten hat die Gemeinschaft ihre Hauptversorgungs- und Einnahmequelle verloren. Nach den Oslo-Abkommen Mitte der 1990er Jahren verdingten sich immer mehr Jahalin in den städtischen Industriebetrieben. Heute arbeiten die meisten der männlichen Stammesmitglieder von Arab Al-Jahalin als Handwerker im nahe gelegenen El-Azariya oder in den israelischen Siedlungen in der Umgebung und bauen dort Häuser für diejenigen Menschen, wegen derer sie aus ihren Häusern vertrieben wurden.

Seit dem Urteil des Obersten Gerichtshofes steht einer Zwangsumsiedlung nichts mehr im Wege. In der ersten Juliwoche 2018 begannen sich Militär und Polizei auf den Abriss von Khan al-Ahmar vorzubereiten. Vermessungstechniker vermaßen die Häuser des Dorfes, zugleich gab es diverse Vorkehrungen, um den Räumungs- und Abrisskräften den freien Zugang zum Dorf und Bewegungsfreiheit in den Straßen zu ermöglichen. Währenddessen kam es zur Festnahme von zehn Demonstrant*innen. Weitere 35 wurden während einer Protestaktion verletzt, als sie versuchten, die Bulldozer aufzuhalten. Nach Beendigung der Demonstration wurden die Arbeiten im Dorf fortgeführt, und es wurde zur geschlossenen Militärzone erklärt – dies galt selbst für ausländische Diplomaten*innen, die das Dorf besuchen wollten. Nun, im Herbst 2018, können Bulldozer jeden Moment eintreffen, um das Dorf zu zerstören, das sowohl zum Symbol der Vertreibung von Palästinenser*innen von ihrem Land als auch für den gewaltfreien Protest dagegen geworden ist. Etwa 100 Aktivist*innen haben sich eingefunden, die sich rund um die Uhr vor Ort befinden, damit die Dorfbewohner*innen nicht auf sich allein gestellt sind, wenn die Abrisskommandos anrücken. Die Haltung im Dorf ist eindeutig: Die Bewohner*innen und die sie unterstützenden Aktivist*innen fühlen sich dem Prinzip des zivilen und gewaltfreien Ungehorsams verpflichtet. Der Einsatz von Gewalt soll den Sicherheitskräften vorbehalten sein.

Eine Schule aus Autoreifen

Seitdem es sich die israelischen Behörden zum Ziel gesetzt haben, Khan al-Ahmar zu zerstören, hat die örtliche Schule in der Nähe der Verbindungsstraße Jerusalem – Ma'ale Adumim eine besondere Bedeutung erhalten. Sie ist eines der ersten Gebäude, das den Abrissplänen zum Opfer fallen soll. In die Schule, die 2009 von Freiwilligen aus aller Welt und mit europäischer Unterstützung hauptsächlich aus Autoreifen und Lehm errichtet wurde, gehen mehr als 100 Schüler*innen aus den umliegenden Dörfern. Aufgrund der diskriminierenden Planungspolitik der israelischen Behörden fehlt der Schule bis heute eine Baugenehmigung.

Da Israels Oberster Gerichtshof sich Zeit nahm und im Sommer 2018 die Order für den Gesamtabriss von Khan al-Ahmar noch nicht vorlag, wollten die israelischen Behörden zumindest eine Abrissverfügung für die Schule erwirken, um zu verhindern, dass diese zu Beginn des neuen Schuljahres ihren Betrieb wieder aufnehmen konnte. Von palästinensischer Seite war man bestrebt, das neue Schuljahr früher zu beginnen, in der Annahme, dass es für die israelischen Behörden aus Imagegründen schwieriger sein würde, eine Schule zu zerstören, in der bereits Unterricht stattfindet. Beide Seiten sind sich der großen symbolischen

Bedeutung der Schule bewusst, die Khan al-Ahmar zu einem Brennpunkt des medialen, politischen und diplomatischen Interesses gemacht hat. Am 15. Juli 2018, andert-halb Monate vor dem eigentlichen Schulbeginn, schafften es die Dorfbewohner*innen, das Schuljahr mit einer offiziellen Feier zu eröffnen, und hoffen nun, damit die Zerstörung der Schule bis auf Weiteres verhindert zu haben.

Weitreichende politische Konsequenzen

Die Zerstörung von Khan al-Ahmar hätte weitreichende politische Konsequenzen. Khan al-Ahmar befindet sich im sogenannten East-1- oder E1-Gebiet, ein 12 Quadratkilometer großes Areal, das zwischen Jerusalem und der Siedlung Ma'ale Adumim liegt, die mitten in der Westbank liegt, östlich von Jerusalem. Im E1-Gebiet soll nach israelischen Regierungsplänen der Bau von weiteren Wohnsiedlungen und anderen Projekten forciert werden. Das Vorhaben ist bislang an der massiven Ablehnung in der internationalen Öffentlichkeit gescheitert, denn das E1-Gebiet ist für die geografische Kontinuität eines zukünftigen palästinensischen Staates und folglich für die Durchsetzung einer Zweistaatenlösung von entscheidender Bedeutung. Die durchgehende Besiedlung des E1-Gebiets würde Ost-Jerusalem vom Rest der Westbank endgültig abschneiden und den Süden der Westbank vom Norden trennen, sodass die Westbank nicht länger eine zusammenhängende geografische Einheit wäre. Es steht zudem zu befürchten, dass weiteren zwei Dutzend palästinensische Ortschaften im E1-Gebiet ein ähnliches Schicksal wie Khan al-Ahmar droht und der gesamte ländliche Teil der Westbank folgen wird.

Trotz der Warnungen verschiedener europäischer Regierungen vor den möglichen humanitären und politischen Konsequenzen einer Zerstörung des Dorfes Khan al-Ahmar und der Umsiedlung der Bewohner*innen gehen die meisten Beobachter*innen davon aus, dass sich die israelische Regierung auf Dauer von ihrem Vorhaben nicht abhalten lassen wird – nicht zuletzt auch aufgrund der bedingungslosen Unterstützung, die sie zurzeit vonseiten der USA erhält. Von daher sei die Zerstörung nur eine Frage der Zeit und technischer Abwägungen der Einsatzplanung. Dementsprechend bereitet man sich jetzt schon auf den Tag nach der Räumung vor: Das heißt, man kümmert sich um die psychologische Betreuung der Bewohner*innen, insbesondere der Kinder, bzw. trifft Vorkehrungen für den Wiederaufbau des Dorfes.

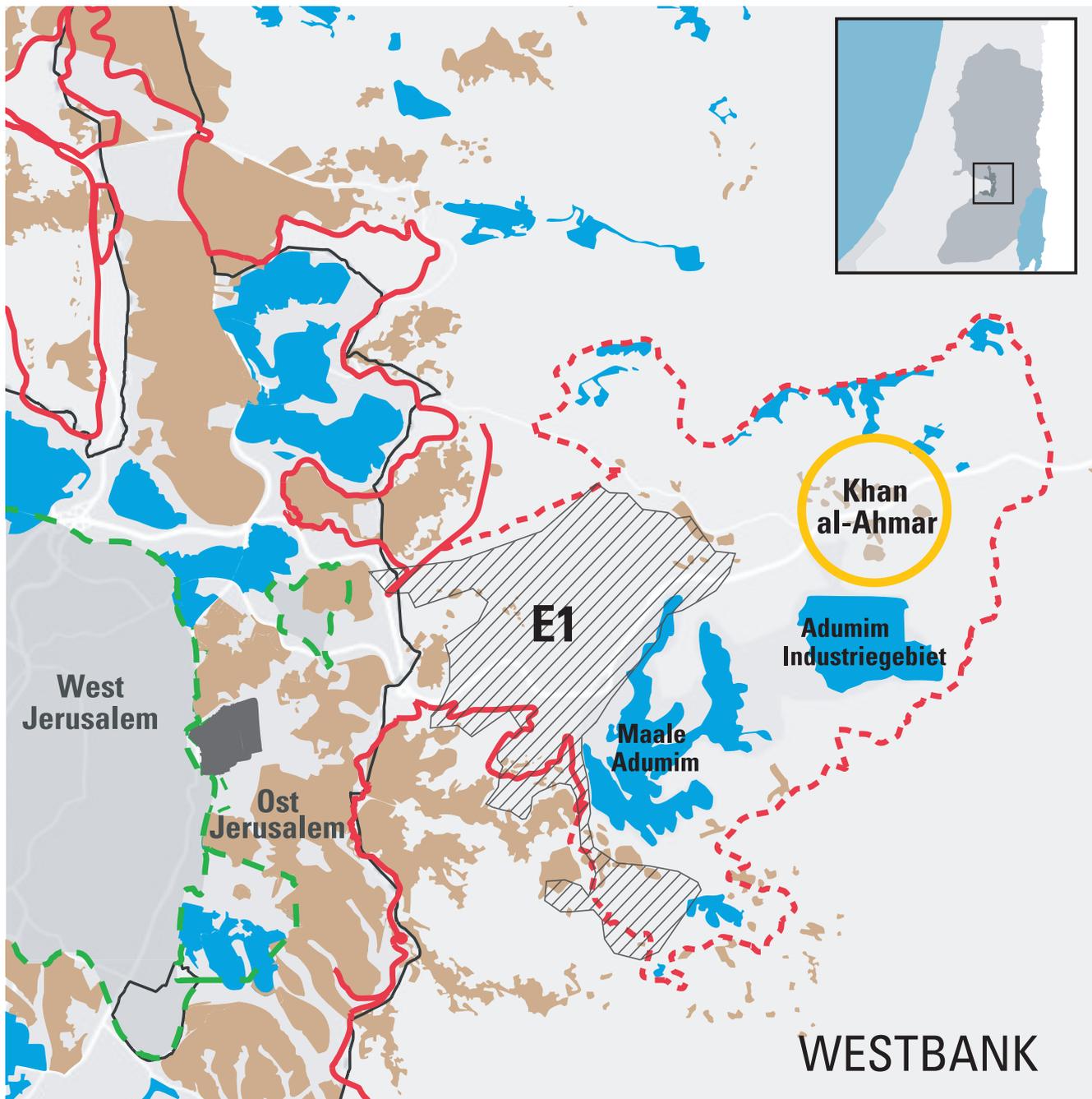
Übersetzt von **Michal Bondy**

Dieser Beitrag basiert auf einer Artikelserie von Oren Ziv, Joshua Leifer und Eyal Hareuveni, die auf der Webseite «Sicha Mekomit» (Lokalgespräch) erschienen ist.

Anmerkungen

- 1 Das Völkerrecht verbietet es einer Besatzungsmacht ausdrücklich, eigene Bevölkerung in einem besetzten Gebiet anzusiedeln.

Umgebungskarte Khan al-Ahmar





Sicht auf Khan al-Ahmar, Westbank, 2018. Foto: Activestills



Palästinensische, internationale und israelische Aktivist*innen
in Khan al-Ahmar, die sich den Bulldozer
entgegenstellen, Westbank, Oktober 2018.
Foto: Activestills

II

Besatzung



Sperranlage in Bethlehem,
West Bank, 2017.
Foto: Activestills

Der Konflikt nützt den Regierenden

Tsafrir Cohen

Nicht nur die Zweistaatenlösung, auch alternative Lösungsvorschläge könnten durchgesetzt werden. Doch es fehlt an politischem Willen.

Mit seiner Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels nährt US-Präsident Trump wachsende Zweifel an der Realisierbarkeit der Zweistaatenlösung. Diese international bevorzugte Option, den israelisch-palästinensischen Konflikt dauerhaft zu regeln, umfasst den Rückzug Israels in seine international anerkannten Grenzen, Vereinbarungen zu einem geringfügigen Gebietstausch, für beide Seiten akzeptable Sicherheitsarrangements, eine Regelung der palästinensischen Flüchtlingsfrage sowie die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt beider Staaten.

Die Realität vor Ort spricht indes eine klare Sprache. In den 1967 besetzten Palästinensergebieten etablierte sich allen Friedensgesprächen zum Trotz ein Projekt der permanenten israelischen Herrschaft. In jenen 60 Prozent der Westbank, die Israel direkt unterstellt sind, und im von Israel annektierten Ost-Jerusalem wurden über eine halbe Million israelische Staatsbürger*innen völkerrechtswidrig angesiedelt, während die dort lebenden Palästinenser*innen in dicht bevölkerte Enklaven verdrängt werden. Diese werden zwar von palästinensischen Behörden verwaltet, doch

das Eigenständigkeit simulierende Gebaren der im bitterarmen Gazastreifen herrschenden Hamas oder der Präsidententitel von Mahmud Abbas, der der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in den Westbank-Enklaven vorsteht, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Gebiete in fast jeglicher Hinsicht von Israel abhängig sind.

Israelische Regierung fürchtet um Vorrechte

Zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan gibt es also de facto nur einen Souverän, den israelischen Staat. Israels Regierung will die Kontrolle über die Palästinenser*innen behalten und die Ausweitung der Siedlungen ermöglichen. Zugleich fürchtet sie um die Vorrechte der jüdischen Bevölkerung, wenn alle Menschen im Land gleiche Rechte genießen. Denn schon heute gibt es hier keine jüdische Mehrheit mehr. Folglich ist ein verschlungenes System entwickelt worden, in dem die Einwohner*innen je nach Staatsbürgerschaft, Wohnort und ethnisch-religiöser

Zugehörigkeit unterschiedliche Rechte besitzen – mit dem vorrangigen Ziel, den Palästinenser*innen Bürger- und andere Rechte vorzuenthalten, was einige Beobachter*innen dazu veranlasst, dieses System als eine Form der Apartheid zu definieren.

Gibt es heute noch Kräfte, die die Zweistaatenlösung Realität werden lassen können?

In Israel besteht momentan keine zwingende Notwendigkeit, ein solches Projekt historischen Ausmaßes zu unternehmen. Die Wirtschaft wächst und das Land ist zum führenden Forschungs- und Hightech-Standort geworden. Die Außenbeziehungen Israels werden durch die Besatzung kaum gestört, während die Kosten dafür von ausländischen Geldgebern übernommen werden. Der Konflikt nützt zudem den Regierenden. Sie nutzen die äußere Gefahr, um die immer wieder aufflammende Unzufriedenheit mit der zunehmenden Konzentration von Kapital und Macht in den Händen weniger und der Schrumpfung der Mittelschicht einzuhegen und um den Zusammenhalt einer Einwanderergesellschaft zu stärken, in der eine fragile israelische Identität mit einem Geflecht anderer Gruppenidentitäten konkurriert.

Internationalisierung des Konflikts

Schließlich gibt es in Israel momentan keine nennenswerte Opposition, die es mit Israels stärkster Lobby, der Siedlerbewegung, aufnehmen könnte. Die Arbeitspartei hat den nationalistischen Diskurs der Rechten übernommen und lehnt eine Allianz mit der Gemeinsamen Liste ab – der neuen großen Kraft in Israel, die für eine Zweistaatenlösung steht und die arabisch-palästinensische Minderheit repräsentiert.

Derweil steckt die PA in einem Dilemma. Ihre Legitimation hängt von ihrer Fähigkeit ab, palästinensische Nationalinteressen zu vertreten, gleichzeitig ist sie völlig von Israel und ausländischen Geldgebern abhängig und muss Israels Sicherheitsanforderungen mit repressiven Maßnahmen gegen die eigene Bevölkerung durchsetzen. Auch deshalb hat sie alles getan, um die von den Großmächten vorgegebenen Parameter auf dem Weg zur Zweistaatenlösung zu erfüllen. Vergebens. Ihre letzte verbliebene Karte ist die Internationalisierung des Konflikts, was bedeuten könnte, etwa den Internationalen Gerichtshof in die Pflicht zu nehmen, damit dieser Israel in die Schranken weist. Die Erfolgsaussichten sind jedoch mäßig, da das westliche Ausland auf solche Pläne bislang zögerlich bis ablehnend reagiert. Damit verstärken sich die Fliehkräfte: Im Gazastreifen folgte der physischen die politische Abspaltung. Die dort nun seit geraumer Zeit herrschende Hamas setzt nun auch verstärkt auf Repression und Einschüchterung, um ihre schwindende Popularität in der lokalen Bevölkerung zu kompensieren.

Alternative Lösungsansätze

Vor diesem Hintergrund lassen sich drei zivilgesellschaftliche Ansätze und Bewegungen auf palästinensischer Seite identifizieren, der israelischen Besatzung entgegenzutreten: Die eine fördert passiven Widerstand gegen die

Vertreibung von Palästinensern aus der Westbank, etwa durch den Wiederaufbau von zerstörten Häusern, die zweite fordert Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) gegen Israel und die dritte eine gewaltfreie «Volksintifada» mit Demonstrationen und Streiks. Die Unterdrückungsmechanismen der israelischen Behörden und mehr noch der PA, die auf der Basis eines Systems von Patronage und finanzieller Abhängigkeit agiert, sowie die momentane Verfasstheit der palästinensischen Gesellschaft lassen kaum erwarten, dass irgendetwas davon realistisch bzw. zielführend ist. Die Option einer bewaffneten Intifada wird zwar immer wieder aufgeworfen, doch Israel scheint zu übermächtig und die Angst vor Krieg und Chaos angesichts der Fernsehbilder aus der Region sowie die Müdigkeit nach zwei bewaffneten Aufständen in der jüngeren Vergangenheit zu groß.

Folglich werden auf beiden Seiten vermehrt alternative Ansätze diskutiert, etwa das Konzept eines binationalen Staats oder neue Konföderationsmodelle, die es erlauben, kollektive Identitäten sowie individuelle Rechte zu berücksichtigen. Doch auch diese Lösungen stehen vor den gleichen Hindernissen wie die Zweistaatenlösung: dem Unwillen Israels, Privilegien der jüdischen Bevölkerung und die Kontrolle über die Palästinenser*innen aufzugeben.

Radikale Nationalist*innen preschen vor

Gleichzeitig haben die Ausweitung der israelischen Präsenz im Westjordanland und in Ost-Jerusalem und das Schweigen der internationalen Öffentlichkeit über die mehr als zehnjährige Abriegelung des Gazastreifens dafür gesorgt, dass in der israelischen Gesellschaft – von Rechtsaußen bis in die Mitte hinein – das Selbstbewusstsein und die Erwartungshaltung gewachsen ist, eine einseitige Lösung des Dauerkonflikts durchsetzen zu können. Während die Mehrheit der israelischen Rechten eine formelle Annexion zugunsten einer weiteren schleichenden Aneignung palästinensischen Lands präferiert, sind radikale Nationalist*innen mit der Forderung nach einer sofortigen Annexion von etwa 60 Prozent der Westbank vorgeprescht. Die Arbeitspartei spielt mit der Idee eines einseitigen Rückzugs aus großen Teilen der Westbank, will jedoch keine Siedlungen räumen. Und während die Rechten den Palästinensern lediglich begrenzte Autonomie innerhalb komplett von Israel kontrollierten Enklaven zugestehen wollen, plädiert die politische Mitte für einen Ministaat Palästina, der aber kaum volle Souveränität hätte.

Diese Ansätze ähneln der Forderung, die die Hamas – die sich heute zunehmend offen gegenüber einer Zweistaatenlösung zeigt – früher einmal mit umgekehrten Vorzeichen propagiert hat. Diese sah ein Land unter muslimischer Vorherrschaft vor, in dem Juden weiterhin hätten leben können, allerdings ohne kollektive politische Rechte.

Umdenken in den USA

Sowohl die Zweistaatenlösung als auch die alternativen Lösungen könnten also durchgesetzt werden – mit genügend politischem Willen. Für eine Regelung, die auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung beruht und die Völker

einer historischen Aussöhnung näher bringt, wären drei Entwicklungen bzw. Akteure nötig. Koloniale Prozesse enden fast immer durch den Widerstand der indigenen Bevölkerung, sprich: Die Palästinenser*innen müssten sich einigen und ihren Widerstand effektiv gestalten. Dann müsste sich eine innerisraelische Opposition zu einer echten Alternative entwickeln und einer noch friedenswilligen Bevölkerungsmehrheit reinen Wein einschenken.

Dem Ausland schließlich, allen voran Israels Alliierten, den USA und der EU, fiele angesichts der tiefen Asymmetrie des Konflikts eine gewichtige Rolle zu. Doch für Rechtspopulisten wie Trump oder Orbán treten Völker- und Bürgerrechte hinter der Macht des Stärkeren zurück und alte antisemitische Ressentiments werden um eine imaginierte Front zur Verteidigung eines jüdisch-christlichen Abendlands gegen den Islam ergänzt. Israel und die dort hegemoniale Rechte gelten dabei als Verbündete ersten Rangs. Die zugespitzte Lagerbildung führt aber in den USA gleichzeitig dazu, dass linke beziehungsweise liberale Kräfte – auch und gerade innerhalb der großen jüdischen Gemeinden – Israels Politik zunehmend infrage stellen und erheblichen Druck zugunsten einer gerechten Konfliktlösung ausüben.

Israels Linke hofft auf ein Umdenken in Europa

Israels Linke hofft auf ein ähnliches Umdenken in Europa. Sie wissen, dass auch in Europa die Positionen divergieren, dass illiberale Demokrat*innen, etwa jene, die in Polen oder Ungarn regieren, den israelischen Rechtsnationalismus mitunter als Vorbild betrachten. Deshalb hoffen sie, dass sich die europäische Linke – und hier ist auch die Linke im größten EU-europäischen Staat, Deutschland, aufgrund ihrer historischen Verantwortung und der weit verzweigten Beziehungen zwischen Deutschland und Israel besonders gemeint – an die Spitze derjenigen stellt, die für Bürger- und Menschenrechte eintreten.

Sie wünschen sich klarere symbolischen Positionierung, aber auch konkrete politische Schritte, die über die Zustimmung zu einer Zweistaatenlösung hinausgehen. So regt das sozialistische Knesset-Mitglied Dov Khenin die Anerkennung des Staates Palästina und von Ost-Jerusalem als seiner Hauptstadt an. Die bekannte Feministin und Knesset-Abgeordnete Aida Touma-Suleiman erinnert daran, dass Verträge der EU mit Israel Menschenrechtsklauseln beinhalten, die bislang kaum zur Geltung kommen. Und progressive Stimmen in Politik wie Zivilgesellschaft plädieren dafür, dass die Vorteile bi- und multilateraler Abkommen mit Israel weder für die völkerrechtswidrigen Siedlungen noch für ihre Einwohner*innen gelten dürfen.

Tsafir Cohen leitet das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

Eine Version dieses Artikels erschien zuerst in der taz.



Sicht auf den Hafen
von Gaza, Februar 2015.
Foto: Activestills

Fakten über den Gazastreifen

Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Israel hat sich 2005 aus dem Gazastreifen zurückgezogen und dort Siedlungen und Militärbasen geräumt. Aber Israel ist dort weiterhin Besatzungsmacht und behält die effektive Kontrolle über den bitterarmen, dichtgedrängten Streifen. Die Abriegelung Gazas, die Kontrolle jeder Ein- und Ausreise, der Ein- und Ausfuhr von Waren sowie über das Land, den Luftraum und die Küstengewässer bleiben bis heute bestehen, was gravierende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Energie-, (Ab)Wasser- und Kommunikationsinfrastruktur hat.

Am 30. März 2018 begann im Gazastreifen nahe der Grenze zu Israel der Große Marsch der Rückkehr, eine groß angelegte und langfristige Mobilisierung, die aus einer Vielzahl von Protestaktionen besteht. Die Protestierenden fordern die Verwirklichung des Rechts auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge aus dem Krieg von 1948 und ihrer Nachkommen – diese machen etwa Zweidrittel der Bevölkerung im dichtbevölkerten Gazastreifen aus – in ihre ehemaligen Heimatgemeinden im heutigen Israel. Konkret richteten sich die Proteste gegen die Abriegelung des Gazastreifens durch Israel, die seit der Machtübernahme der islamistischen Hamas im Jahr 2007 fortbesteht – mit gravierenden Folgen für die dortige Zivilbevölkerung. An den Protesten, die vor allem freitags stattfinden, nehmen mitunter mehrere Zehntausende Menschen aus den unterschiedlichsten Teilen der Bevölkerung teil: Männer und Frauen, Kinder und Alte, Linke und Rechte, Religiöse und Säkulare.

Während Israels Mainstream-Medien und die politische Führung die Proteste als den Versuch Hunderter Hamas

naher Terrorist*innen darstellen, Israels Grenzen zu infiltrieren, und folglich massive militärische Reaktionen als notwendig erachten, kritisieren israelische Linke und Liberale diese als unverhältnismäßig, indem sie auf die extreme Asymmetrie bei den Opferzahlen hinweisen: Seit Beginn der Proteste sind 205 Palästinenser*innen ums Leben gekommen und 21.288 verletzt worden, ein Israeli starb und 37 Israelis wurden verletzt. Zudem, betonen sie, dass die Proteste, auch wenn die Hamas diese zu vereinnahmen versucht, zunächst von zivilgesellschaftlichen Akteuren initiiert wurden und sich vor allem gegen die Abriegelung des Gazastreifens richten, die die israelischen Behörden in Zusammenarbeit mit dem ägyptischen Militärregime und der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah angeordnet haben. Diese Maßnahme wird vom israelischen Friedenslager scharf kritisiert.

Im folgenden Beitrag haben wir – basierend auf Informationen der israelischen Organisation Gisha – Zentrum für das Recht auf Bewegungsfreiheit eine Reihe von Fakten über den Gazastreifen zusammengestellt.

HINTERGRUND

Der Gazastreifen ist ein rund 360 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute fast 1,9 Millionen Palästinenser*innen leben. Er ist mit 5.154 Menschen pro Quadratkilometer eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Der Gazastreifen befindet sich an der Mittelmeerküste und grenzt im Süden an Ägypten und im Norden sowie im Osten an Israel.

Der Gazastreifen und die Westbank sind die Gebiete des historischen Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 befand sich der Gazastreifen, in den sich viele palästinensische Flüchtlinge gerettet hatten, unter ägyptischer Kontrolle. Während des Krieges von 1956 eroberte die israelische Armee den Gazastreifen (und die Sinai-Halbinsel), musste allerdings aufgrund des internationalen Drucks wieder abziehen.

Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch den Gazastreifen, die Besatzung besteht bis heute fort. Die israelische Besiedlung begann 1968 mit zwei Nachal-Lagern (das heißt mit Lagern der 1948 gegründeten Kämpfenden Pionierjugend, die Militärdienst mit Landwirtschaft verband) und der ersten Siedlung (1970) in Gusch Katif, dem Gebiet, das im Laufe der Zeit zu einem Siedlungsblock (siehe hierzu Begriffsklärung im Glossar) wurde. Zudem wurde 1970 auch ein Industriegebiet bei Erez, am nördlichen Ende des Gazastreifens, errichtet, in dem israelische Unternehmen (billige) palästinensische Arbeitskräfte beschäftigten. Bau und Ausbau der Siedlungen, meist kooperative (landwirtschaftliche) Moschawim, wurden in den 1980er Jahren intensiviert, unter anderem durch den Zuzug von israelischen Siedler*innen, die Jamit (auf der Sinai-Halbinsel) im Zuge des Friedensvertrags mit Ägypten (1979) hatten verlassen müssen.

Die Oslo-Abkommen

Im Zuge der Oslo-Abkommen wurde die Verwaltung des Gazastreifens (mit Ausnahme der israelischen Siedlungen und Armeelager) im Mai 1994 der palästinensischen Autonomiebehörde übertragen. Das Industriegebiet bei Erez erlebte dadurch einen Aufschwung, weil die Möglichkeit, in Israel zu arbeiten, nicht länger bestand. Um den Gazastreifen wurde auf der Grünen Linie [Begriffserklärung siehe Glossar] eine Sperranlage errichtet (1994–1996). Allerdings beansprucht Israel darüber hinaus im Gazastreifen ein ursprünglich 50 Meter, heute 300 Meter breites «Sperrgebiet» (entlang der Anlage), das Palästinenser*innen nicht betreten dürfen. Da dieses Gebiet als solches nicht markiert ist, werden dort immer wieder Menschen von der israelischen Armee erschossen.

Die Zweite Intifada

Am Anfang der Zweiten Intifada zerstörten Palästinenser*innen fast die ganze Sperranlage [siehe Glossareintrag], aber Israel errichtete sie erneut (2000/01). Im Zuge der eskalierenden Gewalt während der Zweiten Intifada wurde unter anderem der Gazastreifen weitgehend abgeriegelt und der 1998 eröffnete Flughafen zerstört. Die israelische

Armee bombardierte Ziele im Gazastreifen aus der Luft und mit Artilleriefeuer und zum ersten Mal wurden Raketen von palästinensischer Seite vom Gazastreifen aus auf die umliegenden Gebiete in Israel abgeschossen.

Die «Entflechtung» 2005

Im Rahmen der von Israel 2005 durchgeführten «Entflechtung» (auf Deutsch häufig Abkoppelung genannt) wurde die Industriezone bei Erez geschlossen, die israelischen Siedlungen (in denen ca. 9.000 Menschen lebten) wurden geräumt und die Gebäude zerstört, bevor die israelischen Bodentruppen sich aus dem Gebiet zurückzogen. Israel kontrolliert weiterhin den Luftraum, die Küstengewässer und alle Zu- und Ausgänge des Gazastreifens für Waren und Personen (zur südlichen Grenze mit Ägypten – siehe weiter unten).

Herrschaft der Hamas

Nachdem die Hamas aus dem bewaffneten Konflikt mit der Fatah als Sieger hervorgegangen war und 2007 die Regierung im Gazastreifen übernommen hatte, verschärfte Israel (in Zusammenarbeit mit Ägypten) die nach den Wahlen in den Palästinensergebieten im Jahr 2006 auferlegten Sanktionen und begann mit der Abriegelung des Gazastreifens, was die Versorgung mit Waren sowie die Mobilität der dort lebenden Menschen stark beschränkte und zu großer Not unter der Bevölkerung führte. Die Abriegelung besteht bis heute fort.

Es folgten daraufhin weitere Wellen der Gewalt: Raketenbeschuss Israels vom Gazastreifen aus sowie verschiedene kleinere und größere Angriffe der israelischen Armee auf den Gazastreifen (darunter 2008 die Operation «Heißer Sommer», 2008/9 die Operation «Gegossenes Blei», 2012 die Operationen «Zurückkehrendes Echo» und «Wolken säule», 2014 die Operation «Starker Fels»), bei denen je nach Zählung fast 100 Israelis, mehrheitlich Soldaten, und mehr als 3.500 Bewohner*innen des Gazastreifens, mehrheitlich Zivilist*innen, getötet wurden. Zudem wurden Tausende Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, öffentliche Einrichtungen und Infrastruktureinrichtungen im Gazastreifen zerstört. Auch in Israel, vor allem in den grenznahen israelischen Ortschaften, kam es zu Zerstörungen, wenn auch in ungleich geringerem Ausmaße. Der Wiederaufbau geht im Gazastreifen aufgrund der Abriegelung nur schleppend voran. 2016 waren 43 Prozent der Bevölkerung unter 15 Jahren, 70 Prozent erhielten humanitäre Hilfe, 47 Prozent litten unter Ernährungsunsicherheit (sprich mussten hungern oder waren von Unterernährung bedroht). Die Arbeitslosigkeit war mit 42 Prozent eine der höchsten weltweit, bei Menschen unter 29 Jahren lag sie bei 58 Prozent.

DIE ABRIEGELUNG

1. Prinzipien und Folgen

Nachdem die Hamas die Regierung im Gazastreifen 2007 übernommen hatte, erklärte das israelische Sicherheitskabinett den Gazastreifen zu einem «feindlichen Gebiet» und

hat die Ein- und Ausreisefreiheit seiner Einwohner*innen sehr viel weitergehender eingeschränkt als jemals zuvor. Auch die Einfuhr von Waren wurde auf ein absolutes Mindestmaß reduziert, das heißt, es wird gerade genug importiert, um eine unmittelbare humanitäre Krise zu vermeiden. Die Ausfuhr von Waren aus dem Gazastreifen wurde dagegen ganz unterbunden. Die Einfuhr von Treibstoff unterliegt sehr weitgehenden Restriktionen, und die vorher schon begrenzten Möglichkeiten, vom Gazastreifen aus in die Westbank und nach Israel oder umgekehrt zu reisen, wurden noch weiter eingeschränkt.

Im Laufe der Zeit wurde eine Doktrin entwickelt, die das israelische Militär «Trennungspolitik» nennt. Demnach soll der Gazastreifen von der Westbank abgespalten und Beziehungen zwischen den beiden palästinensischen Gebieten sollen unterbunden werden, obwohl (oder gerade weil) internationalen Resolutionen und Abkommen zufolge in diesen beiden Gebieten der palästinensische Staat entstehen soll. Sprecher*innen des israelischen Sicherheitsapparats erklären, dass die Trennungspolitik darauf abziele, Druck auf die Hamas auszuüben und der Palästinensischen Autonomiebehörde zu helfen. Aber in Wirklichkeit schadet die Politik der Zivilbevölkerung im Gazastreifen. So können zum Beispiel Student*innen aus dem Gazastreifen nicht an Universitäten in der Westbank studieren; Ärzt*innen und andere im Gesundheitswesen Tätige, Akademiker*innen und andere Fachleute können nicht vom Gazastreifen in die Westbank oder umgekehrt fahren, nicht einmal für Seminare und Fortbildungen. Obwohl es viele Familienbande zwischen Menschen im Gazastreifen und in der Westbank (und der palästinensischen Bevölkerung in Israel) gibt, können im Gazastreifen lebende Familien ihre in der Westbank (oder in Israel) lebenden Verwandten nicht treffen, es sei denn, es handelt sich um ganz besondere Umstände wie zum Beispiel eine Hochzeit, eine Beerdigung oder eine schlimme Erkrankung in der Familie. Aber auch in solchen Fällen haben nur Verwandte ersten Grades das Recht, eine Reisegenehmigung zu beantragen, die aber nicht immer bewilligt wird.

Mittlerweile wurden einige dieser Beschränkungen aufgehoben oder die Regeln verändert, aber im Prinzip hat sich nichts geändert, und das obwohl die Maßnahmen ihr ursprünglich erklärtes Ziel, «die Hamas zu Fall zu bringen», nicht erreicht haben. Sie konnten auch nicht verhindern, dass Raketen vom Gazastreifen aus auf israelisches Gebiet abgefeuert werden. Was die Beschränkungen jedoch bewirkt haben, ist eine gewaltige Verschlechterung der dortigen Lebensbedingungen. In einem Bericht der Vereinten Nationen heißt es dazu, der Gazastreifen werde im Jahr 2020 unbewohnbar sein, falls nicht sofort entschlossen gehandelt wird.

2. Die Ein- und Ausreise

Gegenwärtig gibt es nur zwei Übergänge zum Gazastreifen, an denen Menschen zu Fuß (Autos werden in der Regel nicht durchgelassen) ein- und ausreisen können: in Rafah (nach Ägypten) und in Erez (nach Israel). Wenn der Rafah-Übergang geschlossen ist, wie dies seit dem Sommer 2013 meist der Fall ist, ist der von Israel kontrollierte

Erez-Übergang für den Gazastreifen das einzige Tor zur übrigen Welt. Dies ist auch der kürzeste Weg zur Westbank.

Im Jahr 2016 wurden monatlich nur 12.000 Ausreisen von Palästinenser*innen am Erez-Übergang registriert, während es in den Monaten vor der Zweiten Intifada im Jahr 2000 mehr als eine halbe Million waren. Zuständig für die Kontrolle der Ein- und Ausreisen am Grenzübergang Erez sind die israelischen Sicherheitsbehörden, die Kriterien für eine Reiseerlaubnis werden strikt ausgelegt und unterliegen ständigen Änderungen. Selbst wenn Bewohner*innen des Gazastreifens eine Genehmigung erhalten haben, kann es ihnen passieren, dass sie, wenn sie nach Erez kommen, dann doch nicht durchgelassen werden. In Tausenden Fällen dürfen Antragsteller*innen aus «Sicherheitsgründen» nicht den Gazastreifen verlassen, ohne dass sie hierzu eine weitere Auskunft erhalten. Das widerfährt auch Händlern, die seit Jahren zwischen dem Gazastreifen und Israel hin und her reisen, um in Israel Waren einzukaufen. Nach Angaben des Koordinators der Regierungsaktivitäten in den [besetzten] Gebieten (COGAT) sank die Rate der Genehmigungen von Reiseanträgen von 80 Prozent im Jahr 2014 auf 46 Prozent im Jahr 2016.

In der Regel dürfen neben einer festgelegten wöchentlichen Quote nur Händler mit speziellen Genehmigungen, Kranke und sie begleitende Personen sowie weitere «außergewöhnliche humanitäre Fälle» den Übergang passieren.

Ausreise aus dem Gazastreifen über Ägypten

Der Übergang zwischen dem Gazastreifen und Ägypten ist in Rafah. Seit dem Sturz des Mubarak-Regimes im Jahr 2011 bis Mitte 2013 war Rafah ein wichtiger Übergang für die Menschen im Gazastreifen. Er war recht regelmäßig geöffnet, hier wurden zirka 40.000 Ein- und Ausreisen im Monat registriert. Das änderte sich im Juli 2013, nachdem die Regierung von Präsident Abdel Fattah al-Sisi an die Macht gekommen ist. Seitdem ist der Übergang die meiste Zeit geschlossen. 2016 war der Übergang Rafah im ganzen Jahr nur 42 Tage geöffnet, mit durchschnittlich 3.520 Ein- und Ausreisen im Monat. Die Schließung des Übergangs Rafah erhöht Israels Verantwortung: Während Student*innen aus dem Gazastreifen früher über Rafah zu Universitäten im Ausland reisen konnten, brauchen sie jetzt israelische Genehmigungen, um über Israel und Jordanien ins Ausland reisen zu können. Der frühere israelische Verteidigungsminister Moshe Ya'alon erklärte dies 2015 wie folgt: «Der heutige Gazastreifen ist vom Staat Israel abhängig. Der Weg über Ägypten wurde geschlossen, einschließlich der Tunnel. Der Zugang des Gazastreifens zur Welt führt über uns.»

3. Die Ein- und Ausfuhr von Waren

Der Gazastreifen hat nur einen einzigen funktionierenden Übergang für den Warentransport, den Kerem-Schalom-Übergang, der am südöstlichen Rand liegt und ganz von Israel kontrolliert wird. Seit Beginn der Abriegelung 2007 bis zum Mavi-Marmara-Vorfall (im Rahmen der

Ship-to-Gaza-Aktion) 2010 gab es eine - niemals offiziell veröffentlichte - Liste von Waren, die eingeführt werden durften. Alles andere war verboten, unter vielen anderen Dingen zum Beispiel auch echter Koriander, Toilettenpapier, Kinderspielzeug und Schokolade. Gegenwärtig erlaubt Israel die Einfuhr fast aller Waren, allerdings unterliegen Waren, die nach israelischer Ansicht neben ihrem eigentlichen Zweck auch für militärische Zwecke verwendet werden können, starken Beschränkungen, in einigen Fällen ist ihre Einfuhr ganz verboten. Die Liste der Dinge, die aus israelischer Sicht eine solche doppelte Nutzungsmöglichkeit haben, ist sehr lang und unklar. Unter anderem enthält sie medizinische und kommunikationstechnische Geräte und Holzbretter. Die Liste schadet der Wirtschaft im Gazastreifen, was die Chancen eines Wiederaufbaus oder Wirtschaftswachstums stark beeinträchtigt.

Zu den Dingen, die aus israelischer Sicht eine doppelte Nutzungsmöglichkeit haben, gehören auch die wichtigsten Baumaterialien, wie zum Beispiel Zement und Stahl, die nach israelischer Ansicht auch zum Tunnelbau verwendet werden können. Gegenwärtig erfolgt die Einfuhr von Zement und Stahl fast nur im Rahmen des sogenannten Koordinationsmechanismus für die Einfuhr von Baumaterialien und Waren (Gaza-Wiederaufbau-Mechanismus/GRM), auf den sich Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde unter Aufsicht der Vereinten Nationen geeinigt haben und der auf Israels Verlangen nach der Militäroperation «Starker Fels» (2014) eingeführt wurde. Demnach müssen alle größeren Bauvorhaben im Gazastreifen von Israel genehmigt werden. Auch die Liste der Lieferanten, Händler und Bauunternehmer, die an Projekten im Rahmen des GRM beteiligt sein können, bedarf israelischer Genehmigung. Wenn nach israelischer Ansicht irgendetwas nicht ganz korrekt ist, kann Israel die Einfuhr von Baumaterialien einstellen und Lizenzen, die zum Beispiel an Händler oder Ziegelfabrikbesitzer vergeben wurden, aufheben.

Im Rahmen der Operation «Starker Fels» (2014) wurden im Gazastreifen nach Angaben der Vereinten Nationen 18.000 Wohneinheiten zerstört oder unbewohnbar gemacht. Bereits vor der Eskalation fehlten 71.000 Wohnungen. Stark beeinträchtigt sind auch Produktionsstätten sowie die Bereiche Elektrizität und Wasser. Der Wiederaufbau schreitet langsam voran. Nur 11 Prozent der zerstörten Wohneinheiten sind inzwischen wiederaufgebaut worden. Der Wiederaufbau ist weiter auf umfangreiche internationale Unterstützung angewiesen. Die Zahlung von in Kairo (Oktober 2014) von verschiedenen Ländern gemachten Zusagen für den Wiederaufbau des Gazastreifens steht etwa zur Hälfte noch aus.

Gegen Ende des Jahres 2014 hatte Israel bekanntgegeben, dass es eine der restriktivsten wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Gazastreifen aufheben wolle, nämlich das Verbot, Produkte aus dem Gazastreifen zum Verkauf in die Westbank auszuführen. Im November 2014 fuhr nach sieben Jahren der erste LKW mit Waren aus dem Gazastreifen nach Hebron (in der Westbank). Ihm folgten weitere mit Holz, Textilien und anderen Produkten aus dem Gazastreifen, die zum Verkauf in die Westbank gebracht wurden. Im März 2015 erlaubte Israel zum ersten Mal nach

acht Jahren, dass Tomaten und Auberginen aus dem Gazastreifen in Israel verkauft werden konnten. Die Genehmigung wurde für ein sogenanntes Schmita-Jahr erteilt, ein Jahr, in dem nach jüdischen religiösen Vorschriften Land in jüdischem Besitz brachliegen soll. Die Genehmigung wurde am Ende des Schmita-Jahres zwar nicht aufgehoben, aber es wurden auch keine weiteren Produkte zugelassen.

Bis 2007 waren Israel und die Westbank die Hauptabatzmärkte für Produkte aus dem Gazastreifen; dorthin gingen 85 Prozent der ausgeführten Waren. Mit Beginn der Abriegelung 2007 erlaubte Israel nur noch die Ausfuhr von Produkten aus dem Gazastreifen ins Ausland (das heißt, nicht länger nach Israel oder in die Westbank). Und so verließen monatlich nur eine Handvoll Lkws den Gazastreifen. Der Verlust des Zugangs zu den natürlichen Absatzmärkten war hauptverantwortlich für die Lähmung der Wirtschaft im Gazastreifen, was die Schließung von Firmen, eine hohe Arbeitslosigkeit sowie eine weitgehende Abhängigkeit von humanitärer Hilfe nach sich zog. Derzeit beträgt das Bruttoinlandsprodukt des Gazastreifens nur die Hälfte desjenigen der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank.

Trotz der Erleichterungen ist das Problem der Warenausfuhr noch bei Weitem nicht gelöst. Der Umfang der Warenausfuhr ist immer noch sehr gering und die Wirtschaft steht immer noch still. Es gibt immer noch Hürden, die die Rentabilität beeinträchtigen und es verhindern, dass mehr Menschen in die Wirtschaft eingebunden werden. Seit den Erleichterungen hat sich die wirtschaftliche Situation nur sehr langsam verbessert. Seit Beginn der Absperrung in 2007 bis Ende 2014 verließen im Monat durchschnittlich 14,7 Lkws mit Waren den Gazastreifen. 2016 waren es durchschnittlich 178 Lkws im Monat. Aber das sind immer noch lediglich 16 Prozent des Umfangs der Ausfuhren, die vor dem Beginn der Abriegelung im Jahr 2007 stattfanden.

4. Israelische Kontrolle über Land, Luft und Küsten

Die israelische Kontrolle beschränkt sich nicht auf die Übergänge für den Waren- und Personenverkehr. Auch die Küstengewässer und der Luftraum über dem Gazastreifen sind unter direkter israelischer Kontrolle sowie das von Israel im Gazastreifen ausgewiesene «Sperrgebiet». Dieses «Sperrgebiet», das auch Gebiet mit beschränktem Zugang (Access Restricted Area/ARA) genannt wird, ist ein 300 Meter breites Gebiet im Gazastreifen entlang der Sperranlage an der israelischen Grenze. Offiziell ist es Bäuerinnen und Bauern erlaubt, sich bis auf 100 Meter der Grenze zu nähern, unter der Bedingung, dass sie dies vorher mit den zuständigen israelischen Stellen abgeklärt haben. Die Organisation Gisha kennt aber bisher keine Fälle, in denen solche Absprachen funktioniert hätten. Die israelische Kontrolle über das Gebiet entlang der Sperranlage bedeutet nicht nur, dass regelmäßig auf Bauern und andere Zivilist*innen, die das «Sperrgebiet» betreten, geschossen wird. Ende 2015 hat die israelische Armee zum ersten Mal zugegeben, dass sie Gebiete im Gazastreifen entlang der Sperranlage mit Herbiziden besprüht, damit die Armee freie Sicht hat.

Das Sprühen der Herbizide schadet den Pflanzen auf den Feldern weit über die 300 Meter des «Sperrgebiets» hinaus und untergräbt damit die Existenzgrundlage der lokalen Bäuerinnen und Bauern. Die Langzeitauswirkungen für die Gesundheit von Mensch und Tier sind nicht bekannt.

Derzeit beschränkt Israel die Zone, in der im Mittelmeer gefischt werden darf, auf maximal sechs Seemeilen (zirka 11 km) vor der Küste des Gazastreifens. Auf Fischer, die nach Ansicht der israelischen Kriegsmarine zu weit hinausgefahren sind, wird geschossen, ihre Boote werden konfisziert und mitunter werden sie verhaftet. Fischen vor der Küste des Gazastreifens ist zu einem gefährlichen Beruf geworden. Da das Gebiet, in dem Israel das Fischen erlaubt, so klein ist, kam es im Laufe der Jahre zu Überfischung und zur Zerstörung von Fischbrutstätten.

Darüber hinaus verbietet Israel den Bau eines Hafens im Gazastreifen, der dem Personen- und Warenverkehr dienen könnte, und verhindert auch den Wiederaufbau des Flughafens, der 2001 durch einen israelischen Luftangriff zerstört wurde.

5. Infrastruktur im Gazastreifen: Energie, Wasser, Abwasser

Nach einem detaillierten Bericht der Organisation Gisha kontrolliert Israel «den Schalter» der gesamten zivilen Infrastrukturen im Gazastreifen, das heißt den Zugang zu Strom, Wasser, Kommunikation etc. Mit anderen Worten: Israel ist in der Lage, die gesamte Versorgung zu regulieren, sie auszubauen, sie zu reduzieren oder ganz zu unterbinden.

Energie: Es stehen im Stromnetz im Gazastreifen gegenwärtig im besten Fall 208 Megawatt pro Tag zur Verfügung, wobei 120 Megawatt von Israel (gegen Bezahlung) geliefert werden, 60 Megawatt vom einzigen Kraftwerk im Gazastreifen, das von der Dieseleinfuhr, die Israel kontrolliert, abhängig ist, und 28 Megawatt von Ägypten. Gebraucht würden allerdings gegenwärtig zirka 350 bis 450 Megawatt. Die Folge dieses riesigen Defizits ist, dass es täglich Stromausfälle von 8 bis 12, mitunter sogar 20 Stunden gibt – mit verheerenden Folgen für andere Teile der Infrastruktur, Krankenhäuser, Schulen, Betriebe und private Haushalte, die alle versuchen müssen, sich soweit möglich mit Stromgeneratoren zu behelfen. Gas zum Kochen bietet keine wirkliche Alternative, da gegenwärtig nur die Hälfte des dazu benötigten Gases durch den Warenübergang in Kerem Schalom eingeführt werden kann. Ein ähnliches Problem gibt es mit der Solarenergie. Sonnenlicht gibt es genügend, aber Solaranlagen erfordern zu Beginn relativ hohe Investitionen. Außerdem erlaubt Israel meist nicht die Einfuhr der dafür benötigten Stromspeicher, weil diese aus israelischer Sicht eine «doppelte Nutzungsmöglichkeit» aufweisen.

Abwasser: Strommangel und Einfuhrbegrenzungen haben unter anderem auch zur Folge, dass das Abwasser des Gazastreifens meist ganz ungeklärt ins Meer fließt, eben in jenen beschränkten Bereich, in dem Israel das Fischen erlaubt.

Wasserversorgung: Ähnlich katastrophal ist die Wasserversorgung. Das zur Verfügung stehende Wasser ist

zu 90 Prozent Grundwasser (von dem allerdings 96 Prozent aufgrund viel zu hoher Nitrat- und Chloridwerte nicht als Trinkwasser genutzt werden sollte), während 4 Prozent von einer Wasseraufbereitungsanlage (Entsalzung) im Gazastreifen bereitgestellt und etwa 6 Prozent von Israel (gegen Bezahlung) geliefert werden. Die Wasserversorgung ist nicht nur qualitativ schlecht, sondern auch unzureichend. 2015 standen jedem Menschen im Gazastreifen durchschnittlich 85 Liter Wasser am Tag zur Verfügung, während gemäß der Weltgesundheitsorganisation ein Mensch mindestens 100 Liter Wasser pro Tag benötigt. Zum Vergleich: Im selben Jahr lag der Pro-Kopf-Verbrauch in Israel bei 236 Litern.

Übersetzt von **Ursula Wokoeczek Wollin**

Dieser Artikel basiert auf Berichten von Gisha – Legal Center for Freedom of Movement. Die israelische NGO setzt sich seit 2005 für die durch israelisches und internationales Recht garantierte Bewegungsfreiheit der Palästinenser*innen ein, vor allem für die von Bewohner*innen des Gazastreifens.

Der Gazastreifen – nach wie vor besetzt

Auch wenn Israel seine Siedlungen und Militärbasen im Gazastreifen im Zuge der «Entflechtung» 2005 geräumt hat, bleibt der Gazastreifen nach wie vor besetzt und Israel bleibt nach wie vor die Besatzungsmacht. Amnesty international definiert eine Besetzung wie folgt:

«Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.»
Art. 42 Haager Landkriegsordnung (1907)

Der Schlüsselbegriff ist hier die «tatsächliche Kontrolle bzw. Gewaltausübung». Wenn die Besatzungsmacht ihre Truppen aus dem ganzen Gebiet oder einem Teil abzieht, aber weiterhin Schlüsselemente der Herrschaftsgewalt einer Besatzungsmacht innehat, kann dies für den Tatbestand der tatsächlichen Kontrolle bzw. Gewaltausübung ausreichen.

Alleinige Kontrolle der Infrastruktur:

Israel hat weiterhin die alleinige Kontrolle über den Luftraum über dem Gazastreifen und über dessen Küstengewässer, und es lässt weiterhin keinen Personen- oder Warenverkehr per Luft- oder Seeweg zu. Israel kontrolliert, bis auf einen, alle Landübergänge des Gazastreifens und hält weiterhin drei der vier Warenverkehrsübergänge geschlossen; auch beschränkt es weiterhin den Umfang des Imports von grundlegenden Gütern und verbietet den Export von Waren aus dem Gazastreifen weitgehend. All dies hat ernste Konsequenzen für die humanitäre und sozioökonomische Situation im Gazastreifen.

Kontrolle über die Bevölkerung:

Israel kontrolliert weiterhin das palästinensische Bevölkerungsregister sowohl der Einwohner*innen des Gazastreifens als auch der Westbank, sodass alle Ausweisdokumente (einschließlich Reisepässe) eine israelische Genehmigung benötigen. Außerdem ist der Gazastreifen weiterhin für seine Stromversorgung weitgehend von Israel abhängig.

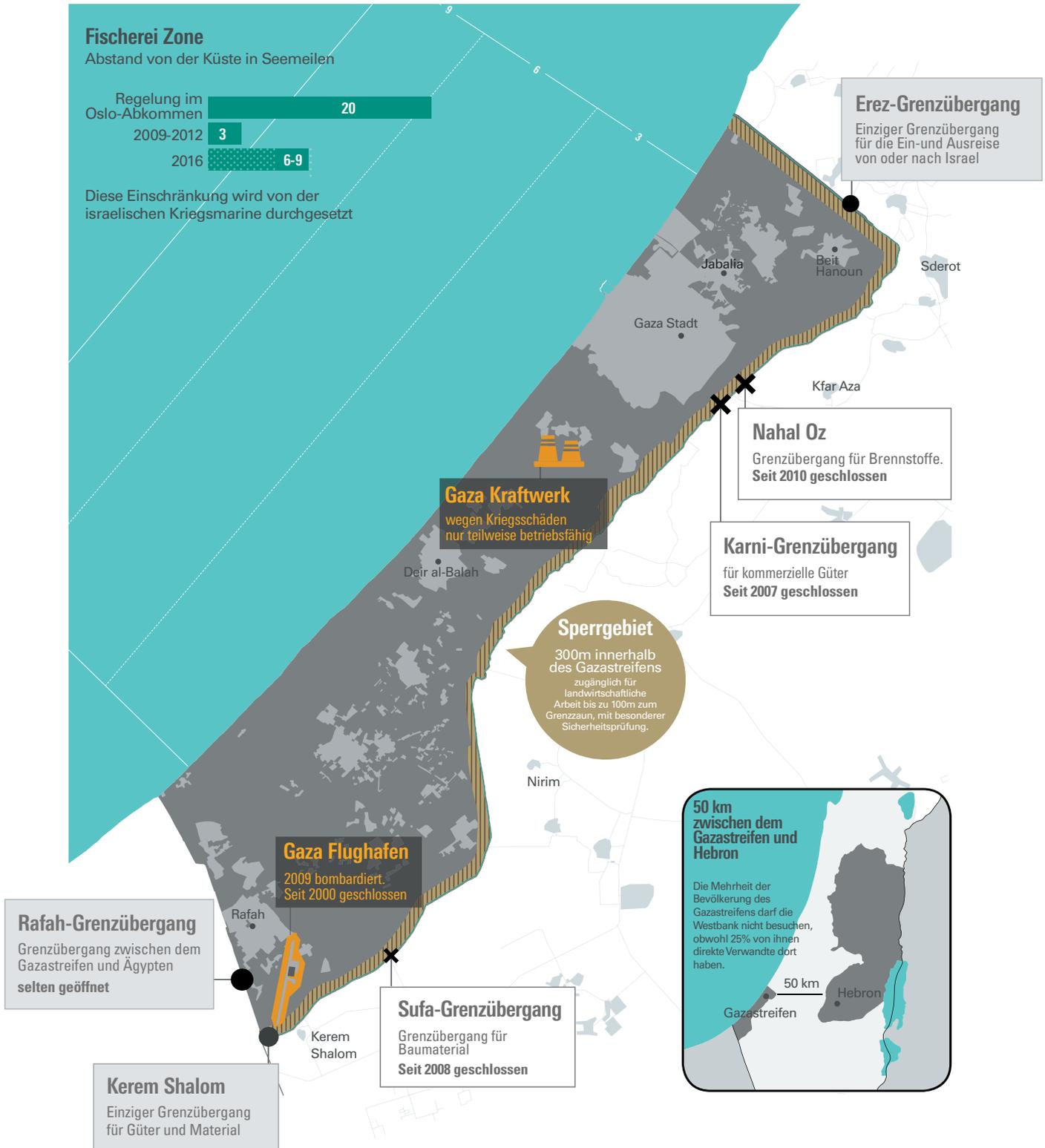
Militärische Operationen:

Seit 2005 setzt Israel seine militärischen Einfälle in den Gazastreifen fort, bei denen israelische Truppen regelmäßig Felder und landwirtschaftlichen Besitz in Gebieten in der Nähe der von ihm gezogenen Grenze zerstören. Mehrere große Militäroperationen während der letzten Jahre hatten verheerende Folgen; und israelische Truppen schießen regelmäßig mit scharfer Munition auf palästinensische Zivilist*innen, insbesondere auf Bauern/Bäuerinnen und Fischer*innen.

Überwachung:

Israel überwacht den Gazastreifen permanent mit hochentwickelten unbemannten Flugzeugen, Satellitenaufnahmen und anderen Mitteln. Zusammengenommen ermöglichen diese Politik und Maßnahmen Israel, selbst ohne permanente militärische Präsenz vor Ort die tatsächliche Gewalt im Gazastreifen auszuüben. Somit ist Israel weiterhin die Besatzungsmacht im Gazastreifen und ist auch weiterhin an das internationale Besatzungsrecht gebunden.

Gazas Abriegelung





Strand in Gazastadt, 2017.
Foto: Activestills

Gazastadt nach einem Angriff des israelischen Militärs, November 2018.
Foto: Activestills



"Great March of Return" Demonstration am
Grenzzaun zu Israel, November 2018.
Foto: Activestills

Fischer im Hafen von Gazastadt, 2017.
Foto: Activestills



Israelische Polizei blockiert eine
Strasse im Shu'afat Flüchtlingslager,
Ost-Jerusalem, 2017.
Foto: Activestills

Stadtplanung und Stadtentwicklung in Ost-Jerusalem

Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Mit der Annexion Ost-Jerusalems sollte Jerusalem eine vereinigte Stadt werden. Doch statt gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen, zielt die israelische Politik darauf, die jüdische Dominanz zuungunsten der palästinensischen Bevölkerung Jerusalems auszuweiten.

Am Ende des Kriegs von 1967 und der damit einhergehenden Eroberung der Westbank durch die israelische Armee erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-)Jerusalems um zirka 71 Quadratkilometer. Das angeschlossene Gebiet umfasste das zirka 6,4 Quadratkilometer große Ost-Jerusalem, sowie ganze Dörfer oder Teile von Dörfern im ländlichen Hinterland der Stadt. Durch diese Erweiterung verdreifachte sich das Stadtgebiet von (West-)Jerusalem und zu den 198.000 jüdischen Einwohner*innen kamen 69.000 palästinensische, die eine «permanente Aufenthaltsgenehmigung» (aber nicht die israelische Staatsbürgerschaft) erhielten. In einer weiteren Entscheidung dehnte die israelische Regierung den Geltungsbereich des israelischen Rechts und der israelischen Verwaltung auf das erweiterte Stadtgebiet aus und hat somit faktisch Ost-Jerusalem und dessen Umland annektiert. Die damit verbundene «Eingemeindung» führte auch zu einer Änderung des Sprachgebrauchs. Seit der Erweiterung des Stadtgebiets bezeichnet Ost-Jerusalem in der Regel alle Gebiete innerhalb der neuen kommunalen Grenzen von

Jerusalem (arabisch: al-Quds), die 1967 von Israel erobert wurden.

Seit der De-facto-Annexion haben alle israelischen Regierungen eine Politik der «vereinigten Stadt» betrieben, die darauf ausgerichtet ist, die Grüne Linie [Begriffserklärung siehe Glossar] auszulöschen, die von 1948 bis 1967 die Stadt teilte. Der Bau von großen israelischen Siedlungen im Osten der Stadt, in denen heute zirka 200.000 Israelis leben, diente der Vereinigung der Stadt und änderte völlig die geopolitische Realität vor Ort. Diese Politik zielt darauf ab, den Status Jerusalems als urbanes Zentrum und Hauptstadt Israels zu stärken sowie auch als Zentrum des überall in der Welt lebenden jüdischen Volkes. Der israelische Staat, aber auch die meisten seiner jüdischen Staatsbürger*innen sehen Ost-Jerusalem als untrennbaren Teil Israels, während Palästinenser*innen und die internationale Gemeinschaft die israelische Annexion nicht anerkennen, Ost-Jerusalem als besetztes Gebiet betrachten und die dort errichteten israelischen Stadtviertel eindeutig als völkerrechtswidrig definieren.

Das erste Prinzip der Stadtplanung: Sicherung der jüdischen Mehrheit

Seit Ende des Krieges von 1967 ist die Politik der Stadtplanung und -entwicklung in Ost-Jerusalem von zwei sich einander ergänzenden Prinzipien bestimmt. Laut Daten des israelischen Zentralbüros für Statistik waren Ende 2016 63 Prozent der Einwohner*innen Jerusalems jüdisch und 37 Prozent palästinensisch. Die Wachstumsrate der Bevölkerung (natürliches Wachstum und Zuzug) ist derart ausgeprägt, dass sich der prozentuale Anteil der palästinensischen Bevölkerung stetig vergrößert hat, und es gibt keinerlei Anzeichen für eine Änderung dieser Entwicklung. Die Stadtplanung in Jerusalem wird praktisch darauf ausgerichtet, diese demografische Entwicklung zu bremsen. Die Bewahrung der jüdischen demografischen Dominanz wurde zum Hauptmaßstab derjenigen, die sich mit Stadtplanung und -entwicklung in Jerusalem beschäftigen.

Das zweite Prinzip der Stadtplanung: Landnahme

Die Landnahme als zweites Prinzip sieht die deutlich überwiegende Mehrzahl der freien Flächen in Ost-Jerusalem in der Bauplanung für die jüdische Bevölkerung vor, wobei darauf geachtet wird, dass diese von Israelis besiedelten Gebiete miteinander verbunden sind, während eine solche territoriale Kontinuität von palästinensischen Wohngebieten vorsätzlich unterbunden wird.

Die israelische Bautätigkeit in Ost-Jerusalem begann sofort mit der Annexion im Jahr 1967. In demselben Jahr wurden bereits mehr als 25 Quadratkilometer Land (mehr als 35 Prozent des Gebiets von Ost-Jerusalem) für den zukünftigen Bau von Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen der dorthin übersiedelnden jüdischen Bevölkerung in Ost-Jerusalem enteignet. Einige große israelische Siedlungen wurden am Rand des erweiterten Stadtgebiets und zwischen den palästinensischen Vierteln gebaut. Darüber hinaus begannen Ende der 1980er Jahre intensive und gezielte Bemühungen von staatlicher Seite, in Zusammenarbeit mit privaten und national-religiös ausgerichteten Organisationen in den palästinensischen Vierteln sowie in der Altstadt und in den nahegelegenen historischen Stätten (Zions- und Ölberg, Davidstadt und Kidron-Tal) Präsenz zu zeigen.

Dazu dienten vor allem zwei Mittel: Landnahme für öffentliche Zwecke wie zum Beispiel Straßenbau, archäologische Ausgrabungen, Tourismusprojekte und Nationalparks sowie abgeschlossene und bewachte Wohnanlagen zur exklusiven Nutzung von Israelis inmitten palästinensischer Viertel (laut der Organisation Peace Now gibt es gegenwärtig 13 solcher Wohnanlagen). Israelische Organisationen erlangten die Immobilien für diese Wohnanlagen durch die mittels israelischen Rechts und israelischer Gerichte erwirkte Rückerstattung jüdischen Eigentums, das vor 1948 bestand (während Palästinenser*innen ihre Häuser und Vermögenswerte, die sie vor der Staatsgründung 1948 in West-Jerusalem oder anderswo innerhalb der Grünen Linie besaßen, nicht zurückerstattet bekommen).

Die vorsätzliche Vernachlässigung palästinensischer Viertel

Im Allgemeinen entsprechen die Rahmenbaupläne, die für die palästinensischen Viertel Ost-Jerusalems im Laufe der Jahre ausgearbeitet wurden, nicht den in West-Jerusalem üblichen Planungsstandards und sind nicht auf die Bedürfnisse der palästinensischen Bewohner*innen ausgerichtet. Das in den Plänen vorgesehene Bauland ist sehr klein und auf die bereits bebauten Flächen beschränkt, sodass keine nennenswerten Landreserven für zukünftige Entwicklungen zur Verfügung stehen. Es fehlt an ausreichendem und geeignetem Land für öffentliche Gebäude. Riesige Areale sind ausgewiesen als Gebiete, in denen nicht gebaut werden darf. In den derzeitigen genehmigten Rahmenbau- und Detailplänen sind nur 14 Prozent der gesamten Fläche von Ost-Jerusalem als Land für palästinensische Wohnhäuser ausgewiesen. Seit der Annexion 1967 hat Israel außerdem keine palästinensische Immobilien im Grundbuch registrieren lassen. Dadurch sind 90 Prozent dieses Landes nicht erfasst, was zu einem Chaos bei der Planung führt und es nahezu unmöglich macht, dort legal zu bauen.¹

Seit über einem Jahrzehnt haben die lokalen und regionalen Planungsbehörden keinen einzigen Bauleitplan für die palästinensischen Viertel vorgelegt. Zwar wurde der Bau von einzelnen Gebäuden oder Gebäudekomplexen offiziell genehmigt, aber es gibt keine Rahmenpläne, die die strukturierte Entwicklung von Stadtvierteln oder Teilen davon ermöglichen würden. Inzwischen hat die Stadtverwaltung von Jerusalem einen Masterplan für Ost-Jerusalem vorgelegt, aber dies ist nur ein erster Schritt in einem langen Prozess. Bis zur Erteilung von Baugenehmigungen und tatsächlichen Bautätigkeiten ist es noch ein langer Weg.

Dass die Behörden es unterlassen, für angemessene Planung und Entwicklung in Ost-Jerusalem zu sorgen, hat zu einer Planungskrise geführt, die Wohnungsnot sowie eine extrem mangelhafte Versorgung mit öffentlicher Infrastruktur wie Schulen, Straßen, öffentliche Verkehrsmittel, Wasser- und Abwassernetze, Parkanlagen und Spielplätzen zur Folge hat.

Illegales Bauen erzwingen – und dann bestrafen

Fehlende Planung zieht unter anderem im großen Maßstab Bautätigkeiten ohne offizielle Erlaubnis nach sich. In den palästinensischen Viertel wurden schätzungsweise 20.000 Gebäude, das heißt rund 40 Prozent aller Häuser, ohne Baugenehmigung errichtet. Bauen sie ohne Genehmigung, laufen die Bewohner*innen Gefahr, dass die Gerichte, die ungleich viel strenger über palästinensische Angeklagte urteilen, einen Zwangsabriss verfügen und sie obdachlos werden. Manchmal werden auch hohe Geldstrafen und andere Strafen verhängt.

2016 wurden 88 Wohnhäuser sowie zwischen Januar 2016 und Februar 2017 fast 60 weitere Gebäude, die geschäftlich oder landwirtschaftlich genutzt wurden, wegen fehlender Baugenehmigungen abgerissen, wodurch 295

Menschen obdachlos wurden. Das war die höchste Anzahl von Zwangsabrissen seit mehr als einem Jahrzehnt.

Die israelische Armee zerstört oder versiegelt darüber hinaus die Häuser von Personen, die Terrorangriffe durchgeführt haben oder angeblich solchen Angreifern geholfen haben sollen. Zwischen Juli 2014 und März 2017 etwa wurden sechs Wohnhäuser aufgrund eines solchen Vorwurfs in Ost-Jerusalem abgerissen und fünf weitere versiegelt.

Folgen der Sperranlage für die Stadt

Im Jahr 2002 beschloss die israelische Regierung unter Premier Ariel Scharon den Bau einer umfassenden Sperranlage. In Jerusalem steht die Sperranlage größtenteils mehr oder weniger auf den Grenzen des Stadtgebiets und schließt somit die meisten der 1967 annektierten Gebiete mit ein. Entgegen des offiziellen Sicherheitskonzepts, wonach die Sperranlage Israelis vor Palästinensern schützen sollte, werden dadurch vor allem Palästinenser von anderen Palästinensern getrennt. Die palästinensische Bevölkerung von Jerusalem, gegenwärtig zirka 320.000 Menschen, hatte schon immer sehr enge Beziehungen zu den urbanen Zentren und Dörfern der Westbank, auch nachdem das Stadtgebiet von Jerusalem erweitert worden war. Das betraf alle Lebensbereiche: Religion, Arbeitsbeziehungen, Wirtschaft, Familienbande und anderes mehr. Die Sperranlage unterbricht und verhindert heute diese vielfältigen Beziehungen und unterwirft die palästinensischen Bewohner*innen von Jerusalem und der Westbank einem Regime der Straßensperren und Checkpoints.

Darüber hinaus wurde die Sperranlage nicht überall auf die Grenze des Stadtgebiets gebaut. Einerseits wurde sie an manchen Orten außerhalb der Stadtgrenze Jerusalems errichtet, sodass an Jerusalem angrenzende palästinensische Viertel in der Westbank zu kleinen Enklaven zwischen der Sperranlage und der Grenze des Stadtgebiets wurden. Die dort lebenden Palästinenser*innen wurden damit gänzlich von ihren Lebenszentren in der Westbank abgeschnitten. Zugleich dürfen sie sich nicht frei in Jerusalem bewegen, weil sie nicht als Jerusalemer*innen registriert sind.

Zudem wurden acht palästinensische Viertel, die sich im Stadtgebiet Jerusalems befinden und in denen zirka 100.000 Einwohner*innen leben, von der errichteten Sperranlage ausgeschlossen. Formell ändert der Verlauf der Sperranlage zwar nichts an dem Status dieser Viertel als Stadtviertel von Jerusalem, aber praktisch führte diese physische Trennung von der Stadt zu einem fast totalen Ausschluss von kommunalen Dienstleistungen, der Entwicklung der physischen und sozialen Infrastrukturen, der Notdienste und vieles mehr. Die Bewohner*innen dieser Viertel leben in einer Art Niemandsland, in Enklaven immer größer werdender Armut und Vernachlässigung. Die grundlegenden Dienste, auf die alle Einwohner*innen einen Anspruch haben, stehen ihnen nicht zur Verfügung, und jedes Mal, wenn sie in ihre Stadt wollen, müssen sie mitunter große Umwege machen und stets einen Checkpoint passieren. Seit der Errichtung der Sperranlage leben die palästinensischen Bewohner*innen dieser Viertel in der Angst, dass die israelischen Behörden sie ganz von

der Stadt abspalten und ihnen sogar ihre «permanenten Aufenthaltsgenehmigungen» entziehen werden, und das obwohl sich ihre Viertel innerhalb des Stadtgebiets von Jerusalem befinden.

Ergebnis

Mit der Annexion Ost-Jerusalems sollte Jerusalem eine vereinigte Stadt werden. Doch statt gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen, zielt die israelische Stadtplanung und -entwicklung mit verschiedenen verwaltungstechnischen, baulichen, gerichtlichen und polizeilichen Mechanismen, die dem Staat und der Stadtverwaltung zur Verfügung stehen, darauf ab, eine jüdische Dominanz zuungunsten der palästinensischen Einwohner*innen von Jerusalem festzuschreiben und auszuweiten.

Auf der politischen Ebene untergraben die praktische Auslöschung der Grünen Linie, die Prozesse der «Judaisierung» Ost-Jerusalems [zu Judaisierung siehe auch den Glossareintrag] sowie die Schwächung der menschlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbindungen zwischen Ost-Jerusalem und der Westbank die Möglichkeit einer politischen Lösung, in deren Rahmen Ost-Jerusalem die Hauptstadt eines palästinensischen Staats wäre.

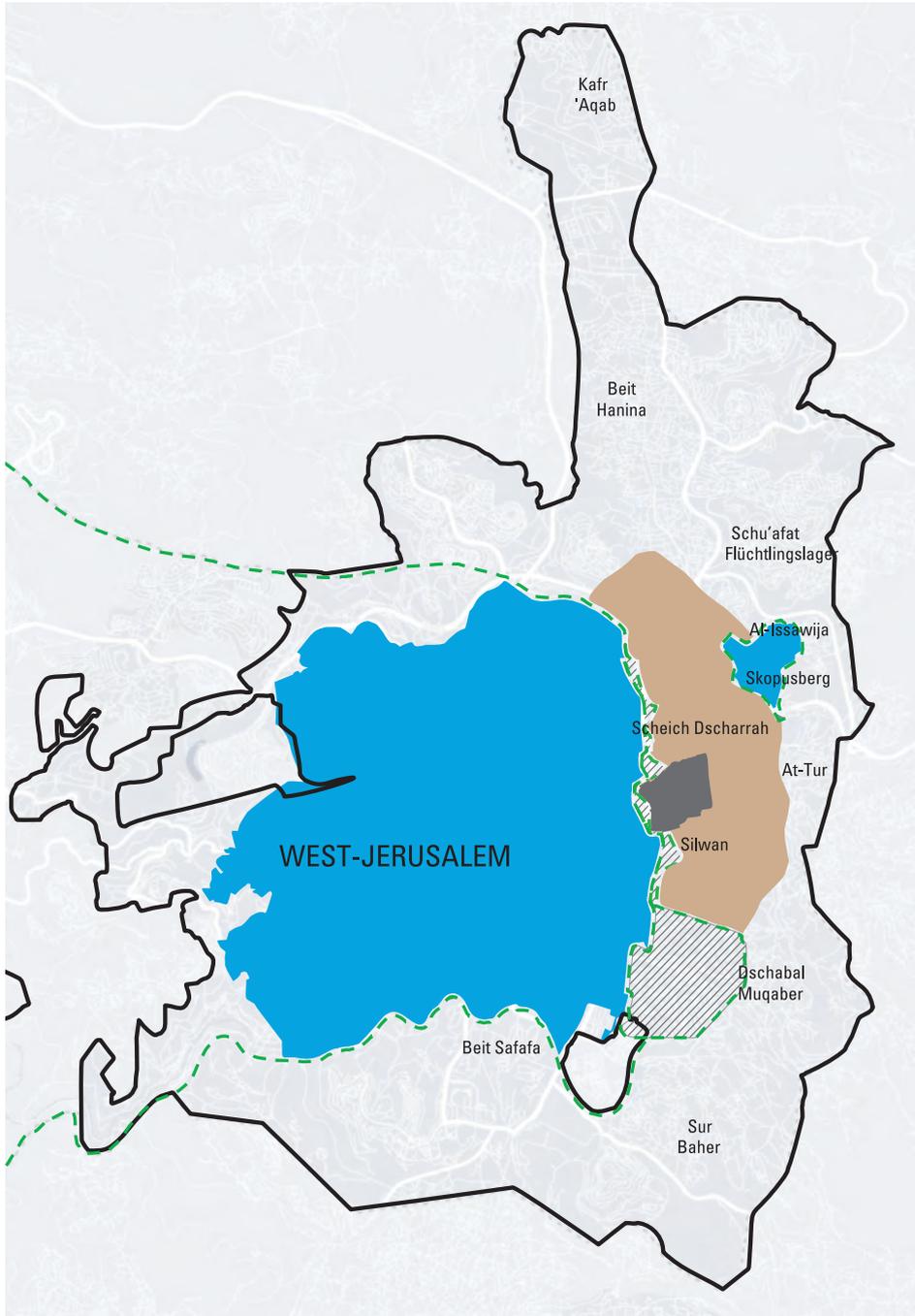
Übersetzt von **Ursula Wokoeczek Wollin**

Zusammengestellt von **Tamar Almog**, Projektmanagerin im Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, basierend auf Informationen von Bimkom – Planer für Planungsrechte, Ir Amim – Für ein gleichberechtigtes und stabiles Jerusalem sowie der Vereinigung für Bürgerrechte in Israel.

Anmerkungen

- 1 Jerusalem Institute for Policy Research (2018): Illegales Bauen, tödliche Konflikte und zwei Milliarden Schekel pro Jahr: Der Preis für fehlende Eigentumsrechte in Ost-Jerusalem, Jerusalem.

Stadtgrenze von Jerusalem vor und nach 1967



Stadtgrenze vor 1967

 West-Jerusalem und Skopusberg
(unter israelischer Kontrolle)

 Ost-Jerusalem
(unter jordanischer Kontrolle)

 Waffenstillstandslinie von 1949
(Grüne Linie)

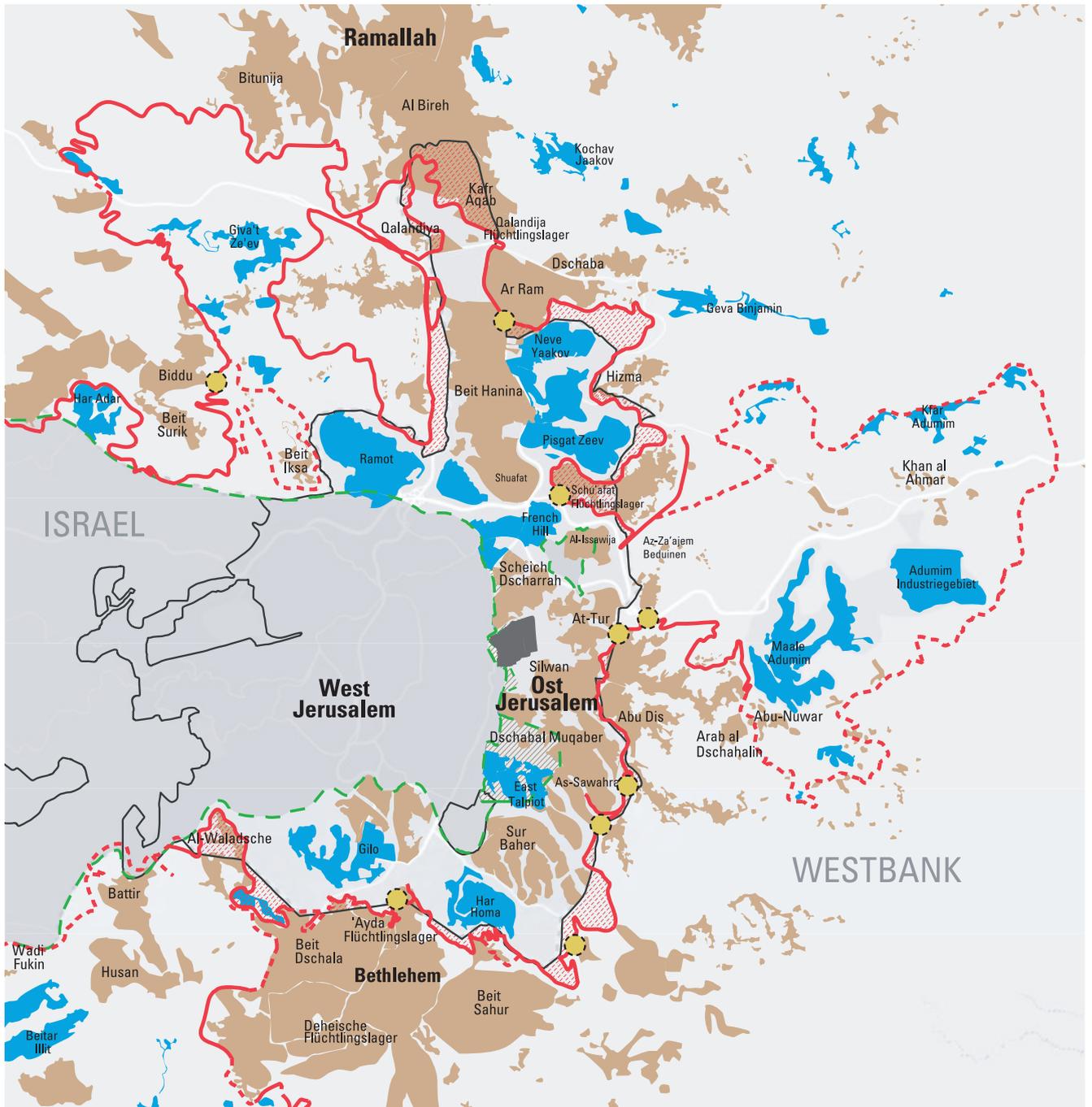
 Altstadt

 Niemandland

Stadtgrenze nach 1967

 Erweiterte
Stadtgrenze

Enteignung in Ost-Jerusalem und Umgebung



Sperranlage

- fertiggestellt
- - - in Planung
- Permanente Checkpoints
- Gebiet zwischen Sperranlage und Stadtgrenze
- Israelische Siedlungen
- Palästinensische Ortschaften
- Altstadt
- Niemandsland
- - - Waffenstillstandslinie von 1949 (Grüne Linie)
- Erweiterte Stadtgrenze nach 1967



Gegendemonstration von rechtsradikalen Israelis. Auf dem Schild links steht: Linke sind Verräter, Schild rechts: "Das Land Israel dem Volk von Israel", auf der Fahne oben: "Wir sind alle Kahane (in Israel verbotene faschistische Organisation)"
Foto: Activestills

Israelische Siedler*innen in Ost-Jerusalem: Ideologie, Archäologie und Immobilien

Nir Hasson

Wie sind die israelischen Siedlungen in Ost-Jerusalem beschaffen? Mit welchen Methoden wird die palästinensische Bevölkerung verdrängt? Und welche Rolle spielt eine ideologisierte Archäologie in diesem Zusammenhang? Das alles beantwortet einer der größten Kenner Jerusalems.

Im September 2017, nach einem zehnjährigen Rechtsstreit, kamen Polizei- und Sicherheitskräfte zu dem kleinen Haus der Familie Schamasna in Scheich Dscharrah, einem palästinensischen Stadtviertel nördlich der Jerusalemer Altstadt, und setzten die sechs Menschen, die darin lebten, auf die Straße: ein über 80-jähriges Ehepaar, ihre Kinder und Enkel*innen. Einige Stunden danach zogen junge jüdische Siedler*innen ein, die dort bis heute wohnen.

Dies war ein weiterer Erfolg der Siedlerorganisationen in Ost-Jerusalem. Wie auch in anderen Fällen beruhte dieser Erfolg auf diskriminierenden Gesetzen und auf der Unterstützung, die die israelischen Behörden den Siedlerorganisationen in Rechtsstreitigkeiten gewähren. Die Familie Schamasna verlor das Haus, in dem sie seit den 1960er Jahren gewohnt hat, weil es auf Land gebaut worden war, das vor 1948 jüdischen Eigentümer*innen gehört hatte. Im Gegensatz zu den Palästinenser*innen können jüdische Israelis die Rückgabe von ihrem vor und während des Kriegs von 1948 verlassenen Eigentum verlangen. Dieser Erfolg der Siedler*innen vergrößerte die «israelische

Insel» in dem palästinensischen Viertel und schürte weiter die Frustration und den Zorn der palästinensischen Einwohner*innen. In den kommenden Monaten werden die meisten Nachbar*innen der Familie Schamasna mit einer ähnlichen Forderung, ihre Häuser und Wohnungen zu räumen, konfrontiert sein. Der Erfolg der Siedler*innen wird den Charakter des palästinensischen Stadtviertels Scheich Dscharrah drastisch verändern.

Die israelischen Siedlungen in Ost-Jerusalem

Die israelischen Siedlungen in Ost-Jerusalem lassen sich in mehrere Kategorien unterteilen. Zur ersten Kategorie, die das Stadtbild in den letzten 50 Jahren geprägt hat, gehören die großen Stadtviertel, die von der Regierung auf freien Flächen in dem nach dem Krieg 1967 annektierten Gebiet errichtet wurden. In diesen Vierteln wohnen mehr als 200.000 Israelis, und einige von ihnen sind größer als so manche Kleinstadt in Israel. Diese Viertel wurden auf

Initiative der Regierung seit den späten 1960er Jahren bis 1990 gebaut, und zwar auf Land, das zu diesem Zweck enteignet worden war, zumeist von Palästinenser*innen. Nach internationalem Recht gelten diese Viertel in jeder Hinsicht als völkerrechtswidrige Siedlungen, da sie auf besetztem Land östlich der Grünen Linie [Begriffserklärung siehe Glossar] errichtet wurden, die Israels international anerkannte Grenze darstellt. Dennoch besteht in der internationalen Gemeinschaft mittlerweile ein relativ breiter Konsens darüber, dass bei jedem zukünftigen Abkommen zwischen Israel und den Palästinenser*innen diese Viertel unter israelischer Herrschaft bleiben werden.

Zur zweiten Kategorie gehören die Siedlungen, die auf Initiative von Nichtregierungsorganisationen, die mit der israelischen Rechten verbunden sind, in palästinensischen Vierteln von Ost-Jerusalem errichtet wurden. Im Gegensatz zu den Bewohner*innen der von der Regierung errichteten Vierteln wohnen in diesen Siedlungen zumeist Menschen, für die die Tatsache, dass sie inmitten eines palästinensischen Viertels wohnen, von ideologischer oder religiöser Bedeutung ist. Das erklärte Ziel der Errichtung dieser Siedlungen ist die «Judaisierung», das heißt physische und demografische Veränderungen, mit denen die palästinensische Präsenz in der Stadt reduziert werden soll, insbesondere in der ummauerten Altstadt in Ost-Jerusalem, dem historischen Kern der Stadt, der für alle drei monotheistischen Religionen von großer Bedeutung ist. Ihr Bau wurde zum einen durch umfangreiche Spenden hauptsächlich aus den USA ermöglicht, zum anderen durch die enthusiastische Unterstützung, die sie von allen israelischen Regierungen in den letzten Jahrzehnten erfahren haben. Der Staat sorgt für ihre Sicherheit und gibt ihnen politische und rechtliche Rückendeckung.

Trotz dieser breiten Unterstützung haben diese Siedlungen die Grenzen zwischen der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung in der Stadt nicht wesentlich verändert. Sie führten auch nicht zu dem demografischen Wandel in den palästinensischen Vierteln, den sich ihre Gründer*innen vielleicht erhofft hatten. Nach mehr als 30 Jahren dieser Art des Siedlungsbaus leben dort etwa 2.500 Siedler*innen, was weniger als einem Prozent der palästinensischen Bevölkerung Jerusalems entspricht. Die Auswirkungen dieser Siedlungen auf die Stadt und ihre palästinensischen Einwohner*innen stehen jedoch in keinem Verhältnis zu ihrer Größe. Sie gehen weit darüber hinaus. Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Gewalt in den Vierteln zugenommen hat, dass die palästinensischen Bewohner*innen häufiger Erniedrigungen im Alltag erfahren, dass sich die Beziehungen zwischen der palästinensischen Bevölkerung und den israelischen Behörden weiter verschlechtern, dass die politische Situation noch komplizierter wurde und dass die Chancen auf ein israelisch-palästinensisches Friedensabkommen noch geringer geworden sind. Außerdem hat das Vorgehen der Siedlerorganisationen dazu beigetragen, den Rechtsstaat in Israel zu zersetzen. So haben sie Gerichte, Stadtverwaltung und Ministerien mobilisiert, um ihr Siedlungsvorhaben voranzutreiben, oftmals über die «Beugung» von Rechtsgrundsätzen sowie über die offene Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung der Stadt.

Mit der Zunahme des Siedlungsbaus in Ost-Jerusalem entstand eine neue Kategorie von Siedlungen, die als Luxus-siedlungen bezeichnet werden können. Hierbei handelt es sich um kleine, gut abgeriegelte Gebäudekomplexe mitten in palästinensischen Vierteln, in denen sich keine jungen idealistischen Siedler*innen niederlassen, sondern eher recht wohlhabende Familien, die hier einen atemberaubendem Blick auf den Tempelberg genießen. Aber auch in diesem Fall gilt, dass ein hohes Maß an ideologischer Überzeugung erforderlich ist, um mitten in einem palästinensischen Viertel zu leben.

Freier Markt? Die Methoden der Verdrängung von Palästinenser*innen aus ihren Häusern

Wenn die internationale Gemeinschaft, die Medien oder Palästinenser*innen sich gegen den Ausbau von jüdischen Siedlungen in den palästinensischen Vierteln wenden, haben die israelischen Regierungssprecher*innen immer eine Antwort parat: Es handele sich um den privaten Kauf von Immobilien auf dem freien Markt; es könne nicht verhindert werden, dass eine jüdische Person etwas kauft oder eine arabische etwas verkauft. Der Staat sei nicht befugt, in diesen Prozess einzugreifen. Das ist natürlich eine scheinheilige Antwort, denn ohne massive Unterstützung vonseiten der Regierung könnten die Siedlungen in Ost-Jerusalem weder errichtet werden noch überleben. Im Laufe der Jahre haben die Siedler*innen in Ost-Jerusalem eine Reihe von Methoden entwickelt, um Häuser an sich zu bringen und dort lebende palästinensische Familien zu vertreiben. All diese Methoden funktionieren dank der Unterstützung, die sie von den verschiedenen Behörden erhalten.

Eine der zentralen Methoden, die auch im Fall der Familie Schamasna Anwendung fand, ist die Übernahme von jüdischem Eigentum, das während des Kriegs von 1948 verlassen wurde. Während des Kriegs von 1948 gaben in Jerusalem viele Menschen ihren Grundbesitz auf, weil sie auf die andere Seite der Grenze flüchten mussten. Zum größten Teil handelt es sich dabei um Häuser und Land im westlichen Teil der Stadt und in den umliegenden Dörfern, die von Palästinenser*innen verlassen wurden, die nach Osten vertrieben wurden oder geflohen sind. Ein kleiner Teil des verlassenen Grundbesitzes war der von jüdischen Menschen, die östlich des Grenzverlaufs, der zur Grünen Linie wurde, wohnten und gen Westen flohen. Das israelische «Gesetz über das Eigentum von Abwesenden» (1950) verhindert es, dass Palästinenser*innen den von ihnen in West-Jerusalem verlassenen Grundbesitz zurückfordern können, während jüdische Menschen den von ihnen in Ost-Jerusalem zur gleichen Zeit verlassenen Grundbesitz zurückverlangen können. Die Siedlerorganisationen suchen gezielt nach Nachkommen von Juden, die vor 1948 in den Ost-Jerusalemern Vierteln lebten, lassen sich von ihnen eine Vollmacht ausstellen und fordern dann, dass palästinensische Familien die Häuser räumen müssen, in denen sie oft schon seit vielen Jahrzehnten leben. So ist zum Beispiel die jüdische Siedlung in Scheich Dscharrach entstanden und ein Teil der Siedlung in Silwan.

Eine andere Methode bedient sich des bereits erwähnten «Gesetzes über das Eigentum von Abwesenden», das als Rechtsgrundlage für die Beschlagnahme von Eigentum dient, das palästinensische Geflüchtete auf dem israelischen Staatsgebiet nach dem Krieg von 1948 zurückließen. Das Gesetz erlaubt es unter anderem, dass jede Person, die in Israel Eigentum besitzt und in einem feindlichen Land wohnt oder sich auf dessen Territorium aufhält, zu einer «abwesenden Person» erklärt werden kann. Ihr Eigentum kann dann laut dem Gesetz kompensationslos beschlagnahmt, der Treuhand übergeben und «zur Entwicklung des Landes [Israel]» genutzt werden. Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurden alle Häuser, aller Landbesitz und anderes Eigentum von Palästinenser*innen, die während des Kriegs von 1948 geflüchtet sind oder vertrieben wurden, beschlagnahmt, unter anderem auch in West-Jerusalem. Die Besatzung und Annexion im Jahr 1967 führten zu einer kafkaesken Wendung. Nun wurde es möglich, auch das Eigentum von Palästinenser*innen zu beschlagnahmen, die nicht ihre Wohnorte verlassen haben, sondern nur das Pech hatten, dass ihr Eigentum sich im nach dem Krieg von 1967 von Israel annektierten Ost-Jerusalem befindet, während sie nicht oder nicht mehr anerkannte Einwohner*innen der Stadt sind. In diesem Zusammenhang gilt die Westbank, obwohl sie von Israel besetzt ist, formal immer noch als «feindlicher Staat». Zum Beispiel wurde das Cliff Hotel in Abu Dis seinen Eigentümer*innen deshalb weggenommen, weil sie ganze 200 Meter davon entfernt wohnen und damit schon außerhalb der Stadtgrenze von Jerusalem.

Einige der Siedlerorganisationen versuchen auch, mithilfe von Verlockungen, Drohungen und Erpressungen Palästinenser*innen dazu zu bringen, ihr Eigentum zu verkaufen. Die Tageszeitung Haaretz enthüllte 2017 einen Gesprächsmitschnitt, in dem der Leiter der Organisation Ateret Kohanim, eine der beiden großen Organisationen, die sich der «Judaisierung» der palästinensischen Viertel in Ost-Jerusalem verschrieben haben, einen palästinensischen Mann dadurch zum Verkauf zu überreden versucht, indem er ihm sexuelle Dienste verspricht.

Der gerichtliche Kampf gegen Zwangsräumungen dauert viele Jahre, und in diesen Gerichtsverfahren zeigt sich auch die schwache Position der palästinensischen Familien, die mit den Räumungsforderungen konfrontiert sind. Ihre oft unzureichende Kenntnis der hebräischen Sprache und des israelischen Rechts sowie ihre beschränkten finanziellen Mittel machen sie zu einer leichten Beute. Sie kämpfen gegen Organisationen mit viel Geld und cleveren Anwälten, die über unendlich viel Zeit und Geduld verfügen. Für die Siedlerorganisationen bedeutet eine Niederlage vor Gericht oftmals nur eine Verschnaufpause, in der sie den nächsten Angriff planen. Viele Verfahren ziehen sich über Jahrzehnte hin und am Ende sind die palästinensischen Familien oftmals erschöpft und verarmt und verlieren ihre Häuser.

Staatlich finanzierte Sicherheit für Siedler*innen

Die Anwesenheit vereinzelter jüdischer Familien mitten in palästinensischen Vierteln macht es erforderlich, ständig für deren Sicherheit zu sorgen. Zu diesen

Sicherheitsmaßnahmen gehören die Umzäunung von Gebäuden, die Aufstellung von Wachposten, die Installation von Überwachungskameras sowie bewaffnete Sicherheitskräfte, die die Siedler*innen durch die Gassen der Altstadt begleiten, oder gepanzerte Fahrzeuge, die sie zu ihren Häusern in Silwan bringen. An manchen Orten können die Siedler*innen ihre Häuser ohne Begleitung praktisch nicht mehr verlassen. Jedes Mal, wenn Gewalt in Jerusalem wütet – etwa nach der Ermordung des palästinensischen Jungen Muhammad Abu Khadhir oder während der Operation «Protective Edge» im Gazastreifen im Jahr 2014 –, richtet sich der Zorn der Palästinenser*innen zuerst gegen die jüdischen Häuser in ihren Vierteln. Viele Jahre lang ist fast kein Tag vergangen, an dem keine Steine oder Molotowcocktails auf die Häuser oder Fahrzeuge der Siedler*innen geworfen wurden. Die Überwachungskameras, die vergitterten Fenster und Dächer, die verbrannten Türen, der Müll, der vor den Hauseingang geworfen wurde, und die zerrissenen israelischen Fahnen sind zu Symbolen der täglichen Auseinandersetzungen geworden. Andererseits leiden die palästinensischen Nachbar*innen unter der ständigen Präsenz von Polizei- und Sicherheitskräften in der Nähe ihrer Häuser. In den letzten Jahren kam es zu Dutzenden von gewaltsamen Zusammenstößen in der Nähe von jüdischen Häusern. Die Polizei scheut sich nicht, exzessive Gewalt einzusetzen. Zum Beispiel schießt sie mit Gummigeschossen, die schwerwiegende Verletzungen verursachen können, verwendet Tränengas und verspritzt eine Substanz, Stinktier genannt, die einzuatmen zu ernsthaften Gesundheitsschäden führen kann. Die unsichere Situation hat den Staat dazu gezwungen, das Budget für Maßnahmen zum Schutz der Siedler*innen in Silwan immer weiter zu erhöhen. Nach Schätzung einer gut informierten Quelle beliefen sich 2016 die Kosten für den Schutz einer jüdischen Familie, die mitten in Silwan lebt, auf ungefähr eine Million Schekel [ca. 240.000 Euro] pro Jahr. Aufgrund einer politischen Entscheidung Anfang der 1990er Jahre liegt die Verantwortung für die Sicherheit der jüdischen Bewohner*innen Ost-Jerusalems nicht bei der Polizei, sondern beim Bauministerium. Daraus ergeben sich zwei Probleme: Zum einen gehen die Gelder, die für die Sicherheit der Siedler*innen in Ost-Jerusalem verwendet werden, auf Kosten des Budgets, das dem sozialen Wohnungsbau und anderen sozialen Zwecken dienen soll, und zum anderen sind die Befugnisse der privaten Sicherheitskräfte, die das Bauministerium zu diesem Zweck anstellt, problematisch. Es lässt sich argumentieren, dass die Siedler*innen in Ost-Jerusalem den Schutz einer Art privater Polizei genießen. Im Gegensatz zur regulären Polizei, die zumindest formell verpflichtet ist, alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zu schützen, besteht die Aufgabe dieser Sicherheitskräfte gemäß Definition darin, die jüdischen Siedler*innen vor den Palästinenser*innen zu schützen. Eine von der Regierung eingesetzt Kommission kam 2005 zu dem Schluss, dass dieses Sicherheitsarrangement aufgehoben und die Aufgabe der Polizei übertragen werden sollte. Die Regierung fasste auch einen entsprechenden Beschluss, der jedoch auf Druck rechtsnationalistischer Organisationen wieder aufgehoben wurde.

Silwan: Archäologie als Mittel rechtsnationalistischer Politik

Das beste Beispiel für den Erfolg der Siedlungsaktivitäten in Ost-Jerusalem sind die Veränderungen, die im südlich von der Altstadt gelegenen Silwan in den letzten 30 Jahren stattgefunden haben. Silwan ist praktisch ein Armenviertel, in dem 20.000 Palästinenser*innen dicht gedrängt unter sehr schwierigen Bedingungen leben. Die meisten Häuser stehen sehr eng beieinander und wurden ohne richtige Planung und ohne Genehmigung gebaut, wobei anzumerken ist, dass es fast unmöglich ist, in Silwan eine solche zu bekommen. Folglich haben die Palästinenser*innen keine andere Wahl, als ohne offizielle Erlaubnis zu bauen. Die Infrastruktur ist aufgrund langjähriger Vernachlässigung höchst mangelhaft, und es kommt fast täglich zu kriminell oder nationalistisch motivierten Gewalttätigkeiten.

In Silwan ist die Organisation Elad (das Akronym von El Ir David, zu Deutsch «hin zur Davidstadt») tätig, fraglos die wichtigste Siedlerorganisation in Ost-Jerusalem. Die Stärke dieser Organisation besteht nicht nur in ihren großen Erfolgen bei der Übernahme von palästinensischen Häusern mit den oben erwähnten Methoden, sondern auch in ihrer sehr engen Zusammenarbeit mit den Behörden, wodurch sie eine sehr wichtige Rolle bei der Entwicklung des Tourismus und der Archäologie in dem Gebiet spielt.

Im Jahr 1997 übertrug die israelische Regierung der Organisation Elad die Leitung des Davidstadt-Nationalparks, ein großes Gelände, das sich in der Nähe des Tempelbergs und der al-Aqsa-Moschee, auf dem auch Palästinenser*innen leben und sich immense archäologische Schätze befinden. Mit Unterstützung der Behörde für Naturschutz und Parks und der Antikenverwaltung begann Elad mit für Jerusalem beispielelosen Ausgrabungen. Um die Ausgrabungen herum öffnete sie das Gelände für den Tourismus. Aufgrund der guten Beziehungen der Organisation zu den Behörden wurde der Davidstadt-Nationalpark zu einem Ort, den israelische Schüler*innen (auf Klassenfahrten) und Soldat*innen (im Rahmen ihres Armeedienstes) besuchen müssen. Heute ist er eines der populärsten Touristenziele in Israel und in der Westbank. Im Jahr 2017 wurde dem Leiter der Organisation Elad, David Be'eri, der Israel-Preis verliehen, die wichtigste Auszeichnung des Landes.

Die Kombination Schaffung von Arbeitsplätzen, Archäologie und Tourismus und dem Ansatz palästinensische Häuser an sich zu bringen, um dort jüdische Menschen anzusiedeln, hat sich für Elad ausgezahlt und der Organisation enorme Macht verliehen. Die Ausgrabungen haben ihre Beziehungen mit den Behörden enger werden lassen. Zudem wurde damit ihre Kontrolle über das Land gestärkt, da es sich bei archäologischen Stätten letztendlich um Immobilien handelt. Und was am allerwichtigsten ist: Die Ausgrabungen erlaubten es der Organisation, die Geschichte Jerusalems einseitig als die Geschichte einer rein jüdischen Stadt zu erzählen und dies den zahlreichen Besucher*innen auch so zu vermitteln. Die Organisation legt einen besonderen Schwerpunkt auf Funde aus der Eisenzeit, die die Existenz des Reichs von David, wie es in der Bibel beschrieben ist, belegen sollen, sowie auf Funde aus

der Römerzeit. Besonders hervorgehoben wird der Zweite Tempel und seine besondere Bedeutung für die jüdische Stadtgeschichte. Nach Ansicht vieler Forscher*innen verzerrt dies die Archäologie. Die israelische Regierung jedoch begrüßt diese Ausrichtung und unterstützt die Arbeit der Organisation intensiv. Diese Unterstützung, zusammen mit enormen Spenden, die sie von Juden und evangelikalen Kreisen in den USA erhalten, hat die Organisation Elad zu einer der reichsten und mächtigsten NGOs in Israel und zu einem Vorbild für andere in der Westbank arbeitende Siedlerorganisationen gemacht.

Die archäologischen Aktivitäten von Elad haben eine weitere Facette: nämlich die Schaffung neuer Räume in Jerusalem «aus dem Nichts» durch sehr umfangreiche unterirdische Ausgrabungen. Die größte Ausgrabung dieser Art, die in den letzten Jahren vorangetrieben wurde, ist eine breite Treppenstraße aus der Herrschaftszeit des römischen Klientelkönigs in Judäa, Herodes,¹ die vom Teich von Siloah² hoch zum Tempelberg führte. Sie befindet sich etwa zehn Meter tief unter der Hauptstraße des palästinensischen Viertels Silwan. Es handelt sich dabei um ein riesiges Wissenschafts- und Tourismusprojekt, das von israelischen Politiker*innen begeistert unterstützt wird. Der rechtsnationalistische Bürgermeister Nir Barkat erklärte seinen Anhänger*innen, das Ziel des Projekts bestehe darin, den Besucher*innen der Stadt «verständlich zu machen, wer wirklich der Herr in dieser Stadt ist». Israels Kulturministerin Miri Regev erklärte: «Ich stehe hier auf dem Weg, auf dem meine Vorfahren vor 2.000 Jahren gegangen sind. Kein anderes Volk der Welt hat eine derartig starke Verbundenheit mit seinem Land.» Archäologische Ausgrabungen mittels eines unterirdischen Tunnels, und nicht vertikal von oben nach unten, gelten als eine veraltete und höchst umstrittene Methode.³ Im Jahr 2017 enthüllte die Organisation Emek Schaveh Schreiben von führenden Archäolog*innen der israelischen Antikenverwaltung, die das Projekt der Ausgrabung der Herodianischen Treppenstraße scharf kritisieren. Aus den Unterlagen geht hervor, dass diese Archäolog*innen, die in der Behörde für wissenschaftsethische Fragen zuständig sind, eine Fortsetzung der Ausgrabung mit der Tunnelmethode entschieden ablehnen. Einer von ihnen schrieb: «Es ist unmöglich, die gewählte Methode zu rechtfertigen.» Unter dem Druck der Politik hat man ihre Einschätzung ignoriert und die Ausgrabungen mit voller Kraft fortgesetzt. Die Palästinenser*innen, die über dem Ausgrabungstunnel wohnen, weisen auf immer breiter werdende Risse in den Wänden ihrer Häuser hin, die sie auf die Ausgrabung zurückführen. Einige sind bereits aus ihren Wohnungen ausgezogen. Im Mai 2018 genehmigte die israelische Regierung 47 Millionen Schekel (mehr als 11 Millionen Euro) für die die Rekonstruktion der Herodianischen Treppenstraße. Anscheinend soll die unterirdische Straße zu einer Hauptattraktion für Tourist*innen in Jerusalem und zu einer bedeutenden Promenade im historischen Kern der Altstadt werden.

Zusätzlich treiben der israelische Staat und die Organisation Elad ein weiteres Projekt voran, das ähnlich umstritten ist, nämlich den Bau einer Seilbahn, die als Hauptverkehrsmittel in diesem Teil der Stadt dienen und mehrere

wichtige Plätze in der Gegend miteinander verbinden soll. Das Gebäude, das die unterirdische Herodianische Straße mit der Seilbahn verbinden soll, ist ein großes Besucherzentrum, das von Elad betriebene Kedem-Zentrum. Wie andere Projekte der Organisation auch wurde der Bau dieses Zentrums von den lokalen Behörden begeistert unterstützt. In den Planungsausschüssen jedoch ist es auf erheblichen Widerspruch gestoßen: Archäolog*innen haben Einwände erhoben wegen drohender Schäden an Altertümern; Architekt*innen waren entschieden gegen die Errichtung eines so massiven Bauwerks so nah an den Mauern der Altstadt; die Einwohner*innen von Silwan protestierten gegen die weitere Inbesitznahme ihres Viertels und die Bebauung der letzten freien öffentlichen Fläche; und linke Organisationen befürchteten, dass das Gebäude die Beziehungen zu den Palästinenser*innen weiter beeinträchtigen wird. «Ich bin seit mehr als 45 Jahren mit der Bauplanung in Jerusalem gut vertraut», sagte David Kroyanker, Architekt und Architekturhistoriker in Jerusalem, «aber ich habe noch nie einen so unverschämten waghalsigen und potenziell verheerenden Plan wie diesen gesehen.» Es ist schwerlich zu übersehen, dass mit den Tunneln unter der Straße und mit der Seilbahn in der Luft das, was sich auf dem Erdboden befindet, nämlich der palästinensische Teil von Silwan, «übergangen» werden soll. Die Verwirklichung dieser beiden Pläne wird eine tief greifende geopolitische Veränderung im historischen Kern von Jerusalem bewirken.

Eine auf Kontrolle und Konflikt aufbauende Nachbarschaft

Ein Blick auf die Entwicklungen in Silwan und die Zukunftspläne für dieses Gebiet zeigt, dass es nicht ausreicht die Häuser, die sich Siedlerorganisationen angeeignet haben, und die dort wohnenden jüdische Siedler*innen zu zählen, um den Einfluss der Siedlerbewegung in Ost-Jerusalem richtig einschätzen zu können. Die Siedlerorganisationen arbeiten daran, das Gebiet durch Gebäude, Schilder, Touristenverkehr, Polizei und Sicherheitskräfte zu «judaisieren». Dazu bedarf es keiner demografischen Erfolgsmeldungen. Der Einfluss einer einzigen jüdischen Familie in einem palästinensischen Viertel mit all den damit verbundenen Sicherheits- und Polizeikräften, Wachposten, gepanzerten Fahrzeugen, Zäunen, Mauern, Sicherheitskameras und israelischen Fahnen ist derart dramatisch, dass damit ganze Gegenden innerhalb kurzer Zeit extreme Veränderungen durchmachen. In dieser Hinsicht waren die Siedlerorganisationen eindeutig erfolgreicher als bei dem Versuch, einen demografischen Wandel in Ost-Jerusalem herbeizuführen.

Im Mai 2011 schoss ein Unbekannter – ein Wachmann oder ein Bewohner der Siedlung Beit Jonatan – auf einen 17-jährigen Jungen namens Milad Aijasch. Dieser wurde von einer Kugel getroffen und getötet. Die polizeilichen Ermittlungen wurden schleppend, um nicht zu sagen nachlässig geführt. Es wurden keinerlei Augenzeug*innen vernommen und das Video der Überwachungskamera verschwand. Und am Ende gab es auch in diesem Fall von israelischer Gewalt gegen Palästinenser*innen keine Anklage.

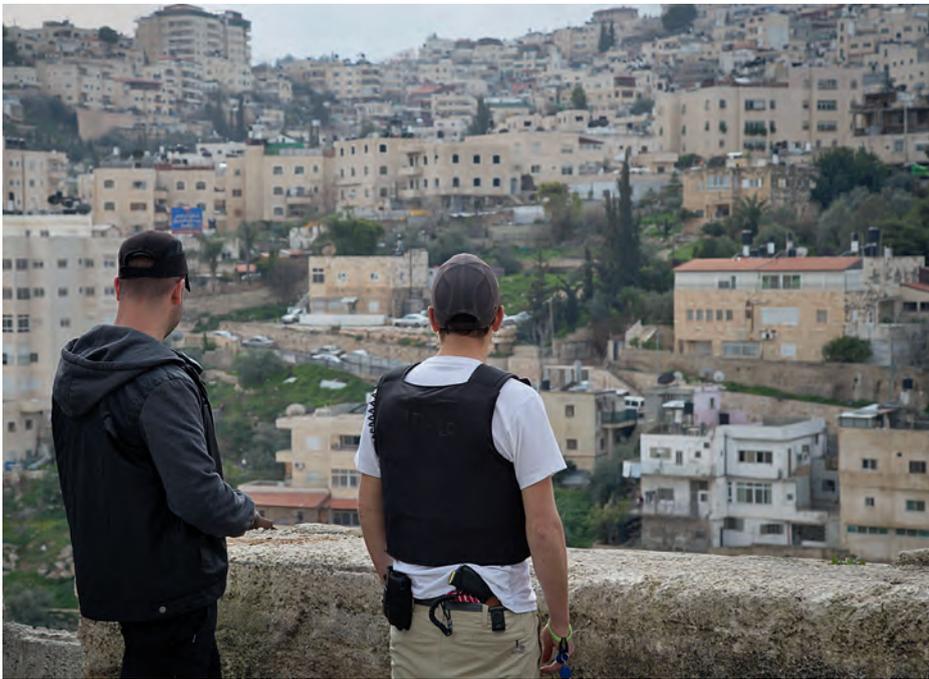
Sajid, der Vater des erschossenen Jungen, war ein aktives Mitglied der Volksfront zur Befreiung Palästinas und hat zehn Jahre in einem israelischen Gefängnis verbracht, wo er Hebräisch lernte. Er arbeitet als Übersetzer und übersetzt hebräische Literatur und Medienberichte ins Arabische. «Ich sage Ihnen mit vollem Ernst: Es ist mir nicht wichtig, wer meinen Sohn erschossen hat», erklärte der Vater nach dem Tod seines Sohns dem Haaretz-Korrespondenten Gideon Levy, denn «es macht keinen Unterschied, ob die Schüsse von Siedlern, ihren Wächtern oder von Soldaten abgefeuert werden. Meiner Meinung nach ist die israelische Regierung allein für die Situation verantwortlich. Solange sich die Siedler mitten in den vernachlässigten, armen [palästinensischen] Vierteln, die keine Dienstleistungen von der Stadtverwaltung erhalten, niederlassen, solange diese Situation besteht, ist dies das perfekte Rezept für den Ausbruch einer Feuersbrunst [...] Was bezweckt diese Politik eigentlich? Dass wir alle zu Extremisten werden oder dass wir die Siedler akzeptieren, die unser Leben zerstören und sich unsere Häuser aneignen? Wie kann es Ruhe geben, solange sie die Kontrolle haben und es keine Hoffnung auf Frieden und ein Ende dieser verdammten Besatzung gibt?»

Übersetzt von **Ursula Wokoeck Wollin**

Nir Hasson ist in Jerusalem geboren und aufgewachsen und lebt dort auch heute mit seiner Familie. Er arbeitet seit Langem als Journalist bei der israelischen Tageszeitung Haaretz und ist seit 2009 ihr für Jerusalem und Archäologie zuständiger Redakteur. Hasson ist der Autor des 2017 auf Hebräisch erschienenen Buchs: Urscholim: Israelis und Palästinenser in Jerusalem, 1967–2017.

Anmerkungen

- 1 73 vor bis 4 vor Chr.
- 2 Ein Teich in Jerusalem, in den das Wasser der am Ost-Fuß des Berges Zion gelegenen Gihon-Quelle geleitet wurde und der die Wasserversorgung Jerusalems sicherstellte.
- 3 Umstritten ist die Methode auch weil, sie nicht alle archäologischen Perioden gleich behandelt. Man wirft ihr vor, ideologisch vorzugehen und bestimmte historische Perioden auf Kosten anderer zu bevorzugen oder gar bei Ausgrabungen wichtige archäologische Funde aus anderen Perioden zu zerstören.



Private Sicherheitskräfte in einem von Siedlern besetzten Gebäude in Silwan, Ost-Jerusalem, 2016.
Foto: Activestills

Ausgrabungsstätte Ir David (Davidstadt), Ost-Jerusalem.
Foto: EAPPI/L. Sharpe



Proteste gegen die Räumung der Familie Schamasna in Scheich Dscharrah, September 2017.
Foto: Activestills

Von israelischen Siedler*innen übernommenes Haus im muslimischen Viertel der Altstadt von Ost-Jerusalem, 2016.
Foto: Activestills



Blick auf das Industriegebiet
Barkan in der Westbank, 2016.
Foto: Activestills

Ein »gekaperter Markt«: Das Pariser Protokoll und die palästinensische Wirtschaft

Eness Elias

Die palästinensische Wirtschaft ist durch das Pariser Protokoll – ein in der Öffentlichkeit kaum bekannter Anhang der Oslo-Abkommen – in eine institutionalisierte und permanente Abhängigkeit von israelischen Interessen geraten.

Das heutige palästinensische Wirtschaftssystem in der Westbank und im Gazastreifen wurde im Grunde von Israel nach dem Krieg 1967 geschaffen. Die von Israel seit dem Krieg eingeführte Politik und Praktiken haben die palästinensische Wirtschaft in die israelische eingebunden und machten sie von dieser abhängig.

Die Oslo-Abkommen insgesamt und insbesondere das damit einhergehende Pariser Abkommen (1994), auch Pariser Protokoll genannt, ein auf die Wirtschaft bezogener Anhang der Oslo-Abkommen, sollten – davon gingen so gut wie alle Akteure aus – die palästinensische Wirtschaft nach und nach unabhängig machen. Das Gegenteil ist seitdem eingetreten: Das Pariser Protokoll stellt heute die Grundlage für die Vertiefung und Institutionalisierung palästinensischer Abhängigkeit von Israel dar.

In der Folge waren in den letzten Jahren 85 Prozent der aus den palästinensischen Gebieten exportierten Waren für Israel bestimmt, und 70 Prozent der palästinensischen Importe kamen aus Israel.¹ So fließt das meiste Geld, das die Palästinenser*innen verdienen, auf die eine oder andere

Weise wieder in die israelische Wirtschaft zurück. Gleichzeitig hat sich die Lage der palästinensischen Wirtschaft immer weiter verschlechtert. Zwischen 1995 und 2014 wuchs das reale² Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt jährlich nur um ein Prozent,³ von 1.435 auf 1.737 US-Dollar (von zirka 1.226 auf 1.484 Euro); die Produktivität konnte nicht gesteigert werden und die Arbeitslosenrate stieg von 18 auf 27 Prozent.⁴

Folgender Artikel zeigt, wie das Pariser Protokoll die Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von der israelischen institutionalisiert und sogar verschärft hat. Dabei konzentriert sich der Artikel auf die Westbank, da die Situation im Gazastreifen in den letzten 12 Jahren weitgehend von der von Israel auferlegten Abriegelung bestimmt wird.

Die Geburt des »gekaperten Markts«

Seit der Eroberung der Westbank und des Gazastreifens im Jahr 1967 bedient sich Israel einer Reihe von Mechanismen, mit denen der palästinensische Markt »gekapert«

worden ist. Der wichtigste dieser Mechanismen ist die Schaffung eines einheitlichen Zollsystems, das allein von Israel kontrolliert wird. Dieses Zollsystem wurde dann auch zur Grundlage des Pariser Protokolls, auf das weiter unten in diesem Artikel eingegangen wird. Vorher soll die Entwicklung unter der israelischen Besatzung bis zu den Oslo-Abkommen kurz skizziert werden.

Von 1948 bis zum Krieg 1967 wurde die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) von Jordanien beherrscht und der Gazastreifen von Ägypten. Zu dieser Zeit war der Agrarsektor der wichtigste Bereich der palästinensischen Wirtschaft in der Westbank und im Gazastreifen, und das ist praktisch auch heute noch so. In Ost-Jerusalem und den anderen Städten der Westbank wie Hebron und Nablus entwickelte sich kein nennenswerter Industriesektor.⁵

Nach dem Krieg von 1967 wurden Ost-Jerusalem und das umliegende Gebiet, einschließlich der dortigen Dörfer, von Israel annektiert, während die übrige Westbank und der Gazastreifen einer Militärregierung unterstellt wurden. In den ersten zehn Jahren der Besatzung hat Israel die palästinensische Wirtschaft in der Westbank und im Gazastreifen in seine eigene eingebunden. Zu der Zeit war die israelische Wirtschaft zirka zehnmal so groß wie die palästinensische; in Israel gab es eine viel breitere Palette an Produkten und der Anteil des Produktionssektors am israelischen Bruttoinlandsprodukt war viermal größer als der am palästinensischen. Hinter den Beziehungen zwischen Israel und Palästina steht also ein eindeutiges Missverhältnis: auf der einen Seite ein relativ entwickeltes und reiches Land mit einer großen Wirtschaftskraft, auf der anderen ein vergleichsweise armes und unterentwickeltes Land mit wenig ökonomischen Kapazitäten.

In den ersten zehn Jahren war die Einbindung für die palästinensische Wirtschaft von Vorteil. Sie wuchs schneller als die israelische und der Lebensstandard der Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten stieg deutlich. Zwar wurde der Gazastreifen ganz von Ägypten abgeschnitten, aber in der Westbank wurden bald wieder die Brücken zu Jordanien geöffnet und der Handel mit den arabischen Staaten im Osten und Süden konnte wieder aufgenommen werden. So kam es zwischen 1971 und 1977 zu einem Anstieg der Exporte aus den und der Importe in die besetzten Palästinensergebiete. Viele Palästinenser*innen verdienten ihren Lebensunterhalt mit Arbeit in Israel, hauptsächlich körperlicher Arbeit. Die Löhne, die sie damit verdienten, waren höher als die in der Westbank und im Gazastreifen üblichen Löhne. Die steigenden Einkommen führten zu einer Ankurbelung der palästinensischen Wirtschaft und zu einem höheren Lebensstandard. Darüber hinaus durchlief die palästinensische Landwirtschaft durch den Einsatz fortgeschrittener israelischer Technologien eine Modernisierung, was einen Anstieg des Exports palästinensischer Waren nach Israel bewirkte.

Dieser Aufschwung war jedoch nicht von Dauer. Die israelischen Besatzungspraktiken, wie die Enteignung von Land und Wasserressourcen, die Errichtung israelischer Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten und die Vertreibung von Palästinenser*innen aus ihren Wohnorten machten sich im Wirtschaftsleben der Westbank und des Gazastreifens bemerkbar. Direkt wurde davon

am stärksten die Landwirtschaft beeinträchtigt. Nach Angaben der Weltbank von 1993 ging die bewässerte (und damit landwirtschaftlich nutzbare) Fläche um 6 Prozent zurück, während die Preise für Land und Wasser sehr stark anstiegen. Die überhöhten Grundstückspreise in Kombination mit der von den israelischen Behörden unterbundenen Entwicklung und Erweiterung der Ortschaften in den besetzten Gebieten führten zu sehr hohen Baukosten, ganz besonders für Industrieunternehmen, was die palästinensische industrielle Entwicklung stark behinderte.⁶ Die Unfähigkeit, mit den niedrigen Preisen israelischer Unternehmen zu konkurrieren, sowie die eingeschränkte palästinensische Produktion aufgrund fehlender Nachfrage sowie Ressourcen- und Rohstoffmangel haben zum völligen Verschwinden vieler palästinensischer Industriebetriebe geführt.

Von israelischer Seite wurden auch direkte Verwaltungsmaßnahmen ergriffen, um eine Entwicklung der Produktionskapazitäten der palästinensischen Wirtschaft zu verhindern: Alle wirtschaftlichen Aktivitäten der Palästinenser*innen wurden der Militärverwaltung in den besetzten Gebieten unterstellt und jede wirtschaftliche Tätigkeit erforderte deren Genehmigung. Die Pläne palästinensischer Geschäftsleute, neue Unternehmen zu gründen oder bestehende zu erweitern, wurden häufig durch Verzögerungen bei der Erteilung von Genehmigungen behindert oder gar durch Verweigerung der Genehmigungen zunichte gemacht. Palästinenser*innen benötigten Genehmigungen für alle mit dem Kauf von Grundstücken, dem Bau von Gebäuden, dem Warentransport sowie mit dem Ex- und Import verbundenen Aktivitäten. Darüber hinaus war die Besteuerung von gewerblicher Tätigkeit in den besetzten Gebieten sehr hoch. Palästinensische Unternehmen mussten Mehrwertsteuer auf alle über Israel importierten Rohstoffe zahlen. Die Mehrwertsteuer sollte dann zurückerstattet werden, weil die Rohstoffe Israel ja nur pasierten. Allerdings geschah das nur nach langen Verzögerungen, was zu schweren Liquiditätsproblemen und hohen Verlusten bei den palästinensischen Unternehmen führte.

Seit Beginn der Besatzung im Jahr 1967 bis heute werden alle palästinensischen Ex- und Importe über israelische Häfen und Flughäfen abgewickelt. Dafür wird die Vermittlung von israelischen Firmen benötigt, die dadurch von der palästinensischen Wirtschaft profitieren und so die ohnehin schon geringen Erträge noch schmälern. Das einheitliche Zollsystem erhöht die Produktionskosten für palästinensische Unternehmen und führt dazu, dass palästinensische Exporteure ihren Wettbewerbsvorteil auf ihren traditionellen Märkten in den Nachbarländern verlieren. Die Exporte aus dem Gazastreifen und der Westbank nach Jordanien und von dort auch in andere arabische Länder sind zwar Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre gestiegen, aber es handelte sich immer noch um eine niedrige Exportrate. Der israelische Staat erlaubte diese Exporte, da er beim Ankauf über die israelische Währung (Schekel) am Wechselkurs verdiente und weil ein Großteil der palästinensischen Einnahmen aus dem Export in den Import von israelischen Waren investiert wurde.

Darüber hinaus behinderte das Finanzsystem in den besetzten Gebieten das Wirtschaftswachstum und die

Realisierung von Wirtschaftsinitiativen. Seit 1967 gab es praktisch ein Vakuum im Finanzsektor, da die jordanischen Banken ihre Niederlassungen schließen mussten, einschließlich der Arab Bank, die als wichtigste palästinensische Bank galt. Erst in den späten 1980er Jahren erlaubte der israelische Staat die Eröffnung von zwei kleinen Zweigstellen der Cairo Amman Bank. Die meisten Bankgeschäfte in den besetzten palästinensischen Gebieten wurden über Jordanien abgewickelt, aber das reichte nicht aus, um die palästinensische Wirtschaft anzukurbeln.

Aufgrund ihrer Größe, technologischen Stärke sowie der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen und staatlichen Förderungen waren israelische Unternehmen in der Lage, kleine palästinensische Betriebe, die für den lokalen Markt produzieren, auszustechen und zu verdrängen. Obwohl das Pro-Kopf-Einkommen in den besetzten Gebieten viel niedriger als in Israel ist, besteht dennoch eine Nachfrage von Millionen von palästinensischen Konsument*innen nach Produkten zur Deckung des Grundbedarfs und sogar nach Luxusgütern. Die begrenzten Produktionskapazitäten und das Unvermögen der palästinensischen Industrie, mit ihren Preisen und Angeboten auf dem israelischen Markt zu bestehen, führten zu einer Überschwemmung des palästinensischen Marktes mit billigen und mitunter besseren Waren israelischer Unternehmen. So unterband das einheitliche Zollsystem die Entwicklung einer unabhängigen, starken palästinensischen Wirtschaft und machte die besetzten palästinensischen Gebiete zu einem Absatzmarkt für israelische Waren.

Das Pariser Protokoll: Die Institutionalisierung des «gekaperten Markts»

Nach der Unterzeichnung des ersten Oslo-Abkommens (1993) und der Errichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in Teilen der Westbank und des Gazastreifens im Mai 1994 bestand Hoffnung auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, auf die Förderung lokaler Unternehmen und Geschäfte, internationale Investitionen und regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das Versprechen westlicher Länder und Saudi-Arabiens, sich an der Finanzierung des Förderprogramms und des Friedensprozesses zu beteiligen, lieferte das notwendige Kapital.⁷ Die Weltbank erklärte sich auch bereit, spezifische Projekte zu unterstützen, vor allem zur Sanierung und zum Aufbau von Infrastrukturen wie Straßen und zum Bau von Wohnungen.

Im Rahmen der Oslo-Abkommen unterzeichneten beide Seiten am 29. April 1994 in Paris das «Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Regierung des Staats Israel und der PLO, die das palästinensische Volk repräsentiert». Das sogenannte Pariser Protokoll regelt die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten der Westbank und des Gazastreifens in Bezug auf Zoll, Steuern, Arbeit, Landwirtschaft, Industrie und Tourismus. Infolge des Abkommens wurden die wichtigsten wirtschaftlichen Institutionen der PA errichtet: das Finanzministerium, einschließlich der Budgetabteilung, die Behörde für Währungsangelegenheiten

und das Zentralamt für Statistik. Wie die Oslo-Abkommen sollte das Pariser Protokoll nur für einen Übergangszeitraum von fünf bis sieben Jahren gelten, aber es gilt praktisch mehr oder weniger bis heute.

Aufgrund seiner Konzeption und Umsetzung führte das Pariser Protokoll nicht zu dem erhofften wirtschaftlichen Aufbau und einer entsprechenden Entwicklung. Die Institutionen der PA konnten nicht das Maß an Autonomie erlangen, das es ihnen ermöglicht hätte, eine langfristige Wirtschaftspolitik und Entwicklungsförderung zu betreiben. Seit der Unterzeichnung des Pariser Protokolls war die palästinensische Wirtschaft wiederholt wirtschaftlichen Krisen ausgesetzt, die auf die Auswirkungen des Protokolls, auf israelische Besatzungspraktiken und auf andere politische Umstände und Sicherheitsprobleme zurückzuführen sind. Das Pariser Protokoll institutionalisierte und intensivierte die Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von der israelischen, insbesondere durch die Institutionalisierung des einheitlichen Zollsystems, das in der Praxis bereits 1967 eingeführt worden war.

Wie von Professor Arie Arnon dokumentiert,⁸ bevorzugten die Palästinenser*innen während der Verhandlungen über das Pariser Protokoll eine sogenannte Freihandelszone, bei der es keine gemeinsame Außengrenze gibt und es jedem der beiden Partner erlaubt ist, seine Handelsbeziehungen mit dem Rest der Welt selbstständig zu bestimmen. Ein solches Arrangement hätte die Festlegung einer klaren Grenze für den Handel zwischen den beiden Territorien erfordert, was Israel entschieden ablehnte. Das israelische Verhandlungsteam schlug vor, das einheitliche Zollsystem beizubehalten, und versuchte, die Palästinenser*innen davon zu überzeugen, dass das Fehlen einer solchen Handelszone weniger Beschränkungen und Hindernisse nach sich ziehen würde und dadurch bessere Chancen für den Aufbau einer blühenden palästinensischen Wirtschaft bestünden. Im Laufe der Verhandlungen bot die israelische Delegation die Einführung einer Freihandelszone an, aber nur unter der Bedingung, dass es keine Bewegungsfreiheit für Arbeiter*innen zwischen den besetzten palästinensischen Gebieten und Israel geben würde. Mit anderen Worten: Die palästinensische Unabhängigkeit bei der Festlegung ihrer Handelspolitik sollte mit einer weitgehenden Einschränkung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Palästinenser*innen auf dem israelischen Arbeitsmarkt erkauft werden. Die Palästinenser*innen waren so sehr vom israelischen Markt abhängig, dass sie es sich nicht leisten konnten, auf die Möglichkeit, in Israel zu arbeiten, zu verzichten. Deshalb erklärten sie sich schließlich bereit, das einheitliche Zollsystem zu institutionalisieren.

Das Pariser Protokoll basiert auf einem Wirtschaftsmodell, das einen freien Verkehr von Waren und Arbeitskräften über die Grüne Linie [Begriffserklärung siehe Glossar] hinweg in einem gemeinsamen Zollgebiet vorsieht. Die Weltbank und andere Wirtschaftsakteure sahen das einheitliche Zollsystem als ein positives Arrangement, da sie annahmen, dass der kleine palästinensische Markt aufgrund der vielen billigen Arbeitskräfte und der niedrigeren Produktionskosten attraktiv sei und irgendwann mit dem israelischen konkurrieren könne. Diese Einschätzung ignoriert völlig die Machtverhältnisse zwischen Israel und der PA und die

fehlende Bewegungsfreiheit der Palästinenser*innen. In der Praxis garantiert das Pariser Protokoll den freien Verkehr von israelischen Waren, nämlich ihre steuer- und zollfreie Einfuhr in die palästinensischen Gebiete, während es den freien Verkehr von palästinensischen Waren innerhalb der besetzten Gebiete und aus diesen heraus behindert.

Auch die Bewegungsfreiheit von Menschen gilt nur für die israelische Seite und nicht für die palästinensische. Das Pariser Protokoll schreibt zwar vor, der Verkehr von Arbeitskräften zwischen den besetzten Gebieten und Israel müsse gewährleistet sein und dürfe nicht permanent unterbrochen werden. Aber in der Praxis schränkt Israel mit seinen strengen Auflagen und Prüfungen die Arbeitsmöglichkeiten der Palästinenser*innen in Israel willkürlich ein. Immer wieder verhindert eine allgemeine «Schließung» der besetzten Gebiete ganz, dass Palästinenser*innen ihrer Beschäftigung auf israelischem Territorium nachgehen können. Im Jahr 2000, vor Beginn der Zweiten Intifada, arbeiteten noch etwa 140.000 Palästinenser*innen in Israel, im Laufe der Intifada sank ihre Anzahl auf 40.000⁹ und blieb bis zum Jahr 2009 bei ungefähr 50.000.¹⁰ Ihre Zahl war nach Schätzungen 2016 wieder auf 113.000 gestiegen, wobei allerdings ungefähr 40 Prozent davon keine Reisegenehmigung hatten.¹¹

Politische Instabilität und anhaltende Beschränkungen der Freizügigkeit und des Zugangs zum Handel sind die Haupthindernisse für ein Wirtschaftswachstum in den besetzten Gebieten. Der private Sektor, der die treibende Kraft der lokalen Produktion in den besetzten Gebieten sein sollte, kann diese Rolle vor allem wegen der häufigen von Israel verfügten «Schließungen» sowie wegen der politischen Instabilität und wirtschaftlichen Unsicherheit nicht übernehmen. Die palästinensische Industrie leidet unter Infrastrukturproblemen wie wiederholten Stromausfällen und unter Kraftstoffmangel und kann deshalb keine echte Alternative zu israelischen Waren und Dienstleistungen schaffen. All dies führt dazu, dass die Rate privater Investitionen eine der niedrigsten der Welt ist. Die Zersplitterung der besetzten Gebiete in kleine Enklaven erlaubt keinen wirtschaftlichen Zusammenhalt. Infolge der anhaltenden Beschränkungen hat die palästinensische Wirtschaft einen Prozess der Deindustrialisierung durchgemacht und der Anteil des Produktionssektors ist im Laufe der Jahre immer weiter gesunken: von 18 Prozent des palästinensischen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1995 auf heute 10 Prozent. Der Anteil des Agrarsektors in der palästinensischen Wirtschaft ging um die Hälfte zurück, und es gab auch einen Rückgang in der lokalen Produktion, was die Exportmöglichkeiten der palästinensischen Wirtschaft weiter reduzierte.¹² Sehr hohe Arbeitslosigkeit und ein Rückgang der Kaufkraft in der palästinensischen Bevölkerung verschärfen die Situation weiter.

Das folgende Kapitel beschreibt etwas detaillierter die Auswirkungen des Pariser Protokolls auf das palästinensische Handelssystem und zeigt, dass der palästinensische Markt fast ausschließlich von den Handelsbeziehungen mit Israel abhängig ist.

Das palästinensische Handelssystem nach dem Pariser Protokoll

Wie bereits erwähnt, war die palästinensische Wirtschaft seit Beginn der Besetzung im Jahr 1967 durch sehr niedrige Exportraten und eine sehr begrenzte lokale Produktion einerseits und andererseits sehr hohe Einfuhren vor allem aus Israel gekennzeichnet. Die große Diskrepanz zwischen umfangreichen Importen und geringfügiger Export- und Produktionstätigkeit führte zu einem strukturellen Handelsdefizit, das bis heute mit einer negativen Zahlungsbilanz der PA einhergeht. Im Jahr 2015 betrug das palästinensische Handelsdefizit 1,45 Milliarden US-Dollar (1,24 Milliarden Euro). Internationale Hilfszahlungen spielten eine wichtige Rolle bei der Finanzierung dieses Defizits. Sie sind jedoch in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen,¹³ was die weitgehende Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von der israelischen nur noch weiter verschärft.

Das Pariser Protokoll hat diese Abhängigkeit durch die Einführung eines einheitlichen Zollsystems institutionalisiert. Dies ermöglicht es Israel, die palästinensischen Ex- und Importe vollständig zu kontrollieren und damit unmittelbar die palästinensische Produktion zu beeinflussen. Das Pariser Protokoll legt fest, dass palästinensische Ex- und Importe nur über israelische Häfen, Flughäfen oder an von Israel kontrollierten Übergängen abgewickelt werden dürfen. Der Verkehr von Waren, Rohstoffen und Produktionsmitteln für den palästinensischen Markt unterliegt harschen israelischen Beschränkungen, wie Importquoten, strengen, von Israel festgelegten Standards, Verwaltungsvorschriften und technischen Hürden, die es verhindern, dass palästinensische Waren auf den israelischen Markt oder auf internationale Märkte gelangen.

Zum Beispiel haben die israelischen Beschränkungen in der Landwirtschaft, dem größten Produktionssektor der palästinensischen Wirtschaft, dazu geführt, dass palästinensische Bäuerinnen und Bauern ihren Lebensunterhalt nicht mehr mit landwirtschaftlicher Produktion bestreiten können. Die kontinuierlich fortschreitende Reduzierung des zur Verfügung stehenden Agrarlands, unter anderem durch die Errichtung von israelischen Siedlungen auf palästinensischem Agrarland, sowie Wassermangel und fehlende Infrastrukturen haben dazu geführt, dass palästinensische Betriebe nicht mit den großen israelischen Unternehmen konkurrieren können, die freien Zugang zum palästinensischen Markt haben und diesen mit billigeren landwirtschaftlichen Produkten überschwemmen. Die Folge ist, dass während in der Westbank und im Gazastreifen ein erheblicher Teil der israelischen landwirtschaftlichen Produkte konsumiert wird, fast keine der in der Westbank und im Gazastreifen produzierten landwirtschaftlichen Produkte in Israel verkauft werden.

Die Beschaffung von Rohstoffen, die palästinensische Unternehmen benötigen, ist mit zahlreichen Schwierigkeiten verbunden, die zum Teil auf Restriktionen und Praktiken der israelischen Behörden, zum Teil auf das Pariser Protokoll zurückgehen. Das Pariser Protokoll enthält eine Liste spezifischer Güter, die palästinensische Hersteller*innen importieren dürfen, wobei das Protokoll die Palette der Güter im Vergleich zu dem, was vor dem Abkommen

eingeführt werden durfte, reduziert hat. Die Listen werden mit Sicherheitsbelangen begründet. Es gibt eine lange Liste von Rohstoffen, Gütern und Maschinen, die nicht eingeführt werden dürfen, einschließlich bestimmter Chemikalien, die zum Beispiel für die pharmazeutische Industrie gebraucht werden. Außerdem gibt es Beschränkungen in Bezug auf den Import von sogenannten Dual-Use-Produkten, das heißt, Produkten, die neben zivilen Zwecken auch für militärische verwendet werden können. Fast alle Industriezweige sind von diesen Auflagen betroffen und müssen sich daher mit weniger geeigneten oder weniger guten Materialien begnügen.

Darüber hinaus legt das Pariser Protokoll fest, dass alle palästinensischen Unternehmen für alle Rohstoffe, die sie importieren wollen, unabhängig von deren Herkunftsländern oder ihrem möglichen Verwendungszweck Einfuhrgenehmigungen beim israelischen Gesundheitsministerium einholen müssen. Im Gegensatz dazu brauchen israelische Unternehmen solche Genehmigungen nur für bestimmte Rohstoffe. Außerdem können Israelis eine Erlaubnis erhalten, die für ein Jahr gültig ist, während Palästinenser*innen für jede Lieferung eine separate Genehmigung benötigen. Das heißt, dass für jede Lieferung eine Genehmigung des israelischen Zolls sowie der israelischen und palästinensischen Gesundheitsbehörden eingeholt und bezahlt werden muss, was einen langwierigen bürokratischen Prozess bedeutet, der mehrere Tage, aber auch viele Wochen in Anspruch nehmen kann. Strenge israelische Sicherheitskontrollen sorgen dafür, dass jede Lieferung in die besetzten Gebiete dann noch einmal weitere Tage oder Wochen aufgehalten wird. All dies führt zu großen Verzögerungen. Die umfangreichen bürokratischen Verfahren beeinträchtigen zudem die Möglichkeiten von Unternehmen, die für den internationalen Markt produzieren, sich auf Preise und Lieferzeiten festzulegen und sich an internationalen Ausschreibungen zu beteiligen. Damit wird generell die Exportfähigkeit von palästinensischen Firmen behindert.

Gemäß dem Pariser Protokoll müssen alle palästinensischen Warenimporte in die besetzten Gebiete durch israelische Frachtunternehmen, Lagerfirmen und Transportunternehmen vorgenommen werden, die von dieser Bestimmung und anderen Auflagen profitieren. Darüber hinaus müssen palästinensische Importeure israelische Unternehmen für den Nachweis der von Israel für jede Lieferung in die besetzten Gebiete verlangten Sicherheitskontrolle bezahlen. Der Nachweis wird ungefähr innerhalb einer Woche nach Warenankunft in einem israelischen Hafen ausgestellt und kostet etwa zwischen fünf und zehn Prozent des Werts der Lieferung. Die Zahlungen für die Hafengebühren, die Sicherheitskontrollen selbst und die Mehrwertsteuer verteuern die Waren um weitere etwa 14 Prozent.¹⁴ Auf diese Weise erzeugt das im Pariser Protokoll festgelegte System der Besteuerung für Israel Einnahmen von über 310 Millionen US-Dollar (266 Millionen Euro) pro Jahr.¹⁵ Andererseits sind auf die in die palästinensischen Gebiete eingeführten israelischen Waren und Dienstleistungen keine Zölle zu zahlen und ihr Mehrwertsteuersatz ist viel niedriger, wodurch der Handel mit Israel gefördert wird.

Im Fall von etlichen Produkten, darunter Kraftstoff, haben die palästinensische Bevölkerung und Unternehmen überhaupt keine Wahl. Da die PA keinen Handel mit Staaten betreiben darf, die keine diplomatischen Beziehungen mit Israel haben, können die Palästinenser*innen zum Beispiel kein Öl aus arabischen Staaten importieren, sondern müssen sehr teuren Kraftstoff von israelischen Firmen kaufen. Noch komplizierter ist es bei Pharmaprodukten. Das gemeinsame Zollsystem bedeutet, dass preiswerte, in Schwellenländern gängige Generika, die etwa in Indien hergestellt werden, nicht ohne Weiteres eingeführt werden können, da Israel höhere Ansprüche bei der Zulassung von Medikamenten stellt. Dazu kommt: Aufgrund des gemeinsamen Zollsystems rechnen die großen globalen Pharmafirmen die Palästinensergebiete zu Israel. Das führt dazu, dass sie dieselben hohen Preise wie in Industrieländern verlangen und nicht die verbilligten, die sie in den Schwellenländern anbieten und wie sie für die palästinensische Wirtschaft angemessen wären. Diese unangemessen hohen Preise der Konkurrenz kann die palästinensische Pharmaindustrie aber kaum für sich nutzen, denn sie muss mit hohen bürokratischen Hürden und längeren Vertriebswegen rechnen, die die Kosten in die Höhe treiben, wenn sie ihre Produkte außerhalb der besetzten Gebiete verkaufen will. Das gilt trotz des gemeinsamen Zollsystems auch für den israelischen Markt. Zudem darf sie in viele arabische Länder – an sich ihre «natürlichen Märkte» – nicht exportieren. In der Folge leidet ihre Wettbewerbsfähigkeit und sie muss sich mit einem extrem kleinen Markt begnügen. Diese Schwäche nutzt die hochentwickelte israelische Pharmaindustrie. Sie hat einen uneingeschränkten Zugang zum palästinensischen Markt und hat somit ungleich bessere Wettbewerbsbedingungen.

Das palästinensische Finanzsystem

Der Begriff Finanzsystem bezeichnet in der Regel das nationale Bankensystem eines Landes. Da es in besetzten Gebieten keine wirtschaftliche oder politische Unabhängigkeit gibt, unterliegt das palästinensische Finanzsystem einer Reihe von erheblichen Einschränkungen. Die palästinensischen Behörden können die Wirtschaftspolitik nicht selbstständig festlegen und die palästinensische Wirtschaft nicht nach eigenem Ermessen steuern. Das palästinensische Finanzsystem wird in der Praxis von der israelischen Zentralbank und von den israelischen Geschäftsbanken kontrolliert.

Die Finanzpolitik der israelischen Zentralbank wird auch in den besetzten Gebieten durchgesetzt. So ist das palästinensische Finanzsystem von kontroversen israelischen finanzpolitischen Entscheidungen und Praxen wie der Zinspolitik sowie Devisenkäufen und exportorientierten Wirtschaftsstrategien betroffen. All dies hat Auswirkungen auf palästinensische Unternehmen und Haushalte, ohne dass palästinensische Institutionen auch nur im Ansatz darauf Einfluss nehmen könnten. Die von Israel auferlegten Beschränkungen beeinträchtigen die Entwicklungsmöglichkeiten des palästinensischen Finanzsektors und die Möglichkeiten vieler palästinensischer Banken, ihren Kund*innen angemessene Dienste anzubieten.

Gemäß Artikel 9 des Pariser Protokolls, der sich mit Finanzangelegenheiten befasst, wurde die Palästinensische Behörde für Währungsangelegenheiten errichtet, um die palästinensische Wirtschaft zu lenken. Gemäß dem Protokoll ist sie dafür verantwortlich und dazu befugt, die Währungspolitik festzulegen und diese umzusetzen. Aber aufgrund der Besetzung ist ihr das nicht möglich. Die Behörde hat nur einen kleinen Teil der Befugnisse einer Zentralbank, ohne die wirtschaftliche Unabhängigkeit unmöglich ist. Eine Zentralbank hat zwei Hauptfunktionen: die Lenkung einer unabhängigen Wirtschafts- und Währungspolitik sowie die Unterstützung, Regulierung und Überwachung des inländischen Bankensystems. Die Palästinensische Behörde für Währungsangelegenheiten kann diese beiden Funktionen nicht wirklich erfüllen und gegenwärtig ist ihre Rolle auf die Überwachung palästinensischer Banken beschränkt.¹⁶

Eine der zentralen Befugnisse einer Zentralbank ist die, eine eigene Währung zu schaffen und zu regulieren. Das Pariser Protokoll hat der Palästinensischen Behörde für Währungsangelegenheiten diese Option verwehrt. Israel hat dies nicht zugelassen, weil die Existenz einer solchen Währung eine gewisse monetäre Unabhängigkeit, die sich Israels Kontrolle entzieht, ermöglichen würde. Daher ist die palästinensische Behörde von mehreren fremden Währungen abhängig: israelische Schekel, jordanische Dinar, US-Dollar und Euro. Der Anteil des Schekels am palästinensischen Finanzmarkt ist besonders groß, was auf verschiedene Faktoren zurückgeht, darunter Steuereinnahmen, vor allem Zollgebühren und die Mehrwertsteuer, die Israel für die PA erhebt, die Löhne, die an Palästinenser*innen gezahlt werden, die in Israel oder israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten arbeiten, sowie die Ex- und Importe, die hauptsächlich von und nach Israel gehen. Die Bilanz der Transaktionen veranschaulicht das Ungleichgewicht im Finanzverkehr zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde für Währungsangelegenheiten: Zirka 80 Prozent der Geldüberweisungen der Palästinensischen Behörde werden von Israel auf den palästinensischen Finanzmarkt überwiesen, während nur 20 Prozent von palästinensischen Banken auf israelische überwiesen werden.¹⁷ Das Fehlen einer nationalen Währung macht die Finanzpolitik der Palästinenser*innen ineffektiv und liefert sie den Schwankungen der israelischen Währung aus.¹⁸

Die israelische Währung kommt vor allem durch die Löhne der Palästinenser*innen, die in Israel arbeiten, in die besetzten Gebiete. Darüber hinaus kaufen die Palästinenser*innen Güter und Dienstleistungen wie Strom, Gas, Treibstoff, Nahrungsmittel und medizinische Dienste hauptsächlich aus Israel, wofür sie in Schekel bezahlen müssen. Zum Beispiel verbraucht die PA Strom der israelischen Stromgesellschaft im Wert von ungefähr 70 bis 80 Millionen Schekel (17-19 Millionen Euro) pro Monat; 500 bis 600 Millionen Schekel (120 bis 144 Millionen Euro) sind monatlich an israelischen Treibstofflieferanten zu zahlen und 25 Millionen Schekel (6 Millionen Euro) pro Monat für medizinische Dienste.¹⁹ Diese Zahlungen werden im Auftrag der Käufer*innen vom palästinensischen Bankensystem geleistet, das die israelischen Lieferanten über israelische Banken bezahlt.

Trotz der absoluten Vorherrschaft des Schekels in den besetzten Gebieten haben palästinensische Banken keinen direkten Zugang zur Clearing-Stelle der israelischen Währung und müssen Clearing-Dienste von israelischen Banken kaufen.²⁰ Zwei israelische Banken, die Bank Hapoalim und die Discount Bank, haben Vereinbarungen mit palästinensischen Banken und leisten Clearing-Dienste für sie. Diese Abkommen beinhalten strenge Auflagen, die die Kosten des Schekels für die palästinensischen Banken erhöhen, während anderen ausländischen Banken nicht die gleichen strengen Auflagen für Clearing-Dienste auferlegt werden.

Nur ein Teil der palästinensischen Banken ist befugt, Schekel auf israelische Banken zu überweisen; neu eröffnete Banken, die an den Abkommen nicht beteiligt sind, haben es besonders schwer. Für die Bereitstellung von Clearing-Diensten verlangen die israelischen Banken von den palästinensischen, dass sie eine sehr hohe Sicherheit, mehr als eine Milliarde Schekel (ca. 240 Millionen Euro), in bar hinterlegen, für die sie keine Zinsen erhalten. Darüber hinaus haben die israelischen Banken verschiedene Beschränkungen eingeführt, die die Kosten und Risiken für die palästinensischen Banken erhöhen. Zum Beispiel begrenzen die israelischen Banken die Summe, die palästinensische Banken auf einmal überweisen können. Da sie für jede Überweisung eine Gebühr verlangen, erhöht die Begrenzung die Unkosten für die palästinensischen Banken. Aber selbst zu diesen erschwerten Bedingungen sind diese Clearing-Dienste nicht immer in ausreichendem Maße verfügbar. Im Februar 2016 gab die Bank Hapoalim bekannt, dass sie vorhat, diese Überweisungen einzuschränken. Die palästinensischen Banken sind völlig von den israelischen Banken abhängig und ihren Launen ausgeliefert.

Zusammenfassung

Das Pariser Protokoll ging davon aus, dass Investitionen des privaten und des öffentlichen Sektors in die palästinensische Wirtschaft und in die Arbeitsmöglichkeiten von Palästinenser*innen in Israel zur Vollbeschäftigung führen würden. Dies sollte durch die finanziellen Vermittlungsdienste des sich entwickelnden palästinensischen Bankensystems unter der Leitung der Palästinensischen Behörde für Währungsangelegenheiten geschehen. Der öffentliche Sektor sollte gestärkt und ein effizientes Steuersystem geschaffen werden. Die internationalen Hilfszahlungen sollten dazu beitragen, die notwendigen Infrastrukturen zu schaffen. All dies ist nicht eingetreten, und die Auswirkungen des Pariser Protokolls führten stattdessen zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in der Westbank, während Israel weiterhin große Gewinne aus seinen wirtschaftlichen Beziehungen mit dem palästinensischen Markt zieht.

Die Institutionalisierung des einheitlichen Zollsystems, dazu Israels Kontrolle über den palästinensischen Arbeitsmarkt sowie das Fehlen einer palästinensischen Währung beschränken die palästinensische Selbständigkeit weitgehend und zementieren die große Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von Israel und seiner Wirtschaftspolitik, die Israel natürlich den eigenen Interessen entsprechend gestaltet. Die vorherrschende wirtschaftliche

und politische Instabilität blockiert dringend notwendige Investitionen, die zu langfristigem Wirtschaftswachstum führen könnten. Gleichzeitig überschwemmen israelische Waren den palästinensischen Markt, sodass den palästinensischen Verbraucher*innen kaum eine Wahl bleibt. Diese sind israelischen und internationalen Produkten quasi ausgeliefert, während die eigenen Unternehmen nicht in der Lage sind, mit israelischen zu konkurrieren und die palästinensische Wirtschaft weiterzuentwickeln.

Das Pariser Protokoll wurde nicht von zwei gleichberechtigten Partnern verhandelt und unterzeichnet. Die Regeln und Mechanismen, die in dem Abkommen verankert wurden, sind Ausdruck der ungleichen Machtverhältnisse zwischen den beiden Seiten. Zudem sind sie der Tatsache geschuldet, dass es ursprünglich ein temporäres Abkommen sein sollte. Während in anderen Wirtschaftsabkommen wie zum Beispiel dem, auf dem die Europäische Union basiert, die Regulierungsmechanismen darauf abzielen, kleinen Ländern mehr Gewicht zu geben, als es ihrer Wirtschaftsmacht entspricht, sorgt das Pariser Protokoll für eine Begünstigung des ohnehin deutlichen stärkeren israelischen Vertragspartners.

Das Pariser Protokoll ist nicht sehr detailliert: Es umfasst nur 20 Seiten. Insbesondere fehlen dem Abkommen Durchsetzungsmechanismen. Der israelische Staat kann gegen das Abkommen verstoßen, ohne nennenswerte Sanktionen befürchten zu müssen. So beschränkt er zum Beispiel den Zugang von palästinensischen Arbeiter*innen nach Israel oder weigert sich, der PA die Steuern weiterzuleiten, die ihr gemäß dem Pariser Protokoll zustehen, ohne dass etwas passiert. Im Gegensatz dazu muss die PA aufgrund ihres permanenten Defizits und der politischen und militärischen Stärke Israels das Abkommen genau einhalten und sogar Änderungen zustimmen, die von der israelischen Regierung von Zeit zu Zeit beschlossen werden. Hier ist anzumerken, dass obwohl jede Änderung der Vereinbarung veröffentlicht werden sollte, diese Änderungen ohne ersichtlichen Grund geheim gehalten werden. Alle Versuche von verschiedenen Organisationen und Institutionen, Informationen über die Änderungen des Pariser Protokolls zu erhalten, waren bisher vergeblich.

Es gab immer wieder Forderungen, das Pariser Protokoll grundsätzlich zu verändern oder gänzlich aufzuheben. So kam es 2015 zu Protesten von Palästinenser*innen gegen die Anhebung der Preise für Kraftstoff und die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die zuerst in Israel und anschließend in den palästinensischen Gebieten erfolgten. Andererseits wird dem Pariser Protokoll im öffentlichen Diskurs wenig Aufmerksamkeit geschenkt und die politischen Akteure und Entscheidungsträger scheinen sich der enormen Bedeutung und der weitreichenden Auswirkungen des Protokolls und seiner Umsetzung nicht bewusst zu sein.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass das Pariser Protokoll katastrophal für die palästinensische Wirtschaft ist. Solange es diesbezüglich keine grundsätzliche Revision gibt, keine Verbesserungen der Handelsbedingungen, keine eigene Zentralbank und keine eigene Währung werden kosmetische Veränderungen die palästinensische Wirtschaft nicht wirklich stärken.

Übersetzt von **Ursula Wokoek Wollin**

Eness Elias ist eine politische Aktivistin in Israel. Sie schreibt regelmäßig für die Tageszeitung Haaretz. Zuvor arbeitete sie bei «Who Profits», einem Forschungszentrum, das sich der Aufdeckung der kommerziellen Beteiligung israelischer und internationaler Unternehmen an der fortgesetzten israelischen Kontrolle palästinensischen und syrischen Landes widmet.

Anmerkung

- 1 United Nations (2016): Report on UNCTAD assistance to the Palestinian people: Developments in the economy of the Occupied Palestinian Territory, UNCTAD, 1. September 2016, S. 6, unter: http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/app2016d1_en.pdf.
- 2 Berechnung nach Wert des US-Dollar im Jahr 2004.
- 3 Für einen Vergleich mit Israel und Deutschland siehe Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (kaufkraftbereinigt) im Vergleich unter: www.rosalux.org.il/infografik-besatzung-fur-anfanger/.
- 4 United Nations (2016): Report on UNCTAD assistance.
- 5 Wilson, Rodney (1994): The Palestinian economy and international trade, Working Paper. University of Durham, Centre for Middle Eastern and Islamic Studies, Durham, S. 10.
- 6 Naqib, Fadle M. (2002): Economic aspects of the Palestinian-Israeli conflict: The collapse of the Oslo accord, WIDER Discussion Papers, World Institute for Development Economics (UNU-WIDER), S. 89, unter: <http://hdl.handle.net/10419/52817>.
- 7 Die Außenminister der EU haben Garantien in Höhe von 600 Millionen US-Dollar in Form von Spenden und zinsgünstigen Darlehen über die Europäische Investitionsbank bereitgestellt. Die USA haben einen Hilfsfonds von zirka 590 Millionen US-Dollar eingerichtet, die Regierung von Saudi-Arabien hat 200 Millionen US-Dollar eingezahlt. Siehe Wilson, Rodney (1994): The Palestinian economy and international trade, S. 26.
- 8 Arnon, Arie/Weinblatt, Jimmy (2001): Sovereignty and Economic Development: The Case of Israel and Palestine, in: The Economic Journal, 111, S. 291–308.
- 9 Vgl. www.econstor.eu/bitstream/10419/33823/1/529953021.pdf.
- 10 Vgl. https://mpira.ub.uni-muenchen.de/34681/1/MPRA_paper_34681.pdf.
- 11 Vgl. www.macro.org.il/images/upload/items/27348794024004.pdf.
- 12 Vgl. <http://documents.worldbank.org/curated/en/474311473682340785/pdf/108205V2WPPUBLICSEPT142PM-September-2016-AHLC-World-Bank-Report.pdf>, S. 21.

- 13 Vgl. [http://documents.worldbank.org/curated/en/474311473682340785/pdf/108205-V2-WP-PUBLIC-SEPT-14-2PM-September-2016-AHLC-World-Bank-Report.pdf](http://documents.worldbank.org/curated/en/474311473682340785/pdf/108205V2WP-PUBLIC-SEPT-14-2PM-September-2016-AHLC-World-Bank-Report.pdf), S. 12.
- 14 Who Profits, Captive Economy: The Pharmaceutical Industry and the Israeli Occupation, März 2012, unter: www.whoprofits.org/sites/default/files/captive_economy_0.pdf, S. 61.
- 15 United Nations (2016): Report on UNCTAD assistance.
- 16 Vgl. <http://digitalcommons.bard.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1293&context=senprojs2016>.
- 17 Who Profits (2010): Financing the Israeli Occupation: The Direct Involvement of Israeli Banks in Illegal Israeli Settlement Activity and Control over the Palestinian Banking Market, Oktober 2010, S. 28.
- 18 Vgl. <http://digitalcommons.bard.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1293&context=senprojs2016>.
- 19 Who Profits (2017): Greenwashing the Occupation: The Solar Energy Industry and the Israeli Occupation, Januar 2017.
- 20 Clearing-Dienste: Clearing werden alle Vorgänge im Finanz- und Bankwesen bezeichnet vom Beginn eines Geschäfts bis hin zu seinem Abschluss. In diesem Prozess wird beispielsweise eine angekündigte Zahlung in Form eines Schecks oder eines elektronischen Zahlungsantrags in eine tatsächliche monetäre Bewegung von einem Konto auf das andere verwandelt. Sogenannte Clearing-Einrichtungen wurden geschaffen, um solche Geschäfte zwischen Banken zu ermöglichen.

III Demokratie



Polizeigewalt auf einer
Demonstration in Haifa gegen
den Gazakrieg, Israel, 2014.
Foto: Activestills

Wann und wie zerfielen Israels demokratische Räume?

Hagai El-Ad

Nach über 50 Jahren israelischer Besetzung erfordert die weitere Unterdrückung der Palästinenser*innen auch eine stärkere Unterdrückung kritischer Stimmen in Israel. Der folgende Beitrag befasst sich mit den gegenwärtigen Lebensrealitäten der Palästinenser*innen unter israelischer Besetzung und gleichzeitig mit der Lage derjenigen Israelis, die diese Besetzung ablehnen.

Dieser Artikel handelt von verschiedenen Lebensrealitäten und davon, wie diese miteinander verwoben sind. Dafür werden wir wiederholt die interne Grenze in Israel, die sogenannte Grüne Linie [Begriffserklärung siehe Glossar], in beide Richtungen überqueren. Das Echo jüngster internationaler Entwicklungen und des Aufwinds, den autoritäre Regierungen in der ganzen Welt erfahren, halt in Israel wider und befördert die negativen Trends im Land. Sollte es allerdings gelingen, diese Tendenzen weltweit umzukehren und zurückzudrängen, dann könnte dieser veränderte internationale Kontext eine Schlüsselrolle spielen in der Entwicklung Israels hin zu einer gewaltfreien Gesellschaft, die sowohl allen Israelis als auch Palästinenser*innen Freiheit, Demokratie und die vollen Menschenrechte garantiert.

01

Wie ist es um die «israelische Demokratie» bestellt? Nähern wir uns dieser Frage zunächst einmal aus palästinensischer Sicht.

Mai Da'na ist eine Palästinenserin aus Hebron. In einer Winternacht vor zweieinhalb Jahren drangen israelische Soldat*innen in ihr Haus ein. Für palästinensische Familien im von Israel besetzten Westjordanland ist das Alltag: Fast jeder Soldat kann jederzeit die Häuser von Palästinenser*innen betreten. Dafür bedarf es weder eines Durchsuchungsbefehls noch einer anderen rechtlichen Grundlage wie etwa einem «hinreichenden Tatverdacht», nicht einmal eines «Anfangsverdachts».¹

In den besetzten Palästinensergebieten ist der von Giorgio Agamben sogenannte permanente Ausnahmezustand² keine bloße Theorie, sondern seit 50 Jahren gelebte Realität. Da'na ist 26 Jahre alt und zusammen mit ihren Kindern hat sie ihr ganzes Leben unter diesen Bedingungen verbracht. Genau genommen ist dieser Zustand fast doppelt so alt wie sie. Um ein Gefühl für die Bedeutung des nackten Lebens zu bekommen, braucht man sich nur ihr Video anzuschauen, das zeigt, wie israelische Soldat*innen in ihre Wohnung eindringen, mitten in einer kalten Nacht die Kinder wecken lassen und sie zwingen, ihre Namen zu nennen.³

Anders als Da'na bin ich jüdischer Bürger Israels und lebe im zu Israel gehörenden West-Jerusalem. Mein Schicksal ist daher ein gänzlich anderes – das bezieht sich nicht nur darauf, wer mein Haus betreten darf, das sich nur etwa 30 Kilometer nördlich von Da'nas Zuhause befindet, sondern trifft auf weitere Tausend anderer Aspekte zu, die das Leben der Unterdrückten von dem Leben der Unterdrückenden trennen. Dennoch sind wir räumlich miteinander verbunden – und darum geht es in diesem Text ebenso wie in unserem Leben.

Da'na ist seit einigen Jahren als Freiwillige in B'Tselems Videoprojekt aktiv. Während der letzten zehn Jahre gehörten Frauen immer wieder zu den Besten der insgesamt rund 200 Teilnehmer*innen dieses zivilgesellschaftlichen Journalismusprojekts, das die Realität der Besatzung ungeschminkt aufzeigt.⁴ Kaum verwunderlich daher, dass B'Tselem zum zehnjährigen Bestehen des Projekts im August 2017 entschied, die Filmreihe «Palästinensische Frauen von der Ersten Intifada⁵ bis heute» (Palestinian Women, from the First Intifada until Today) in der Jerusalem Cinematheque zu zeigen. Präsentiert wurden Filme, die alle von Frauen gedreht wurden, darunter auch das Video von Mai Da'na aus besagter Nacht im Februar 2015.

An und für sich sollte es unproblematisch sein, die Lebensrealitäten der einen Seite der Grünen Linie⁶ auf der anderen Seite zu zeigen. Allerdings wurden hier mehr Grenzen überschritten, als es der Transport von ein paar Bildern aus Hebron vermuten lässt.

Folgendes geschah im Anschluss an die Vorführung: Das israelische Kulturministerium schrieb mit großer öffentlicher Resonanz an das Finanzministerium, es möge doch «angesichts des Zeigens von Filmen der B'Tselem-Freiwilligen die Zuwendungen an die Jerusalem Cinematheque prüfen». Formal gründet diese Forderung auf einem 2011 in Israel im Zuge einer früheren Welle «anti-demokratischer Maßnahmen» verabschiedeten Gesetz.⁷ Zwar sind seitdem bereits sechs Jahre vergangen, dennoch hat die Kulturministerin Miriam Regev (Likud) erst vor ein paar Monaten eine Kampagne angestoßen, bei der sie mit der vollen Macht ihres Amtes gegen Künstler*innen, Drehbuchautor*innen, Theater und eben auch Kinos vorgeht, die es bei Veranstaltungen, in Theaterstücken oder Filmen wagen, «gegen Israel zu hetzen».⁸ «Aufhetzung» in ihrem Verständnis umfasst bereits, die Wahrheit über Israels Herrschaft über die Palästinenser*innen zu sagen.⁹ Die Ministerin wünscht sich, was sie in wahrhaft Orwell'scher Manier «Mittelfreiheit» nennt, die Freiheit, solche künstlerischen Ausdrucksformen finanziell nicht zu unterstützen, die sich mit dem permanenten nur ein paar Kilometer von der Jerusalem Cinematheque entfernten Ausnahmezustand auseinandersetzen.¹⁰

02

Auf der israelischen Seite der Grünen Linie genießen die Bürger*innen und dabei insbesondere die jüdischen Bürger*innen gewohnheitsmäßig ihre Meinungsfreiheit. Im besetzten Palästina hingegen war mit der Meinungsfreiheit schon zwei Monate nach Beginn der Besatzung, also im August 1967, Schluss. Seitdem herrscht, mit

gewissen Änderungen die Militärverordnung 101 des israelischen Zentralkommandos «über das Verbot von Aufhetzung und feindlicher Propaganda».¹¹ Grundlage ist, dass Palästinenser*innen im Kern kein Demonstrationsrecht und kein Recht auf Meinungsfreiheit haben. Selbst gewaltfreier Widerstand und ziviler Protest in der Form friedlicher Versammlungen ist ihnen verboten. Seit 50 Jahren definieren wir fast jedwede palästinensische Opposition gegen Israels Besatzung als Aufhetzung, während wir ihnen Grundfreiheiten wie die Meinungsfreiheit verweigern. Wen kann es da noch überraschen, dass eine Filmreihe, die das Besatzungsregime zum Thema hat, als hetzerisch eingestuft und die Redefreiheit von Israelis infrage gestellt wird?

In der Tat schrumpft in Israel derzeit der Raum für eine offene Gesellschaft. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Israel westlich der Grünen Linie können nicht mehr länger erwarten, frei arbeiten zu dürfen. Nur schwerlich lässt sich angesichts dieses Prozesses ein bitteres, ironisches Gerechtigkeitsempfinden verhindern. Der Arbeitskontext für israelische und palästinensische NGOs – sowie für israelische und palästinensische Aktivist*innen – wird nun zunehmend ähnlicher, aber nicht etwa, weil der zivilgesellschaftliche Raum im besetzten Palästina größer würde, sondern weil er im besetzenden Israel kleiner wird.

Für die seit Jahrzehnten unter unserer Herrschaft lebenden Palästinenser*innen ist so etwas wie demokratischer Spielraum natürlich schon vor langer Zeit zu einem Fremdwort geworden. Millionen von Nicht-Bürger*innen unterliegen unseren militärischen Dekreten, die ihnen die Bürgerrechte verwehren. In diesem Kontext sind die fast alltäglich in palästinensischen Häusern durchgeführten Razzien nur ein Beispiel dafür, wie man Menschen auf ihr nacktes Leben reduzieren kann. Israel kann hier, um nur ein paar Beispiele zu nennen, ohne rechtliche Konsequenzen¹² durch administrative und völlig willkürliche Entscheidungen darüber bestimmen, ob Menschen ins Ausland reisen,¹³ eine Arbeitsgenehmigung erhalten,¹⁴ heiraten können,¹⁵ Zugang zu ihrem Land bekommen¹⁶ oder ein Haus bauen¹⁷ können.¹⁸

Aber an der Türschwelle zu diesem Abgrund nur ein paar Kilometer weiter ist das Trugbild einer westlichen Demokratie wohl auf. Noch 2008 hieß es etwa im Israel National Report, einem Bericht, den Israel im Zuge des Allgemeinen Periodischen Überprüfungsverfahrens des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen eingereicht hat, stolz: «Israel hat eine offene, lebendige und pluralistische Zivilgesellschaft, die aktiv Probleme anspricht und das Regierungshandeln hinterfragt. Die Regierung befindet sich im Austausch mit zahlreichen NGOs.»¹⁹

Nicht einmal ein Jahrzehnt später ist es in Israel von der Ebene des Premierministers abwärts heute gang und gäbe, NGOs, die sich gegen die Besatzung positionieren, des Hochverrats zu bezichtigen und sie als Lakaien ausländischer Mächte zu diffamieren. Der neue Normalzustand unserer Realität ist eine Mischung aus permanenter Einschüchterung, Infiltrierung und gesetzlicher Regulierung.²⁰ An die Stelle des Bemühens, wenigstens den Anschein demokratischer Formen zu wahren, ist der Ehrgeiz getreten, einer jubelnden Öffentlichkeit zu zeigen, dass man sich von der «Fünften Kolonne» nichts gefallen lässt.

Damit fügt sich das Agieren der Kulturministerin in ein Mosaik vieler ähnlicher Initiativen ein. Zusammen sorgen sie dafür, dass der Raum für freie Meinungsäußerung und Kritik der Zivilgesellschaft immer kleiner wird. Dieser Prozess fand in Israel vor allem in den letzten sieben Jahre statt, zeitgleich mit ähnlichen Entwicklungen in Ländern wie Ungarn, Indien und der Türkei. Der sich in Jerusalem breit machenden Autoritarismus wird selbst an einem so fernen Ort wie Berlin wahrgenommen. Im Juni 2017 sagte ein Sprecher des deutschen Außenministeriums, dass Ungarn sich mit einem Gesetz, das ausländische Zuwendungen an NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen verbietet, «in eine ganze Reihe von Staaten wie Russland, China und Israel ein[reicht], für die die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen, von zivilgesellschaftlicher Arbeit durch Geber aus dem Ausland offensichtlich als ein feindlicher, jedenfalls als ein unfreundlicher Akt empfunden wird.»²¹ Ein paar Monate später wurde Israel im jährlichen «Repressalienbericht» des UN-Generalsekretärs, «Cooperation with the United Nations, its representatives and mechanisms in the field of human rights», genannt.²²

03

Von allen Maßnahmen, die darauf abzielen, israelische Menschenrechtsorganisationen an die Kette zu legen, war die durchschlagendste wohl die, sie von ausländischen Mitteln abzuschneiden. Jedoch konnte die Regierung nicht einfach ein Gesetz verabschieden und im Nachtrag eine Liste unerwünschter Gruppen anfügen, das wäre zu offenkundig gewesen. Bis sich die Behörden auf ein Kriterium einigen konnte, mit dem man die unerwünschten Gruppierungen gezielt schwächen kann – ein hoher Anteil von «Zuwendungen seitens ausländischer Staaten» –, hat es deshalb etliche Jahre gedauert und ein paar legislative Durchgänge gebraucht. Der Hintergrund ist, dass in Israel die Finanzierung aus dem Ausland auf allen Ebenen weit verbreitet ist. So erhält etwa die israelische Armee großzügig Gelder aus den USA und israelische Forschungseinrichtungen genießen einen einzigartigen Zugang zu EU-Förderprogrammen. Auch Krankenhäuser, Universitäten, Schulen, Museen, Wohlfahrtsverbände, Siedlergruppen, Menschenrechtsorganisationen und viele weitere Einrichtungen erhalten sehr viel Mittel von internationalen Spendern und Sponsoren.

Diejenigen NGOs, die von ausländischen Botschaften, der UN und anderen internationalen Institutionen Geld erhalten, bekommen dies aus offensichtlichen Gründen tendenziell eher für die Förderung der Menschenrechte und nicht für ihr Loblied auf die Besatzung. Macht man also für NGOs zum Kriterium, wie groß der Anteil der Finanzierung aus solchen Quellen ist, ergibt sich de facto eine Liste derjenigen NGOs, die im Visier der Regierung stehen, ohne dass diese ausdrücklich in einer Liste erfasst werden müssten.

Diese Logik stand auch Pate bei Israels jüngsten Reformen des Gemeinnützigkeitsrechts. Eine 2016 verabschiedete Änderung²³ sah vor, dass NGOs, die 50 Prozent oder mehr ihrer Zuwendungen von «ausländischen staatlichen Akteuren» erhalten, sich ab 2018 (basierend

auf Finanzdaten des Jahres 2017) faktisch selbst zu ausländischen Agenten erklären müssen. Zunächst wurde die Änderung als «Transparenz schaffende» Maßnahme verkauft²⁴ – seit seiner Verabschiedung hat das Gesetz jedoch als Vorlage für weitere Gesetze²⁵ gedient, die mit «Transparenz» rein gar nichts mehr zu tun haben und viel mehr ganz (im eigentlichen Sinne des Wortes) darauf aus sind, Menschenrechtsorganisationen weiter öffentlich bloßzustellen und zu gängeln und zu schikanieren.

Diese Gesetzesänderung (meist Transparenzgesetz genannt) beschränkt ausländische Zuwendungen nicht direkt. Im Juni 2017 jedoch bestätigte der Premierminister öffentlich, dass er Minister Yariv Levin mit der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes beauftragt habe, das die Möglichkeit von Zuwendungen ausländischer Regierungen an israelische gemeinnützige Organisationen blockieren würde; eine Maßnahme, die ausdrücklich auf Menschenrechtsorganisationen abzielt, die sich gegen die Besatzung positionieren.²⁶ Die Gründe der Regierung, die in ihrem Gesetz vom Vorjahr keine Beschränkung von Zuwendungen durch ausländische Regierungen vorgesehen hatte, jetzt ihre Position zu ändern und durch ein neues Gesetz diese Form von Finanzierung zu unterbinden, erklärte Minister Levin in der Tageszeitung Haaretz. Levin verwies dabei auf die Rolle der neuen Regierung in Washington: «Während der Regierung Obama hätten wir das nicht machen können. Sie waren von dem Gesetz gar nicht begeistert. Aber die jetzige US-Regierung hat mit diesem Gesetz überhaupt kein Problem.»²⁷

04

Palästinenser*innen können die Grüne Linie in Richtung Israel nicht ohne Weiteres überschreiten. Sie brauchen hierfür Sondergenehmigungen: um zu arbeiten, um sich medizinisch versorgen zu lassen, für was auch immer. Autoritäres Denken benötigt jedoch keine Papiere, grünes Licht von den entsprechenden Stellen reicht völlig aus. Ähnlich scheint der Wind aus Washington auf beiden Seiten der Grünen Linie spürbar zu sein. Nur ein paar Wochen nach Minister Levins Aussagen griff Verteidigungsminister Liebermann zu einer fast identischen Sprache, nur dass er sich jetzt auf mögliche Aktionen jenseits der Grünen Linie bezog. Ihm ging es um die Möglichkeit, palästinensische Dörfer wie Khan al-Ahmar östlich von Jerusalem und Susiya in den South Hebron Hills einfach abzureißen.²⁸

Auch Mai Da'nas Video hat die Grüne Linie überquert. Im Israel des Jahres 2017 führte seine Ausstrahlung vor einem bescheidenen Publikum von etwa 100 Zuschauer*innen zur staatlichen Überprüfung einer angesehenen israelischen kulturellen Institution, und zwar auf eine Weise, die Erinnerungen an die McCarthy-Ära in den USA weckt. Die Unterdrückung der Palästinenser*innen verlangt jetzt auch eine stärkere Unterdrückung der Israelis. Unsere Schicksale sind miteinander verwoben.

Ähnlich verhält es sich mit den internationalen Mechanismen, die diese Entwicklungen bisher zu einem gewissen Grad bremsen konnten. Nicht nur sind es viele internationale Akteure gewohnt, sich an Washington zu orientieren – wo jetzt Trump regiert –, Israels Regierung fühlt sich

zusätzlich von den weltweit erstarkenden autoritären Kräften in seinem Kurs bestätigt. Angesichts dieser Zustände gibt es keine einfachen Lösungen und die Aussichten sind oft trübe.

So bedrohlich diese Entwicklungen innerhalb Israels auch sein mögen, sie sind nicht der Grund, weshalb Israel nicht als Demokratie angesehen werden kann. Hierfür dürfen wir unseren Blick nicht auf die Ereignisse der letzten Jahre beschränken, sondern müssen auf das vergangene halbe Jahrhundert schauen. Abgesehen von den ersten 19 Jahren herrscht Israel bereits seit seiner Gründung als unabhängiger Staat über Millionen von Palästinenser*innen, indem es ihnen ihre politischen Rechte vorenthält. Dies ist der Grund dafür, dass Israel keine Demokratie ist, und zwar schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Wir erleben eine Realität, in der die Ein-Staaten-Lösung zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer einen permanenten Ausnahmezustand etabliert, der Millionen von Menschen in zwei Kategorien unterteilt: in Unterdrückende mit politischen Rechten und in Unterdrückte, denen diese Rechte verwehrt werden.

Damit kommen wir zu dem Punkt, um den es mir wirklich geht. Die globale autoritäre Wende ist real. Wer das nicht glaubt, braucht sich nur Netanjahu, Trump, Modi, Orban²⁹ und die vielen weiteren Kandidaten, die Aufnahme in diesen Club begehren, anzuhören. Es ist keineswegs gesagt, dass dies die einzige Wende sein wird, die wir im 21. Jahrhundert erleben. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist eine viel zu kostbare und aus unvorstellbarem menschlichem Leid geborene Errungenschaft. Wir wissen, was auf dem Spiel steht. Wir könnten also auch zusammenstehen für die Umsetzung der «gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen», damit «die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt» so fest ist, wie sie sein muss. Eine Erfolgsgarantie gibt es nicht, nur die Gewissheit, dass dies eine Zukunft wäre, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Übersetzt von **Tim Jack, lingua•trans•fair**

Hagai El-Ad ist Direktor von B'Tselem – Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten. 2008 bis 2014 war er Direktor der Association for Civil Rights in Israel (ACRI) und 2000 bis 2006 des Jerusalem Open House for Pride and Tolerance. Im Jahr 2014 war El-Ad unter den vom US-Magazin Foreign Policy gekürten «100 Leading Global Thinkers». 2016 und 2018 sprach er vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und rief dazu auf, mit internationalem Druck die Beendigung der israelischen Besatzung der Palästinensergebiete herbeizuführen.

Zuerst erschienen im Sur – International Journal of Human Rights.

Anmerkungen

- 1 «Ein Offizier oder Soldat ist allgemein wie auch im besonderen Fall befugt, jederzeit Orte, Boote, Fahrzeuge oder Flugzeuge zu betreten, bei denen Grund zur Annahme besteht, dass sie gegen den öffentlichen Frieden, die Sicherheit der israelischen Armee IDF, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingesetzt wurden oder werden bzw. Aufstand, Revolte und Randalie dienen bzw. wenn es Grund zur Annahme gibt, dass sich dort eine Person befindet, die gegen diese Bestimmung verstoßen hat bzw. es dort Waren, Objekte, Tiere, Dokumente gibt, die im Rahmen dieser Bestimmungen zu beschlagnahmen sind; und sie sind autorisiert, Orte, Fahrzeuge, Boote oder Flugzeuge zu durchsuchen sowie auch jede Person, die sich dort aufhält oder diese verlässt.» Order Regarding Security Provisions (Consolidated Version) (Judea and Samaria) (No. 1651), 5770-2009, No Legal Frontiers, 1. November 2009, Abschnitt 67, unter: nolegalfrontiers.org/military-orders/mil019ed2.html?lang=en.
- 2 Siehe Agamben, Giorgio (2005): State of Exception, Chicago. Dort analysiert er, wie Staaten scheinbare Krisen oder Ausnahmezustände zum Abbau von Rechten nutzen.
- 3 Das Video ist auf B'Tselems YouTube-Kanal verfügbar: Soldiers Enter Hebron Homes at Night, Order to Wake Children, 24.2.2015, YouTube-Video, 3:51, hochgeladen von B'Tselem am 29. März 2015, unter: www.youtube.com/watch?v=oHRj-GF5dwg.
- 4 Seit 2007 werden im Rahmen von B'Tselems Filmprojekt Videokameras an palästinensische Freiwillige im Westjordanland verteilt und Schulungen organisiert. Das Projekt ist zu einem der erfolgreichsten seiner Art weltweit geworden. Weitere Informationen und Hintergründe, Beispielvideos und mehr finden sich auf B'Tselem's Camera Project, unter: www.btselem.org/video/about-btselem-video.
- 5 Die Erste Intifada, der palästinensische Aufstand gegen die israelische Besatzung, begann 1987, die Zweite Intifada im September 2000.
- 6 Die Grüne Linie, Israels Waffenstillstandsgrenze von 1949 mit seinen Nachbarn, wird oft als die Grenze vor 1967 bezeichnet. Israels territoriale Zugewinne im Jahr 1967 über die Grüne Linie hinaus sind die besetzten Gebiete.
- 7 Haushaltsgesetz (Änderung 40), Reducing Budget or Support for Activity Contrary to the Principles of the State. Weitere Hintergrundinformationen finden sich in The Association for Civil Rights in Israel (2011): The Nakba Law, 9. November 2011, unter: www.acri.org.il/en/knesset/nakba-law/.

- 8 Anfang 2016 machte sich Ministerin Regev für ein «Gesetz zur Staatstreue in der Kultur» stark. Allerdings endete dieses Gesetz in der Schublade, nachdem das Finanzministerium zugesagt hatte, stärker auf die Durchsetzung der genannten Änderung 40 zu achten. Regev bezichtigte Künstler*innen jedoch weiterhin, Israel nicht treu zu sein, gegen den Staat zu hetzen oder beides. Im September 2017 etwa rief sie die Polizei dazu auf, aufgrund einer Solidaritätsveranstaltung mit der palästinensischen Dichterin Tatour Ermittlungen gegen das Jaffa Theatre einzuleiten. Dareen Tatour ist Bürgerin Israels und steht seit Ende 2015 unter Hausarrest. Für ihr Gedicht «Qawem Ya Shaabi Qawemahum» (Leiste Widerstand mein Volk, widerstehe ihnen) soll ihr wegen Aufhetzung gegen den Staat Israel der Prozess gemacht werden.
- 9 Etwa im September 2017 sagte Ministerin Regev: «Es ist unerhört, dass israelische Künstlerinnen und Künstler die junge Generation mit Lügen im Gewand der Kunst gegen die moralischste Armee der Welt aufhetzen.»
- 10 Finanzielle Zuwendungen der Regierung an kulturelle Institutionen, insbesondere vom Kulturministerium, sollen frei von politischer Wertung geschehen. Im Januar 2016 sagte Ministerin Regev, dass sie eine Schwächung des Staates nicht erlaube, insbesondere wenn diese kulturellen Institutionen durch öffentliche Gelder finanziert seien.
- 11 Israel Defense Forces Order No. 101, Order Regarding Prohibition of Incitement and Hostile Propaganda Actions, B'Tselem, 27. August 1967, unter: www.btselem.org/download/19670827_order_regarding_prohibition_of_incitement_and_hostile_propaganda.pdf.
- 12 Siehe dazu drei Berichte von B'Tselem: The Occupation's Fig Leaf: Israel's Military Law Enforcement System as a Whitewash Mechanism, Mai 2016, unter: www.btselem.org/publications/summaries/201605_occupations_fig_leaf; Whitewash Protocol: The So-Called Investigation of Operation Protective Edge, September 2016, unter: www.B'Tselem.org/publications/summaries/201609_whitewash_protocol; sowie Getting Off Scot-Free: Israel's Refusal to Compensate Palestinians for Damages Caused by Its Security Forces, März 2017, unter: www.btselem.org/publications/summaries/201703_getting_off_scot_free.
- 13 B'Tselem (2017): Israel Bars Thousands of Palestinians from Traveling Abroad. Many Others Don't Even Bother to Make the Attempt, 15. Mai 2017, unter: www.btselem.org/freedom_of_movement/20170515_thousands_of_palestinians_barred_from_traveling_abroad.
- 14 B'Tselem (2017): Crossing the Line: Violation of the Rights of Palestinians in Israel without a Permit, März 2007, unter: www.btselem.org/publications/summaries/200703_crossing_the_line. Siehe auch B'Tselem (2017): Israel Deliberately Forces Inhuman Conditions on Palestinians Working in the Country by Permit, 31. Juli 2016, unter: www.btselem.org/workers/20160731_inhuman_conditions_in_checkpoints.
- 15 Siehe den gemeinsamen Bericht von Hamoked und B'Tselem (2014): So Near and Yet So Far: Implications of Israeli-Imposed Seclusion of Gaza Strip on Palestinians' Right to Family Life, Januar 2014, unter: www.btselem.org/publications/summaries/201401_so_near_and_yet_so_far.
- 16 Siehe den Bericht B'Tselem (2008): Access Denied: Israeli Measures to Deny Palestinians Access to Land Around Settlements, unter: www.btselem.org/publications/summaries/200809_access_denied; sowie B'Tselem (2016): Expel and Exploit: The Israeli Practice of Taking over Rural Palestinian Land, Dezember 2016, unter: www.btselem.org/publications/summaries/201612_expel_and_exploit.
- 17 B'Tselem (2013): Restrictions on Palestinian Planning and Construction in Area C, 30. Oktober 2013, unter: www.btselem.org/planning_and_building/restrictions_on_palestinian_planning_and_building.
- 18 Siehe für eine umfassendere Perspektive die Ansprache des Autors vor den Vereinten Nationen im Rahmen einer Diskussion über die jüdischen Siedlungen. B'Tselem (2016): Hagai El-Ad's Address in a Special Discussion About Settlements at the United Nations Security Council, 14. Oktober 2016, unter: www.btselem.org/settlements/20161014_security_council_address.
- 19 Universal Periodic Review (2008): Israel, UPR Info, Dezember 2008, unter: www.upr-info.org/en/review/Israel/Session-03-December-2008/National-report.
- 20 Siehe Human Rights Council (2017): Report of the Special Rapporteur on the Situation of Human Rights in the Palestinian Territories Occupied Since 1967, Michael Lynk, A/HRC/34/70, Human Rights Council, 16. März 2017, unter: www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session34/Documents/A_HRC_34_70_AUV.docx. Dieser thematisiert die zunehmend feindselige Atmosphäre für Menschenrechtsverteidiger*innen aufzeigt, die zu den besetzten Gebieten arbeiten.
- 21 Gotev, Georgi (2017): Germany Voices 'Great Concern' Over Hungarian NGO Law. Euractiv, 15. Juni 2017, unter: www.euractiv.com/section/central-europe/news/germany-voices-great-concern-over-hungary-ngo-law/.
- 22 Human Rights Council (2017): Cooperation with the United Nations, its Representatives and Mechanisms in the Field of Human Rights, A/HRC/36/31, 15. September 2017, unter: www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RegularSessions/Session36/Documents/A_HRC_36_31.docx; Ravid, Barak (2016): Netanyahu Slams Human Rights NGO B'Tselem for Joining 'Chorus of Slander' Against Israel, in: Haaretz, 16. Oktober 2016, unter: www.haaretz.com/israel-news/1.747653; Lis, Jonathan (2016): Coalition Chairman Threatens to Strip Citizenship of Israeli Activist Who Criticized Occupation at UN, in: Haaretz, 21. Oktober 2016, unter: www.haaretz.com/israel-news/1.748609.
- 23 The Association for Civil Rights in Israel (2016): Law Requiring Disclosure by NGOs Supported by Foreign Governmental Entities (Amended) – 2016, unter: www.acri.org.il/en/wp-content/uploads/2016/07/Summary-of-NGO-Law.pdf. Weitere Hintergrundinformationen finden sich in The Association for Civil Rights in Israel (2016): Update – NGO Law Approved by the Knesset, 11. Juli 2016, unter: www.acri.org.il/en/2016/07/11/update-ngo-law-passed/.
- 24 Transparenz war nie das eigentliche Problem, da sämtliche Spenden über 20.000 Schekel (in etwa 5.700 US-Dollar) an israelische NGOs laut Gesetz einmal pro Jahr öffentlich gemeldet werden müssen. Zudem sind Zuwendungen ausländischer staatlicher Organisationen seit 2011 vierteljährlich zu melden. Siehe The Association for Civil Rights in Israel (2014): Proposed Bill on Disclosure Requirements for Recipients of Support from a Foreign State Entity, 5770-2010, unter: www.acri.org.il/pdf/bill5770.pdf.
- 25 Siehe El-Ad, Hagai (2017): The Only Democracy... Right, in: Jerusalem Post, 30. März 2017, unter: www.jpost.com/Opinion/The-only-democracy-right-485702.

- 26 Israel to Develop Law Limiting Foreign Gov't Funding to Left-wing NGOs, i24NEWS, 12. Juni 2017, unter: www.i24news.tv/en/news/israel/147706-170612-israel-to-develop-law-limiting-foreign-gov-t-funding-to-left-wing-ngos.
- 27 Verter, Yossi (2017): Why Netanyahu Suddenly Renewed His Assault on Human Rights Groups, in: Haaretz, 18. Juni 2017, unter: www.haaretz.com/israel-news/.premium-1.796041.
- 28 «The Obama administration strongly opposed the eviction, but it appears the Trump administration has been much less involved in the issue». Zitiert nach Berger, Yotam (2017): Israeli Defense Chief Blasts Radical Settler Youth as 'Disturbed Idiots', in: Haaretz, 29. August 2017, unter: www.haaretz.com/israel-news/1.809627.
- 29 Than, Krisztina (2017): Hungary, Israel Seek Closer Ties as Orban Campaign Unnerves Jews, Reuters, 17. Juli 2017, unter: www.reuters.com/article/us-hungary-israel/hungary-israel-seek-closer-ties-as-orban-campaign-unner-ves-jews-idUSKBN1A2140. Bei einem Treffen der Premierminister Ungarns, Tschechiens, Polens und der Slowakei im Juli 2017 in Budapest sagte Premierminister Netanjahu: «Dies ist eine seltsame Situation. Die Europäische Union ist die einzige Gruppe von Staaten in der Welt, die ihre Beziehungen zu Israel an politische Bedingungen knüpft [...] Das ist verrückt. Wirklich verrückt [...] Wir haben eine besondere Beziehung zu China. Und denen ist das egal. Sie scheren sich nicht um politische Fragen.» Darauf antwortete der ungarische Premier: «Herr Netanjahu, die Europäische Union ist sogar noch viel einzigartiger, als Sie glauben. Die EU knüpft nicht nur Bedingungen an Länder, die nicht in der EU sind, sondern sogar an die, die schon Teil von ihr sind.» Ravid, Barak (2017): Netanjahu Launches Blistering Attack on EU: 'Their Behavior Toward Israel Is Crazy', in: Haaretz, 19. Juli 2017, unter: www.haaretz.com/israel-news/1.802143.



Protest gegen die Kulturministerin
Miri Regev, Tel Aviv, 2015.
Foto: Activestills

Festnahme eines Aktivisten während einer
Demonstration in Bil'in, Westbank, 2016.
Foto: Activestills

Ergebnis einer nächtlichen Razzia der
israelischen Armee im Balata Flüchtlingslager,
Westbank, 2017. Foto: Activestills

Protest gegen das «NGO-Gesetz»
in Tel Aviv, 2015.
Foto: Activestills

לשוויון
מساواة

سوف نكافح من اجل بيتنا
نوقف قانون القومية

מרצ

נלחמים על הבית
עוצרים את חוק הלאום!

Zehntausende protestieren gegen
das neue Nationalstaatsgesetz
in Tel Aviv, (Auf dem Schild in groß steht:
»Gleichberechtigung« auf Hebräisch
und Arabisch; unten in klein steht:
»Wir kämpfen für unser Zuhause,
Stoppt das Nationalstaatsgesetz!«),
August 2018.
Foto: Activestills

Das umstrittene Nationalstaatsgesetz

Tsafirir Cohen

In Israel schrumpfen schon seit Längerem die demokratischen Räume. Dennoch stellt das Gesetz »Israel – der Nationalstaat des jüdischen Volkes« eine weitere Zäsur in der Geschichte der israelischen Demokratie dar. Jedoch ist der Widerstand dagegen größer als erwartet.

Wie kaum ein anderer Entscheid der Knesset sorgt das Gesetz »Israel – der Nationalstaat des jüdischen Volkes« für Aufruhr im Land. Premierminister Benjamin Netanjahu feiert seine Verabschiedung als Schlüsselmoment in der Geschichte des Zionismus und des Staates Israel, während Justizministerin Ajelet Schaked es für einen zentralen Baustein einer konservativen Gegenrevolution hält, die den jüdischen Charakter des Staates zementiert – wenn nötig auf Kosten von Bürger- und Menschenrechten. Israels Menschenrechtsorganisationen hingegen sprechen von einer Durchsetzung der Tyrannei der Mehrheit, während die bekannte Feministin und palästinensische und sozialistische Knesset-Abgeordnete Aida Touma-Suleiman von institutionalisiertem Rassismus und einem Apartheidgesetz spricht und das arabische Knesset-Mitglied Zouheir Bahloul von der Arbeitspartei aus Protest gegen das Gesetz sein Mandat niederlegte.

Kodifizierung des jüdischen Charakters des Staats

Israel hat keine Verfassung, sondern einzelne Grundgesetze mit Verfassungsrang, die die Rolle der Gerichte, der Knesset, der Regierung oder die Würde des Menschen und seine Freiheit kodifizieren.

Im neuen Grundgesetz »Israel – der Nationalstaat des jüdischen Volkes« wird der Status des Emblems, der Flagge, der Nationalhymne, des jüdischen Kalenders und der jüdischen Feiertage kodifiziert. Es legt zudem fest, dass der Staat Israel der Nationalstaat des jüdischen Volkes ist und dass das Recht auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel einzig für das jüdische Volk gilt. Das Gesetz sieht auch vor, dass der Staat die jüdische Besiedlung fördern soll, und erklärt das vereinte Jerusalem zur Hauptstadt Israels und dass Arabisch keine Amtssprache mehr im Staat Israel sein soll, sondern nur noch eine Sprache mit besonderem Status.

Nun darf jeder Staat über seine Fahne, Nationalhymne und Feiertage bestimmen, und folglich haben manche Beobachter*innen in Israel selbst, aber auch im Ausland bis zuletzt die Sprengkraft des Gesetzes nicht erkannt. Dabei haben seine Initiator*innen vom rechtsnationalistischen Rand der ohnehin rechten israelischen Regierung keinen Hehl aus ihrem Ziel gemacht.

Bislang versuchten die Gesetzgeber*innen das Selbstverständnis Israels als demokratischen und jüdischen Staat auszutarieren – zugegeben kein einfaches Unterfangen, denn schließlich widersprechen sich jüdische Gruppeninteressen und der Anspruch auf Gleichheit aller Bürger*innen, die eine Demokratie stets voraussetzt. Die Definition Israels als jüdischer Staat nämlich, so der Politologe Amal Jamal vom Arabischen Zentrum für die Entwicklung von Medienfreiheit und Forschung – I'lam, sei nicht identisch mit dem, was man unter moderner demokratischer Nationalstaatlichkeit versteht. In Frankreich etwa seien alle Staatsbürger Franzosen, in Spanien Spanier und damit Teil des jeweiligen Staatsvolks. Indem nicht die israelische, sondern die jüdische Nation als Israels Staatsvolk postuliert wird, wird eine Hierarchie von Werten zwischen den beiden Kategorien von Zugehörigkeit – Juden und Israelis – geschaffen. Die Juden, auch diejenigen, die im Ausland leben und keine israelischen Staatsbürger*innen sind, stellen den Souverän dar, das Staatsvolk im Staat Israel. Israelis, und hier sind insbesondere Nichtjuden gemeint, sind diesem jüdischen Souverän untergeordnet.

Diese Problematik versuchten also Israels zionistische Gründungsväter abzumildern, als sie in der vor 70 Jahren zur Staatsgründung beschlossenen Unabhängigkeitserklärung neben der Errichtung eines als jüdisch deklarierten Staates gleichzeitig alle Bürger Israels «ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung» zusicherten.

Eben dieses Austarieren zwischen dem jüdischen und dem demokratischen Charakter des Staates wollten die Initiator*innen des neuen Grundgesetzes bewusst aushebeln. Das Gesetz erwähnt also ausdrücklich nicht, dass Israel ein demokratischer Staat ist, der all seinen Bürger*innen Gleichheit im Geiste der Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung gewährt. Mit diesem Gesetz werden also jüdische Gruppeninteressen über das Gleichheitsgebot der Demokratie gestellt. Das Grundgesetz verankert den jüdischen Charakter des Staates als oberstes Prinzip vor und über Gleichheit und Minderheitenrechten, die in keinem der Grundgesetze Israels erwähnt werden. Damit wird Ungleichheit in einem Gesetz mit Verfassungsrang festgeschrieben.

Konkrete Benachteiligung

Hauptbetroffene vom Gesetz sind jenseits der israelischen Demokratie alle palästinensischen Staatsbürger*innen Israels, die indigene Bevölkerung, die lange vor der Gründung Israels im Lande lebte und etwa ein Fünftel aller israelischen Staatsbürger*innen ausmacht. Mit diesem Gesetz gerät die Frage ihres Status stärker denn je in den Mittelpunkt. De jure sind sie gleichberechtigte Staatsbürger*innen, doch auch vor der Verabschiedung dieses Gesetzes waren sie in vielerlei Hinsicht Bürger*innen zweiter Klasse.

Ein konkretes Beispiel: In Israel haben so gut wie alle kleinen für Jüdinnen und Juden aufgebauten ländlichen Gemeinden eine Auswahlkommission, die Bewerber*innen auf ihre Tauglichkeit hin prüft, bevor sie dorthin umziehen dürfen. Der Haupt-, wenn auch nicht offen ausgesprochener Grund hierfür ist der Wunsch der Gemeinden, ihren ausschließlichen jüdischen Charakter zu behalten. Interessierte arabische Familien können folglich in der Mehrheit der Dörfer in Israel keine Häuser kaufen und bewohnen. Das ist für sie besonders gravierend, weil die meisten von ihnen in ländlichen Gegenden wohnen, aber die vorhandenen arabischen Dörfer aufgrund der restriktiven staatlichen Bauplanpolitik sich nicht vergrößern können und seit der Staatsgründung kein einziges neues Dorf gegründet werden durfte.

Scheiterten also Angehörige der arabisch-palästinensischen Minderheit in Israel bei diesen Ausschüssen in so gut wie allen Fällen, so konnten sie bisher wenigstens theoretisch ihr Recht auf Gleichberechtigung einklagen, indem sie versuchten nachzuweisen, dass es sich um einen Diskriminierungsfall aufgrund von Religion, Geschlecht oder ethnischer Zugehörigkeit handelte. Ein Schelm, wer vermutet, dass das neue Grundgesetz der Legalisierung dieser Art der Diskriminierung von Nichtjuden dienen soll.

Ein weiteres Feld ist das der Sprache. Die arabische Sprache war bislang amtliche Zweitsprache in Israel, doch wurde dies praktisch nie eingehalten. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen, Juden und Palästinenser kämpften gemeinsam um die Stärkung der Präsenz des Arabischen im öffentlichen Raum und konnten damit in den letzten Jahren beachtliche Erfolge erzielen: So sind Straßenschilder auch arabisch beschriftet, und in Zügen und Bussen finden sich immer häufiger Informationen auf Arabisch. Mit dem neuen Gesetz aber wird der Status des Arabischen herabgestuft und in der Folge könnten diese Bemühungen einen schweren Schlag erleiden.

Der Oberste Gerichtshof und die Rechtsstaatlichkeit

Jetzt hoffen viele, dass Israels Oberster Gerichtshof das neue Gesetz kassiert. Die Chancen stehen jedoch nicht gut, denn seit Jahren besetzen ihn die rechtsgerichteten Regierungsparteien mit ihnen nahestehenden Richter*innen. Zudem droht Justizministerin Schaked aus der Rechtsaußenpartei «Jüdisches Heim» unverhohlen, die Kompetenzen des Gerichts zu beschneiden, falls es sich ihrer konservativen Gegenrevolution in den Weg stellt, bei der zum Schutz des jüdischen Charakters des Staates auch Bürger- und Menschenrechte geopfert werden dürfen. Der letzte ähnlich gelagerte Konflikt betraf die Frage, ob der Staat Tausende nichtjüdische Geflüchtete aus der Subsahara ohne Gerichtsverfahren viele Monate lang einsperren und ihnen insgesamt das Leben zur Hölle machen kann, damit sie das Land «freiwillig» verlassen. Als der Oberste Gerichtshof zum wiederholten Mal die Rechtsstaatlichkeit dieser Schritte infrage stellte, drohte Schaked dem Gericht mit einem Machtkampf. Das Gericht gab daraufhin klein bei.

Dass der Oberste Gerichtshof so agierte, hängt mit der zunehmenden Schrumpfung demokratischer Räume in

Israel zusammen. Die rechtste Regierung der israelischen Geschichte und der langjährige Premierminister Netanjahu sichern ihre Macht – ähnlich wie Viktor Orbán in Ungarn und andere «illiberale Demokraten» – über eine Politik der Angst, bei der die Gerichte, Linke und Liberale, Menschenrechtsorganisationen und Minderheiten als «Fünfte Kolonne» dargestellt und so delegitimiert werden.

Die Hauptoppositionsparteien, die Arbeitspartei und Jesch Atid, reagieren auf die rechtsnationalistische Hegemonie nicht etwa mit einem optimistischen progressiven Gegenentwurf, sondern reden den Rechten nach dem Mund. Deswegen erscheint die Regierungspolitik momentan alternativlos, während Minderheiten, Linke, Befürworter*innen von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtler isolierter denn je dastehen.

Die Stimmen der demokratischen Kräfte in Israel: Wie weiter?

Der Widerstand gegen das neue Gesetz fiel dennoch heftiger aus als erwartet. Selbst die alte Garde des Likud stellte es infrage oder kritisierte es als offensichtlich demokratiefeindlich, wie etwa Staatspräsident Reuven Rivlin. Am Ende wurde es lediglich mit einer knappen Mehrheit von 62 gegen 55 Stimmen angenommen.

Der Protest gegen das Gesetz verstummte zudem auch Wochen nach seiner Verabschiedung nicht. Er wird von verschiedenen Kreisen getragen. Die bislang größte Demonstration fand auf Einladung des Forums der drusischen Offiziere statt. Die Drusen, eine arabischsprachige Gruppe, die sich im 11. Jahrhundert vom schiitischen Islam abgespaltete, ist mit rund 130.000 Zugehörigen eine recht kleine Minderheit. Ihre Mitglieder gelten als höchst loyal gegenüber dem Staat und sind überdurchschnittlich stark in der israelischen Armee vertreten. Gerade deshalb wollen sie sich Diskriminierung nicht bieten lassen und gerade deshalb kamen viele Zehntausende jüdische Demonstrant*innen aus Solidarität dazu. Ihr Ziel: den alten Status quo wiederherstellen.

Die Regierung wurde von diesem Protest überrascht und lotet jetzt Sonderlösungen, etwa ein spezielles Drusen-Gesetz, aus. Das wird möglicherweise das ältere Drusen-Establishment befriedigen, nicht aber viele jüngere und politisch interessierte Drusinnen und Drusen. Diese konnte man teilweise auf einer Demonstration sehen, die eine Woche später stattfand und an der 30.000 Menschen teilnahmen. Hier ging es radikaler zu. Aufgerufen dazu hatten die Vertreter*innen der palästinensischen Minderheit im Land. Während sie in der Regel fernab der jüdischen Öffentlichkeit in Nazareth protestieren, fand dieser Protestzug im Herzen des jüdischen Israels statt, im Zentrum Tel Avivs. Und etwa 10.000 linke und linksliberale Jüdinnen und Juden kamen dazu, sodass zum ersten Mal seit vielen Jahren eine echte jüdisch-palästinensische Massendemonstration stattfand. Der linke Publizist Haggai Matar resümiert: «Es war das erste Mal, dass viele jüdische Aktivist*innen, die noch nie an einer Demonstration mit so vielen Palästinenser*innen teilgenommen hatten, auf palästinensische Fahnen und Slogans auf Arabisch trafen. Für sie war es politische Bildung, die sie aus ihrer

Komfortzone heraus zwang, sich mit der wahren Bedeutung der jüdisch-arabischen Partnerschaft auseinanderzusetzen. Diejenigen, mit denen ich sprach, hatten keine Angst. Sie blieben, sie lernten.»

Knesset-Mitglied Dov Khenin von der sozialistischen Chadasch/al-Dschabha sieht es dialektisch: «Die Regierung hat ein Gesetz zur Festigung jüdischer Vorrechte durchgeboxt. Doch gerade das hat eine Diskussion entfacht, wie wir sie seit Jahren nicht mehr hatten. Fragen, die nur wir »radikale Linke« stellten, werden jetzt auch in linksliberalen, sozialdemokratischen Kreisen und darüber hinaus aufgeworfen, etwa was es tatsächlich bedeutet, wenn Israel als »jüdischer Staat« definiert wird, ob so ein Staat wirklich demokratisch sein kann und ob es nicht vielmehr ein Staat all seiner Bürger sein soll, also aller Israelis.»

Die Hoffnung der israelischen Linken auf Erweiterung der eigenen Reihen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Regierung Netanjahu nach wie vor die Mehrheit der Bevölkerung fest hinter sich weiß und dass ihre Rechnung noch immer aufgeht, die jüdische Mehrheitsgesellschaft an sich zu binden mithilfe des Ausbaus jüdischer Vorrechte auf Kosten nichtjüdischer Minderheiten.

Tsafir Cohen leitet das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Zuerst erschienen in der Tageszeitung neues deutschland.



Zehntausende demonstrieren in Tel Aviv
gegen das Nationalstaatsgesetz,
August 2018. Foto: Activestills

IV

Gesellschaft



Russische Passagiere steigen aus dem ersten Flug von Moskau nach Jerusalem, Atarot Flughafen, 1990.
Foto: GPO

Die mysteriöse russische Seele

Assia Istoshina

Die Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion habe zur Erstarkung reaktionärer Tendenzen in der israelischen Gesellschaft geführt, meinen viele linke und liberale Israelis. Doch ist die Realität nicht komplexer? Und was sagt diese Behauptung über das Selbstverständnis der Alteingesessenen aus?

«Die israelische Linke besteht hauptsächlich aus Juden europäischen Hintergrunds. Die Russen kümmern sich einen Dreck um die Geschichte dieses Landes, von der sie nicht die leiseste Ahnung haben [...] Sie lesen ihre russischsprachigen Zeitungen, die alle ultra-nationalistisch und rassistisch sind», schrieb ein prominenter linksgerichteter aschkenasischer Aktivist vor einigen Jahren in einem Artikel. Und er ist nicht der einzige, der so denkt. Viele in Israel geborene linke Juden nehmen automatisch an, dass die russischen Juden nationalistisch, rassistisch, anti-palästinensisch und ein Hindernis für den Frieden sind.

Als ich als Fernsehmoderatorin bei einem russischsprachigen TV-Sender

arbeitete, hatte ich die Gelegenheit, eine Reihe linker Aktivist*innen zu interviewen. Ich dachte damals, es sei wichtig, ihre bedeutsame Arbeit unserer Gemeinschaft näherzubringen. Und da kam mir Gedanke: Was, wenn ich diejenige wäre, die das Interview gibt – statt andersherum? Was, wenn die linken Aschkenasim (Juden europäischer Herkunft) mehr darüber erfahren wollten, was in der russischsprachigen Gemeinschaft in Israel so los ist, was unsere Kämpfe, Sorgen, Ansichten und Werte sind?

Der folgende Text ist ein solch imaginäres Interview. Nennen wir mein Gegenüber Schlomo, ein aschkenasischer Mann, der seit vielen Jahren in der Friedensbewegung aktiv ist.

Schlomo: Warum haben sich die Migrant*innen aus der früheren Sowjetunion nicht dem linken zionistischen Lager und der Arbeitspartei angeschlossen? Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Tatsache, dass das Friedenslager sich hauptsächlich aus aschkenasischen Juden zusammensetzt, kulturell bedingt ist. Wir sind einfach weltoffen, liberal und egalitär. Die Russ*innen haben hingegen eine inhärent rassistische Vorstellungswelt, sie leben in einer abgetrennten Gemeinschaft, in einem selbstgeschaffenen Ghetto und sprechen weiter Russisch. Sie möchten sich uns nicht anschließen oder von uns lernen.

Assia: Ich glaube nicht an das Konzept eines «inhärenten Rassismus», Schlomo. Bedenke, dass die zionistische Ideologie selbst (zumindest in der Vergangenheit) in vielerlei Hinsicht auf einem jüdischen Überlegenheitsgefühl gegenüber den Araber*innen basierte sowie auf dem Glauben an ihr Recht, den Palästinenser*innen ihr Land nehmen und sie des Landes verweisen zu dürfen. Als dann vermehrt Jüdinnen und Juden aus muslimisch geprägten Ländern einwanderten, wurden sie von den Anführern der Arbeitspartei als «Dreck» bezeichnet, als genetisch minderwertig, und es wurde von ihnen erwartet, den Gebrauch der arabischen Sprache unmittelbar einzustellen und sich stattdessen unter die Aschkenasim zu mischen und ihnen nachzueifern.

Und tatsächlich ließen sich viele der neuen Migrant*innen aus der früheren Sowjetunion in russischsprachigen Enklaven nieder, deren Sprache, Essen und Kultur sie teilten. Viele Menschen neigen dazu, sich mit Menschen ähnlichen Hintergrunds anzufreunden und solche Menschen zu heiraten. Ein anderer Grund für diese Abgrenzung besteht allerdings auch in der abschätzigen Haltung der (vorgeblich liberalen) Aschkenasim. Um ein Beispiel zu geben: Vor ein paar Jahren entschied ein befreundetes Pärchen, beide hochgeschätzte Professor*innen, ins wohl situierte karmelitische Stadtviertel in Haifa zu ziehen. Dann hörten sie ihre aschkenasischen Nachbar*innen hinter ihrem Rücken über sie lästern: «Seht ihr, die Russen kommen und schon geht unsere schöne Gemeinschaft hier den Bach runter!

Ich denke, dass an dieser Stelle das Beharren darauf, unsere Kultur zu bewahren und eine lebendige russischsprachige Gemeinschaft zu erhalten, die Grundfesten erschüttert, die in Israel im Sinne von «ein Land – ein Volk – eine Sprache – eine Kultur» als nicht hinterfragbarer Wert hochgehalten wurden. Die Juden, die nun aus muslimisch geprägten Ländern kommen, tragen zu einem Revival der Mizrahi-Kultur bei, die in Israel während der ersten Jahrzehnte seiner

Existenz unterdrückt wurde. Indem sie sich weigern, es den Aschkenasim gleichzutun und sich stattdessen unter eigenem Vorzeichen integrierten, haben die Migrant*innen aus der früheren Sowjetunion im Gegenteil die Diversität in Israel befördert.

Wenn sie aber darauf beharren, Russisch zu sprechen, wie kann es dann überhaupt einen Dialog geben?

In der Tat ziehen es viele Migrant*innen der postsowjetischen Staaten (insbesondere die Älteren) vor, Russisch zu sprechen, aber man würde doch erwarten, dass politische Bewegungen sich in so einem Fall bemühen, ihre Weltsicht den Menschen trotzdem näher zu bringen. Der rechtsgerichtete Likud investierte enorme Ressourcen und Energie, um die Herzen der russischsprachigen Öffentlichkeit zu gewinnen – sei es in Form von Versammlungen, Debatten, Aktivismus, Materialien – und lenkte von Beginn an Ressourcen in die russischsprachigen Medien. Und bei der linken Meretz? Die russische Gemeinschaft hört alle paar Jahre flüchtig von der Partei, und zwar kurz vor den Wahlen. Vergleich einfach nur den russischsprachigen Webauftritt der rechtsgerichteten Likud-Partei, der voller Artikel, Texte, News und aktueller Updates ist, mit der Webseite der linken Meretz-Partei auf Russisch – die meisten der Links führen zu Texten auf Hebräisch und die letzte Aktualisierung stammt von 2013!

Nun, wir investieren unsere Energie in Leute, die unsere Werte teilen. Welchen Sinn hätte eine Hinwendung zu den russischsprachigen Jüdinnen und Juden, wenn diese alle rechtsgerichtet sind?

Ein Blick auf die rechten Parlamentarier*innen in der Knesset, vor allem in ihrer Zusammensetzung vor 30 Jahren, genügt, um zu erkennen, dass die allermeisten von ihnen Juden europäischer Herkunft waren – also zur damaligen (und noch immer aktuellen) Elite gehörten. Als es sich dann 1990 abzeichnete, dass die russischen Juden lieber in die USA emigrierten,

übten eben diese Eliten Druck auf die US-Regierung aus, um die Tore der USA zu schließen, sodass die russischen Juden gezwungen waren, nach Israel zu kommen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die meisten potenziellen Migrant*innen noch nicht einmal über die Idee nachgedacht, nach Israel zu ziehen, geschweige denn die Siedlungen zu unterstützen! Der damalige Premierminister Jitzchak Schamir, selbst aschkenasischer Jude und Anführer der rechten Likud-Partei, sagte seinen Anhänger*innen bei einer Parteiveranstaltung Anfang 1990, dass die einsetzende alijah-Flut (Migration nach Israel heißt alija, wörtlich: Aufstieg) zu einem «größeren Israel, einem stärkeren Israel, Eretz Israel» führen werde. «Für diese große alijah werden wir auch den zugehörigen Raum benötigen.» Das wurde weithin als ein Verweis auf «Groß-Israel» verstanden, das heißt als Aufforderung zur Ausweitung des Siedlungsbaus.

Viele der russisch-jüdischen Migrant*innen wurden von denselben politischen Eliten dazu angehalten, sich in den jüdischen Stadtteilen Ost-Jerusalems niederzulassen, die heute den palästinensischen Teil der Stadt umgeben. Um die Neuankömmlinge unterzubringen, wurde der Bau neuer Wohnungen in den Stadtteilen Neve Ya'acov, Gilo und Pisgat Ze'ev im «Großraum Jerusalem» bewilligt. Ein Großteil der neuen Behausungen wurde in Siedlungen dort waren sehr viel billiger, so dass die oft verarmten Migrant*innen sich diese eher leisten konnten. Zur unausgesprochenen Politik gehörte es, die Neuankömmlinge in Orte mit einer gemischten Bevölkerungsstruktur zu schicken oder in jüdische Gemeinschaften unweit arabischer Gemeinden innerhalb der Grünen Linie [Begriffserklärung siehe Glossar], wie etwa Ramle/Lod oder Nazareth-Ober-Nazareth, wodurch sichergestellt werden sollte, dass die Palästinenser*innen in der Minderheit blieben. Da die wenigsten Migrant*innen zu Beginn der 1990er Jahre über nennenswertes Kapital oder über Wissen zur lokalen Situation verfügten, hatte das

Establishment leichtes Spiel, sie als Teil seiner Strategie der «Judaisierung» [Begriffserklärung siehe Glossar] zu instrumentalisieren. Diese elitären Kreise bestanden, was nicht weiter überraschend ist, zum größten Teil aus Vertreter*innen der in Israel oder Europa geborenen Juden.

Seitdem ist viel Wasser den Bach hinuntergeflossen, aber aktuell unterstützen die Russ*innen die nationalistische Agenda und wählen zum überwiegenden Teil rechts, ebenso wie die orientalischen Juden und die religiösen Zionist*innen.

Ich denke, es ist wichtig, nicht direkt anzunehmen, dass die traditionelle israelische «rechte Weltsicht» deckungsgleich ist mit der Weltsicht russischsprachiger Migrant*innen. Beispielsweise stimmt es einfach nicht, dass wir, die Russisch sprechenden Migrant*innen, «nationalistischer» sind (und ich nehme hier an, dass der jüdische Nationalismus gemeint ist) als die durchschnittlichen, in Israel geborenen Jüdinnen und Juden. Und ich kann diese Einschätzung sogar mit Statistiken untermauern.

Ich zitiere hier eine Studie des Israelischen Demokratie-Instituts. Darin heißt es, dass 43 Prozent der israelischen Veteran*innen der Meinung sind, dass jüdische Staatsbürger*innen Israels mehr Rechte als nicht-jüdische Staatsbürger*innen haben sollten. Unter Migrant*innen ist dieser Anteil sehr viel geringer und liegt bei 23 Prozent. Es gibt viele mögliche Erklärungen für dieses Ergebnis, hier jedoch die offensichtlichste: Mehr als ein Drittel derjenigen, die seit 1990 nach Israel emigriert sind, definieren sich nicht als jüdisch. Sie kamen nach Israel im Rahmen der Rückkehrgesetzes [Begriffserklärung siehe Glossar], das nicht nur Juden nach religiöser Tradition (Kinder jüdischer Mütter) die Staatsbürgerschaft verleiht, sondern auch den Kindern jüdischer Väter, Enkeln mit mindestens einem jüdischen Großelternanteil sowie den Ehepartner*innen in allen genannten Fällen.

Da sie aber in Israel nicht als jüdisch anerkannt werden, dürfen sie

in Israel nicht einmal heiraten. In Israel gibt es nur religiöse Eheschließungen, keine standesamtlichen. Sprich, die Trauung von Jüdinnen und Juden übernimmt das orthodoxe Rabbinat, Christ*innen heiraten in der Kirche usw.

Aber die Russ*innen können doch als Christ*innen heiraten oder etwa nicht? Genau wie Muslime über die Scharia-Gerichte?

Das ist genau der Punkt, den viele Israelis verwirrend finden. Traditionell bedeutet Jüdisch-Sein nämlich sowohl die eigene Religion als auch die Herkunft. Aber in den meisten anderen Ländern, einschließlich der Sowjetunion, ist das nicht der Fall. Deine Vorfahren können 100 Prozent italienisch sein, aber du selbst kannst Buddhist*in oder Atheist*in sein. Der ganz überwiegende Teil der Menschen aus dem früheren Sowjetraum sind Atheist*innen, weshalb eine kirchliche Heirat für sie nicht von Interesse ist. Sie definieren sich als Russ*innen, Ukrainer*innen, Armenier*innen usw., aber nicht als Christ*innen. Neben dem Heiratsthema gibt es auch noch das Problem, dass sie nicht auf jüdischen Friedhöfen bestattet werden können. Du kannst mir glauben, wenn ich sage, dass jüdischer Nationalismus für die meisten dieser Leute ganz weit weg ist.

Darüber hinaus war es aber auch so, dass selbst die «100-prozentigen Juden» in Sowjetzeiten gezwungen wurden, sich von ihrer Religion und Herkunft zu distanzieren. Viele von ihnen waren mit jüdischen Gebräuchen nicht vertraut. Die Migrant*innen aus der früheren UdSSR haben säkulare Ansichten (im Gegensatz zur restlichen jüdischen Bevölkerung Israels), und das betrifft ihre Selbstdefinition, ihren Lifestyle, ihre Position zu Fragen von Staat und Religion. Die Gemeinschaft trägt also eher dazu bei, das Gesicht des israelischen Staates zu verändern und ihn auf vielfältige Art und Weise weniger religiös und nationalistisch zu machen: indem sie für standesamtliche Ehen eintreten, für Transportmöglichkeiten am Samstag, was vom jüdischen Gesetz verboten ist, indem sie gegen die

Versuche, ihre Läden, die nicht-koscheres Essen verkaufen, zu schließen, protestieren usw.

Okay. Das sehe ich ein, aber sie unterstützen tatsächlich die Siedlungen, sind gegen den Friedensprozess und hassen Araber*innen wie der Rest der Rechten, oder?

Was die Siedlungen angeht, so hat ihre Ablehnung eines Rückzugs aus der Westbank nur ganz am Rande etwas mit der Frage einer geschichtlich und kulturell verwurzelten jüdischen Identität zu tun, vielmehr mit Fragen staatlicher Sicherheit. Es ist eine viel flexiblere Position, da sie nicht mit einer messianischen Vision (die eher charakteristisch für die religiös-zionistische Bewegung ist) verbunden ist. Es sollte daher nicht überraschen, dass die allermeisten russischsprachigen Wähler*innen 1992 für Premierminister Jitzchak Rabin und 1999 für Ehud Barak stimmten, beides Anführer der Arbeitspartei, weil sie ihnen am ehesten zutrauten, Sicherheit zu gewährleisten.

Ein weiterer Punkt: Du baust einen Gegensatz auf zwischen Russ*innen, die angeblich Araber*innen hassen und den Friedensprozess ablehnen, und Aschkenasim, die angeblich Araber*innen lieben und den Frieden anstreben. Und doch wünscht sich ein Großteil der zionistischen Linken, in Parteien und Bewegungen zugleich, eher eine Abgrenzung von den Araber*innen – von Liebe oder mindestens der Achtung der Menschenrechte kann hier keine Rede sein. Viele meinen, dass Israel entweder das Land behalten kann, dann aber den arabischen Bewohner*innen die demokratischen Rechte verweigern wird, womit es seinen demokratischen Status verlieren würde. Oder dass Israel das Land behalten und seinen arabischen Bewohner*innen alle demokratischen Rechte zugestehen kann, womit die Juden bald zahlenmäßig ins Hintertreffen rücken würden und Israel seinen Status als jüdischer Staat verlieren würde. Angesichts dieser beiden Optionen erscheint ihnen ein palästinensischer Staat als kleineres Übel.

Selbst wenn, stimmt es dennoch, dass in der russischen Öffentlichkeit rassistische Einstellungen weniger verpönt sind als etwa bei den liberal gesinnten Aschkenasim.

Ja, es stimmt leider, dass sich viele (nicht jedoch alle) russischsprachigen Migrant*innen rassistisch äußern, obgleich es schwierig ist zu beurteilen, ob das häufiger vorkommt als etwa bei israelischen Veteranen. Wir sollten jedoch nicht außer Acht lassen, dass sie selbst häufig Rassismus, Vorurteilen, Schmähungen, Gewalt und Diskriminierung vonseiten der in Israel geborenen Juden ausgesetzt sind.

- 68 Prozent der jüdisch-israelischen Veteran*innen denken, dass die meisten Migrant*innen aus den früheren Sowjetrepubliken nicht richtig jüdisch sind, 69 Prozent lehnen eine Heirat von Familienmitgliedern mit nicht-jüdischen Israelis russischer Herkunft ab.
- Etwa die Hälfte der israelisch-jüdischen Bevölkerung denkt, dass die Geburt in Israel eine wichtige Bedingung dafür ist, ein «echter Israeli» zu sein.

Viele wurden marginalisiert, diskriminiert, in schlecht bezahlte Tätigkeiten mit geringem Ansehen gezwungen, die meisten wurden zum Ziel von Schmähungen, Vorurteilen und einer herablassenden Behandlung, ihre Kinder wurden oft gemobbt, Frauen und Mädchen zu Objekten degradiert und belästigt. Es gibt kaum ein russisches Mädchen, das wegen seines russischen Akzents oder Namens von seinen Mitschüler*innen nicht schon als Prostituierte beschimpft worden wäre. Eine Studie, die ich gemeinsam mit ein paar Kolleg*innen im Rahmen des «Frauensicherheitsindex» durchführte, kam zu dem Ergebnis, dass Frauen und Mädchen aus den früheren Sowjetrepubliken zwei Mal so häufig von sexueller

Gewalt betroffen sind wie Frauen und Mädchen, die in Israel geboren wurden.

Und es geht nicht allein um Statistiken, es ist auch das allgemein vorherrschende Gefühl, Bürger*innen zweiter Klasse zu sein. Ich möchte an dieser Stelle gerne auf ein persönliches Erlebnis verweisen. Ich führte ein Gespräch mit einer prominenten linken Aktivistin, die sich bei mir über eine Begegnung mit einem der religiösen Führer des Landes beschwerte. Diese Begegnung hatte bei ihr ein Gefühl der Unzulänglichkeit hinterlassen und sie war richtiggehend empört. Sie sagte mir (und hatte dabei offenbar für einen Augenblick vergessen, mit wem sie sprach): «Ich bin das Salz der Erde in Israel, nicht irgendeine Neueinwanderin, die sich für ihre bloße Existenz entschuldigen müsste.»

Auf der politischen Ebene sind Angriffe linker Parteien auf russischsprachige Mitglieder der Knesset häufig von Sprüchen durchsetzt wie «Die Russen kommen aus einem totalitären Regime, sie verstehen unsere Realität und unsere Idee von Demokratie nicht» oder «Liebermann (ein prominenter russischsprachiger Parlamentarier und Verteidigungsminister) ist der israelische Putin» usw. Diese Stigmatisierung führt zu einer Entfremdung derjenigen russischsprachigen Menschen, die einer Agenda des Friedens und der Gerechtigkeit eigentlich offen gegenüberstehen, sich im «linken Club» aber nicht willkommen gefühlt und respektiert fühlen.

Aber Lieberman betreibt eine anti-palästinensische Politik und ist klar antidemokratisch gesinnt, und die Russ*innen geben ihm und den rechten Parteien ihre Stimme.

Nun, die Dinge sind nicht überall statisch und auch nicht überall gleich. Das gilt sowohl für die Positionen von Migrant*innen als auch für ihr Wahlverhalten und ganz besonders für die Perspektiven der jungen Menschen in dieser Bevölkerungsgruppe. Ich würde am liebsten ganz viele Beispiele anführen, werde mich aber auf ein paar wenige beschränken.

Vor ein paar Jahren entstand die Bewegung «Generation 1,5», der viele jüngere Migrant*innen angehören, die von ihren Eltern als Kinder oder Jugendliche nach Israel gebracht wurden. Sie möchten ihre eigene kulturelle Identität bewahren, aber zugleich auch Gleichheit als Wert unterstreichen. So beschreiben sie sich selbst: «Wir möchten in einem Staat mit einer liberalen jüdischen Identität leben, der gleiche Rechte für alle Bewohner anstrebt und wo jede Person oder Gruppe ihr kulturelles und menschliches Potenzial ausleben kann. Wir glauben an die israelische Gesellschaft und an ihre Fähigkeit, eine Modellgesellschaft zu erschaffen, die Solidarität zwischen ihren Bürgern fördert und in Frieden mit ihren Nachbarn lebt. [...] Wir glauben, dass der Einsatz für diese Ziele innerhalb und außerhalb unserer Gruppe Ausdruck der Solidarität zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft ist und die Grundlage für einen neuen politischen Ansatz bietet, der die Grenzen der Gemeinschaften überwinden kann.»

Bis zum Jahr 2006 gab es mit Roman Bronfman einen russischsprachigen Parlamentarier in der Knesset, der der linken Meretz-Partei angehörte. Aktuell gibt es mit Ksenia Svetlova eine russischsprachige Parlamentarierin im zionistischen Lager, zu dem die Arbeitspartei gehört. Sie war früher Fernsehjournalistin und im Ressort für arabische Themen tätig. Sie spricht fließend Arabisch, bereiste die arabische Welt sowie die Westbank und den Gazastreifen, wo sie den mittlerweile verstorbenen PLO-Führer Jassir Arafat ebenso wie den verstorbenen Hamas-Führer Ahmed Yassin interviewte. Und wenn wir schon bei der vorgeblich «ultranationalistischen und rassistischen Presse» sind: Svetlova arbeitete mehr als zehn Jahre lang als Vollzeitkorrespondentin für den wichtigen russischsprachigen TV-Sender Channel 9 in Israel. Ihren Sitz in der Knesset nutzt sie heute, um gegen das Monopol orthodoxer Juden auf alle Aspekte des religiösen Lebens in Israel anzukämpfen. Dabei legt sie ihren Fokus auf die Einführung einer standesamtlichen Ehe

für Hunderttausende, die ansonsten in Israel nicht heiraten könnten, weil sie als Nicht-Juden definiert oder Teil der LGBT-Gemeinschaft sind.

Es gibt eine sehr bedeutende Website namens ReLevant mit News und Analysen, die demokratische Werte und einen alternativen Diskurs unter der Russisch sprechenden Bevölkerung fördern und darüber hinaus traditionell marginalisierten Stimmen Raum bieten will. Mehr als 20 Prozent der russischsprachigen Bevölkerung Israels haben die Website bereits besucht. Sie veröffentlicht eigene Texte, Meinungsartikel sowie Analysen zu einer großen Bandbreite an Themen: zum Friedensprozess, zum Rassismus, zum sozialen Wohnungsbau, zu den Wahlen, LGBT-Rechten, Direktbeschäftigung, zum Feminismus, zu den fortwährenden Umwälzungen in der arabischen Welt sowie zu den Rechten von Minderheiten.

Die russischsprachige Gemeinschaft ist seit Jahren für ihre Umtriebigkeit in den sozialen Netzwerken bekannt. Eine der herausragenden Figuren dabei ist Vera Reider, eine brillante und enorm engagierte Person, die seit Jahrzehnten Stellung gegen die Besatzung, für soziale Gerechtigkeit und für den Feminismus bezieht. Sie hat die FORA-Bewegung (russischsprachige Feministinnen) mitgegründet und war auch bei Ta'ayush aktiv (Ta'ayush ist eine Organisation, die in den besetzten palästinensischen Gebieten Palästinenser*innen dabei unterstützt, ihr Zuhause und ihr landwirtschaftlich genutztes Land zu bewahren, und versucht, sie vor der Gewalt von Seiten israelischer Siedler*innen und der Armee zu schützen). Veras spitze Feder, ihre brillanten Analysen und ihre ungebrochene Energie verschaffen ihr eine prominente Stellung in den politischen Auseinandersetzungen auf russischsprachigen Internetseiten und sorgen bei vielen Leser*innen für eine Verbreitung ihrer Ideen. Zahlreiche Personen, die die Inhalte von Vera lesen oder hören, erzählten mir von einem radikalen Wandel ihrer Einstellungen und einer Hinwendung zu einer linken Perspektive.

Aber wie kommt es dann, dass die Russ*innen nie meiner Organisation beigetreten sind? Sie haben sich nicht einmal für unseren Newsletter angemeldet. Ich habe das Gefühl, dass ich sie erst für uns gewinnen müsste, aber ganz offensichtlich ist ihnen die Geschichte dieses Landes, von der sie ohnehin keine Ahnung haben, keinen Pfifferling wert.

Ich will dir nicht zu nahe treten, aber es macht mir ganz den Eindruck, als ob die Vorstellung deiner Organisation darin bestünde, dass sie die Message vorgibt und die Russ*innen von euch lernen sollen, wie die Geschichte war und wie dieser Konflikt zu lösen ist. Ich möchte keinesfalls die Errungenschaften deiner Organisation kleinreden, aber ich bin davon überzeugt, dass Ansätze, die wirklich funktionieren, auf Kooperation basieren, darauf, einander zuzuhören und die unterschiedlichen Perspektiven in Betracht zu ziehen. Solcherlei gemeinsame Initiativen gibt es auch in großer Zahl.

Morashtenu, eine wichtige Organisation, die im Kontext von Migrant*innen aus der früheren Sowjetunion aktiv ist und dort eine liberale Agenda mit entsprechenden Menschenrechtsthemen verfolgt, hat sich mit weiteren jüdischen und palästinensischen Organisationen zum „Bündnis gegen Rassismus“ zusammengeschlossen. Die von Anna Talisman geleitete russischsprachige LGBTQ-Gruppe Devchata arbeitet mit der feministischen Mizrachi-Organisation Achoti an einem gemeinsamen Projekt zur Bekämpfung von Sexismus und Rassismus. Gemeinsam mit Freund*innen von mir gründeten wir LIGA, eine russischsprachige feministische Gruppe, die jetzt mit Shutafot kooperiert, einem Bündnis gegen Diskriminierung und für die Förderung gleicher Beschäftigungschancen für palästinensische, äthiopische, russischsprachige und Mizrachi-Frauen. Ein weiteres Beispiel ist Women Wage Peace, eine breite Graswurzelbewegung, die sowohl von Israel als auch von den Palästinenser*innen einen Gewaltverzicht fordert, zu dem sich beide Seiten vertraglich verpflichten sollen.

Diese Bewegung umfasst Frauen aus verschiedenen Gruppen, darunter auch eine sehr aktive Gruppe russischsprachiger Aktivist*innen.

Die russischsprachige Gemeinschaft stellt 15 Prozent der jüdischen Bevölkerung in Israel. Und sollte die Linke sie weiterhin ignorieren und ihr unterstellen, sie sei quasi von Natur aus nationalistisch und rassistisch, wird sie diese Bevölkerungsschicht schwerlich «gewinnen» können und auch keine Mehrheit in Israel hinter sich bringen, die für Frieden und Gerechtigkeit kämpft. Dafür bräuchte es einen respektvollen Dialog, eine entsprechende Berichterstattung, Kooperation, Solidarität sowie Unterstützung für Themen, die alle angehen, die in Israel leben, einschließlich der russischsprachigen Gemeinschaft. Dann könnte Hoffnung aufkeimen.

Übersetzt von **Sebastian Landsberger**

Assia Istoshina ist Sozialwissenschaftlerin, Journalistin, Koordinatorin für den Frauensicherheitsindex im feministischen Zentrum Isha L'Isha (Frau zu Frau) und Mitbegründerin der russischsprachigen Frauenbewegung LIGA. Sie wanderte 1989 von Moskau nach Israel ein und erhielt einen MA in Konfliktlösung an der Hebräischen Universität. Sie ist Moderatorin und Redakteurin des Programms «One to One» des RTV International Channel, das zu aktuellen Ereignissen in Israel berichtet, und moderierte die TV-Sendung «Die ganze Portion Thora – die Orthodoxie und die säkulare Sichtweise». Sie setzt sich für die israelisch-palästinensische Verständigung ein und hat mehrere israelisch-palästinensische Dialoggruppen begleitet.



Äthiopische Israelis protestieren
in Tel Aviv gegen Polizeigewalt, 2015.
Foto: Activestills

Weißer und »andere« jüdische Menschen

Efrat Yerday

Aktivist*innen äthiopischer Herkunft kämpfen in Israel seit Jahrzehnten für die Anerkennung als jüdische Einwanderer*innen sowie gegen strukturelle Benachteiligung und Rassismus. Eine verdrängte Geschichte von Leid, Widerstand und Selbstermächtigung.

Die jüdische israelische Gesellschaft besteht aus Menschen, die aus fast allen Teilen der Welt nach Israel eingewandert sind: Sie stammen aus arabischen Ländern im Nahen Osten und aus dem Iran, aus Ost- und Westeuropa, aus Nord- und Südamerika, aus dem Fernen Osten sowie aus Nord-, Süd- und Ostafrika. Ähnlich wie die Konflikte zwischen der jüdischen Gesellschaft und nicht-jüdischen Bevölkerungsgruppen, insbesondere der palästinensischen Bevölkerung in Israel, haben die Konflikte innerhalb der jüdischen Gesellschaft mit einer langen Geschichte der Diskriminierung und Unterdrückung zu tun. Eine »dominante« Bevölkerungsgruppe herrscht über die marginalisierten Teile der Gesellschaft. Seit seiner Gründung wird der Staat Israel von »weißen« Einwanderer*innen, Aschkenasim aus Ost- und Westeuropa, gelenkt und bestimmt. Sie brachten die damals in ihren Herkunftsländern vorherrschenden rassistischen und orientalistischen Vorstellungen mit sich. So galten die nicht-europäischen jüdischen Einwanderer*innen in ihren Augen als »Andere«, als »Orientalen« und als »Minderwertige«. Sie begegneten ihnen also mit den gleichen rassistischen Vorurteilen, die auch ihre Haltung gegenüber

der lokalen palästinensischen Bevölkerung und gegenüber den Menschen in den Nachbarländern prägte. Diese aschkenasische Elite sah Israel als »eine Villa im Dschungel«¹ und ignorierte dementsprechend alles, was »nahöstlich« oder »arabisch« war.

Diese Ablehnung richtete sich auch gegen die vielen jüdischen Immigrant*innen, die aus arabischen Ländern eingewandert waren und gezwungen wurden, ihre Muttersprache aufzugeben und sich nicht länger der Kultur und Geschichte der arabischen oder mittelöstlichen Welt zugehörig zu fühlen. Auch heute noch erfahren Mizrachim Diskriminierung und Rassismus vonseiten der Aschkenasim. Laut einer aktuellen Studie des Adva Centers bräuhete es noch ungefähr ein Jahrhundert, bis die durch diese Diskriminierung erzeugte soziale Ungleichheit und die damit verbundenen Klassenunterschiede ausgeglichen wären. Vor diesem Hintergrund sind auch die Kämpfe von Jüdinnen und Juden aus Äthiopien, die sich in den letzten vier Jahrzehnten in Israel niedergelassen haben, und die Einstellung des israelischen Establishments ihnen gegenüber einzuordnen.

Verdrängte Narrative: Die Geschichte einer Familie und die Geschichte der äthiopischen Jüdinnen und Juden

Mein Vater kam 1970 nach Israel, während meine Mutter und meine ältere Schwester, die damals ein Jahr alt war, zunächst in Äthiopien blieben. Er migrierte nach Israel, nachdem er drei Jahre lang in Asmara in Eritrea (das damals zu Äthiopien gehörte) verbracht hatte. Dort hatte er in einer israelischen Fleischfabrik gearbeitet und seine Ausreise nach Israel vorbereitet. Er fuhr mit einem Schiff von der eritreischen Hafenstadt Massaua nach Eilat und reiste in Israel als Tourist ein, weil zu jener Zeit das Rückkehrgesetz [Begriffserklärung siehe Glossar] nicht für Falaschen galt, wie äthiopische Jüdinnen und Juden damals genannt wurden.² Drei Jahre später ist das israelische Innenministerium auf meinen Vater und vier seiner Freunde, die auf ähnliche Weise ins Land gekommen waren, aufmerksam geworden. Es ordnete ihre Abschiebung aus Israel an. Zu dieser Zeit hatte sich mein Vater mit dem Aktivisten Chezi Ovadja, einem Mitbegründer der Organisation Öffentliches Hilfskomitee für die Falaschen, angefreundet. Die beiden trafen den sephardischen Oberrabbiner Ovadja Josef und überzeugten ihn davon, sich für das Recht auf Einwanderung von Jüdinnen und Juden aus Äthiopien einzusetzen. Nach dem Treffen wurde die Abschiebungsanordnung ausgesetzt und später gänzlich aufgehoben.

Gleichzeitig bemühte sich mein Vater darum, meine Mutter und meine Schwester nach Israel nachzuholen. Sowohl mein Vater als auch meine Mutter mussten deswegen die äthiopischen Behörden anlügen: Mein Vater behauptete, er wolle nach Israel gehen, um dort lediglich temporär zu arbeiten, und meine Mutter sagte, dass sie und meine Schwester meinen Vater in Israel nur besuchen wollten und bald darauf zurückkehren würden. Im Jahr 1973 waren sie wieder vereint und konnten zusammen in Israel leben, nachdem das Innenministerium unter der Leitung von Josef Burg von der Abschiebung meines Vaters Abstand genommen hatte. Beide meiner Eltern wurden in ihrer neuen Heimat zu politischen Aktivist*innen für die Rechte von Migrant*innen. Ihre Wohnung entwickelte sich zu einem wichtigen Treffpunkt, zu einer Art Hauptquartier für den Kampf der Äthiopier*innen um ihre Rechte in Israel.

Die persönliche Geschichte meiner Eltern ist Teil der allgemeinen Geschichte der Einwanderung von Jüdinnen und Juden aus Äthiopien nach Israel. Es gab schon immer eine enge Verbindung zwischen den Juden in Äthiopien und der jüdischen Diaspora. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts versuchten jüdische Menschen in Äthiopien das erste Mal in größerer Zahl nach Palästina auszuwandern. Dann in den 1930er Jahren kamen viele gemeinsam mit jemenitischen Jüdinnen und Juden aus dem von Italien besetzten Eritrea nach Palästina. Doch nach der Staatsgründung wurde ihnen die Einwanderung mit der Begründung verwehrt, es sei zweifelhaft, ob sie wirklich jüdisch seien. Aus einem Dokument der Einwanderungsbehörde, der Jewish Agency, aus jener Zeit geht hervor, dass der ablehnenden Haltung des Staats die Befürchtung zugrunde lag, dass eine solche Einwanderung zu «Rassenproblemen» und zu großen «kulturellen Unterschieden» führen könne.

Das Bestreben Israels, eine «weiße» Nation zu sein, und damit die rassistischen Vorbehalte gegen die Ansiedlung äthiopischer Jüdinnen und Juden, gehörten zur offiziellen staatlichen Politik. Die ersten israelischen Premierminister*innen, David Ben-Gurion, Mosche Scharetz und Golda Meir, waren gegen die Einwanderung aus Äthiopien und forcierten stattdessen aus demografischen Gründen die Migration aus muslimischen Ländern und aus Osteuropa, um den Anteil der jüdischen Bevölkerung gegenüber den Araber*innen zu erhöhen (was bis heute ein zentrales staatliches Anliegen ist).

In den 1960er Jahren wandten sich die Aktivist*innen an den Jüdischen Weltkongress³ und baten ihn um Unterstützung für Migrant*innen aus Äthiopien und benachbarten Ländern. Der Kongress gründete den Wohlfahrtsverband für Falaschen, der sich in der Bildungsarbeit in Äthiopien engagierte. Unter anderem versuchte er, die Menschen dort von ihrem Plan, nach Israel auszuwandern, abzubringen. Zur gleichen Zeit verbot das israelische Innenministerium, äthiopischen Jüdinnen und Juden ohne ein im Voraus erteiltes Visum nach Israel einzureisen. Trotz der Einreisebeschränkungen kamen jedoch weitere Jüdinnen und Juden aus Äthiopien nach Israel, nun «getarnt» als Christ*innen.

Wie bereits am Beispiel meines Vaters beschrieben, kündigte 1973 das israelische Innenministerium an, Mitglieder der jungen äthiopischen jüdischen Community abzuschließen, mit der Begründung, dass sie keine Jüdinnen und Juden nach dem (orthodoxen) jüdischen Recht seien und daher das Rückkehrgesetz auf sie nicht anwendbar sei. Wie erwähnt, fanden sie Unterstützung bei Chezi Ovadja, einem Aktivist jemenitischer Herkunft, der in Äthiopien als Sohn des Oberrabbiners in Asmara aufgewachsen war. Er half, den von Abschiebung Bedrohten sich zu verstecken, und wandte sich an den sephardischen Oberrabbiner Ovadja Josef, um eine Bleiberecht für sie zu erwirken. Dieser setzte sich gegen die Abschiebung ein, verlangte aber von den Betroffenen, dass sie pro forma zum Judentum konvertierten, um sicherzustellen, dass sie tatsächlich Jüdinnen und Juden waren. Obwohl sie im Rabbinat fortan anerkannt waren, dauerte es noch vier Jahre, also bis 1977, bis das Innenministerium nachzog und das Rückkehrgesetz auch auf Juden aus Äthiopien (Beta Israel) angewendet wurde. Doch dieses Zugeständnis währte nicht lange: Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Äthiopien ging eine Unterbindung weiterer Einwanderung einher.

Dieses frühe Kapitel in der Geschichte der äthiopischen Juden in Israel ist nur wenigen Menschen bekannt und es taucht auch nicht im Schulunterricht und in den Geschichtsbüchern auf. Der israelische Staat ist (wie jede Nation) daran interessiert, eine bestimmte Version der Geschichte zu erzählen, eine Version, die seine Position und Handlungen rechtfertigt und die Bürger*innen an sich bindet. Die Geschichte der Einwanderung aus Äthiopien (wie andere Geschichten auch) wird auch heute noch vor unseren Augen umgeschrieben. Die offizielle Lesart erzählt – gelinde gesagt – nur einen kleinen Teil der Geschichte dieser Einwanderung. Für den Staat und die meisten in Israel Lebenden beginnt die Einwanderung aus Äthiopien mit der heroischen «Operation Moses» in den 1980er Jahren, als in

Äthiopien Bürgerkrieg und eine große Hungersnot herrschten. Damals – zwischen Dezember 1984 und Januar 1985 – wurden Tausende äthiopische Jüdinnen und Juden aus Flüchtlingslagern im Sudan in einer Geheimaktion nach Israel gebracht.

Gegen das Ignorieren: Der lange Kampf um die Anerkennung der äthiopischen Jüdinnen und Juden

Wie oben beschrieben, lebten schon lange vor der «Operation Moses» viele äthiopische Juden in Israel und kämpften darum, vom israelischen Staat und von der israelischen Gesellschaft als legitime Einwanderer*innen anerkannt zu werden. Die langjährige Weigerung vonseiten der israelischen Politik, dieses Anliegen und die prekäre Lage der jüdischen Bevölkerung in Äthiopien wahrzunehmen, verzögerte deren Auswanderung und bedeutete letztlich, dass viele in den Flüchtlingslagern im Sudan und im Bürgerkrieg in Äthiopien den Tod fanden.

Es war nur deshalb möglich, das Leid der äthiopischen Jüdinnen und Juden zu ignorieren, weil sie nicht als Teil des jüdischen Kollektivs gesehen wurden. Der 1973 veröffentlichte Litvak-Bericht steht stellvertretend für die Haltung des damaligen Establishments gegenüber den äthiopischen Juden und markiert einen politisch-moralischen Tiefpunkt im Umgang mit Migration. In dem vom für Einwanderung zuständigen Ministerium in Auftrag gegebenen Bericht erklärte der Autor, Dr. Joseph Litvek, dass die aus Äthiopien Stammenden nicht wirklich jüdisch und «zu primitiv für unser fortschrittliches Land» seien. Von daher sei es besser für sie, wenn sie in Äthiopien blieben, unter «Menschen, die ihnen ähnlich sind». Mit dieser Einstellung wurden in den 1970er Jahren bürokratische Hürden aufrechterhalten, um jüdische Äthiopier*innen vom Recht auf Niederlassung in Israel auszuschließen.

Als das Rückkehrgesetz 1977 endlich auch für sie zur Anwendung kam, brachen die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Äthiopien ab und von den Aktivist*innen in Israel wurde aus «Gründen der inneren Sicherheit» verlangt, ihre politisches Engagement einzustellen. Aber im Januar 1979 hielten sie es nicht mehr aus, untätig zu bleiben, und so kam es zu einer historischen Demonstration vor dem Büro des Premierministers. Zeitgleich baute sich internationaler Druck auf. Gemeinsam mit dem jahrzehntelangen Kampf der Aktivist*innen vor Ort führte dies zu einer Änderung der Einstellung der israelischen Regierung gegenüber äthiopischen Jüdinnen und Juden. Erstmals ging der israelische Staat auf deren Forderungen ein und bereitete sich darauf vor, äthiopische Jüdinnen und Juden aus Flüchtlingslagern zu evakuieren und nach Israel zu bringen.

Das israelische Bildungsministerium zieht es bis heute vor, in den Geschichtsbüchern so zu tun, als habe die Einwanderung von äthiopischen Jüdinnen und Juden erst Mitte der 1980er Jahre begonnen. In der offiziellen Darstellung wird sich zudem darauf konzentriert, wie Mossad-Agent*innen äthiopische Juden aus Flüchtlingslagern mitten in der Wüste geschmuggelt haben, wobei Bilder von den Äthiopier*innen als halb verhungerte Flüchtlinge und

von den Israelis als vorbildliche heroische Soldat*innen und Retter*innen dominieren. Jedoch sollte nicht vergessen werden, dass diese Mossad-Agent*innen erst zum Einsatz kamen, nachdem das Schicksal der äthiopischen jüdischen Menschen in Israel jahrzehntelang ignoriert worden war. Erst der hartnäckige Kampf der äthiopischen Aktivist*innen in Israel zusammen mit der Zunahme des internationalen Drucks und der Bemühungen von Hilfsorganisationen, wie zum Beispiel der US-amerikanischen Vereinigung für äthiopische Juden, haben hier ein Umdenken in der Politik herbeigeführt. Zugleich verschlechterte sich die Situation der Menschen in den Flüchtlingslagern im Sudan. Am Ende war das Zusammenwirken von äußerem und innerem Druck entscheidend. Bis heute jedoch werden die Bewegung der äthiopischen Aktivist*innen in Israel, ihre Kämpfe und die internationale Solidarität, die sie erfuhren, von der offiziellen Geschichtsschreibung in Israel nicht zur Kenntnis genommen.

Und die Einwanderer*innen selbst? Jene Menschen, die irgendwann beschlossen haben, Äthiopien zu verlassen und für immer nach Israel zu gehen, die sich dem jüdischen Volk zugehörig fühlen und Israel als ihre Heimat sehen? Dass der Staat ihnen lange Zeit abgesprochen hat, jüdisch zu sein, hat eine tiefe Krise in der Community ausgelöst, die ihre Identität untergrub und unter deren Auswirkungen die äthiopischen Jüdinnen und Juden bis heute leiden. Dass sie derart diskriminiert und verleugnet wurden, muss mit ihrer Hautfarbe zusammenhängen. Der israelische Staat, dessen religiöse Institutionen von der orthodoxen Strömung⁴ beherrscht werden, bemüht sich seit seiner Gründung um ein «weißes Gesicht». Israel versucht, «Teil von Europa» zu sein, entsprechend schwer fällt es dem Staat, die Existenz von schwarzen Jüdinnen und Juden zu akzeptieren.

Dass «Schwarzsein» nicht mit «Jüdischsein» vereinbar sein soll, ist etwas, womit die äthiopische Community erstmals in der «weißen» israelischen Gesellschaft konfrontiert wurde. Vor ihrer Auswanderung nach Israel haben die Menschen die Erfahrung gemacht, als Jüdinnen und Juden diskriminiert zu werden, in Israel ist der Grund für ihre Diskriminierung ihr Schwarzsein. Damit stehen die äthiopischen Einwanderer*innen vor der für sie neuen Herausforderung, sich gegen einen in Israel weit verbreiteten Rassismus zur Wehr setzen zu müssen.

Rassistische und diskriminierende Praktiken dauern bis heute an

In Israel gibt es freilich keine Gesetze, die verbieten, dass Menschen verschiedener «Rassen» einander heiraten, und es gibt keine Gesetze, die die Trennung von «Schwarzen» und «Weißen» im Bus vorschreiben. Trotzdem lässt sich schwerlich übersehen, dass es im Land einen institutionellen Rassismus gibt, der zwischen den äthiopischen Einwanderer*innen und ihren Nachkommen sowie der übrigen israelischen Gesellschaft unterscheidet.

Die jahrzehntelange Weigerung des israelischen Staats, die Existenz schwarzer Juden anzuerkennen und ihnen das Recht auf Einwanderung zuzugestehen, wurde bereits beschrieben. Aber auch nachdem man sie offiziell ins Land

ließ, setzte sich die Sonderbehandlung fort. So haben staatliche Stellen äthiopische Familien auseinandergerissen, mit der Begründung, die Eltern wüssten nicht, was gut für ihre Kinder ist. Um die Kinder in das neue israelische Judentum «zu integrieren», hat sich der Staat bemüht, sie in Internaten der national-religiösen Bewegung⁵ unterzubringen, die für diesen Zweck enorme finanzielle Zuwendungen erhielten. Heute noch brüsten sich Vertreter*innen des religiösen Zionismus damit, die einzige Strömung gewesen zu sein, die eingewilligt habe, äthiopische Kinder in ihren Bildungseinrichtungen aufzunehmen.

In diesem Prozess wurde außerdem die Autorität der äthiopischen Religionsgelehrten zugunsten des in Israel vorherrschenden orthodoxen Judentums untergraben. Die in Israel dominanten Gruppen sorgten dafür, dass andere Erfahrungen und Formen des Judentums, vom Schtetl⁶ in Polen bis hin zum Dorf in Äthiopien, die bereits vor der Staatsgründung Israels bestanden hatten, an Bedeutung verloren und marginalisiert wurden. Des Weiteren gehört zur Sonderbehandlung von Einwanderer*innen aus Äthiopien der Zwang, längere Zeit in staatlichen Aufnahmezentren zu wohnen. Diese Internierungspflicht bestand nur für äthiopische Juden, alle anderen Einwanderer*innen durften sich die Art der Unterkunft aussuchen. Auch heute noch müssen Neuzugewanderte aus Äthiopien mit einem mindestens zweijährigen Aufenthalt in einem solchen Aufnahmezentrum rechnen. Während dieser Zeit müssen sie ein vom Staat vorgegebenes Programm durchlaufen, um offiziell zum Judentum zu konvertieren.

Wie so oft nimmt auch die institutionelle Diskriminierung in Israel immer raffiniertere Formen an. Damit reagiert der Staat nicht zuletzt auf die zunehmende öffentliche Kritik und die Proteste der äthiopischen Einwanderer*innen. Ein Ansatz, die äthiopischen Migrant*innen zu diskriminieren und ihre Integration zu verzögern, besteht darin, sie systematisch vom Rest der israelischen Gesellschaft zu isolieren. So wird ihnen zum Beispiel nur dann ein Zuschuss zum Kauf einer Wohnung vonseiten des Einwanderungsministeriums gewährt, wenn sich die Wohnung in bestimmten, vom Ministerium festgelegten Städten oder Straßen befindet. Bei allen anderen Einwanderergruppen wird dieser Zuschuss unabhängig von der Lage der Wohnung gewährt. Auch die Einwanderungsquoten, die der Staat in den letzten zehn Jahren eingeführt hat, nachdem Menschen, die als Falaschamura bezeichnet werden, das Recht abgesprochen wurde, aufgrund des Rückkehrgesetzes aus Äthiopien nach Israel einzuwandern,⁷ sind beispiellos und erschütternd. Äthiopien ist das einzige Land, für das der israelische Staat monatliche Einwanderungsquoten festgelegt hat.

Da äthiopische Einwanderer*innen bevorzugt in bestimmten Stadtviertel ziehen und ihre Kinder in die nahegelegenen Schulen schicken, gibt es in Israel inzwischen Schulen mit ausschließlich äthiopischen Schüler*innen. Diese Schulen werben zum Beispiel von US-amerikanischen Juden viele Spenden ein, indem sie Fotografien von Schüler*innen zu Werbezwecken verwenden, auf denen diese in einer exotisierenden, orientalistischen und rassistischen Weise dargestellt sind. Das heißt, die besondere Situation von Menschen äthiopischer Herkunft in Israel wird zum Teil für wirtschaftliche Interessen instrumentalisiert, und es ist

kein Zufall, dass an jeder Ecke eine Stiftung für sie entsteht. Diese Sonderbehandlung und die speziellen «Hilfen für Äthiopier*innen» stellen eine perfide Form der Ausgrenzung und Diskriminierung dar. Diese erstreckt sich auf fast alle Lebensbereiche.

Diskriminierung im Gesundheitswesen: Ein Beispiel hierfür ist die skandalöse Behandlung von Frauen äthiopischer Herkunft, denen ohne eine angemessene Aufklärung über einen längeren Zeitraum Mittel zur Empfängnisverhütung injiziert wurden.

Diskriminierung im Schulwesen. Es gibt im Land zahlreiche öffentliche Schulen, die nicht bereit sind, Schüler*innen äthiopischer Herkunft aufzunehmen. Zugleich wird ein unverhältnismäßig großer Anteil von Kindern äthiopischer Herkunft auf Sonderschulen geschickt (14 Prozent, was mehr als das Doppelte des allgemeinen Durchschnittswerts ist).

Diskriminierung im Bereich der Religion. Diese kommt unter anderem in der Weigerung lokaler Rabbiner zum Ausdruck, Menschen äthiopischer Herkunft zu verheiraten, und in der fehlenden Anerkennung von Religionsgelehrten der äthiopischen Gemeinde.

Diskriminierung im Wohnungsbereich. Wie bereits erwähnt, werden nur Einwanderer*innen aus Äthiopien in Israel dazu gezwungen, zwei Jahre lang nach ihrer Ankunft in Aufnahmezentren zu leben. Zudem trägt die Politik durch eine selektive Gewährung von Wohnungszuschüssen zur Herausbildung von «äthiopischen Ghettos» bei.

Diskriminierung in den Medien. Diese zeigt sich regelmäßig in einer stigmatisierenden Berichterstattung.

Diskriminierung vonseiten der Polizei. Diese reicht von der systematischen und alltäglichen Schikane äthiopischer Jugendlicher durch Polizeibeamte bis hin zum gewaltsamen Vorgehen der Polizei gegen Demonstrationen von Menschen äthiopischer Herkunft.

Es gibt noch viele andere Beispiele, die hier aber aus Platzgründen nicht genannt werden können.

Über die Schwierigkeit der Solidarität und neue Verbindungen

Die Mitglieder der äthiopischen Community hängen verschiedenen politischen Überzeugungen an und vertreten keine einheitliche Position zur israelischen Regierungspolitik. Heute gibt es unter den Juden äthiopischer Herkunft Religiöse und Säkulare sowie Rechte und Linke. Im Gegensatz dazu tendierte die erste Generation der Einwanderer*innen eher ins rechte politische Lager – was damit zu tun haben kann, dass es am Ende eine Likud-Regierung war, die sie ins Land gelassen hat, während die Mapai-Regierungen die Existenz von jüdischen Menschen in Äthiopien lange verleugnet haben.

Die linken Bewegungen in Israel und die Kämpfe für Gerechtigkeit leiden oft unter internen Differenzen und Spaltungen. Die traditionelle Linke, die von (linken und rechten) kritischen Aktivist*innen als «weiße Linke» bezeichnet wird, neigt dazu, sich auf die (berechtigte) Forderung nach Gerechtigkeit für Nicht-Juden zu konzentrieren: vor allem Palästinenser*innen, Asylsuchenden und Arbeitsmigrant*innen. Gleichzeitig ignoriert sie die sozialen Probleme, unter denen arme jüdische

Bevölkerungsgruppen leiden, die nicht zufällig auch dunkelhäutig sind: Mizrachim, Buchar*innen, aus dem Kaukasus stammende Menschen, Inder*innen und Äthiopier*innen – denn es gibt in Israel eine beunruhigende Korrelation zwischen sozialem Status und Herkunft. Seit der Staatsgründung wurden die genannten Bevölkerungsgruppen diskriminiert und erhielten nicht die gleichen Chancen wie die weiße aschkenasische Bevölkerung in Israel. Organisationen wie zum Beispiel die Demokratische Mizrachim-Regenbogen-Koalition, die feministische Mizrachi-Organisation Achothi und der Verband äthiopischer Jüdinnen und Juden sind aus diesen Communities hervorgegangen und arbeiten daran, das historische Unrecht auszugleichen, dessen Folgen wir noch heute sehen.

Die genannten Organisationen haben so gut wie keine Verbindungen zur «weißen Linken» in Israel, die es in der Vergangenheit versäumt hat, sich mit den institutionell diskriminierten Schichten der jüdischen Gesellschaft praktisch zu solidarisieren. Die Kluft vertiefte sich in den 1980er Jahren, als die Privatisierung der öffentlichen sozialen Dienste aggressiver vorangetrieben wurde und sich die sozioökonomische Krise erheblich verschärfte. Aber es gibt Beispiele für eine Zusammenarbeit. Der Kampf um die Anerkennung der Entführung von Kindern aus Familien, die aus dem Jemen, aus anderen «orientalischen» Ländern und vom Balkan nach Israel eingewandert sind, der durch Bemühungen der Großenkel dieser Einwanderer*innen wieder in die Schlagzeilen kam, wurde in den letzten Jahren überraschenderweise auch von vielen äthiopischen Aktivist*innen unterstützt.⁸ Die Kooperation zwischen den Aktivist*innen, die für die Freilassung von Avraham (Avera) Mengistu kämpfen, der seit Jahren im Gazastreifen verschwunden ist,⁹ und denjenigen Gruppen, die sich für eine Anerkennung des Entführungsskandals einsetzen, ist eine der spannendsten gegenwärtigen politischen Verbindungen in Israel. Die umfangreiche Beteiligung äthiopischer Aktivist*innen am Kampf um die Anerkennung der Kindesentführungen zeugt meines Erachtens von der Diskriminierung, die die äthiopischen Aktivist*innen selbst erfahren haben. Ich bin fest davon überzeugt, dass nur Menschen, die selbst Diskriminierung erlebt haben, völlig verlässliche Partner im Kampf einer anderen Gruppe gegen Diskriminierung sein können. Eine solche Solidarität ist fast unerschütterlich, während die Solidarität von weißen privilegierten Gruppen dazu neigt, schwach und zerbrechlich zu sein. So ist meines Erachtens auch die Teilnahme des (palästinensischen) Knesset-Abgeordneten Ayman Odeh (Chadasch/ Gemeinsame Liste) an dem Protest von Menschen äthiopischer Herkunft gegen Polizeigewalt sehr viel mehr wert als die Beteiligung von Menschen, die solche Übergriffe vonseiten der Polizei nicht aus eigener Erfahrung kennen.

Ähnliche Formen der Zusammenarbeit zwischen zwei marginalisierten Gruppen lassen sich im Süden von Tel Aviv beobachten. Über viele Jahre hinweg haben es Hilfsorganisationen versäumt, etwas gegen die eklatante Vernachlässigung von Vierteln in diesem Teil der Stadt zu unternehmen. Das änderte sich erst, als dort viele Asylsuchende Unterschlupf fanden, die meisten davon aus dem Sudan und Eritrea. Als sich immer mehr von ihnen in der Umgebung des zentralen Busbahnhofs aufhielten, führte dies zu

Protesten von alteingesessenen Bewohner*innen. Aber die Probleme dieser Gegend – die unzulängliche und veraltete Infrastruktur, die gesundheitliche Belastung durch den zentralen Busbahnhof sowie Prostitution und Drogen – haben nichts mit der Ankunft und Präsenz der Asylsuchenden zu tun. Es sind Probleme, die es dort schon lange gibt und die vonseiten der Stadtpolitik einfach ignoriert wurden. Erst jetzt, angesichts der Gefahr der Abschiebung der Asylsuchenden, kommt es zu einer Zusammenarbeit zwischen Aktivist*innen, die sich mit den Geflüchteten solidarisieren, und denen, die für eine Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation im Süden von Tel Aviv kämpfen. Aber es bestehen weiterhin Schwierigkeiten, diese Kämpfe aufeinander zu beziehen. Diese könnten auf einen Mangel an gegenseitigem Vertrauen zurückzuführen sein und auf die Angst der Privilegierten, ihre Vorrechte zu verlieren, sobald sie die systematische Unterdrückung schwarzer Menschen in der jüdischen Gesellschaft anerkennen. Dazu scheint die weiße Gesellschaft immer noch nicht bereit zu sein.

Seit Beginn der Einwanderung von Jüdinnen und Juden aus Äthiopien nach Israel bis heute haben diese Rassismus und Diskriminierung in verschiedenen Bereichen erlebt, wobei die gravierendste meiner Meinung nach die institutionelle Diskriminierung ist, die in den 1950er Jahren begann und deren Auswirkungen bis heute spürbar sind. Seit 40 Jahren kämpfen Aktivist*innen und Organisationen von Menschen äthiopischer Herkunft gegen diese institutionelle Diskriminierung. Eine relativ große Gruppe von jungen und gut ausgebildeten Angehörigen der äthiopischen Community sind mittlerweile dabei, in die Zentren der Macht und der Entscheidungsfindung einzudringen und Veränderungen von innen voranzutreiben. Andere haben sich entschieden, außerhalb des Systems zu agieren. Es ist ein andauernder, tagtäglicher Kampf, der nicht aufhören wird, bis der israelische Staat beginnt, die Menschen äthiopischer Herkunft als Gleichberechtigte zu behandeln.

Hintergrund und Fakten zur äthiopischen Community in Israel

Die äthiopische Community in Israel zählt heute mehr als 150.000 Menschen, davon sind etwa 40 Prozent (zirka 60.000) Kinder und Jugendliche. 0,9 Prozent aller Student*innen in Israel sind äthiopischer Herkunft, während Menschen äthiopischer Herkunft über 1,5 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die meisten Schüler*innen äthiopischer Herkunft besuchen staatliche religiöse Schulen. Der Anteil der Student*innen äthiopischer Herkunft, die ihr Studium abbrechen, liegt bei 19 Prozent, im Unterschied zu 11 Prozent, bezogen auf alle Studierenden. Mehr als die Hälfte der Menschen äthiopischer Herkunft in Israel lebt unterhalb der Armutsgrenze. Mehr als ein Drittel hat kein Vertrauen in die Polizei, ein Wert, der in etwa auch für die palästinensischen Staatsbürger*innen gilt. Mehr als 40 Prozent der Menschen äthiopischer Herkunft vertreten die Ansicht, dass die Polizei oft Menschen in ihrer Umgebung ohne guten Grund verhaftet, während es unter den

palästinensischen Staatsbürger*innen nur zirka 20 Prozent sind. Der Prozentsatz der Fälle, in denen Menschen äthiopischer Herkunft eine Straftat vorgeworfen bzw. gegen sie ermittelt wird, liegt bei 3,5 Prozent – mehr als das Doppelte ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung; und der Prozentsatz der Minderjährigen äthiopischer Herkunft, die Haftstrafen verbüßen, beträgt fast das Zehnfache ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung. Im Ofek-Gefängnis, in dem nur Minderjährige inhaftiert sind, kommen zum Beispiel 18,5 Prozent aller Gefangenen aus Familien äthiopischer Herkunft.

Meilensteine der Bewegung: Wichtige Kämpfe und Kampagnen

Wie im Text beschrieben, fand der erste große und vernetzte politische Kampf von Jüdinnen und Juden aus Äthiopien in den 1970er Jahren statt. Um das Recht auf Einwanderung durchzusetzen, trafen sie sich mit dem Oberrabbiner Ovadja Josef, jüdischen Aktivist*innen aus den USA, israelischen Regierungsbeamten und mit allen, die bereit waren, sie zu unterstützen.

Im Jahr 1983 und verstärkt nach 1985, nach der großen Einwanderung, die «Operation Moses» genannt wurde, begannen Proteste gegen den staatlichen Zwang, an einem speziellen Verfahren zur Vorbereitung auf den Übertritt zum Judentum teilzunehmen. Infolge der Proteste wurden die strikten Regeln und Prozeduren der Konversion, die das Rabbinat in Israel den neuen Einwanderer*innen damals auferlegt hatte, aufgehoben.¹⁰

Im Januar 1996 wurde aufgedeckt, dass die Hilfsorganisation Magen David Adom, die im staatlichen Auftrag Blutspenden sammelt, Blutspenden, die von Menschen äthiopischer Herkunft kamen, ohne jeglichen Grund einfach vernichtet hat. Wenige Tage nach der Enthüllung dieses Vorgehens demonstrierten zirka 10.000 Menschen äthiopischer Herkunft vor dem Büro des Premierministers. Das war die bis dahin größte Protestaktion der aus Äthiopien stammenden Jüdinnen und Juden. Die Polizei ging mit exzessiver Gewalt gegen sie vor und setzte Gummigeschosse, Wasserwerfer und Tränengas ein. In den Medien wurde der Protest «die äthiopische Intifada» genannt. Der leitende Polizeikommandant des Jerusalemer Bezirks bezeugte, dass dies die gewalttätigste Demonstration gewesen sei, die er je gesehen habe, und dass dies das erste Mal gewesen sei, dass die Polizei Tränengas gegen jüdische Demonstrant*innen eingesetzt habe. Außerdem hatte die Polizei wohl in Erwägung gezogen, zur Warnung mit scharfer Munition zu schießen.

Im Jahr 2015 kam es als Reaktion auf ein Video zu Protesten. Man sieht in dem Video zwei Polizisten, die mit brutaler Gewalt Damas Pikada, einen Soldaten äthiopischer Herkunft in Uniform, schlagen. Der Protest richtete sich gegen die Gewalttätigkeit der Polizei und vertrat die Forderung, die Polizisten, die Pikada verprügelt hatten, vor Gericht zu stellen. Tausende von Menschen äthiopischer Herkunft demonstrierten daraufhin in Jerusalem und Tel Aviv. Die Anführer*innen dieser Proteste waren nicht bereit, sich mit Regierungsvertreter*innen zu Verhandlungen zu treffen, und sie wiesen damit die Zuschreibung zurück, dass die aus Äthiopien stammenden Juden und

Jüdinnen mit ihnen eine klare und tatsächlich repräsentative Vertretung hätten. Sie wurden beschuldigt, sich der radikalen Linken und den Anarchist*innen angeschlossen zu haben – womit implizit eine weitere Herabwürdigung verbunden war, weil die Annahme war, eine Demonstration dieser Größenordnung habe nicht allein von Menschen äthiopischer Herkunft organisiert werden können. Bereits 1980 hatte man Vertreter*innen der äthiopischen Community beschuldigt, sich mit US-amerikanischen antizionistischen Aktivist*innen gemein gemacht zu haben. Ähnlich wie 1996 ging die Polizei auch gegen die Demonstration im Mai 2015 in Tel Aviv mit völlig unverhältnismäßiger Gewalt vor, was von allen Seiten kritisiert wurde.

Personen von Interesse

Josef Salamsa

Josef Salamsa wurde zum Gesicht der Proteste von 2015. Im März 2014 war der junge Mann, der weder vorbestraft noch in anderer Form strafrechtlich jemals in Erscheinung getreten war, in Zichron Ja'akow von Polizisten mit einer Elektroschockpistole angegriffen worden. Als seine Familie später in der Nacht zur Polizeiwache kam, fand sie ihn gefesselt auf der Erde am Eingang der Polizeiwache liegend vor. Aufgrund des Vorfalls fiel er in eine Depression und die Familie reichte eine Beschwerde bei der Einheit der Polizei für interne Ermittlungen ein. Die Beschwerde führte zu keiner Aufklärung. Stattdessen litt die Familie unter Schikanen von Polizist*innen, die erst endeten, nachdem Josef Salamsas Leiche im Juli 2014 gefunden wurde. Versuche, die Umstände seines Todes zu klären, blieben erfolglos.

Avera Mengistu

Am 7. September 2014 überquerte Avera Mengistu, ein israeli äthiopischer Herkunft, die Grenze zwischen Israel und dem Gazastreifen. Bis heute wird er von der Hamas gefangen gehalten. Daraufhin verhängte die israelische Regierung eine sogenannte Gag-Anordnung (Redeverbot) und schrieb vor, dass ein Jahr lang nicht über sein Verschwinden berichtet werden durfte. Gleichzeitig hat der israelische Staat nichts unternommen, um seine Freilassung zu erwirken. Der Fall gelangte weder auf die öffentliche noch auf die politische Tagesordnung. Schlimmer noch: Der Familie wurde vom zuständigen Mitarbeiter des Premierministers gedroht, ihnen würde jegliche Hilfe der Regierung entzogen, sollten sie den israelischen Staat für sein Vorgehen in dieser Angelegenheit kritisieren oder eine Verbindung zwischen diesem Fall und der institutionellen Diskriminierung der äthiopischen Community in Israel herstellen. Die Familie schwieg, wie gefordert, für ein Jahr und versuchte, hinter den Kulissen zu agieren, bis sie verstand, dass die staatlichen Stellen nichts Wesentliches unternahmen. Premierminister Benjamin Netanjahu traf sich mit der Familie erst nach Ablauf der Gag-Anordnung im Juli 2015, also ein Jahr nach Avera Mengistus Verschwinden. Wenn man den Fall von Avera Mengistu mit dem des entführten israelischen Soldaten Gilad Schalit vergleicht, ist der Unterschied in der politischen und öffentlichen Einstellung unübersehbar.

Übersetzt von **Ursula Wokoek Wollin**

Efrat Yerday ist in Aschdod geboren und lebt in Beer Sheva. Sie lehrt und forscht an der Ben-Gurion-Universität mit den Schwerpunkten Geschichtsnarrative, Rassismus und der Marginalisierung von People of Color in der israelischen Gesellschaft. Sie ist Aktivistin und leitet das Forschungsprojekt «A Story Rewritten: Ethiopian Jews Rewriting Their Story» am Van Leer Jerusalem Institute. Efrat schreibt regelmäßig als Kolumnistin für die Tageszeitung Haaretz und für verschiedene Blogs.

Anmerkungen

- 1 Das bedeutet, dass Israel als eine Insel der Zivilisation inmitten der «Barbarei» gesehen wird. Die Formulierung «Villa im Dschungel» stammt vom ehemaligen Premierminister Ehud Barak und erfreut sich seit Anfang der 2000er Jahre großer Popularität. Sie kann als Neuauflage oder Variation von Theodor Herzls Vorstellung von der Rolle Israels gesehen werden, die er in seinem Buch «Der Judenstaat» (1896) beschrieben hat: «Wir werden für Europa ein Bollwerk gegen Asien bilden und als Hüter der Kultur gegen die Barbarei dienen.»
- 2 Falasche ist eine abwertende, ursprünglich in Äthiopien verwendete Bezeichnung für die lokale jüdische Bevölkerung, die sich selbst als Beta Israel (Haus Israel) bezeichnete. Falaschen bedeutet in etwa landlose Migrant*innen und ist vergleichbar mit der Bezeichnung «Zigeuner» in Europa.
- 3 Der Jüdische Weltkongress wurde 1936 als internationale Vereinigung von jüdischen Gemeinden und Organisationen gegründet, mit dem Anspruch, die politischen Belange aller Jüdinnen und Juden in der Diaspora zu vertreten.
- 4 Die orthodoxe Strömung ist eine der vier Strömungen des Judentums in der Moderne. Sie entwickelte sich im 19. Jahrhundert in Europa als Gegenströmung zum neu entstehenden Reformjudentum. Seit der Staatsgründung ist die orthodoxe Strömung die einzig offiziell anerkannte Strömung des Judentums in Israel.
- 5 Die national-religiöse Bewegung, die auch religiöser Zionismus genannt wird, verbindet Zionismus mit orthodoxem Judentum. Menschen, die dieser Strömung angehören, dienen in der Regel in der israelischen Armee und befürworten häufig den Siedlungsbau in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten. Politisch fand diese Strömung lange Zeit vor allem in der National-Religiösen Partei ihren Ausdruck. Gegenwärtig wird sie vor allem von der von Naftali Bennett geleiteten Partei HaBajit haJehudi vertreten.
- 6 Shtetl ist die jiddische Bezeichnung für eine kleine Stadt mit überwiegend jüdischer Bevölkerung. Da die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in Mittel- und Osteuropa in solchen «kleinen Städten» lebte, hatte dies einen prägenden Einfluss auf die dortige jüdische Kultur.
- 7 In den 1980er und 1990er Jahren wanderten alle Mitglieder der Beta-Israel-Gemeinschaft, die nach einem Kampf vom Staat Israel als Juden anerkannt wurden, aus Äthiopien nach Israel ein. Diejenigen, die in Äthiopien blieben, sind die Falashmura, Nachkommen der Gemeinschaft der «Beta Israel», die aufgrund der Umstände der Zeit und der Umgebung zum Christentum übergetreten sind, aber dennoch ihre jüdischen Traditionen bewahrt haben. Die literarische Bedeutung des Begriffs Falashmura ist ein Philister, der zum Christentum konvertiert. Die beiden Gemeinschaften haben untereinander Familien- und Ehebindungen. Die jüdische äthiopische Gemeinschaft kämpft bis heute dafür, dass die Falashmura nach Israel einwandern dürfen.
- 8 Das Verschwinden Tausender Kleinkinder vornehmlich jemenitischer Abstammung aus staatlichen Gesundheitsinstitutionen in den 1950er Jahren wurde lange vertuscht. Siehe dazu den Artikel der Aktivistin Naama Katiee über die rassistischen Hintergründe dieses Skandals und den Kampf der betroffenen Familien um Gerechtigkeit, unter: www.rosalux.org.il/der-skandal-um-die-verschwundenen-kinder/.
- 9 Seit September 2015 ist der israelische Staatsbürger Avraham Mengistu im Gazastreifen verschwunden und in die Hände der Hamas geraten. Der Fall verstrickte die israelische Regierung in eine politische Debatte, in der es auch um Rassismus geht: Mengistus Bruder wirft der Regierung vor, sich nicht ausreichend für seine Freilassung einzusetzen, weil Mengistu ein Jude äthiopischer Herkunft ist.
- 10 Die Forderung, das Konversionsverfahren wieder strenger zu gestalten, ist in den letzten zehn Jahren lauter geworden. Sie steht im Zusammenhang mit der Einwanderung aus Äthiopien von Menschen, die zu den Falaschamura gehören und zum Teil mit Menschen verwandt sind, die zur Beta-Israel-Gemeinde gehören. Es ist wichtig anzumerken, dass auch Einwanderer*innen aus Osteuropa im Rahmen von Familienzusammenführungen nach Israel kommen, darunter auch Menschen, die sich selbst nicht als jüdisch bezeichnen. Von Migrant*innen aus Osteuropa wird aber nicht verlangt, dass sie eine Prozedur der Konversion durchlaufen, um zu «richtigen» Einwanderer*innen zu werden.



Rawan Bisharat
Foto: Tomer Appelbaum

Israel und die andauernde Nakba: Interview mit Rawan Bisharat

Hana Amoury

Auch 70 Jahre nach dem Krieg von 1948 prägt die Nakba das Leben der palästinensischen Bürger*innen Israels. Im Interview berichtet Rawan Bisharat, Leiterin der jüdisch-palästinensischen Organisation Sadaka-Re'ut, über den Einfluss der Fluchterfahrung auf ihre Familie und ihr eigenes Leben.

Wer bist Du? Woher stammst Du?

Ich heiße Rawan Bisharat, bin 35 Jahre alt und stamme aus dem Dorf Ma'alul. Meine Familie wurde 1948 aus Ma'alul vertrieben und flüchtete von dort nach Nazareth, wo sie sich in einer Kirche versteckte. Mein Vater war damals ungefähr 12 Jahre alt. Es gelang ihnen, Land in Yaffat al-Nassera zu kaufen und dort hinzuziehen. Dort bin ich geboren und aufgewachsen. Heute lebe ich in Jaffa und leite die gemeinnützige Organisation Sadaka-Re'ut – Partnerschaft arabischer und jüdischer Jugendlicher.

Wie wirkte sich auf Dich und Deine Familie die Tatsache aus, dass ihr Binnenvertriebene seid?

Wir haben uns die ganze Zeit als Vertriebene beziehungsweise Geflüchtete gefühlt. Das Gefühl war immer präsent. In Yaffat al-Nassera gibt es eine lokale Liste der Geflüchteten aus Ma'alul, die sich an den Kommunalwahlen beteiligt. Nicht alle aus Ma'alul stammenden Menschen unterstützen die Liste. Zum Beispiel hat meine Familie, als sie in der Kommunistischen Partei war, die Liste nicht unterstützt. Aber die Existenz der Liste zeigt, wie präsent die Frage der Binnenvertriebenen ist. Es handelt sich dabei um etwas, das nicht nur im Bewusstsein vorhanden ist, sondern auch in der Realität.

Ich erinnere mich daran, wie ich in der vierten Klasse eine Arbeit über unsere Herkunft schreiben wollte und zu meiner Urgroßmutter mütterlicherseits, Salma, ging, um sie dazu

zu befragen. Ihre Reaktion auf meine Fragen war sonderbar. Sie sagte mir: «Geh weg. Das ist keine Arbeit für die Schule». Sie unterstellte mir, ich hätte die Aufgabe bestimmt nicht von der Schule, sondern von den Behörden, genauer gesagt von der nationalen Sozialversicherung erhalten. Auch die Tante meiner Mutter antwortete mir auf die gleiche Weise. Als ich meine Großmutter mütterlicherseits interviewen wollte, hat sie zunächst nicht wirklich mit mir kooperiert. Da war so eine Zweideutigkeit, und das machte mich neugierig. Was ist los? Wer sind wir? Was ist Ma'alul? Warum diese Zweideutigkeit? Was hat das mit der nationalen Sozialversicherung zu tun? Ich werde darauf noch zurückkommen.

Die Präsenz und Bedeutung von Ma'alul in unserem Leben lassen sich anhand einer Reihe von Erinnerungen aus meiner Jugend und Gesprächen mit meinen Großmüttern aufzeigen. An jedem freien Tag, an dem das Wetter schön war, sind wir nach Ma'alul gegangen, um zu grillen. Dort haben uns unsere Eltern erzählt, dass hier ein Fußballplatz war, dort das Haus von dem, und da das. Sie erzählten uns, an was sie sich durch ihre Eltern erinnerten.

Wenn meine Großmutter von Ma'alul erzählte, sprach sie hauptsächlich über die Menschen im Dorf und deren Verbundenheit. Eines der zentralen Elemente, die Ma'alul vor 1948 auszeichneten, zumindest den Erzählungen nach, war die starke gesellschaftliche Gemeinschaft. Zum Beispiel gab es den in Yaffat al-Nassera vorhandenen Rassismus zwischen Muslim*innen und Christ*innen in Ma'alul nicht. Dort waren die Beziehungen zwischen Muslim*innen und Christ*innen sehr gut. Ich erinnere mich daran, dass ich mit meiner Mutter in ein Krankenhaus ging, als ich in der 11. Klasse war. Dort traf sie jemanden, den ich nicht kannte. Sie sagte mir: «Das ist der Sohn meiner Tante Fatma.» Und ich dachte mir, wie kann meine Mutter eine «Tante Fatma» haben, Fatma ist ein muslimischer Name. [1] Dann hat uns meine Mutter erklärt, dass Großmutter Salma Tante Fatma, die Tochter der Nachbarn, gestillt hat, und so war Fatma für sie wie eine Tochter.[2] Diese Geschichten über die ganz besondere gesellschaftliche Verbundenheit der Menschen in Ma'alul, die sich so sehr von der Situation in Yaffat al-Nassera unterscheidet, hat mir immer das Gefühl gegeben, dass wir etwas Besonderes sind.

Meine Großmutter hat diese Verbundenheit wirklich sehr vermisst. Bis sie an Alzheimer erkrankte, war dies fast das Einzige, was sie von Ma'alul erzählte. Sie hat niemals über die Nakba oder über die Vertreibung gesprochen, sondern nur über das Leben davor. Wir haben zum Beispiel ein Video, in dem wir die Großmutter filmten, als sie darüber sprach, dass einst alle, einschließlich der Frauen, wussten, wie

Weizen geerntet wird, aber ihre Kinder heute dies nicht länger wissen. Während der Nakba nahm sie einige ihrer Tiere aus Ma'alul mit, hauptsächlich ein paar Ziegen. Ich erinnere mich daran, dass wir eine Woche getrauert haben, als eine Ziege meiner Großmutter gestorben ist. Die Ziege war ihre Verbindung zu Ma'alul. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass sie die ganze Zeit über den gesellschaftlichen Zusammenhang sprach, darüber, wie Hochzeiten und Feiertage gemeinsam gefeiert wurden und wie viel Solidarität und Verbundenheit es unter ihnen gab – viele schöne Geschichten über zwischenmenschliche Beziehungen, die einfach zerbrachen und verschwanden.

Warum haben sich diese Beziehungen in Yaffat al-Nassera nicht gehalten? Es ist doch ein nahe gelegenes und ähnliches Dorf, in dem viele Familien aus Ma'alul leben.

Weil sie zerbrachen. Die Menschen wurden gebrochen, die Dorfgemeinde wurde zerstört. Das war ein sehr großer Bruch. Sie wurden zerstreut, jeder ging an einen anderen Ort. Einige gingen nach Nazareth, und dort versteckten sich einige in der Kirche, während andere in Häusern unterkamen. Viele Familien flohen auf einen Berg, der später Berg Ma'alul genannt wurde, weil dort vor allem Familien leben, die aus Ma'alul vertrieben wurden. Meine Familie ging zunächst nach Nazareth und danach nach Yaffat al-Nassera.

Jedoch gab es immer etwas, worüber nicht gesprochen wurde. Nachdem meine Großmutter an Alzheimer erkrankte, begann sie, über die Vertreibung aus Ma'alul zu sprechen und die Jüdinnen und Juden, die sie aus Ma'alul vertrieben hatten, zu verfluchen. Vor der Krankheit habe ich sie niemals die Juden erwähnen gehört.

Wie wurde Deine Familie in dem Dorf, das nicht ihr Dorf war, aufgenommen?

Die Bewohner*innen von Yaffat al-Nassera haben die Geflüchteten nicht aufgenommen. Das heißt, sie haben sie aufgenommen, wir

leben ja dort, aber nicht ganz. Zum Beispiel war seit 1948 bis heute kein Geflüchteter aus Ma'alul (oder einem anderen Dorf) je Vorsitzender des Gemeinderats. Die Vorsitzenden des Gemeinderats gehörten immer zu Familien, die ursprünglich in Yaffat al-Nassera gelebt haben. Dies war 70 Jahre lang so, obwohl die Geflüchteten aus Ma'alul einen sehr großen Teil der Dorfbewohner*innen ausmachen. Wir haben keine Möglichkeit, Machtpositionen einzunehmen. Wir sind trotzdem in die Politik involviert, aber müssen immer hinter den Kulissen bleiben. Ich bin mir sicher, dass, wenn wir in Ma'alul wären, meine Familie heute in einer anderen Stellung wäre, was die Machtpositionen angeht. In meiner Familie gibt es Menschen, die politisch sehr aktiv sind, sich durch ihre politische Analyse und Kritik hervortun und auch praktisch als Berater*innen in verschiedenen Parteien und Listen fungieren – aber sie bleiben Berater*innen und treten niemals ins Rampenlicht.

Eine weitere Facette unseres Daseins als Geflüchtete ist die Tatsache, dass die Kinder der Familien aus Ma'alul alle studiert haben, weil dies ihre einzige Möglichkeit war, zu bleiben. Die wirtschaftliche Situation der ursprünglichen Bewohner*innen von Yaffat al-Nassera, die ihr Land und ihren Besitz nicht verloren hatten, war besser als die der Geflüchteten. Sie hatten Geschäfte in der Hauptstraße und dadurch Einnahmen. Sie brauchten keine Ausbildung. Aus wirtschaftlicher Sicht war es kein Gewinn, eine Geflüchtete zu sein, aber in Bezug auf Bildung und in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht war unsere Situation sehr viel besser.

Binnenvertriebene genießen auch ein gewisses Prestige, einen speziellen sozialen Status in der Ortschaft. Es ist, als ob gesagt würde: Alle Achtung! Obwohl Ihr von Eurem Land vertrieben wurdet, habt Ihr durchgehalten und es geschafft, hier zu bleiben. Und dann habt Ihr Euch aufgemacht zu lernen, und nun habt Ihr auch wirtschaftlich Erfolg. Darin liegt eine gewisse Ehre und diese Anerkennung erfüllt uns mit Stolz.

Wir können stolz darauf sein, aus Ma'alul zu stammen und Binnenvertriebene zu sein. Wenn ich Menschen begegne und sie meinen Familiennamen hören, ist das erste, was sie über mich denken, dass ich aus Ma'alul stamme, und das verschafft mir sofort Anerkennung.

Was sagt Dir der Begriff «weiter andauernde Nakba»?

Die Frage «Warum sind wir nicht zurückgekehrt?» hat mich immer sehr beschäftigt. Aber wenn ich an die «weiter andauernde Nakba» denke, denke ich nicht primär an das Recht, nach Ma'alul zurückzukehren, das uns bis heute verweigert wird, sondern an den großen Zusammenhang: die gegenwärtig stattfindenden Landenteignungen, die «Judaisierung» des Negev und Galiläas [siehe Glossareintrag], die jetzige Vertreibung – das ist die «weiter andauernde Nakba» für mich. Die Regierungspolitik, die arabische Ortschaften stranguliert und aktiv an ihrer Weiterentwicklung hindert, gehört meines Erachtens zur «weiter andauernden Nakba». Zum Beispiel gibt es in Yaffat al-Nassera einen Fußballplatz, für den Gemeindesteuern an die benachbarte jüdische Ortschaft Migdal HaEmek gezahlt werden müssen. Und in der arabisch-palästinensischen Stadt Nazareth gibt es ein Altenheim, das in der Stadt steht und den Bewohner*innen der Stadt dient, aber die Gemeindesteuern müssen an den benachbarten überwiegend jüdischen Ort Ober-Nazareth abgeführt werden. So entgehen den arabisch-palästinensischen Gemeinden große Summen, die ihnen dann fehlen. Die Verhinderung des Ausbaus arabischer Ortschaften ist eine anhaltende Katastrophe. Dass Hunderte von arabischen Kindern in Nazareth-Ilit leben, deren Eltern die Gemeindesteuern dort zahlen, es aber für sie dort keine arabische Schule gibt, ist auch ein Teil der «weiter andauernden Nakba». Ebenso, dass junge Paare heute keine Wohnung finden können. Sieh Dir jede beliebige arabische Ortschaft an und vergleiche sie mit der benachbarten jüdischen. Allein schon an den ganz offensichtlichen

Unterschieden erkennst Du die «weiter andauernde Nakba».

Was soll aus Euch, den Binnenvertriebenen, werden? Was wäre für Dich eine gerechte Lösung?

Mein Lebensmittelpunkt liegt im jüdisch-arabisch gemischten Jaffa, das als Teil Tel Avivs eingemeindet wurde, und ich bin mir nicht sicher, ob ich an einen anderen Ort ziehen möchte. Trotzdem müssen Menschen, die aus ihren Dörfern geflüchtet sind oder vertrieben wurden, das Recht haben, in eben diese Dörfer wieder zurückzukehren. Der Krieg endete vor 70 Jahren. Nicht alle palästinensischen Geflüchteten, die über die ganze Welt verstreut sind, wollen an den Ort zurückkehren, aus dem sie vertrieben wurden. Aber alle wollen Gerechtigkeit und das bedeutet, dass ihnen die Möglichkeit gegeben werden sollte, zu wählen: eine Entschädigung zu erhalten oder in ihr Land zurückzukehren oder wenigstens dazu berechtigt zu sein, zu kommen und das Land, das ihnen einst gehörte, zu besuchen.

Weil meine Familie ihren Besitz verloren hat, habe ich bis heute kein eigenes Zuhause. Ich fordere nicht unbedingt genau das Stück Land, das meine Familie verloren hat, aber ich will ein Stück Land. Ich fordere eine Entschädigung, die dem Wert dessen, was ich verloren habe, entspricht.

Die meisten Israelis, vielleicht auch die meisten Menschen auf der Welt, werden Dir entgegenhalten, dass Konflikte durch Kompromisse gelöst werden. Glaubst Du angesichts Deines Verständnisses der israelischen Realität und der israelischen Gesellschaft immer noch daran, dass die Rückkehr stattfinden muss? Gibt es für Dich einen Unterschied zwischen der Rückkehr der Binnenvertriebenen, die israelische Staatsbürger*innen sind, und der palästinensischen Geflüchteten weltweit?

Es wäre die Rückkehr aller Geflüchteten. Gerechtigkeit ist nur gerecht, wenn sie für alle gilt. Ich bin nicht

bereit, eine Situation zu akzeptieren, in der die israelische Regierung den Binnenvertriebenen etwas anbietet, was sie den anderen palästinensischen Geflüchteten nicht bereit ist, zu geben.

Der Kompromiss, zu dem ich bereit bin, beträfe die Art des Angebots und die praktische Umsetzung. Wie ich schon sagte, es kann sich dabei um eine gleichwertige Entschädigung handeln oder um eine wirkliche Rückkehr auf das ehemalige eigene Land; es kann auch das Recht sein, die alte Heimat zu besuchen, ein Recht, das allen Geflüchteten – mit Ausnahme derjenigen, die zu israelischen Staatsbürger*innen wurden – bisher verweigert wurde. Es ist mir klar, dass nicht alle Geflüchteten zurückkehren wollen, ebenso wie auch ich jetzt nicht in unser altes Dorf umziehen wollte, weil mein Leben hier in Jaffa ist. Aber die Menschen müssen das Recht haben, zu wählen und selbst zu entscheiden.

Was machst Du, um darauf hinzuwirken?

Meines Erachtens findet die aktuell wichtigste Aktivität bezogen auf Ma'alul an Ostern statt. Schon 14 Jahre lang kommen alle Menschen aus Ma'alul am zweiten Ostertag zu der Kirche im Dorf, in der eine religiöse und eine gesellschaftliche Zeremonie stattfindet und sich alle Familien treffen, alle von den noch lebenden Alten, die die Nakba erlebt haben, bis hin zu ihren Urenkel*innen. Wichtig ist auch das Sommerlager für Jugendliche, das jeden Sommer in Iqrit, einem anderen Dorf, das im Krieg von 1948 zerstört wurde und deren Bevölkerung Binnenflüchtlinge wurden, organisiert wird. Es ist ein ganz normales Sommerlager, das Besondere aber ist, dass es für die Kinder der ehemaligen Bewohner*innen von Iqrit auf dem Land und Grund und in den Ruinen des Orts stattfindet. Es handelt sich hierbei schon um die vierte Generation. Dies sind zwei Beispiele für Aktivitäten, die mit der Nakba verbunden sind, sich aber nicht mit dem Schmerz und den schmerzhaften Erinnerungen beschäftigen. Diese Aktivitäten bieten einen Rahmen

für Freude und Gemeinschaft. Unsere Geschichte hat nicht 1948 angefangen. Wir haben eine gute Ausgangsposition, von der aus wir unsere Ortschaft zu neuem Leben erwecken können.

Vor ein paar Jahren beteiligte ich mich an einer Gruppe, die versuchte, praktisch zu planen, wie die Rückkehr nach Ma'alul aussehen könnte. 1948 verließen ungefähr 800 Menschen Ma'alul, heute sind wir schon 7.000. Wir haben versucht, uns ganz konkret zu überlegen, wie das Dorf aussehen müsste, um all seinen Bewohner*innen dienlich zu sein. Es macht einen Unterschied, ob man über das Recht auf Rückkehr in abstrakter Form spricht oder über die praktischen Details der Rückkehr. Das führt zu einem Umdenken der Menschen. Zum Beispiel sagte mir einer meiner Onkel in der Vergangenheit: «Lass das doch, wir werden nicht zurückkehren. Wenn es möglich wäre, wären wir schon längst zurückgekehrt.» Aber wenn Du Menschen einen konkreten praktischen Plan vorlegen kannst, wie die Rückkehr aussehen kann, dann ändert das wirklich etwas in ihrem Bewusstsein. Sie verstehen, dass es möglich ist, dass es funktionieren kann.

Aber meines Erachtens kann die zweite Generation das nicht machen. Diese Generation hat verloren, sie ist eine geschlagenen Generation. Die Militärregierung [siehe Glossareintrag] hat sie klein gekriegt, und dieser Defätismus begleitet sie ihr ganzes Leben. Sie können ihre Wunschvorstellung nicht verwirklichen. Die dritte Generation, zu der ich gehöre, wird es vielleicht schaffen. Jedoch ist mir klar, dass ich dazu in Yaffet al-Nassera, in der Nähe von Ma'alul sein müsste, um in diesem Kampf etwas zu bewegen. Aber ich bin nicht dort.

Trotz seiner Wichtigkeit scheint es nur wenige Menschen zu geben, die diesen Kampf führen, ihn zu ihrem Hauptanliegen machen. Zum Beispiel kämpfen die Menschen im Negev sowohl mit Gerichtsverfahren als auch mit öffentlichen Kampagnen um ihren Anspruch auf Land, das der Staat nicht anerkennt. In Jaffa

kämpfen Menschen sowohl auf dem Rechtsweg als auch mit Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit seit Jahren gegen Zwangs-räumungen und die Abrisse ihrer Häuser. Organisieren Binnenvertriebene ähnliche Kampagnen?

Es gibt keine praktischen Strategien in diesem Kampf, weder gegenüber dem Staat noch in anderer Hinsicht. Der Grund ist meines Erachtens die Tatsache, dass die zweite Generation ihre Niederlage akzeptiert hat. Wenn ich meinen Vater bitten würde, mir die Grundbuchauszüge unseres Landbesitzes zu geben, um damit etwas zu unternehmen, würde er sie mir nicht geben, weil er nicht glaubt, dass es funktionieren könnte. Der Kampf der Binnenvertriebenen ist heute hauptsächlich nostalgisch, ohne eine Handlungsstrategie, die auf Veränderung ausgerichtet ist. Auch meine Generation akzeptiert in gewissem Sinne die Tatsache, dass sie nicht zurückkehren wird. Die Rückkehr ist eine Idee, mit der sie zuweilen spielen. Wir entwickeln einen konkreten Plan für die Rückkehr, wir organisieren Aktivitäten an Ostern. Aber es werden keine praktischen Schritte zur Verwirklichung ergriffen.

Warum ist das so?

Der Alltag frisst uns auf. Die «weiter andauernde Nakba», über die wir schon gesprochen haben, frisst unsere Zeit und unsere Kräfte auf. Wir kämpfen darum, zu «bleiben», darum, zu überleben. Zu Beginn des Interviews erzählte ich, dass meine Urgroßmutter dachte, ich käme im Auftrag der nationalen Sozialversicherung zu ihr. Was meinte sie damit? Sie befürchtete, sie könne ihre gesetzliche Rente verlieren, wenn sie über die Nakba spricht, und deshalb wollte sie damals nicht mit mir darüber reden. Sie war davon überzeugt, dass dieser Zusammenhang besteht. Sie wollte überleben und machte deshalb das dafür Erforderliche: Sie klammerte sich an das jetzige Leben und an das Heute.

Übersetzt von

Ursula Wokoeck Wollin

Das Interview führte **Hana Amoury**, Projektmanagerin im Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Anmerkungen

- 1 Rawan Bisharat und ihre Familie sind Christen.
- 2 In der arabischen Kultur gelten Menschen, die in ihrer Kindheit von derselben Frau gestillt wurden, als Geschwister und dürfen zum Beispiel einander nicht heiraten.

Sadaka-Re'ut

Partnerschaft arabischer und jüdischer Jugendlicher

Sadaka-Re'ut (Arabisch und Hebräisch für Freundschaft) ist eine binationale jüdisch-palästinensische Organisation, die 1983 gegründet wurde und sich seitdem um die Förderung einer egalitären, binationalen und multikulturellen Gesellschaft bemüht, die auf sozialer Gerechtigkeit und gegenseitiger Solidarität beruht. Sadaka-Re'ut ist der Überzeugung, dass eine echte arabisch-jüdische Partnerschaft möglich ist, wenn die der gegenwärtigen Realität inhärenten Ungerechtigkeiten als solche anerkannt werden, die Verantwortung dafür übernommen und darauf hingearbeitet wird, diese zu beheben. Weiterhin glaubt Sadaka-Re'ut, dass nur ein gemeinsamer, auf Solidarität basierender Kampf zu einer neuen, gemeinsamen Zukunft für die beiden Völker und für andere in Israel lebende Minoritäten führen kann. Sadaka-Re'ut schafft eine Alternative zu der bestehenden Realität des Konflikts und eine immer größer werdende Gemeinschaft von palästinensischen und jüdischen Aktivist*innen, die sich für eine Partnerschaft entscheiden und handeln, um diese zu verwirklichen.

Sadaka-Re'uts pädagogischer Ansatz beruht auf drei Grundprinzipien:

- 1.** Er kombiniert einen nationalen Zusammenhang mit einem binationalen: Der nationale Rahmen bietet den Teilnehmer*innen an den Programmen von Sadaka-Re'ut einen sicheren Raum, in dem sie Themen, die direkt mit ihrer nationalen Bevölkerungsgruppe verbunden sind, diskutieren können. Die binationalen Treffen bieten einen Raum, in dem die Gruppen zusammenkommen und die Kultur, Ansichten und Lebensumstände des jeweils anderen kennenlernen können, wodurch ihre Überzeugung, dass Partnerschaft sowohl ein Mittel für die Herbeiführung eines sozialen Wandels als auch eine Zukunftsvision ist, bestärkt wird.
- 2.** Politische Bildung: im Sinne der kritischen Pädagogik von Paulo Freire, der Bildung als Mittel zur Veränderung der Gesellschaft begriff. Sadaka-Re'ut bemüht sich, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Wissen und Werkzeuge zu vermitteln, die es ihnen ermöglichen, die Gesellschaft kritisch zu betrachten, die vorherrschenden Narrative des Konflikts infrage zu stellen, Ungerechtigkeiten zu erkennen und sich ihnen zu widersetzen sowie gesellschaftliche und politische Alternativen zur gegenwärtigen Situation zu entwickeln.
- 3.** Der Übergang von persönlicher Veränderung zu aktivem Engagement: Praktische Erfahrung in Aktionen, die auf gesellschaftlichen Wandel zielen, ist der beste Weg für die Teilnehmer*innen, vom Dialog zu lernen, die Veränderungen in ihren Ansichten, die sie erleben, zu internalisieren, und an ihre Möglichkeit, Veränderung zu bewirken, zu glauben. Die Mentor*innen in den Programmen von Sadaka-Re'ut empfehlen den Teilnehmer*innen, sich auf der lokalen kommunalen Ebene aktiv zu engagieren. Auf diese Weise lernen die Teilnehmer*innen, das Persönliche und das Lokale mit dem größeren strukturellen und politischen Kontext zu verbinden. Hunderte von Sadaka-Re'ut Absolvent*innen haben sich inzwischen Bewegungen und Organisationen für gesellschaftliche Veränderung angeschlossen und setzen dort ihr aktives Engagement fort.



Standfoto aus dem Film
Sallah Shabati, Israel, 1964.
Foto: IMDb

Sallah, hier ist Eretz Israel!

Tali Konas

Eine neue Doku-Serie über die Benachteiligung der Mizrachim in den Jahren der Staatsgründung entfacht eine hitzige Debatte, die davon zeugt, dass das Thema kaum an Brisanz verloren hat.

Eine der bekanntesten Filmfiguren Israels heißt Sallah Shabati. Er ist die Titelfigur in einer gesellschaftlichen Satire von 1964, die seine Geschichte und die Geschichte Israels in den 1950er Jahren erzählt. Im Film (Drehbuch und Regie: Ephraim Kishon, 1964) kämpft Sallah, ein Neueinwanderer aus einem nicht näher definierten «Orient», für bessere Verhältnisse im sich herausbildenden Staat der 1950er Jahre, der hauptsächlich von Aschkenasim, europäischen Jüdinnen und Juden, beherrscht wird.

Für lange Zeit stellte Sallah Shabati im israelischen kollektiven Bewusstsein den Mizrachi, den Orientalen per se, dar, obwohl oder vielleicht sogar weil der Hauptdarsteller, Regisseur und Produzent selbst osteuropäischer Abstammung waren und folglich zu den «Herren des Landes» gehörten. Denn schließlich ist alles eine Frage der Blickwinkel: Wurden osteuropäische Jüdinnen und Juden sogar von ihren Glaubensgenoss*innen in Berlin oder Wien als kulturlose «Ostjuden» herablassend behandelt, ja mitunter angefeindet, so konnten sie in der neuen Heimat, in Eretz Israel, den negativ geprägten Begriff Osten umdefinieren: Sie erklärten sich kurzerhand zu «echten» Europäer*innen

und stempelten jene Jüdinnen und Juden aus muslimisch geprägten Ländern als die neuen «Ostjuden» ab. Der abwertende Begriff «Ostler» wurde also im israelischen Diskurs umgedeutet. Mizrachim heißt zwar auf Hebräisch wörtlich «Ostler», galt und gilt aber nicht für alle, die aus dem Osten etwa Europas kommen, sondern ausschließlich für diejenigen, die aus dem «Orient» kommen. Das hatte handfeste kulturelle, aber auch sozioökonomische Folgen.

Der Film Sallah Shabati erzählt also die Geschichte dieses einen Mizrachi, der im sogenannten Ma'abara (Durchgangslager – die Bezeichnung der Lager, in denen Neueinwander*innen in den 1950er Jahren oft für lange Zeit untergebracht wurden) gezwungenermaßen und arbeitslos sein Dasein fristet und das Leben seiner Familie vergeblich zu verbessern versucht. Die Figur Sallah Shabati ist wahrscheinlich jedem Erwachsenen in Israel bekannt. Bis heute steht er als Chiffre für die gesellschaftlichen Verhältnisse in Israel zu einer Zeit, in der die Spaltung zwischen Jüdinnen/Juden aus Europa und Jüdinnen/Juden aus Nordafrika und dem Nahen Osten unüberbrückbar schien. Während der Film für einige aber als die erste

öffentliche Kritik an der diskriminierenden Politik des Staates Israel gegenüber Jüdinnen und Juden aus muslimischen Ländern, sogenannten Mizrachim, gilt, ist die Darstellung des Protagonisten im Film für andere nichts weiter als eine Wiederholung, eine höhnische Verankerung der bestehenden Vorurteile gegenüber den Mizrachim. Nicht umsonst wird der altmodische, etwas lächerlich wirkende Sallah, der sich offenbar nicht in der neuen Realität einfinden kann und immer wieder gegen Wände läuft, was für viele humoristische Situationen sorgt, von den Herren des Landes, den Aschkenasim, ständig daran erinnert: «Sallah, hier ist Eretz Israel.»

Der Name Sallah Shabati wurde so sehr zum Symbol, dass jetzt eine viel diskutierte Fernsehserie über die Mizrachim in Israel ausgestrahlt wurde, die die von Ephraim Kishon erfundene Figur im Titel führt. «Sallah, hier ist Eretz Israel» ist eine vierteilige Doku-Serie, die versucht, die Lage der Mizrachim in Israel seit der Staatsgründung bis heute kritisch nachzuvollziehen. Und es wird klar, dass das Thema nichts an Aktualität verloren hat. Dies zeigt sich am deutlichsten in der öffentlichen Debatte um die Serie, die seit ihrer Ausstrahlung im Februar 2018 in den israelischen Medien heftig diskutiert, analysiert, gelobt und kritisiert wird. Nur kommen diesmal echte Menschen zu Wort. Denn die Protagonist*innen der Serie sind Einwohner*innen der ehemaligen Ma'abara im Süden Israels Jerocham, das zu einer der strukturschwächsten und benachteiligten Städte Israels geworden ist. Auch die Forscher*innen und Expert*innen in der Serie stammen meist von Mizrachim ab und der Schöpfer und Regisseur ist David Deri, der selbst in Jerocham aufgewachsen ist, wo seine aus Marokko immigrierten Eltern in den 1950er Jahren willkürlich angesiedelt worden waren.

Gewusstes, Bewusstes, Verdrängtes: Die Benachteiligung der Mizrachim

Man möchte meinen, dass wir uns nun im Jahr 2018 befinden: Die Kulturministerin ist eine stolze Mizrachi, dazu noch eine Frau; die seit Jahrzehnten ignorierte orientalische jüdische Kultur und Geschichte wird in systematischer Weise in das israelische Bildungssystem eingebunden; die sozioökonomischen Diskrepanzen werden kleiner; Künstler*innen und Intellektuelle beschäftigen sich mit den lang unterschätzten geistigen Leistungen und der Tradition der Mizrachim. Und doch: Das Thema will und will nicht verschwinden. Denn das, was in der Serie gezeigt wird, ist bekannt und unbekannt, bewusst und verdrängt, überraschend und schon längst bereut. Die Diskriminierung der Mizrachim in Israel ist also offensichtlich kein neues Thema – und trotzdem erregt es immer wieder Aufsehen. Man wusste ja – oder doch nicht ganz? –, dass diese Menschen bereits im Ausland von den israelischen Behörden belogen worden waren, damit sie nach Israel kommen, dass sie danach gegen ihren Willen in den unbesiedelten Gebieten im Süden Israels wohnen mussten. Man wusste ja, dass ihnen dort nur kümmerliche Behausungen, dürftige Schulen, keine Arbeitsperspektiven, keine Freizeitmöglichkeiten angeboten wurden. Man wusste, dass sie vom wohlhabenden Zentrum ferngehalten

wurden, dass diejenigen, die aus dem Süden weg wollten, abgehalten, bedroht und schikaniert wurden. Während für Immigrant*innen aus Europa neue Wohngegenden im reichen Tel Aviv errichtet wurden, stempelte man die anderen Siedlungen, später Entwicklungsstädtchen genannt, als Slums ab. Die als «lernbehindert» etikettierten Kinder wurden fast schon automatisch in die Lehre geschickt, anstatt ihnen weitere Schulbildung zukommen zu lassen. Aber wusste man, dass diese Genese, die die «Entwicklungsstädtchen» zur berüchtigten «Peripherie» gemacht hat und die Mizrachim mit Armut, Rückständigkeit, Unbildung, später auch mit Gewalttätigkeit und Verbrechen in Verbindung brachte und sie damit stigmatisierte, dass diese Genese von einer offiziellen Politik herrührte?

Genau dies behauptet die Doku-Serie «Sallah, hier ist Eretz Israel» und weckt damit mit Absicht schlafende Hunde. Und zwar mit mannigfaltigen Mitteln: Nicht nur persönliche Geschichten kommen hier zur Sprache, sondern auch behördliche Protokolle, amtliche Zeugnisse und dienstliche Quellen werden angeführt, die keinen Zweifel an der Tatsache lassen, dass die Diskriminierung bewusst, systematisch und staatlich geplant war, dass die Mizrachim vom den zionistischen Staatsorganen in hohem Maße instrumentalisiert wurden. In einem Interview erzählt der Schöpfer der Serie, David Deri, von den vielen Zuschriften, die er von entsetzten und wütenden Mizrachi-Zuschauer*innen bekommt, deren Weltbild zerbrochen ist. «Die Leute erleben eine Art Schock», sagt er, «die Aufdeckung dieser Materialien hat in ihnen ein Gefühl verpasster Chancen hervorgerufen, einen Stich ins Herz gegeben. Das gilt besonders für die zweite Generation, zu der ich gehöre. Sie bedauern, dass sie ihr ganzes Leben lang ihren Eltern Vorwürfe gemacht und nicht auf die Geschichte gehört haben, die diese ihnen erzählen wollten. Denn die Protokolle beweisen schlicht und einfach, dass es einen Plan gab, dass die getroffenen Entscheidungen zur Bevölkerungsverteilung vielen Menschen damals bewusst waren. Das verändert die ganze Geschichte, mit und in der wir aufgewachsen sind, völlig. Wir müssen dafür kämpfen, dass die Darstellung in den Geschichtsbüchern geändert wird. Die wahren Geschichten Hunderttausender, die in den 1950er und 1960er Jahren nach Israel eingewandert sind, die sich der zionistischen Idee am hingebungsvollsten gewidmet und einen hohen Preis dafür bezahlt haben, wurden ausgelöscht.»

Für diese Entwicklung wird hauptsächlich der Arbeiterpartei Mapai die Schuld gegeben, die von 1948 bis 1977 regierte und hauptsächlich von Aschkenasim geführt wurde. Wie kam es dazu? Was war der Grund dieser Ungleichbehandlung? Hier kommt wieder die Ideologie ins Spiel. Denn 1948 wohnten 80 Prozent der jüdischen Bevölkerung des jungen Staates in den großen Städten des Landes, ein Drittel davon in Tel Aviv. Die Negev-Wüste, die 60 Prozent des Staatsgebiets ausmacht, war fast nur durch Beduinen bevölkert. «Wir müssen die Wüste begrünen», sagte der erste Premierminister David Ben Gurion und schickte die neuen Einwanderer*innen aus den muslimischen Ländern in die Wildnis. «Wir brauchen so viele Menschen wie möglich,» hieß es in einem in der Serie zitierten Sitzungsprotokoll der Regierung jener Zeit, «um das Land ganz zu

füllen, nicht nur um Menschen aus der Diaspora zu retten, sondern vor allem auch um das Land selbst zu retten, damit es nicht leer bleibt.» Einer der Interviewpartner in der Serie, der ehemalige Leiter der israelischen Planungsabteilung, erklärt, dass in Israel nach der Schoah und dem Krieg von 1948 der nationale Kampf, das kollektive Bestreben um die Erschaffung einer Nation, viel wichtiger war als alles andere und ganz sicher mehr wog als das individuelle Leben von Einwanderer*innen, die laut einem weiteren staatlichen Protokoll «von niedrigerem moralischen Gewicht, niedrigerem sozialen Niveau und niedrigerem ideologischen Rang [sind], die das Land in die Tiefen einer levantinischen Gesellschaft auf einem Niveau stürzen könnten, welches mit dem der Völker der Region vergleichbar ist». In den 1950er Jahren war politische Korrektheit ja noch nicht in Mode.

Ein Zuhause per Zwangsansiedlung für Mizrachim – auf Kosten der Beduinen

Die «leeren» Gebiete mussten nämlich unbedingt besiedelt werden, um sie vor einem eventuellen Einmarsch der arabischen Mächte zu verteidigen. Es ist also kein Zufall, dass die Ma'abarot an militärstrategisch bedeutenden Stellen aufgebaut wurden, worauf einer der von Deri befragten Forscher hinweist. Was aber in der Serie nicht erwähnt wird, ist, dass diese leeren Gebiete gar nicht so leer waren. Denn vor dem Krieg von 1948 lebten im Negev etwa 90.000 Beduinen, die dort als Halbnomaden ihre Schafe hüteten und ihr Land bearbeiteten. Während des Krieges sind die meisten von ihnen geflohen oder wurden vertrieben, manche aber kehrten nach dem Krieg zurück zu ihrem Ackerland und ihren Weidegründen, sodass es im Jahr 1951 etwa 12.000 Beduinen im Negev gab. Diese Beduinen wurden aber «aus Sicherheitsgründen» gezwungen, sich in einem bestimmten Bereich im nördlichen Negev zu konzentrieren, dessen südliche Grenze die kurz davor von der israelischen Armee besetzte Stadt Beerscheba war. Da der Teilungsplan der Vereinten Nationen von 1947 den nördlichen Negev ursprünglich dem künftigen arabischen und nicht dem jüdischen Staat zugedacht hatte, war es nun besonders wichtig für Israel, dieses Gebiet mit Jüdinnen/Juden zu besiedeln. Im Jahr 1953 wurde dementsprechend ein Gesetz verabschiedet, das die Enteignung von Landgebieten der Beduinen gegen Entschädigung ermöglichte, deren Eigentümer 1948 aus diesen Gebieten geflohen waren. Auf diesen Gebieten wurden dann jüdische Dörfer und Kleinstädte aufgebaut sowie Naturreservate und Militärbasen errichtet. Auf einem solchen konfiszierten Gebiet wurde auch die Ma'abara Jerocham gegründet.

Im Namen des Staates haben also einige ihr Zuhause verloren und andere ein unerwünschtes bekommen, aber doch ein Zuhause, sagen diejenigen, die die Empörung der Mizrachim angesichts dieser Geschehnisse kritisieren. Die Argumente sind meistens in der Sprache des Staats formuliert: dass es keine Alternative gab, dass das junge Land eine Flut von Menschen aufnehmen musste, dass Israel heute unter anderem wegen dieser Siedlungen stark und geschützt sei und Jüdinnen/Juden endlich ein Zuhause haben. In einer Selbstreflexion am Ende der Serie, nachdem

sich alle Teilnehmer*innen das verfilmte Resultat zusammen angesehen haben, wird aber noch etwas klar: dass diese Debatte nicht nur zwischen Mizrachim und Aschkenasim geführt wird, sondern auch innerhalb der Mizrachim selbst. So etwa steht eine ältere Frau aus Jerocham nach der Vorführung auf und will gehen. Spürbar verärgert sagt sie, und zwar ironischerweise in marokkanischem Arabisch, dass sie seit 1955 in Israel lebe, dass Eretz Israel das Beste sei, man nichts gegen den Staat sagen dürfe. «Wir haben alles gehabt, alles war gut.» Eine andere versteht nicht, warum man jetzt gegen den Staat protestieren solle – «Hauptsache, wir haben ja jetzt ein Zuhause, wir leben.» Andere werfen diesen Frauen ihre Gleichgültigkeit vor, empören sich erneut über die Ungerechtigkeiten, die ihnen gerade gezeigt wurden. Eine etwa 20-jährige Frau sagt, sie habe jetzt das Gefühl, diese Erfahrungen selbst gemacht zu haben, dass diese Diskriminierung noch nicht zu Ende sei, dass ihre Identität sich nun neu bilden muss. Unter diesen Zuschauer*innen wird eine innere Spannung erkennbar – während einige der Menschen, die die ganze Geschichte erlebt haben, sich nachsichtig und eher versöhnlich zeigen, gehen hauptsächlich die zweite und dritte Generation auf die Barrikaden.

In dieser Auseinandersetzung kündigt sich schon die öffentliche Debatte an, die nach der Ausstrahlung der Serie ausgebrochen ist. Neben der Empörung von Mizrachim und Aschkenasim über die gezogenen Schlüsse und getroffenen Diagnosen beschuldigten manche Kritiker*innen den Regisseur David Deri der Manipulation und Fälschung. Er habe Dinge aus ihrem Kontext gerissen und sie in einer populistischen und einseitigen Weise gezeigt. Zudem warfen sie ihm vor, er hetze die Mizrachim faktisch gegen die Aschkenasim auf – obwohl auch diese Kritiker*innen zugeben mussten, dass die beschriebene Diskriminierung nicht zu leugnen ist. Warum sich jetzt empören, sagen sie, wenn das Unrecht doch wiedergutmacht wird? Ja, warum denn? Darauf gibt es immer noch viele verschiedene Antworten. Eine davon ist vielleicht die Aussage eines der Befragten, die, wenn sie die Mizrachim heute vielleicht auch nicht mehr betrifft, immer noch aktuell ist: Weil manche Menschen das Recht haben, ihr Schicksal zu wählen, andere aber eben nicht.

Tali Konas ist Projektmanagerin im Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Eine dreifache Funktion: Die Rosa-Luxemburg- Stiftung in Israel

Ausgehend vom Selbstverständnis der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Diskussionsforum für kritisches Denken und politische Alternativen sowie eine Forschungsstätte für eine progressive Gesellschaftsentwicklung im Sinne eines demokratischen Sozialismus zu sein, arbeitet das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung entlang dreier Arbeitsstränge, die unserer Aufgabe als Verbindungsbüro der Stiftung entsprechen: partnerschaftliche Kooperation mit progressiven Akteuren vor Ort, die für eine solidarische Gesellschaft und für internationale Solidarität und Frieden kämpfen; die Vernetzung lokaler Kräfte und Kämpfe mit ihren Entsprechungen in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt im Sinne eines solidarischen Internationalismus; schließlich möchten wir eine Plattform für Information, Analyse und Debatte sein, um die progressiven Stimmen aus Israel im Ausland und die anderen aus dem Ausland in Israel hörbar zu machen.

Partnerschaftliche Kooperation mit progressiven Akteuren vor Ort

Gesellschaft und Politik in Israel sind gegenwärtig durch drei Faktoren geprägt, die sich gegenseitig verstärken: die lang anhaltende Besatzung der Palästinensergebiete bei gleichzeitiger völkerrechtswidriger Ausweitung der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die zur systematischen Entrechtung der dort lebenden Palästinenser*innen führt; eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Erosion des Wohlfahrtsstaats und die Vertiefung sozialer Disparitäten zur Folge hat; sowie ein schleichender Prozess der Entdemokratisierung, bei dem demokratische Grundwerte infrage gestellt, Bürgerrechte abgebaut und dadurch inhärente Widersprüche, insbesondere zwischen jüdischer Bevölkerungsmehrheit und arabisch-palästinensischer Minderheit, verstärkt werden. Folglich ist ein rechtsnationalistischer Diskurs, mit der Siedlerbewegung als stärkster Lobby des Landes an der Spitze, hegemonial geworden, während sich die progressiven Kräfte in einer aussichtslos erscheinenden Defensive befinden.

Kernpunkt unserer Arbeit ist deshalb die partnerschaftliche Kooperation mit israelischen Initiativen, zivilgesellschaftlichen und Graswurzelorganisationen, gewerkschaftsnahen, akademischen und Kulturinstitutionen, die sich für die politische Inklusion aller gesellschaftlichen, ethnischen oder nationalen Gruppen, für solidarische sozioökonomische Verhältnisse sowie für eine gerechte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und ein

besseres Verständnis für die unmittelbaren Nachbarn Israels eintreten und Alternativen gegen rassistische, sexistische und militaristische Strukturen entwickeln.

Dabei schließt unsere Unterstützung das Bewusstsein um die ambivalenten Folgen unserer Intervention ein. Aus diesem Grund importieren wir keine Projekte, sondern fördern lokale Strukturen und Initiativen. Im Geiste dieses kooperativen Ansatzes lassen wir etwa unseren Partnern vor Ort auch das Initiativrecht, wenn es um die Nutzung unserer Räumlichkeiten geht: Diese stehen einer breiten linken Öffentlichkeit zur Verfügung, und Hunderte von Menschen nehmen monatlich an verschiedenen Veranstaltungen teil, deren Spektrum von öffentlichen Veranstaltungen linker Graswurzelorganisationen über interne Versammlungen progressiver Nichtregierungsorganisationen, Beratungen für sich selbst organisierende Geflüchtete aus der Subsahara und Workshops für russische Blogger bis hin zu Buchvorstellungen und Filmvorführungen reicht.

Vernetzung lokaler Kräfte und Kämpfe mit ihren Entsprechungen in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt im Sinne eines solidarischen Internationalismus

Als Teil eines sich internationalistisch verstehenden Netzwerks sind wir bestrebt, Räume für Dialog und Kooperation zu öffnen, die auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen basieren. Wir verstehen den Austausch über progressive Politik und Strategien als eine Chance, voneinander zu lernen und gemeinsam eine solidarische Zukunft zu gestalten. Deshalb legt die Rosa-Luxemburg-Stiftung besonderen Wert darauf, lokale Akteure mit gleichgesinnten Akteuren aus Deutschland, Europa und der ganzen Welt zu vernetzen.

Besonderer Schwerpunkt hierbei sind die deutsch-israelischen Beziehungen, über die der dunkle Schatten der Schoah liegt und denen folglich ein besonderer und komplexer Charakter innewohnt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung setzt sich entschieden gegen jede Erscheinungsform des Antisemitismus ein und ist dem Erbe Rosa Luxemburgs verpflichtet, einer Jüdin, die zeitlebens Ziel antisemitischer Angriffe war. Das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt die Begegnung und den Dialog zwischen israelischen und deutschen Expert*innen, Akademiker*innen, Aktivist*innen und Politiker*innen sowie einem allgemein interessierten Publikum mit Nachdruck.

Plattform für Information, Analyse und Debatte

Krieg, Gewalt, ungerechte soziale und wirtschaftliche Verhältnisse fallen nicht vom Himmel, sondern haben ihre Ursache in Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen. Doch eine bessere Welt ist möglich. Sie bedarf allerdings einer kritischen Öffentlichkeit, die eben diese Rahmenbedingungen zu durchdringen versucht. Daher ist eine aktive und kritische Öffentlichkeitsarbeit eine der zentralen Aufgaben der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist einerseits darum bemüht, unterschiedliche Stimmen des kritischen Israels hörbar zu machen: durch eine hierfür eigens eingerichtete Webseite und durch Veranstaltungen und Begegnungen. Damit soll eine nicht israelische Öffentlichkeit die Gelegenheit bekommen, Innansichten hiesiger Verhältnisse und Kämpfe zu erhalten und lokale Akteure kennenzulernen.

Andrerseits unterstützen wir lokale Plattformen und Akteure – Medien, Institutionen und Organisationen – dabei, hiesigen Öffentlichkeiten Stimmen aus dem Ausland zugänglich zu machen, die von einem menschenwürdigen Leben, überall gültigen Bürger- und Menschenrechten, sozialer Verantwortung und institutionalisierten Gemeinütern, die für alle da sind, im Sinne einer transnationalen Gegenöffentlichkeit sprechen.

Unsere Partner vor Ort: Eine Auswahl

Zentrum für humanistische Erziehung

1995 nahm das Zentrum für humanistische Erziehung (CHE) im Haus der Ghettokämpfer seine Arbeit auf. Seitdem hat es mit seinen einzigartigen Bildungsangeboten einen völlig neuen Ansatz des Holocaust-Gedenkens entwickelt. Mit seiner universalistischen Perspektive auf den Holocaust, den es als eine spezifische Krise in der Menschheitsgeschichte versteht, fordert es dazu heraus, sich grundsätzlichen Fragen und Dilemmata gesellschaftlichen und menschlichen Verhaltens zu stellen. Das CHE ist überzeugt davon, dass ein solcher Zugang zum Holocaust deutlich machen kann, wie wichtig humanistische und demokratische Werte sind. Es will damit auch einen Beitrag leisten zum Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und die Gleichgültigkeit dem Leiden anderer gegenüber sowie das moralische Urteilsvermögen und den Verantwortungssinn in der Gesellschaft stärken.

Das pädagogische Team von CHE setzt sich aus jüdischen und arabischen Fachkräften zusammen. Die Angebote des Zentrums richten sich an Lehrer*innen und Schüler*innen unterschiedlichster Herkunft: jüdisch, muslimisch, christlich oder drusisch, aus Dörfern, Kibbuzim, Klein- und Großstädten im Norden von Israel.

Die Arbeit von CHE orientiert sich an folgenden pädagogischen Grundprinzipien: Der Lehr- und Lernprozess richtet sich an den Bedürfnissen der Teilnehmenden aus; die

Teilnahme an den Bildungsangeboten erfolgt freiwillig; der Lehr- und Lernprozess besteht aus verschiedenen Schritten: von homogenen Gruppen hin zu einem multikulturellen Bezugssystem; der Prozess ist langfristig angelegt. Es werden aufeinander aufbauende Workshops, Seminare und Studiengruppen angeboten.

Damit möchte CHE verschiedensten Zielgruppen Kenntnisse über den Holocaust und ein Verständnis von den Hintergründen und seiner universellen und gegenwärtigen Bedeutung vermitteln, die Sensibilität der Menschen und ihr ethisches Urteilsvermögen hinsichtlich der Unterdrückung von Minoritäten und Verstößen gegen Menschen- und Bürgerrechte stärken sowie für demokratische Rechte und soziales Engagement sowie für eine tolerantere und gerechtere Gesellschaft in Israel eintreten.

Sozialökonomische Akademie

Eine Gruppe von Akademiker*innen und Aktivist*innen gründete 2004 die Sozialökonomische Akademie (SEA). Ihr Ziel war es, eine kritische Diskussion über die israelische Wirtschaftspolitik zu eröffnen und soziales Engagement in Israel zu fördern. Seit Mitte der 1980er Jahre verfolgen die israelischen Regierungen eine neoliberale Wirtschaftspolitik, die zu wachsender Ungleichheit und größerer Armut führt. Immer mehr Menschen in Israel fällt es schwer, mit ihrem Einkommen über die Runden zu kommen. Diese Menschen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen und resignieren: Sie glauben nicht mehr daran, politische Entscheidungen verstehen oder gar beeinflussen zu können.

Die neoliberale Ausrichtung der israelischen Wirtschaftspolitik findet trotz ihrer negativen Folgen bei weiten Teilen der Bevölkerung Zustimmung. Die Gründer*innen der SEA führen das auch darauf zurück, dass eine öffentliche Debatte über diese Politik und mögliche Alternativen bislang fehlte. Auf dieses Defizit antwortet die SEA mit ihrem politischen Bildungsprogramm. Denn für eine Umgestaltung der israelischen Gesellschaft sind sowohl Bildungsarbeit als auch politisches Engagement nötig, die Verbreitung von Ideen und Idealen sozialer Gerechtigkeit ebenso wie praktisches, auf konkrete Veränderung zielendes Handeln.

Die SEA bietet Kurse zu vier Themenbereichen an: zum Arbeitsmarkt und zu gewerkschaftlicher Organisierung, zu alternativer Wirtschaftspolitik, zu Alternativen israelischer Sozialpolitik sowie zu politischem Engagement auf kommunaler Ebene. Akademiker*innen und Aktivist*innen mit praktischer Erfahrung leiten die Workshops der Akademie. Mehr als 70.000 Menschen aus allen ethnischen Gruppen und sozialen Schichten der israelischen Gesellschaft haben bisher die Angebote der SEA wahrgenommen.

Momentan baut die Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit der SEA ein großes internationales Projekt auf, das Peer-Learning und Netzwerken für effektive gewerkschaftliche Arbeit und für Kämpfe und Kampagnen zur Verteidigung der Rechte von Arbeitnehmer*innen ermöglicht.

Adva-Zentrum

Das Adva-Zentrum führt sozialpolitische Analysen durch. Es verfolgt dabei ein politisches Ziel: Mit der Veröffentlichung der Studien und Analysen soll die öffentliche Diskussion beeinflusst werden, um Gleichheit und soziale Gerechtigkeit in Israel zu fördern. Das Zentrum wurde 1991 gegründet, unter anderem von Feminist*innen und Aktivist*innen im Kampf um die Gleichberechtigung von Mizrachim und Palästinenser*innen in Israel. Adva arbeitet zu einer Vielzahl von Themen: zu Haushaltsfragen und Steuerpolitik, zum Erziehungs- und Gesundheitswesen, zum Wohnungsmarkt, zu den Bereichen soziale Sicherheit, Wohlfahrt und öffentlicher Verkehr. Generell kritisiert Adva die seit Mitte der 1980er Jahre in Israel betriebene neoliberale Politik, vor allem die Privatisierungstendenzen und den Abbau staatlicher Sozialleistungen. Die Studien untersuchen die Auswirkungen dieser Politik auf die israelische Gesellschaft und formulieren Empfehlungen für eine politische Linie, die das sozioökonomische Gefälle vermindert und angemessene Sozialleistungen für alle sichert.

Advas Publikationen umfassen Jahresberichte über die sozioökonomischen Entwicklungen in Israel im Allgemeinen und auf dem Arbeitsmarkt im Besonderen, Kommentare zu staatlichen Haushaltsentwürfen, geschlechterbezogene Analysen staatlicher Politik und deren Finanzierung, Berichte über die sozioökonomischen Auswirkungen der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete und über spezifische Aspekte des Erziehungs- und Gesundheitswesens.

Das Adva-Zentrum hat sich zu einer angesehenen und viel genutzten Diskussions- und Vernetzungs-Plattform für Forscher*innen, Politiker*innen, Aktivist*innen und Journalist*innen entwickelt. Die Mitarbeiter*innen präsentieren ihre Erkenntnisse in Vorträgen und Workshops und kooperieren mit anderen Organisationen bei öffentlichen Aktionen und Advocacy-Kampagnen. So hatte Adva großen Einfluss auf die öffentliche Diskussion über den Staatshaushalt. Dieses Thema war zuvor lange Zeit Expert*innen vorbehalten. Adva hat maßgeblich dazu beigetragen, dass seit einigen Jahren erstmals eine öffentliche Diskussion über den Staatshaushalt stattfindet. Durch die Arbeit des Zentrums haben viele Menschen begriffen, wie wichtig diesbezügliche Beschlüsse für die Gesellschaft sind.

Aus der Kooperation zwischen dem Adva-Zentrum und der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind zwei Serien von Berichten entstanden: Die erste widmet sich dem israelischen Erziehungswesen, beschreibt Trends wie Segregation und Privatisierung im Bildungswesen und untersucht die Auswirkungen von neu eingerichteten Leistungsklassen auf die wachsende Leistungskluft zwischen Schüler*innen verschiedener sozialer Herkunft. Die zweite befasst sich mit Aspekten des israelischen Arbeitsmarktes, die in der Debatte meist vernachlässigt werden, wie etwa die Lage des Mittelstands, von Selbstständigen und die Situation erwerbstätiger Frauen über 60. Ein Erfolg dieser Arbeit ist die Aufnahme von Kapiteln aus ADVAs Gender-Analysen in den Staatshaushaltsentwurf für 2015/16. Die neuste Kooperation konzentriert sich auf die Klassenstruktur der israelischen Pflegeindustrie.

HaOkets

HaOkets (hebräisch: Der Stachel), 2003 gegründet, ist ein nicht kommerzielles, unabhängiges und progressives israelisches Internet-Magazin, das wichtige kritische Diskussionen ermöglicht und in dem Hunderte professionelle Autor*innen und Künstler*innen regelmäßig ihre Artikel, Kommentare, Fotos und Videos zu sozialen, ökonomischen, kulturellen und philosophischen Themen erstveröffentlichen. Inhaltliche Schwerpunkte sind feministische Fragestellungen und insbesondere politische Anliegen der Mizrachim, die sowohl von den Mainstream-Medien als auch von stärker links angesiedelten Publikationen durchgängig vernachlässigt werden.

HaOkets tritt für Frieden, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und für die Anerkennung eines nationalen und ethnischen Pluralismus in der israelischen Gesellschaft ein. Die Webseite dient vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Israel als Selbstverständigungs- und Diskussionsforum.

Seit 2015 gibt es HaOkets auch auf Arabisch. Der arabische Inhalt besteht sowohl aus Übersetzungen hebräischer Artikel als auch aus Originaltexten, die von Expert*innen, Akademiker*innen, Aktivist*innen und Autor*innen exklusiv für arabischsprachige Leser*innen geschrieben werden. Hier erhält eine arabischsprachige Öffentlichkeit alternative Einblicke in den Mizrachi-Diskurs, den israelischen Aktivismus, Fragen der kulturellen Hegemonie und Identität, zu Ressourcen und Geschichtsschreibung in Israel und darüber hinaus. Die Website tritt damit stark für eine erneute Annäherung zwischen jüdischen und nicht jüdischen Menschen, die aus muslimisch und arabisch geprägten Kulturen stammen, ein.

Zusammen mit dem Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet HaOkets seit 2018 eine neue Rubrik: «Um die Welt mit Rosa». Die Rubrik soll den lokalen linken, arabisch- und hebräisch-sprachigen Diskurs durch die Übersetzung von Texten über global stattfindende linke Diskussionen bereichern.

Tishreen

Im Jahr 2008 hat eine bunt gemischte Gruppe sozialer Aktivist*innen in Tayyibe im «arabischen Dreieck» von Israel die gemeinnützige und parteiunabhängige Organisation Tishreen ins Leben gerufen.

Die Bewohner*innen von Tayyibe und der Dreiecksregion leiden unter einer Reihe schwerwiegender sozialer, politischer, wirtschaftlicher Versäumnisse vonseiten staatlicher und kommunaler Stellen. Eine organisierte Zivilgesellschaft ist nahezu nicht existent. Sofern es überhaupt Initiativen gibt, mangelt es diesen an Führung, Effektivität und Nachhaltigkeit.

Nun hat eine Gruppe von hochmotivierten jungen Männern und Frauen aus Tayyibe trotz der schwierigen Umstände vor Ort in den letzten Jahren Beeindruckendes geleistet. Was ihnen jedoch fehlt, ist ein institutioneller

Rahmen, der ihre Aktivitäten unterstützt. Tishreen hält es für notwendig, das Engagement dieser Graswurzel-Aktivist*innen zu fördern und damit gegen das allgegenwärtige Ohnmachtsgefühl in der arabischen Gesellschaft anzugehen. Deshalb bietet Tishreen ihnen Weiterbildung und begleitende Beratung an, leistet Hilfe beim Aufbau von Netzwerken und versorgt sie mit anderen benötigten Ressourcen.

Die Hauptanliegen von Tishreen sind die Unterstützung von sozialen Aktivist*innen und Künstler*innen aus der Community, die gesellschaftliche Veränderungen voranbringen können; das Eintreten für Bürger- und Menschenrechte sowie für soziale Gerechtigkeit in Tayyibe und in der südlichen Dreiecksregion; die Förderung kultureller und künstlerischer Ausdrucksformen; die Stärkung einer Zivilgesellschaft, die sich an den Werten Pluralismus und gegenseitige Verantwortung orientiert und sich auf lokaler wie nationaler Ebene für mehr Dialog und kollektive Entscheidungsprozesse einsetzt; sowie die Eröffnung eines Dialogs über zentrale Fragen der israelischen Gesellschaft, um öffentliche Debatten und soziale Veränderung in Gang zu bringen.

Seit 2016 betreibt Tishreen sehr erfolgreich – mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung – einen öffentlichen Raum, in dem Künstler*innen arbeiten, diskutieren und ausstellen können. Es ist ein einzigartiger Ort im «arabischen Dreieck», dessen Wirkungskreis sich alsbald weit über die Grenzen der Kleinstadt Tayyibe ausbreitete.

Frauen, Angehörige der LGBT-Community etc. – und will deren Rechte stärken. Zu diesem Zweck hat die Bewegung mehrere große Demonstrationen und Kundgebungen initiiert gegen Rechtsextremismus, die Evakuierung von Beduinensiedlungen und die geplante Abschiebung von afrikanischen Geflüchteten.

Standing Together

Die 2015 gegründete Graswurzelinitiative «Standing Together» (Zusammenstehen) verfolgt das Ziel, eine breite jüdisch-arabische Bewegung aufzubauen mit den Prinzipien Frieden, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit als gemeinsamer Grundlage. Ihre Aktivist*innen vertreten eine holistische Weltanschauung und sind sich der Wechselwirkungen zwischen der militärischen Besatzung der Palästinensergebiete, den wachsenden sozialen und ökonomischen Ungleichheiten in Israel sowie den Angriffen der Regierung auf demokratische Freiheiten und auf die arabisch-palästinensische Minderheit bewusst.

Die Gründung von «Standing Together» ist als Reaktion auf die Probleme bereits existierender Organisationen zu verstehen, denen es nicht länger gelingt, die progressiven Teile der israelischen Bevölkerung zu mobilisieren und zu aktivieren und gegen die im Land weitverbreitete Apathie und Demoralisierung anzugehen. «Standing Together» will als neue politische Bewegung die große Lücke füllen, die zwischen den politischen Parteien auf der einen und den NGOs auf der anderen Seite entstanden ist. Diese jüdisch-arabische Bewegung setzt auf Inklusion und Pluralismus, ist aktivistisch ausgerichtet und demokratisch strukturiert.

«Standing Together» fordert die Gleichstellung von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen – palästinensische Staatsbürger*innen, Immigrant*innen aus der früheren UdSSR und aus Äthiopien, Mizrachim, prekär Beschäftigte,

Glossar

Arabisch-palästinensische Minderheit in Israel

Die nach dem Krieg von 1948 auf dem Territorium des neu gegründeten Staates Israel verbliebenen Palästinenser*innen (ca. 150.000 Menschen, einschließlich der «anwesenden Abwesenden») erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. Sie wurden jedoch von 1948 bis 1966 einer Militärregierung unterstellt, wodurch ihre Menschen- und Bürgerrechte stark eingeschränkt wurden. Auch nach der formellen Aufhebung der Militärregierung blieben Diskriminierung und fehlende staatsbürgerliche Gleichheit ein zentrales Problem dieser Minderheit, der gegenwärtig fast 1,8 Millionen Menschen angehören und die damit etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Aschkenasim

Aschkenasim oder aschkenasische Juden ist im israelischen Kontext die Bezeichnung für aus Europa stammende jüdische Menschen.

Ben-Gurion, David (1886–1973)

Der in Polen geborene Ben-Gurion gilt gemeinhin als der Gründungsvater Israels. Er war Mitglied der zionistischen Bewegung und einer der Gründer und Vorsitzender der Histadrut (1920–1935) und der Mapai/Arbeiterpartei (gegründet 1930). 1935 wurde er Vorsitzender der Jewish Agency sowie in 1946 Geschäftsleiter der Zionistischen Weltorganisation und somit de facto Oberhaupt des Jischuw (die jüdische Bevölkerung in Palästina vor der israelischen Staatsgründung). Er rief im Mai 1948 den Staat Israel aus und wurde dessen erster Premierminister. Mit einer Unterbrechung (1954–1956) blieb er bis 1963 im Amt.

Chadasch/Al-Dschabha

Die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Chadasch ist das Akronym des hebräischen Namens; außerdem das hebräische Wort für neu; al-Dschabha bedeutet auf Arabisch die Front) wurde 1977 von der Kommunistischen Partei Israels (KPI), die in ihr nach wie vor eine zentrale Rolle spielt, als Bündnis linksgerichteter Kräfte gegründet. Als solche beteiligt sie sich an Wahlen. Ihr Slogan ist «Frieden und Gleichheit». Sie steht für einen Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten und für eine Zweistaatenlösung, für die Gleichstellung der Palästinenser*innen in Israel und deren Anerkennung als nationale Minderheit sowie für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung. Chadasch/al-Dschabha wird

mehrheitlich von palästinensischen Israelis gewählt, doch sie legt großen Wert darauf, ein jüdisch-palästinensisches Bündnis zu sein. Sie ist die politische Heimat von Tausenden jüdischen Wähler*innen, vor allem radikalen, anti- und nichtzionistischen Linken. Sie war in der Regel mit drei bis fünf Sitzen (von insgesamt 120) in der Knesset vertreten und schloss sich zur Wahl 2015 mit anderen Parteien zur Gemeinsamen Liste zusammen.

Eretz Israel (hebräisch für das Land Israel)

Ein in der Bibel mit verschiedenen Bedeutungen verwendeter Begriff, der traditionell in der Diaspora, insbesondere der rabbinischen Literatur, für das historische Palästina genutzt wurde. Die zionistische Bewegung hat diesen Sprachgebrauch übernommen, um die historische und religiöse Verbundenheit mit dem Land zu betonen. Im heutigen hebräischen Sprachgebrauch bezeichnet der Begriff in der Regel Palästina vor der Staatsgründung von 1948.

Gazastreifen

Mit rund 360 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von fast 1,9 Millionen Palästinenser*innen ist der Gazastreifen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Er befindet sich an der Mittelmeerküste und grenzt im Süden an Ägypten und im Norden sowie Osten an Israel. Der Gazastreifen und die Westbank sind die Gebiete des historischen Palästinas, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach 1948 befand sich der Gazastreifen, in den sich viele palästinensische Flüchtlinge gerettet hatten, unter ägyptischer Kontrolle. Während des Krieges von 1956 eroberte die israelische Armee den Gazastreifen (und die Sinai-Halbinsel), musste allerdings aufgrund des internationalen Drucks wieder abziehen. Im Krieg von 1967 eroberte Israel den Gazastreifen erneut. Im Zuge der Oslo-Abkommen wurde die Verwaltung des Gazastreifens (mit Ausnahme der bis zu deren Aufgabe in 2005 bestehenden israelischen Siedlungen und Armeelager) im Mai 1994 der palästinensischen Autonomiebehörde übergeben. Doch Israel kontrolliert bis heute den Luftraum und die Küstengewässer sowie die Grenzübergänge zu Israel. Nach der Regierungsübernahme durch die Hamas 2007 verschärfte Israel (in Zusammenarbeit mit Ägypten) eine Reihe von auferlegten Sanktionen und begann eine bis heute andauernde Abriegelung des Gazastreifens, die den Zu- und Ausgang von Waren und Personen stark beschränkt und zu großer Not unter der Bevölkerung führte. Seit der vollständigen Abriegelung kam es zu mehreren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der israelischen Armee und Bewohner*innen des Gazastreifens mit Tausenden von Toten, zum großen Teil palästinensische Zivilist*innen, und enormen Zerstörungen im Gazastreifen.

Gemeinsame Liste

Name der gemeinsamen Wahlliste von Chadasch/al-Dschabha, Balad/al-Tadschama', der Vereinigten Arabischen Liste (angeführt vom südlichen Flügel der Islamischen Bewegung) und Ta'al, die erstmals zu den Knesset-Wahlen 2015 antrat. Die Gemeinsame Liste gewann 13 Mandate und wurde damit drittgrößte Fraktion in der Knesset. Sie repräsentiert die absolute Mehrheit der palästinensischen Minderheit in Israel, ist zugleich Heimat linker, anti- und nichtzionistischer Jüdinnen und Juden, die vor allem an Chadasch/al-Dschabha angebunden sind. Gleichzeitig ist ihr Programm auf das gesamte israelische Gemeinwesen ausgerichtet, wobei die Forderung nach Beendigung der Besatzung aller seit 1967 besetzten Gebiete sowie der Kampf um soziale Gerechtigkeit und Arbeiterrechte die Hauptpfeiler sind.

Die Grüne Linie

Die in den Waffenstillstandsabkommen am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) vereinbarten Demarkationslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen. Infolge des Krieges von 1967 besetzte Israel Gebiete über diese Grenzen hinaus. Die Grüne Linie bezeichnet jene international anerkannte Grenze, die Israel selbst und die besetzten Gebiete voneinander trennt. Aufgrund der Regierungspolitik, die die Grüne Linie aus Landkarten und Schulbüchern löschen lässt, und wegen des Zuzugs von immer mehr jüdischen Siedler*innen in die besetzten Gebiete verschwindet die Grüne Linie zunehmend aus dem israelischen kollektiven Bewusstsein.

Hamas

Hamas ist ein Akronym des arabischen Namens der palästinensischen islamischen Widerstandsbewegung, die, inspiriert von den ägyptischen Muslimbrüdern, 1987 gegründet und aufgrund ihrer Opposition zur PLO zunächst von israelischer staatlicher Seite gefördert wurde. Die einst quietistische Hamas, die sich vor allem der Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft widmete, verwandelte sich zunehmend in einen Gegenspieler Israels und der PLO, unter anderem dadurch, dass sie sich dafür aussprach, die besetzten Palästinensergebiete, falls erforderlich, auch mit Gewalt zu befreien. Die Hamas erkennt den Staat Israel nicht an, ist aber zu einem Waffenstillstand bereit, falls sich Israel aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzieht. 2006 beteiligte sich die Hamas an den Wahlen der palästinensischen Autonomiebehörde und gewann mit 44 Prozent der Stimmen die Mehrheit der Sitze, was ihr die Regierungsbildung erlaubte. Aufgrund des von den USA und der EU ausgeübten Drucks ging die Hamas eine Große Koalition mit der Fatah ein. Diese Regierung wurde aber von den USA und von der EU finanziell nicht unterstützt,

was zusammen mit Spannungen hinsichtlich der Kontrolle der Sicherheitsbehörden zu offenen Kampfhandlungen zwischen den Koalitionspartnern führte. Seitdem sind die Palästinensergebiete zweigeteilt: Die Hamas regiert den Gazastreifen, die Fatah die Enklaven in der Westbank, anstehende Wahlen finden nicht statt. Weder die EU noch die USA unterhalten diplomatischen Kontakt zur Hamas, da sie als Terrororganisation eingestuft wird.

Hebron (arabisch: Al-Chalil)

Stadt in der Westbank, in der heute mehr als 200.000 Palästinenser*innen und um die 1.000 israelische Siedler*innen leben. Hebron ist für Jüdinnen und Juden eine heilige Stadt, die jüdischen Gemeinden vor Ort haben eine lange Geschichte. Steigende Spannungen zwischen der indigenen arabischen Bevölkerung und der zionistischen Bewegung mündeten 1929 in ein Massaker an den jüdischen Bewohner*innen von Hebron, die dann 1936 von der britischen Mandatsregierung gezwungen wurden, die Stadt zu verlassen. Nach der Eroberung im Krieg von 1967 ließen sich radikale jüdische Siedler*innen im Stadtzentrum sowie in der 1970/71 gegründeten Siedlung Kirjat Arba am Stadtrand nieder. Hebron wurde zum Zentrum gewaltbereiter Siedler*innen. 1994 verübte ein in Kirjat Arba lebender Siedler ein Massaker an palästinensischen Betenden in der Ibrahim-Moschee. Trotz des Oslo-II-Abkommens (1995) weigerte sich Israel, die Stadt zu räumen. Stattdessen wurde die Stadt aufgrund des Hebron-Abkommens (1997) in zwei Zonen aufgeteilt: H1 (ca. 80 Prozent) und H2 (ca. 20 Prozent), wobei nur H1 geräumt wurde. Die palästinensische Bevölkerung in H2 ist seitdem in ihrer Bewegungsfreiheit extrem eingeschränkt (so ist Palästinenser*innen etwa das Betreten der zentralen Schuhada-Straße verboten), Hunderte Geschäfte mussten schließen. Folglich schrumpft die palästinensische Bevölkerung in H2 beträchtlich.

Intifada (Erste)

Intifada (arabisch für abschütteln) bezeichnet den Aufstand der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) und im Gazastreifen gegen die israelische Besatzung. Die Erste Intifada begann im Dezember 1987 und dauerte in unterschiedlicher Intensität bis zur Unterzeichnung der Oslo-Verträge 1993. Sie war ein spontaner Volksaufstand, der nicht durch die im Exil befindliche PLO orchestriert wurde. Die Mittel des Aufstands reichten von zivilem Ungehorsam (Streiks, Graffiti) über Steinwerfen (daher die Bezeichnung Intifada der Steine), vor allem durch Kinder und Jugendliche, bis zum Einsatz von Molotowcocktails. Bei dem Versuch, die Intifada mit Gewalt zu beenden, verletzte die israelische Armee Zehntausende Kinder und Jugendliche und tötete über 1.000 Palästinenser*innen. Die israelische Seite beklagte zirka 100 tote Zivilist*innen sowie 60 tote Armeeangehörige.

Intifada (Zweite)

Die Zweite Intifada, auch Al-Aqsa-Intifada genannt, wurde im September 2000 durch den provokativen Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg/al-Haram al-Scharif und durch die gewaltsame Unterdrückung palästinensischer Proteste dagegen ausgelöst. Anders als bei der Ersten Intifada wurde der Aufstand zunehmend von den palästinensischen Parteien orchestriert und mithilfe von Selbstmordattentäter*innen und Waffen geführt, auch innerhalb Israels. Israel setzte im Gegenzug Panzer und die Luftwaffe ein. Die Gewaltbereitschaft beider Seiten führte zu zahlreichen Opfern, nach Schätzungen etwa 3.000 Palästinenser*innen und 1.000 Israelis. Die Zweite Intifada wurde 2005 offiziell durch das in Scharm el-Scheikh geschlossene Abkommen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und dem israelischen Premierminister Ariel Scharon beendet.

Israelische Landverwaltung

Die israelische Landverwaltung ist eine 1960 eingerichtete Behörde, die das sich in öffentlichem Eigentum befindliche Land in Israel (das heißt über 90 Prozent des gesamten Landes) verwaltet. Gemäß dem «Grundlegenden Gesetz in Bezug auf israelisches Land» (1960) darf öffentliches Land nicht veräußert, sondern nur verpachtet werden. Dies schließt auch vom Jüdischen Nationalfonds erworbenes Land ein (ca. 13 Prozent des gesamten Landes), das gemäß der Satzung der Organisation nur an jüdische Pächter*innen vergeben werden darf. Gegen diese Diskriminierung nichtjüdischer Staatsbürger*innen legten Menschenrechtsorganisationen 2004 (erfolgreich) Klage beim Obersten Gericht ein. Daraufhin wurde 2009 eine Gesetzesreform verabschiedet, die vorsah, die alte durch eine neue israelische Landbehörde zu ersetzen und in öffentlichem Eigentum befindliches Land schrittweise zu Privatisierung freizugeben.

Jewish Agency

Das 1908 in Palästina von der Zionistische Weltorganisation eingerichtete Exekutivkomitee wurde 1929 zu einer eigenständigen Institution, die Jewish Agency für Palästina, die die Leitung des zionistischen Gemeinwesens zur Aufgabe hatte. David Ben-Gurion war seit 1935 ihr Vorsitzender. In dieser Funktion rief er 1948 den Staat Israel aus. Nach der Staatsgründung wurde die Organisation in Jewish Agency für Israel umbenannt und fördert seitdem insbesondere die jüdische Einwanderung nach Israel.

»Judaisierung«

Im israelisch-hebräischen öffentlichen Diskurs verwendeter Begriff für die gezielte bzw. geförderte Anhebung des jüdischen Bevölkerungsanteils in den Teilen des Landes, in denen mehrheitlich oder relativ

viele nichtjüdische Menschen leben. So wird zum Beispiel die Gründung von über 20 neuen jüdischen Ortschaften in Galiläa in den Jahren 1979–1980 als ein Projekt der «Judaisierung von Galiläa» bezeichnet.

Knesset

Hebräisch für Versammlung. Dem israelischen Parlament in Jerusalem gehören 120 Abgeordnete an, welche nach Verhältniswahlrecht mit einer Sperrklausel von 3,25 Prozent gewählt werden, wobei sich sowohl einzelne Parteien als auch Wahllisten zur Wahl stellen können. Eine Legislaturperiode dauert vier Jahre.

Krieg von 1948

Die offizielle israelische Bezeichnung für diesen Krieg ist meist Unabhängigkeitskrieg oder Befreiungskrieg; von Palästinenser*innen wird er als Nakba (arabisch für Katastrophe) bezeichnet. Der Krieg begann 1947 zwischen jüdischen und palästinensischen Milizen infolge des UNO-Teilungsplans. Nach der Gründung des israelischen Staates im Mai 1948 beteiligten sich auch reguläre Militäreinheiten aus Ägypten, Syrien, dem Libanon, Jordanien und dem Irak. Der Krieg endete 1949 mit einem Waffenstillstand. Die Waffenstillstandslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen, die im Zusammenhang mit den 1967 besetzten Gebieten auch als Grüne Linie bezeichnet werden.

Krieg von 1967

Die offizielle israelische Bezeichnung für den vom 5. bis 10. Juni 1967 andauernden Krieg ist meist Sechstagekrieg; von arabischer Seite wird er mitunter auch als Naksa (arabisch für Rückschlag) bezeichnet. Er fand zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite statt, wobei Israel die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, den Gazastreifen und die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) eroberte. Nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens 1979 räumte Israel den Sinai. Die Besatzung der anderen Gebiete besteht fort.

Krieg von 1973

Die offizielle israelische Bezeichnung ist meist Jom-Kippur-Krieg; auf arabischer Seite wird er meist Oktober-Krieg genannt. An Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, griffen die Armeen einer von Ägypten und Syrien geführten Koalition Israel an und begannen einen Krieg, auf den Israel aufgrund einer Fehleinschätzung nicht vorbereitet war und der in Israel ein nationales Trauma zur Folge hatte.

Likud

(Hebräisch für: Vereinigung) entstand 1973 als gemeinsame Wahlliste der von Menachem Begin geführten Cherut-Partei und einer Reihe von rechten und liberalen Bewegungen und Parteien in Reaktion auf die gemeinsame Wahlliste von Arbeitspartei und Mapam. Der Likud gewann die Wahlen 1977, womit die Mapai-Vorherrschaft zu Ende ging. 1988 lösten sich die an der Wahlliste beteiligten Parteien auf und der Likud wurde als Partei neu konstituiert. Ihr derzeitiger Vorsitzender ist Benjamin Netanjahu.

Mapai

(Akronym des hebräischen Namens: Arbeiterpartei in dem Land Israel [Palästina]) 1930 unter der Führung von David Ben-Gurion gegründete Partei. Sie beherrschte die 1920 entstandene Gewerkschaftsdachorganisation Histadrut und die jüdische paramilitärische Organisation Hagana (Verteidigung). Nach der Staatsgründung 1948 war sie fast 30 Jahre lang die größte Fraktion in der Knesset, was ihr ermöglichte, die Regierungskoalitionen (die immer auch religiöse Parteien einschlossen) zu bilden und die Regierungspolitik weitgehend zu bestimmen. Mapai wurde 1968 aufgelöst, als die Arbeitspartei (HaAvoda) gegründet wurde. Mapai nahm keine nichtjüdischen arabischen Menschen als Mitglieder auf.

Meretz

(Ein aus Parteinamen geformtes Akronym, das das hebräische Wort für Kraft bzw. Energie ist) Wahlliste, zu der sich 1992 die Bürgerrechtspartei Ratz, die linkszionistische Mapam und die liberale Schinui zusammenschlossen. Als solche hatten sie bei den Knesset-Wahlen 1992 ihren größten Erfolg (damals errangen sie 12 von 120 Mandaten). Bei der Bildung der von Jitzchak Rabin geführten Regierungskoalition spielte sie eine Schlüsselrolle und ermöglichte somit später die Oslo-Abkommen. 1997 lösten sich die beteiligten Parteien auf und Meretz konstituierte sich als eigenständige Partei. Meretz gilt als Hort des aus Europa stammenden jüdischen Bildungsbürgertums und ist linksliberal bis sozialistisch geprägt. Meretz ist heute mit fünf Sitzen (von 120) in der Knesset vertreten.

Militärregierung

Nach der Staatsgründung 1948 erhielt die innerhalb Israels verbliebene palästinensische Bevölkerung die israelische Staatsbürgerschaft, wurde aber einer Militärregierung unterstellt. In diesem Zusammenhang wurden «Sperrzonen» errichtet: Ortschaften und Stadtviertel, in denen Palästinenser*innen wohnten, sowie relativ dünnbesiedelte Gebiete, insbesondere im Negev. Palästinenser*innen, die außerhalb dieser «Sperrzonen» lebten, wurden in eine solche gebracht. Die «Sperrzonen» unterstanden

der israelischen Armee und wurden von der Militärregierung mittels Kriegsrecht, das zumeist auf den von der britischen Mandatsregierung 1945 erlassenen Verteidigungs- bzw. Notstandsverordnungen beruhte, verwaltet. Palästinensische Staatsbürger*innen durften die ihnen zugeteilte «Sperrzone» nur mit Sondergenehmigung verlassen und auch andere zentrale Grundrechte, etwa das Recht auf richterliche Anhörung und ein Gerichtsverfahren bei Inhaftierung, waren für sie aufgehoben. Die Militärregierung endete formell 1966.

Mizrachim

Mizrachim (hebräisch für orientalisches) ist die Bezeichnung für aus Asien und Afrika stammende jüdische Israelis, wobei die meisten von ihnen aus arabischen und muslimischen Ländern eingewandert sind. Die Bezeichnung Mizrachim wird in Abgrenzung zu den aus Europa stammenden Aschkenasim verwendet.

Nakba

Nakba (arabisch für Katastrophe) bezeichnet die Ereignisse im Rahmen des Krieges von 1948 (1947–1949) und deren Folgen. Der neu gegründete israelische Staat beherrschte 77 Prozent des historischen Palästinas, mehr als 10.000 Palästinenser*innen kamen während der Kampfhandlungen ums Leben, mehr als 500 Städte und Dörfer wurden zerstört bzw. entvölkert und mehr als 700.000 Palästinenser*innen, das heißt mehr als die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung im historischen Palästina, wurden zu Flüchtlingen. Ihr in Israel befindliches Eigentum wurde vom israelischen Staat konfisziert.

Oslo-Abkommen

Zwei aufeinanderfolgende Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der PLO: das 1993 in Washington unterzeichnete Oslo I sowie das 1995 in Taba unterzeichnete Oslo II. Im Rahmen der Abkommen erkannte Israel die PLO als Verhandlungspartner an und Teile der besetzten Palästinensergebiete wurden einer begrenzten Selbstverwaltung, der zu diesem Zweck geschaffenen Palästinensischen Autonomiebehörde, unterstellt. Zentrale Fragen sollten in späteren Verhandlungen geklärt werden, darunter der Grenzverlauf zwischen Israel und dem palästinensischen Gemeinwesen (dessen Status noch zu definieren ist), die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die Zukunft von Jerusalem, das Ausmaß der Kontrolle und Präsenz der israelischen Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten sowie das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge.

Ost-Jerusalem

Am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) teilte die Waffenstillstandslinie die Stadt: West-Jerusalem wurde Teil von Israel und Ost-Jerusalem (einschließlich der Altstadt) Teil der von Jordanien beherrschten Westbank. Während des Krieges von 1967 eroberte Israel die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem), Ende Juni 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-)Jerusalems über Ost-Jerusalem und die umliegenden Ortschaften hinaus, wodurch dieses Territorium (nach israelischem Recht) Teil des israelischen Staatsgebiets wurde – was international nicht anerkannt ist. Die palästinensischen Bewohner*innen erhielten «permanente Aufenthaltsgenehmigungen». Mit Ausnahme des jüdischen Viertels in der Altstadt konzentrierte sich der israelische Siedlungsbau zunächst auf einen äußeren Gürtel, der Ost-Jerusalem von der übrigen Westbank trennt. Seitdem dieser fast geschlossen ist, wird nun intensiver im Innern, einschließlich der palästinensischen Viertel, gebaut. 1980 verabschiedete die Knesset das Jerusalem-Gesetz, wonach Jerusalem «auf ewig die vereinte und unteilbare Hauptstadt Israels» ist. Die UN-Sicherheitsratsresolution 478 erklärte das Gesetz nach internationalem Recht für nichtig. Die Oslo-Abkommen verschärfen die Notlage der palästinensischen Bevölkerung Ost-Jerusalems: Neben dem Druck durch den israelischen Siedlungsbau und den fehlenden Baugenehmigungen für Palästinenser*innen, den extrem schlechten Infrastruktur- und Bildungseinrichtungen, der sehr mangelhaften Gesundheitsversorgung sowie anderen Formen der Diskriminierung wurde infolge der Abkommen eine starke Beschränkung des Personen- und Warenverkehrs zwischen Ost-Jerusalem und den übrigen Teilen der Westbank institutionalisiert. Die Oslo-Abkommen regeln den Status Ost-Jerusalems nicht. Von palästinensischer Seite wird gefordert, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt des zu errichtenden palästinensischen Staates wird.

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Die Dachorganisation verschiedener palästinensischer Organisationen (unter denen die 1959 gegründete Fatah – Akronym des arabischen Namens der Palästinensischen Nationalen Befreiungsbewegung – die größte ist) wurde 1964 in Kairo gegründet und trat für den bewaffneten Kampf gegen Israel ein. 1974 wurde die PLO auf der Konferenz der Arabischen Liga als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt und erhielt Beobachterstatus in den Vereinten Nationen. Als Jordanien 1988 weitgehend auf seinen Herrschaftsanspruch auf die Westbank verzichtete, verabschiedete der Palästinensische Nationalrat, ein zentrales Organ der PLO, die Palästinensische Unabhängigkeitserklärung, in der der

palästinensische Staat ausgerufen und Israel in den Grenzen, wie sie vor dem Krieg von 1967 bestanden hatten, de facto anerkannt wurde. Mit den Oslo-Abkommen erkannte die PLO Israel dann formell an, und Israel wiederum erkannte die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes an. Die im Rahmen der Oslo-Abkommen entstandene Palästinensische Autonomiebehörde ist kein Teil der PLO, jedoch besteht eine Personalunion: Jassir Arafat (1929–2004), der die PLO seit 1969 führte, stand der Autonomiebehörde vor, wie auch sein Nachfolger Mahmoud Abbas (Abu Mazen).

Rückkehrgesetz (Law of Return)

Israelisches Gesetz, das 1950 verabschiedet wurde. Es gibt Jüdinnen und Juden (und deren Partner*innen) das Recht, nach Israel einzuwandern und die israelische Staatsbürgerschaft sofort zu erhalten. 1970 wurde dieses Anrecht per Gesetz auf die Kinder und Enkelkinder von Jüdinnen und Juden (sowie deren Partner*innen) ausgeweitet.

Siedlungen

Der Begriff bezeichnet die für jüdische Israelis errichteten Ortschaften oder Stadtviertel in den 1967 eroberten und daraufhin besetzten Gebieten. 2014 lebten ca. 350.000 Siedler*innen in 125 von der israelischen Regierung genehmigten Siedlungen und in etwa 100 nicht genehmigten, aber mit staatlicher Hilfe gebauten sogenannten Outposts in der Westbank. Hinzu kommen etwa 200.000 Siedler*innen im besetzten Ost-Jerusalem sowie einige Tausende auf den von Israel annektierten Golanhöhen. Die Siedlungen gelten als der Hauptgrund für das Scheitern von Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinenser*innen.

Siedlungsblöcke

Dieser Begriff wurde insbesondere in den Verhandlungen im Rahmen des Oslo-Prozesses verwendet. Er bezeichnet Teile der 1967 besetzten Gebiete, in denen zahlreiche israelische Siedlungen relativ dicht beieinanderliegen. In den Verhandlungen wurde von israelischer Seite argumentiert, dass aufgrund der dichten Besiedlung diese «Blöcke» auch im Rahmen eines Friedensabkommens mit den Palästinenser*innen nicht geräumt werden können und ein Teil des israelischen Staatsgebiets werden sollen.

Sperranlage

(Mitunter auch Trennungsaun, -mauer oder -barriere, Sicherheitszaun oder -mauer, Mauer, Apartheidmauer oder -zaun genannt). Bereits im Zuge der Ersten Intifada wurde 1992 mit der Errichtung einer teilweisen Trennungsbarrriere entlang der Grünen Linie begonnen. Während der

Zweiten Intifada (2000), in deren Rahmen Anschläge in Israel verübt wurden, beschloss die israelische Regierung, eine durchschnittlich 60 Meter breite Sperranlage (siehe: www.btselem.org/topic/separation_barrier) an der gesamten Strecke entlang zu bauen. Diese wurde allerdings zumeist nicht auf der Grünen Linie errichtet, sondern in der Westbank (mitunter bis zu 20 Kilometer von der Grünen Linie entfernt), um israelische Siedlungen von der übrigen Westbank zu trennen (wobei auch ca. 23.000 Palästinenser*innen, die dort leben, von der übrigen Westbank getrennt wurden, ohne dass sie – im Gegensatz zu den israelischen Siedler*innen – Zugang nach Israel hätten). Bisher wurden ungefähr 70 Prozent der Sperranlage fertiggestellt. Seit 2014 wird der Weiterbau von der Regierung nicht weiter forciert, insbesondere aufgrund der Kritik von Siedler*innen, die in der Sperranlage einen potenziellen Verzicht auf die übrigen Teile der Westbank sehen.

Westbank

Die Westbank, auf Deutsch auch Westjordanland genannt, ist ein fast 5.900 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute um die 2,8 Millionen Palästinenser*innen sowie etwa 550.000 israelische Siedler*innen leben. Im Norden, Westen und Süden grenzt die Westbank (zu der auch Ost-Jerusalem gehört) an Israel und im Osten, entlang des Jordan-Flusses, an Jordanien. Die Westbank und der Gazastreifen sind die Gebiete von Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 stand die Westbank unter jordanischer Kontrolle und wurde 1950 von Jordanien annektiert (was allerdings international kaum anerkannt wurde). Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch die Westbank, deren Besatzung bis heute fortbesteht.

Zionistisches Lager

Name der gemeinsamen Wahlliste der Arbeitspartei und der von Tzipi Livni geführten HaTnu'a, die vor den Knesset-Wahlen 2015 aufgestellt wurde. Die Liste erzielte 24 Sitze (von 120) und wurde zur zweitgrößten Fraktion in der Knesset.

Zweistaatenlösung

In der Debatte um den israelisch-palästinensischen Konflikt bezeichnet die Zweistaatenlösung die Konzeption, wonach Israel die 1967 besetzten Gebiete räumt und sich in seine international anerkannten Grenzen zurückzieht, während im Gazastreifen und in der Westbank ein palästinensischer Staat entsteht – mit oder ohne etwaigen Gebietsaustausch.

Verfasserin: **Ursula Wokoecq Wollin**

Impressum

Herausgeber	Tsafrir Cohen (V.i.S.d.P.) Tali Konas Einat Podjarny
Mitarbeit	Tamar Almog Francesca Barp Ines Burmeister Yifat Mehl Ursula Wokoeck Wollin Stephan Wolf-Schönburg
Gestaltung	Daniel Ziethen/Schroeter und Berger
Lektorat	text-arbeit, Berlin
Druck	Hinkelsteindruck
ISBN	978-3-00-061272-5

© 2019, Rosa Luxemburg Stiftung
Alle Rechte vorbehalten.
RLS Büro Israel (CC)
11 Rotschild Blvd.
6688114 Tel Aviv
Israel
www.rosalux.org.il
Tel.: ++ 972 3 6228290
telaviv.office@rosalux.org

Cover-Abbildung Protest von Geflüchteten gegen das Internierungslager in Cholot und für die Anerkennung aller Asylsuchenden. Die Demonstration mit ca. 30.000 Teilnehmer*innen war der Auftakt eines 3-tägigen Generalstreiks und der größte Protest von Geflüchteten in der Geschichte Israels, Rabin Platz, Tel Aviv, Januar 2014.
Foto: Activestills

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

ISRAEL OFFICE
קרן רוזה לוקסמבורג
مؤسسة روزا لوكسمبورغ